ROLF KOSIEK

Historiker-streit und Geschichts-revision

GRABERT

Der seit dem Sommer 1986 unter westdeutschen Zeitgeschichtlern ausgetragene »Historikerstreit« hat grundsätzliche und politisch folgenreiche Fragen zur Behandlung der Geschichte der NS-Zeit aufgeworfen. Waren die Vorgänge im Dritten Reich, insbesondere die ihm vorgeworfenen Verbrechen, »singulär«? Darf diese Zeit schon oder überhaupt jemals »historisiert« werden? Ist nicht angesichts vieler neuer Erkenntnisse und besserer Quellenlage als früher eine allgemeine Revision in der Zeitgeschichte erforderlich? Welche Interessen und Nützlichkeitserwägungen stehen heute noch dagegen?

Eine Reihe angesehener Historiker hat sich in der letzten Zeit dafür ausgesprochen, daß die Geschehnisse zwischen 1933 und 1945 viel differenzierter als bisher betrachtet werden müssen, und vertritt den Standpunkt, daß die Revision das Normale in der Wissenschaft ist und auch nicht vor Dogmen der Umerziehung kapitulieren darf.

Dieses Buch ist die erste Darstellung von Vorgeschichte, Auslösung, Verlauf und Begleitumständen der Auseinandersetzungen aus revisionistischer Sicht. Dazu werden einleitend die Auswirkungen der Umerziehung beschrieben, die zu einem stark verzerrten Bild in der Zeitgeschichtsschreibung geführt haben. Zum eigentlichen Historikerstreit werden mit vielen Zitaten neben den Stellungnahmen der unmittelbar beteiligten Wissenschaftler auch Stimmen des Auslands und führender Politiker gebracht. Ein Kapitel beschäftigt sich mit der Art der teilweise zu »Schlammschlachten« ausgearteten Streitigkeiten der Historiker und beschreibt die kaum glaublichen Versuche, der geschichtlichen Wahrheit mehr als dem Zeitgeist verpflichtete Forscher zu disziplinieren und aus Vorhaben abzudrängen. Neue Schwerpunkte in der Zeitgeschichte wie Stalins Massenvernichtungen Anfang der 30er Jahre, die Frage des Rußlandfeldzuges 1941 als Präventivkrieg oder die Katastrophe der Vertreibung der Ostdeutschen werden mit neuen Forschungsergebnissen abgehandelt.

GRABERT – VERLAG – TÜBINGEN

ROLF KOSIEK

HISTORIKERSTREIT

GE[illegible]ON

HARRY C. TREXLER
LIBRARY

The Christian Friedrichs
Collection

Donated by

Mrs. Ingrid Weisskirchen

MUHLENBERG
COLLEGE

Satz: druck+text GmbH, Koblenz
Druck und Verarbeitung: Ebner Ulm

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Kosiek, Rolf
Historikerstreit und Geschichtsrevision /
von Rolf Kosiek — Tübingen: Grabert, 1987.
ISBN 3-87847-086-X

Zweite erweiterte Auflage 1988

© 1987 by Grabert-Verlag Tübingen
Printed in Germany
Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages sind Vervielfältigungen dieses Buches oder von Buchteilen auf fotomechanischem Weg (Fotokopie, Mikrokopie) nicht gestattet.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 5
A. Einleitung 9
B. Die Ausgangslage 14
I. Umerziehung und Zeitgeschichte 14
II. Opfer der Umerziehung 22
III. Revisionismus 29
IV. Revision durch Außenseiter 41
C. Die Auslösung des Historikerstreits 49
I. Ernst Noltes Artikel 49
II. Andreas Hillgrubers Buch 53
III. Michael Stürmers Äußerungen 57
IV. Die Debatte um neue Geschichtsmuseen .. 61
D. Die Reaktion der Gegenseite und andere Äußerungen 69
I. Jürgen Habermas' »Kampfansage« 69
II. Weitere Stellungnahmen 74
III. Die Veranstalter der Römerberggespräche . 81
E. Stimmen aus dem Ausland 85
I. Franz M. Oppenheimer 86
II. Alfred-Maurice de Zayas 90
III. Gordon A. Craig 92
IV. Weitere Auslandsstimmen 97
F. Stellungnahmen westdeutscher Politiker 103
I. Bundespräsident 103
II. Regierungskreise 105
III. Opposition und andere 107

G. Die Hauptstreitpunkte 113
I. Revision als Norm der Wissenschaft 113
II. Die Einzigartigkeit des Dritten Reiches ... 118
III. Die Historisierung des Dritten Reiches ... 126
IV. Das Problem der Aufrechnung 132
V. Kollektivschuld für weitere Generationen . 134
H. Angewandte Methoden 139
I. Persönliche Diffamierung 139
II. Wissenschaftliche Disziplinierung 143
III. Frageverbote und Fesselung der Forschung 149
I. Motive im Historikerstreit 153
K. Neue Schwerpunkte der Zeitgeschichte 160
I. Stalins Massenvernichtungen vor dem Zweiten Weltkrieg 162
II. Der Präventivkrieg 1941 gegen Rußland .. 167
III. Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten 175
L. Zusammenfassende Betrachtung des Historikerstreits 181
M. Zum Wert der Geschichte 185
I. Die Bewertung der Geschichte in der Vergangenheit 185
II. Moderne Wissenschaften zur Bedeutung der Geschichte 187
III. Der Wert der Geschichte für ein besiegtes Volk 190
IV. Rückbesinnung auf die Geschichte 196
N. Anhang 200
Nr. 1 Suvorovs Artikel aus RUSI 200
Nr. 2 Hoffmanns Leserbrief aus der FAZ 220
O. Literaturverzeichnis und Zitatennachweis 227
P. Personenverzeichnis 235

Vorwort

Der im Sommer 1986 unter westdeutschen Geschichts- und Philosophieprofessoren ausgebrochene »Historikerstreit« hat seitdem die Gemüter heftig bewegt. Ein Jahr nach seinem Beginn ist er keineswegs abgeschlossen, sondern erzeugt immer neue Stellungnahmen, und die gerade erschienene Dokumentation (Piper 1987) wie weitere Veröffentlichungen der Beteiligten führen ihm neue Nahrung zu.

Der Streit war von Anfang an nicht auf die reine Fachwissenschaft beschränkt, sondern wurde in den großen westdeutschen Zeitungen ausgetragen. Die aktuellen politischen Bezüge gewährleisteten eine breite Aufmerksamkeit in der westdeutschen Öffentlichkeit und im Ausland, und die Zahl der zu diesem Thema erschienenen Leserbriefe in den überregionalen Zeitungen unterstreicht die allgemeine Bedeutung dieser Auseinandersetzung.

Man kann den Historikerstreit nicht verstehen, wenn man sich nicht die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Zeitgeschichtsforschung in Westdeutschland vor Augen hält. Deshalb ist bei einer Darstellung dieser Auseinandersetzungen ein kurzes Eingehen auf ihre Vorgeschichte unabdingbar, das einleitend erfolgt. Da manche Begleitumstände, zum Beispiel die versuchten Disziplinierungen von Hochschullehrern und Wissenschaftlern abweichender Meinung, wovon nur die Spitze des

Eisberges bekannt wurde, ebenso kennzeichnend für die Gegenwart wie interessant für den aufmerksamen Beobachter und schwerwiegend für den Beurteiler der Zeit sind, ist auch ihre Beschreibung als wichtiger Teil des Streits notwendig. Schließlich gehört auch eine exemplarische Darstellung der Reaktion maßgebender Politiker und des Auslandes zu einer angemessenen Behandlung des Themas, die bei dem gewählten Umfang natürgemäß lückenhaft bleiben muß. Obwohl es sehr reizvoll gewesen wäre, konnte an den in den nachfolgend angeführten Zitaten vorkommenden geschichtlichen Feststellungen und Urteilen nicht jeweils im einzelnen Kritik geübt werden.

Ergänzend zur inzwischen erschienenen Dokumentation über den Historikerstreit (Piper 1987), die im wesentlichen nur den akademischen Bereich berücksichtigt, soll im folgenden den Hauptlinien, den Begleitumständen und den Auswirkungen dieser Auseinandersetzungen nachgegangen werden. Noch ist offen, wie dieser, auch von bisherigen Vertretern des Geschichtsbilds der Umerziehung ausgelöste Einbruch in den Vorhof des Allerheiligsten der Reeducation ausgehen wird. Es scheint aber bereits so, als ob der frühere Zustand mit all seinen Tabus nicht mehr zu halten sei und ein frischer Wind, verbunden mit dem gesunden Menschenverstand, auch durch die Zeitgeschichte wehe. Das kann zur Zerstörung weiterer Geschichtslegenden und Mythen beitragen, über die man in wenigen Jahrzehnten wohl nur noch den Kopf schütteln und bei deren Erklärung man wohl auf massenpsychologische Kategorien zurückgreifen wird. Der Historikerstreit kann zu einem folgereichen Schritt auf dem Weg zur Heilung der deutschen Neurose werden, zum Abbau des Einflusses der großen Vereinfacher, die mit Moral die geschichtlichen Tatsachen verdrängen wollen.

Da im Text nur in begrenztem Maße zitiert werden kann, war vorgesehen, im Anhang die beiden grundsätzlichen, den Historikerstreit auslösenden Artikel von Ernst Nolte und Jürgen Habermas aus dem Jahre 1986 im vollen Wortlaut zu bringen. Das scheiterte jedoch daran, daß Jürgen Habermas die Genehmigung dazu nicht gab. So muß auch für diese Texte auf die erwähnte Piper-Dokumentation über den Historikerstreit verwiesen werden.

Für das freundliche Entgegenkommen der Inhaber der Rechte an den im Anhang angegebenen Texten, ihre Beiträge zum Nachdruck freizugeben, sei ihnen bestens gedankt.

Nürtingen, im Juli 1987 *Dr. Rolf Kosiek*

Vorwort zur zweiten Auflage

Knapp ein Jahr nach dem Erscheinen dieses Buches ist die erste Auflage bereits vergriffen und eine zweite erforderlich geworden. Verlag und Verfasser werten dies als Zeichen, daß diese Darstellung Interesse gefunden hat und weiterhin findet.

Seit Sommer 1987 sind weitere Stellungnahmen zum Historikerstreit erschienen. Insbesondere hat Ernst Nolte als Hauptangegriffener seine »Antwort an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit« – so der Untertitel – in seinem Buch »Das Vergehen der Vergangenheit« gegeben und zudem in seinem Werk »Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945« (beide Berlin 1987) seine Thesen untermauert.

Da dennoch inzwischen kaum grundsätzlich Neues vorgetragen wurde, konnte auf Ergänzungen verzichtet werden. Wenige Fehler werden durch die nachfolgende Bemerkung verbessert. Für Hinweise wie für zahlreiche Bemerkungen und Anregungen, die mir zugingen, bin ich den Betreffenden dankbar.

Noch im Vorfeld des Historikerstreits schrieb der Kölner Geschichtler Peter Berglar in seinem lesenswerten Buch »Geschichte als Tradition – Geschichte als Fortschritt« (Graz 1984, S. 11): »Er (der Historiker, R. K.) muß sich entweder in das ideologische Wahnsystem einspinnen oder das Martyrium, sei es auch nur in der ›milden‹ Art des Totgeschwiegen-, Verlacht- oder Fortgejagt-Werdens, erdulden. Ein Drittes gibt es nicht. Keine Freiheit ist mehr auf die Atmosphäre persönlicher Freiheit angewiesen als die Geschichtswissenschaft.« Der Wunsch und der Wille, daß diese Freiheit bewahrt und – soweit unterdrückt, wie im Buch dargelegt – wieder verwirklicht werde, haben mich wesentlich mit zu diesem Buch getrieben. Möge es auch weiterhin dafür wirken.

Nürtingen, im Juli 1988 *Dr. Rolf Kosiek*

Errata

Seite 13, Zeile 4 von unten: statt »1845« lies »1945«.
Seite 52, Zeile 11 von unten: statt »wie auch« lies », nötig wie«.
Seite 85, Zeile 10 von unten: statt »Joachim« lies »Jochmann«.
Seite 237: statt »Joachim, Werner« lies »Jochmann, Werner«.

A. Einleitung

Im Historikerstreit sind schon lange angelegte Entwicklungen stärker an die Oberfläche gekommen. So wurde mit Recht erklärt (z.B. H. Mommsen 1986, S. 1200; Hildebrand 1986a; Craig 1987, S. 156), daß Noltes nun plötzlich von manchen Seiten so provokativ empfundenen Äußerungen im Grunde schon in seinen vor Jahrzehnten geschriebenen Büchern (Nolte 1963, 1974) enthalten seien. In die breite Öffentlichkeit und zu größerer politischer Wirksamkeit gelangten sie aber jetzt erst durch die Auseinandersetzungen in den führenden westdeutschen Zeitungen. Vorher blieben sie unbeachtet, verschwiegen und ebenso unwirksam wie die brisanten Ausführungen des Heidelberger Soziologen Hans-Joachim Arndt in seinem bis heute viel zu wenig gewürdigten Werk »Die Besiegten von 1945« (Arndt 1978). An diesem Fall erwies sich wieder, daß weniger die Richtigkeit und die Brisanz neuer Gedanken und Urteile entscheidend für ihre Wirksamkeit sind als die Aufnahmebereitschaft durch die großen Medien. Im Sommer und Herbst 1986 waren diese für die Stellungnahmen und Gegendarstellungen im Historikerstreit, aus welchen Gründen auch immer, sehr offen.

Bei der Auseinandersetzung der Historiker seit 1986 ging es bisher weniger um die einzelnen geschichtlichen Tatsachen, sondern mehr um die Methoden und Bewertungsmaßstäbe für die Zeitgeschichte. Kann das Dritte

Reich, nun seit mehr als 40 Jahren vergangen, historisiert werden? Darf man an seiner »Singularität« rütteln? Darf die sonst in der Geschichtswissenschaft übliche Methode des Vergleichens nun auch auf diese Zeit angewandt werden? Ist eine Aufrechnung zulässig? Bisher gehörte es zum wesentlichen »Konsens der Demokraten« in Westdeutschland, alle diese Fragen streng zu verneinen, an der deutschen Kriegsschuld nicht zu zweifeln und das ganze politische Geschehen an dem des Dritten Reiches zu messen.

Zahlreiche Tabus schränkten bisher die Forschung und Meinungsäußerung zu Fragen der jüngeren Vergangenheit ein (W. Mommsen 1986). Auch mit Disziplinarrecht und Strafgesetz wurde parallel zur öffentlichen Diffamierung gegen Abweichler verfahren, und die so einzeln ausgestoßenen oder moralisch an den öffentlichen Pranger gestellten Wissenschaftler fanden sich bisher immer von ihren Fachkollegen, die sie eigentlich hätten stützen sollen, im Stich gelassen. Der Historikerstreit brachte insoweit etwas Neues, als hier erstmalig wegen revisionistischer Forderungen angegriffene Wissenschaftler von einer ganzen Reihe ihrer Kollegen verteidigt wurden, so daß die öffentlich durchaus — etwa von Augstein (Augstein 1986) — geforderte Bestrafung im Gegensatz zu früher nicht vollzogen werden konnte. In dieser Hinsicht ist demnach ein gewisser Schritt zur Normalisierung erfolgt.

Diese neue Erscheinung liegt auch vielleicht darin begründet, daß zu den wichtigen Einzelfragen der Zeitgeschichte, etwa zur Verteilung der Schuld am Zweiten Weltkrieg oder den Umständen und dem Ausmaß der »Endlösung«, in der Auseinandersetzung der Historiker bisher erst verhältnismäßig Weniges geäußert wurde.

Vielleicht als Voraussetzung für den Freiraum für die eigenen Thesen haben die meisten der nach ihren Äußerungen mit viel moralischer Entrüstung angegriffenen Geschichtsforscher zunächst die üblichen Bekenntnisse zur deutschen Schuld abgelegt und die fast schon zum Ritual gewordenen einleitenden Distanzierungen vorgenommen, sich somit insoweit zum bisherigen »Konsens« bekannt. »Keiner der Gegner«, schrieb Joachim Fest am 21.4.1987 von den Beteiligten am Historikerstreit, »bezweifelte die Verbrechen an den Juden oder bestritt sie gar, keiner versuchte sie zu relativieren oder mit anderen Untaten anderer Völker aufzurechnen.« (Piper 1987, S. 388)

Der Historikerstreit kann daher nur als ein erster, wenn auch wesentlicher Einbruch in die Front der Umerziehung und des für die Deutschen von den Alliierten seit 1945 verordneten Geschichtsbildes seitens der Fachgelehrten betrachtet werden. Doch es ist schon ein Fortschritt und wesentliches Eingeständnis, wenn beamtete Historiker erklären, daß man von »einem in der wissenschaftlichen Diskussion längst zugunsten differenzierterer Aussagen überwundenen klischeehaften ›Bild‹ vom ›Dritten Reich‹« abkommen müsse (Hillgruber 1986b, S. 735), daß die offizielle Sicht der Vergangenheit allein schon deswegen einseitig und verzerrt sein müsse, weil bisher vor allem das Deutschland belastende Material von den Sieger gesammelt und freigegeben wurde, während diese ihre Archive weiterhin — die Russen vollständig, der Westen teilweise und vor allem in bezug auf die Deutschland entlastenden Dokumente — noch für Jahrzehnte unter Verschluß halten und der Wissenschaft den Einblick verwehren (Rumpf 1983, S. 109), weil bisher die Zeitgeschichte im wesentlichen von den Siegern geschrie-

ben ist (Nolte 1985, S. 21; Rumpf 1983, S. 108). Gerüchte, daß inzwischen auch im Westen, vor allem in England, an diesem bisher geheimgehaltenen Dokumentenmaterial aus der Vorkriegs- und Kriegszeit eifrig manipuliert, verdünnt und gefälscht wird, können durchaus einen wahren Kern haben.

Wenn die Quellenlage für Deutschland schon so ungünstig ist, so ist es um so mehr zu bedauern, wie wenig sich — wenigstens jahrelang — hauptamtliche westdeutsche Zeitgeschichtler um die zum Beispiel in den USA inzwischen freigegebenen Akten der Vorkriegszeit kümmerten, worauf vor allem der Leiter der privaten Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt, Dr. Alfred Schickel, hingewiesen hat (Schickel 1981, S. 20; 1986, S. 240f.), der selbst in Washington statt der dazu verpflichteten Historiker wichtige, Deutschland entlastende Dokumente entdeckte und der Öffentlichkeit zugänglich machte.

Es ist schon mehrfach hervorgehoben worden (Rumpf 1983, S. 121), wie unterschiedlich, ja geradezu gegensätzlich sich die deutschen Historiker nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg verhalten haben. Lehnten nach 1918 die deutschen Geschichtsforscher wie alle deutschen Parteien die den Deutschen wider Recht und Wahrheit aufgezwungene Kriegsschuldthese im Artikel 231 des Versailler Diktates ab, so war nach 1945 die Hervorhebung und Betonung der deutschen Schuld und der Nachweis deutscher Verbrechen ein Hauptanliegen der deutschen Zeitgeschichtler, dem sie sich mit wahrer Inbrunst widmeten, war es doch zugleich die beste Voraussetzung für eine Hochschulkarriere. Hellmut Diwald fand dafür harte Worte (Diwald 1983, S. 7, 38f.). Wenn Hans-Joachim Arndt für die Nachkriegszeit erklärte,

daß »die Politologie in der Bundesrepublik ... keine Politologie für Deutsche war, auch meist nicht sein wollte« (Arndt 1978, S. 15), so gilt dies ebenso für die Zeitgeschichte.

Wenn nun anscheinend langsam bei einigen Historikern das Gewissen schlägt und sie Fragen stellen, die sie früher zu stellen sich »gescheut« haben (Nolte 1986a), so ist das im Sinne eines politischen Pragmatismus zu begrüßen wie auch in bezug auf das Ethos der Wissenschaft, was Wahrheit und Vorurteilslosigkeit betrifft. Viel völkische Not wäre den Deutschen insgesamt und viel persönliches Leid wäre manchem Streiter für die geschichtliche Wahrheit allerdings erspart geblieben, wenn solche Äußerungen angesehener Historiker Jahrzehnte früher in dieser Deutlichkeit gemacht und veröffentlicht worden wären.

Vielleicht hat auch bei manchem der am Historikerstreit Beteiligten erst die überzogene Vergangenheitsbewältigungswelle zum 8. Mai 1985 die hohe Hemmschwelle überschreiten lassen, die bisher vor solchen Äußerungen aufgerichtet war, weil er noch Schlimmeres verhüten wollte. Hellmut Diwald schrieb dazu: »Die Unverfrorenheit des Versuchs, uns den 8. Mai 1845 als Datum der Befreiung schmackhaft zu machen, wird nur durch die Schamlosigkeit der Begründungen dafür übertroffen.« (Diwald 1985, S. 1) Nicht nur er empfand wohl so.

B. Die Ausgangslage

Der im Sommer 1986 ausgebrochene Streit westdeutscher Historiker um grundlegende Methoden bei der Behandlung der Zeitgeschichte ist nur auf dem Hintergrund der Lage der Zeitgeschichtsforschung in der Bunderepublik Deutschland in den letzten Jahrzehnten zu verstehen. Erst die Anormalität dieser bisherigen Verhältnisse konnte solch eine Debatte auslösen. Daher ist der Behandlung der eigentlichen Auseinandersetzung der Geschichtsforscher — und daran anschließend auch der Politiker — zunächst ein Kapitel über die Umerziehung und die bisherige Revision in der Zeitgeschichte vorangestellt.

I. Umerziehung und Zeitgeschichte

Das geistige und politische Leben in Westdeutschland und Österreich ist nach 1945 entscheidend von der Umerziehung geprägt worden. Bezeichnend ist, daß diese Tatsache weitgehend verschwiegen und verdrängt wird. Der Heidelberger Politologe Hans Joachim Arndt hob hervor: »Zur Umerziehungspolitik fehlen Untersuchungen aus der Feder von Politologen der Bundesrepublik so gut wie vollkommen.« (Arndt 1978, S. 9) Zum Erfolg der Umerziehung erklärte Caspar von Schrenck-Notzing als einer ihrer gründlichsten Kenner, der ihr als Außenseiter eine materialreiche Monographie gewidmet hat

(Schrenck-Notzing 1965), in einem Vortrag zum 8. Mai 1985, er sehe »dieses Pferd im Rennen um den Großen Preis von Bonn ganz vorne einlaufen« (Schrenck-Notzing 1987, S. 282).

Die Umerziehung schloß sich nahtlos an die im Zweiten Weltkrieg insbesondere vom britischen Geheimdienst durchgeführte »schwarze Propaganda« (Howe 1983) an und arbeitete insbesondere mit Verfälschung und Verzerrung geschichtlicher Ereignisse. Zu den Kernpunkten dieser in den USA und England während des Zweiten Weltkrieges geplanten und wissenschaftlich wie organisatorisch vorbereiteten Umerziehung gehörte die über Schule, Hochschule, Massenmedien und Politiker vorgenommene Vermittlung einer den Siegern genehmen Sicht der Geschichte. Es sollte in Westdeutschland zu einer »Änderung des Geschichtsbildes unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsschuldfrage« (Schrenck-Notzing 1987, S. 265) kommen. So lautete eines der vier vom britischen Foreign Office festgelegten Ziele der Umerziehung ausdrücklich, angebliche »deutsche Mißverständnisse der europäischen Geschichte der letzten 50 Jahre und besonders der Ursachen, Führung und Folgen der letzten beiden Weltkriege aufzuklären« (ebenda, S. 264).

Unter dem Mantel der »Aufklärung« wurde so eine einseitige Verbiegung der deutschen Geschichte mit den umfassenden politischen, organisatorischen und informellen Machtmitteln der Besatzungsmächte eingeleitet und weitgehend durchgeführt. Im Gegensatz zu der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg fanden sich nach dem Zweiten genügend Deutsche, die sich der Umerziehungspolitik der Besatzer zur Verfügung stellten und die Geschichte im gewünschten Sinne darstellten. Diese Hilfskräfte waren nach strengen Methoden ausgesucht und geschult

worden (Schrenck-Notzing 1987, S. 265f.) und wurden anschließend auf die einflußreichsten Posten, vor allem in der westdeutschen Politik und Medienlandschaft, gehoben. Angesichts der uneingeschränkten Macht der Besatzungskräfte gab es kein durchgreifendes Gegenmittel. Der Lizenzzwang für alle Medien wie das Berufsverbot für Unliebsame sorgten für die Ausschließlichkeit dieses Vorganges. Der Rückstrom zahlreicher Emigranten, insbesondere für die freigemachten Hochschullehrstühle, verstärkte die Wirkung. Die deutschen Professoren, vor allem im Fach Geschichte, waren 1945 weitgehend ihres Amtes und ihrer Lehrtätigkeit enthoben worden, die deutschen Lehrer hatten »im Zuge der Entnazifizierung in großer Zahl Berufsverbot erhalten, und zwar zwischen 50 Prozent in Frankfurt und 90 Prozent in Würzburg« (Schrenck-Notzing 1987, S. 271). Die im Amt verbliebenen oder nach und nach wieder hineinkommenden Lehrkräfte durften nichts Nachteiliges über die Besatzungsmächte verlauten lassen und mußten sich hüten, »Verbrechen der Nazis« zu verharmlosen. Noch am 16.9.1950 erließen die drei westlichen Stadtkommandanten Berlins eine Anordnung Nr. 501, in der es hieß: »Ohne Genehmigung des Kommandanten dieses Sektors sind Einfuhr, Besitz, Verteilung, Anschlag, Druck, Abschrift und Vervielfältigung in irgendwelcher Weise von handschriftlichen oder gedruckten Schriften in diesem Sektor untersagt, welche ... b) abfällige Bemerkungen gegen irgendeine der Besatzungsmächte enthalten; c) Gerüchte verbreiten mit dem Ziel, Mißtrauen oder Feindschaft des deutschen Volkes gegen irgendeine der Besatzungsmächte hervorzurufen«. Bei Zuwiderhandeln sollte — nach der Anordnung Nr. 504 vom 15.1.1951 — der Betroffene »mit Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren und zugleich mit

Geldstrafe bis zu 50 000,— DM oder mit nur einer dieser beiden Strafen bestraft« werden.

Auch nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 und dem Fortfall des Lizenzzwanges für Zeitungen und Zeitschriften änderten sich die Verhältnisse kaum, da einmal der wirtschaftliche Vorsprung der eingeführten Blätter zu groß war, andererseits die weitere Förderung durch Zuschüsse und Kredite nur den der Umerziehung verpflichteten Medien zugute kam. Die Personalpolitik beim Rundfunk und dem sich dann anbahnende Fernsehen sorgte weiterhin dafür, daß nur umerziehungstreue Personen an die leitenden und meinungsprägenden Stellen kamen und diese bis heute besetzt halten. So mußte der amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred de Zayas erleben, wie er in der Einleitung zu seinem dann daraus entstandenen Werk schrieb (de Zayas 1983), daß aus dem von ihm für die ARD-Fernsehreihe »Flucht und Vertreibung« vom Frühjahr 1983 gesammelten Film- und Bildmaterial über das harte Schicksal der Deutschen in den Ostgebieten von den Fernsehangestellten einseitig ausgewählt wurde, so daß den Fernsehzuschauern nur eine sehr entschärfte, den geschichtlichen Tatbestand einseitig stark verzerrende Darstellung geboten wurde. Das Fernsehen erwies sich auch in diesem Falle als großer Manipulator im Auftrag der Umerzieher, als Zensor selbst für ausländische Wissenschaftler und als bewußter Fälscher der deutschen Geschichte. Das wäre wohl in keinem anderen Volke denkbar.

Zur Durchsetzung eines einseitigen Geschichtsbildes trugen ferner die von den Alliierten erzwungene Einführung des Faches »Politische Wissenschaften« (Arndt 1978, S. 117f., S. 250f.), die des Faches »Gemeinschafts-

kunde« durch die Saarbrücker Rahmenvereinbarungen der westdeutschen Kultusminister von 1960 (Schrenck-Notzing 1987, S. 278) sowie der allmählich durchgesetzte Abbau des Faches Geschichte überhaupt bei (Schulze 1987, S. 177; Heuß 1959), insbesondere in den von der SPD regierten Ländern. Die Verselbständigung der Pädagogik in Verbindung mit der »Reformpädagogik« führte in dieselbe Richtung, so daß der Göttinger Historiker Alfred Heuß vor ihr warnte, denn es werde in Zukunft »hinter dieser ›wertneutralen‹ Fassade Indoktrination durch eine totalitäre Weltanschauung betrieben«, die dann »in Gestalt einer allgemein verordneten Öffentlichkeit« in Erscheinung treten werde (FAZ 9.2.1985). In manchen Bundesländern und Geschichtsbereichen war es durchaus schon so weit (Ulrich March in FAZ 4.10.1984). Parteiische Indoktrinierung trat an die Stelle um historische Wahrheit bemühter Geschichte.

Die immer wieder periodisch ausgelösten Wellen der Vergangenheitsbewältigung, etwa durch die vom Osten gesteuerten Hakenkreuzschmierereien an der Kölner Synagoge vom Dezember 1959 (Thadden 1984, S. 99—128), den Auschwitz-Prozeß in Frankfurt vom 20.12.1963 bis 20.8.1965, die Kampagnen der APO um 1968 bis hin zum 40. Jahrestag der Kapitulation der deutschen Wehrmacht mit der Rede des Bundespräsidenten zum 8. Mai 1985, gaben jeweils den Massenmedien, Politikern und Erziehungseinrichtungen die willkommene Gelegenheit, erneut im Rahmen der Umerziehung zu wirken, indem eine einseitige Schuldpflege anstelle geschichtlicher Verarbeitung betrieben wurde. Von der »Grund-Lage der Besiegten« von 1945 (Arndt 1978, S. 17) wurde die Öffentlichkeit mit Hilfe von »Auschwitz« immer weiter weg und in Richtung »1945 als Befreiung« getrieben. Ein Maß für

den Erfolg der Umerziehung kann sicher in dem Prozentsatz der Westdeutschen gesehen werden, für die der 8. Mai 1945 zum »Tag der Befreiung« allmählich geworden ist. Der Sieg ist bekanntlich erst dann vollkommen, wenn der Besiegte sich freiwillig für die Sicht des Siegers gegen seine eigene Tradition einsetzt, wofür vor allem Jürgen Habermas ein gutes Beispiel ist.

Zu einem Mittel der Durchsetzung und Festigung der Umerziehung auf dem Gebiet der Zeitgeschichte wurde in den siebziger Jahren verstärkt die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPrSt.) in Bonn gemacht. Nach einem Gesetz vom 9.6.1953 gegründet, hatte sie zunächst die Aufgabe bekommen, die Jugend vor sie geistig und seelisch gefährdenden Porno- und Sex-Darstellungen zu schützen. Dann wurden auch zunehmend Erinnerungsbücher herausragender Soldaten des Zweiten Weltkrieges, zum Beispiel Rudels oder Skorzenys, indiziert. Unter der sozialliberalen Koalition in Bonn erhielt die BPrSt. schließlich um 1978, insbesondere nach dem Polenbesuch des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner, auf dessen nachdrückliches Betreiben auch den Auftrag, verstärkt revisionistische Geschichtsdarstellungen durch Indizierung der entsprechenden Bücher an der Verbreitung zu hindern. So wurde zum Beispiel am 7.6. 1979 das bereits 1964, also 15 Jahre früher, erschienene und in mehreren Auflagen, auch als Taschenbuch, verbreitete Werk »Wahrheit für Deutschland« des Diplom-Politologen Udo Walendy von der BPrSt. auf den Index jugendgefährdender Schriften gesetzt, womit die öffentliche Werbung und der freie Verkauf dieses Buches verboten wurden. Zwar hat das Oberverwaltungsgericht Münster (Az: 20A 1143/81) diese Indizierung am 27.1. 1984 auf Klage des Verfassers hin aufgehoben, weil bei

der Indizierung kein Gutachter zugezogen worden war und die Mitglieder der Prüfstelle »schlechterdings solche Kenntnisse und Fähigkeiten (zur Beurteilung der Zeitgeschichte) nicht besitzen, bei denen das bloße Lesen des Buches zur notwendigen Information ausreicht«, doch nach Zulassung der zunächst vom OVG Münster nicht zugelassenen Revision hat das Bundesverwaltungsgericht in Berlin am 3.3.1987 die Indizierung durch die BPrSt. für rechtens erklärt (Az: BVerwG 1 C 39.84): Die vom Verfasser vertretene These, Hitler und das NS-Regime hätten nicht die Schuld am Zweiten Weltkrieg und dieser sei Deutschland aufgezwungen worden, sei offenkundig falsch. Daher sei kein Gutachten erforderlich gewesen, denn »offenkundige Tatsachen bedürfen aber keines Beweises (vgl. § 291 ZPO)«. Walendys Buch habe keinen wissenschaftlichen Charakter, sondern stelle eine »Mohrenwäsche für Hitler« dar.

In Österreich wurde ähnlich verfahren. So wurde zum Beispiel 1969 vom Landgericht Wien aufgrund eines 1945 erlassenen NS-Verbotsgesetzes die Geschichtsdarstellung »Von Versailles bis Nürnberg — Der Opfergang des deutschen Volkes« von Erich Kern über die Zeit von 1919 bis 1945 als »verfallen« erklärt und die von der Staatsanwaltschaft vorher verfügte Beschlagnahme des Buches bestätigt (Freies Forum Nr. 11/12, 1969, S. 1).

Ein Ergebnis der Umerziehung der Deutschen ist, daß noch heute, mehr als 40 Jahre nach Kriegsende und Hitlers Tod, dieser nach wie vor der Maßstab zu sein scheint, an dem alle Politik ausgerichtet wird. Der Bonner Staatsrechtler Josef Isensee übertrieb 1986 wohl kaum, sondern kennzeichnete die herrschende Lage treffend, als er in dem Sammelband »Wirklichkeit als Tabu« schrieb: »Das politische Bewußtsein der Deutschen ist heute fi-

xiert auf eine einzige Epoche, die nationalsozialistische. Deutsche Geschichte stellt sich dar als Unheilsgeschichte. Der Schatten Hitlers, der mit der historischen Entfernung wächst, deckt alles zu. Alle Entwicklungen werden zu ihm in Beziehung gebracht: Vorbereitend oder retardierend, faschistopetal oder faschistofugal.« (Mohler 1986, S. 13)

Zur gleichen Beurteilung kam etwa zur selben Zeit der österreichische Schriftsteller Gerd-Klaus Kaltenbrunner beim Nachdenken darüber, wie er sich »angesichts der › Lage der Nation ‹ als normaler Deutscher verhalten würde«. Er meinte: »Wäre ich ein Deutscher, dann würde ich nicht länger hinnehmen, daß Hitler — mehr als vierzig Jahre nach seinem Untergang — nach meinem Eindruck noch immer die Richtlinien bundesdeutscher Politik bestimmte. Ich würde mich schämen und darüber empören, daß jede noch so vernünftige politische Fragestellung oder Maßnahme — komme sie nun von rechts, links oder aus der ›Mitte‹ — nur daraufhin eingeschätzt wird, ob sie mit Hitler in Zusammenhang gebracht werden könne ... Adolf Hitler bestimmt also offenbar, egal wer in Bonn regiert, immer noch die Richtlinien der Politik der Bundesrepublik Deutschland. Denn das wahre Grundgesetz dieses Staates scheint in dem kategorischen Imperativ zu bestehen, alles zu unterlassen — und sei es auch noch so vernünftig und politisch notwendig —, was auch nur im entferntesten noch an Adolf Hitler erinnern könnte.« (Kaltenbrunner 1986)

Die meisten westdeutschen Historiker hatten diese Entwicklung wesentlich mitverursacht und mitgetragen oder sich auf neutrale Spezialgebiete zurückgezogen und damit die »Flucht vor der Geschichte« angetreten (Diwald 1984). So stellte in einer Zeit, in der das fehlende

Selbst- und Volksbewußtsein der Deutschen schon weithin beklagt wurde und sich jahrelang schon in einem die Volkssubstanz bedrohenden Geburtendefizit ausgewirkt hatte, auf dem alle zwei Jahre stattfindenden Historikertag 1984 in Berlin zum Auftakt der Verbandsvorsitzende Christian Meier die Frage: »Warum waren die Mönche im Mittelalter so dick?« und versuchte damit die »Suche der Geschichtswissenschaft ›nach neuen Zugängen zur Geschichte‹ zu verdeutlichen« (Stuttgarter Nachrichten 11.10.1984)! Statt über die volkliche Not der Deutschen im vielfach geteilten Vaterland und jenseits der Grenzen sprach man über den »kommunikativen Charakter der proletarischen Küche als kulturellem System«, über Steckrüben- und Brennesselgerichte als Ausdruck der »Kreativität von Frauen« (FAZ 9.10.1984). Die Lektion der Umerziehung war wahrlich gut gelernt worden!

II. Opfer der Umerziehung

Die Durchsetzung der Umerziehung war nur zu erreichen, indem dagegen sich erhebender Widerstand rigoros gebrochen und sich nicht unterwerfende Personen aus einflußreichen Stellungen, insbesondere aus dem Lehrberuf, entfernt wurden. Zwar erklärt das Grundgesetz in Artikel 3.2: »Niemand darf wegen ... seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden«, und in Artikel 5.1: »Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten«, sowie in Artikel 5.3: »Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.« Doch diese Freiheiten gelten weitgehend nur, solange man sich im Rahmen des von der Umerziehung

Gewünschten und Geduldeten bewegt. Andernfalls wurden Maßnahmen in einem weiten Bereich gegen den Abweichler angewandt. Einige jeweils in ihrer Art bezeichnende Fälle seien kurz angeführt.

1. Professor Dr. Peter R. Hofstätter. Als der auch im Ausland angesehende Hamburger Psychologe Hofstätter in der Wochenzeitung »Die Zeit« am 14.6.1963 unter dem Titel »Bewältigte Vergangenheit?« Zweifel am Sinn der bisherigen Art der Vergangenheitsbewältigung anmeldete, sich gegen die endlosen Gerichtsverfahren über Taten aus der Kriegszeit wandte, die übertriebene »Curricular-arbeit« der Schulen zu diesem Thema kritisierte, den Mord an den Juden als Kriegshandlung angesehen und behandelt wissen wollte und dann schrieb: »Es gibt auf der ganzen Erde kein Volk, das seine Vergangenheit je bewältigt hätte ... Es scheint mir unklug, wenn wir uns eine prinzipiell unlösbare Aufgabe stellen«, begann eine förmliche Hexenjagd gegen ihn und seine »gemeingefährliche Lehre«. Strafanzeige gegen ihn wurde erstattet und ein Disziplinarverfahren eröffnet, das dann zwar noch einmal eingestellt wurde, doch der zuständige Senat der Universität mißbilligte ausdrücklich die Art, in der Hofstätter »besonders brennende Fragen unseres politischen Zusammenlebens behandelt« habe (FAZ 20.10. 1983). Das war dann, wie Armin Mohler treffend schrieb, »ein Signal, das die westdeutsche Professorenschaft verstanden hat. Seither hat sich, bis heute, kein Ordinarius mehr mit derselben Offenheit kritisch mit der VB (Vergangenheitsbewältigung, R.K.) auseinandergesetzt.« (Mohler 1987, S. 40)

2. Studienrat Lothar Stielau. Weltweites Aufsehen erregte 1959 der »Fall« des Lübecker Studienrats Stielau, der in einem Nebensatz eines Beitrages für seine Schul-

zeitung die Echtheit des »Tagebuchs der Anne Frank« angezweifelt hatte, das ab 1947 in über 20 Ländern und mehr als 50 Sprachen mit mehr als 10 Millionen Exemplaren verbreitet ist und als Dokument galt, heißt es doch im Vorwort: »Es ist die Wahrheit, die ganze Wahrheit, nichts als die Wahrheit.« Stielau wurde wegen seiner Äußerung sofort vom Dienst suspendiert. Nach einem jahrelangen Gerichtsverfahren mußte Vater Frank dann einen für ihn sehr ungünstigen Vergleich eingehen; Stielau erklärte sich bereit, von den über 15 000,— DM Gerichtskosten den geringen Anteil von 1 000,— DM zu zahlen, wurde dann pensioniert und später nach jahrelangem Privatschuldienst als Angestellter wieder in den öffentlichen Schuldienst aufgenommen. Erst viele Jahre danach kam durch ein Gutachten des Bundeskriminalamtes (KT 41 - 2404/79) vom 28.5.1980 heraus, daß mindestens Teile des auch in einem Schriftgutachten als von einer Hand geschrieben bezeichneten und als Original ausgegebenen Tagebuchs frühestens 1951 aufgezeichnet sein können, da sie mit Kugelschreiberpasten geschrieben wurden, die »erst seit dem Jahre 1951 auf dem Markt erschienen« (Spiegel Nr. 41, 1980, S. 121f.) In den siebziger und achtziger Jahren wurden noch mehrere Prozesse gegen Personen angestrengt, die Zweifel an der Echtheit des Tagebuchs geäußert hatten. Vom Amsterdamer »Reichsinstitut für Kriegsdokumentation« wurde 1986 eine 716 Seiten starke Dokumentation »De Dagboeken van Anne Frank« herausgebracht (Spiegel Nr. 19, 4.5. 1987), die die Echtheit beweisen sollte.

3. Diplom-Politologe Udo Walendy. Als der schon genannte Walendy sein Buch »Wahrheit für Deutschland« veröffentlicht hatte, wurde er als Lehrer an einer Gewerbeschule entlassen. Der zuständige Detmolder Regie-

rungspräsident schrieb ihm dazu am 10.5.1965: »Es ist ... selbstverständlich, daß ... von der Schulaufsicht darauf gesehen werden muß, nur solche Lehrkräfte ... zu beschäftigen, die voll und ganz auf dem Boden unseres heutigen Staates stehen und vor allem auch die von der Bundes- und Landesregierung ... vertretenen Ansichten und Konzeptionen ohne entscheidende Abweichungen wiederzugeben vermögen. (Es ist bekannt), daß Sie ein Buch geschrieben haben, in dem Sie zur jüngsten deutschen Geschichte in einer Weise Stellung nehmen, die den heutigen geschichtlichen Erkenntnissen nicht in allen Einzelheiten und vor allem Folgerungen entspricht, die aber jedenfalls ... nicht gebilligt werden kann.« (Freies Forum Nr. 5, 1966, S. 7f.)

Ähnlich wurden in der Folgezeit mehrere Lehrer entlassen, weil sie in Schriften und Büchern oder durch Aussagen zur Zeitgeschichte »Verharmlosung« oder »Verherrlichung« des »NS-Regimes« betrieben hätten, weil sie sich gegen Aussagen der Umerziehung gewandt hatten. Dagegen wurde kein Fall bekannt, daß ein Lehrer bei nachweislicher Übertreibung deutscher Schuld gemaßregelt worden wäre.

4. Professor Dr. Hellmut Diwald. Gerade noch an einer Entlassung und ihren bitteren Folgen vorbei kam der Erlanger Geschichtsordinarius Diwald, nachdem er 1978 seine »Geschichte der Deutschen« im angesehenen Propyläen-Verlag veröffentlicht hatte. In diesem Werk hatte der bisher eher als »linkslastig« und »neutralistisch« angesehene Verfasser bei der Darstellung der Zeitgeschichte ungleich differenzierter als die meisten seiner Kollegen geurteilt, hatte einige weitverbreitete Geschichtslügen und Zahlenübertreibungen im Zusammenhang mit Konzentrationslagern richtiggestellt und dann

in bezug auf die »Endlösung« ab 1940 geschrieben: »Was sich in den folgenden Jahren tatsächlich abgespielt hat, ist trotz aller Literatur in zentralen Fragen noch immer ungeklärt« (Diwald 1978, S. 165). Damit bezweifelte er offenbar, daß etwa durch den großen Auschwitz-Prozeß schon alles zu diesem Thema befriedigend aufgeklärt sei.

Nach einigen wenigen wohlwollenden Besprechungen erhob sich dann eine vor allem vom »Spiegel« ausgelöste Hexenjagd gegen den Historiker. Er wurde gedrängt, sein Buch zu ändern. Obwohl er im Dezember 1978 in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk noch erklärt hatte, daß er keiner Änderung seines Buches zustimmen werde und schließlich die Verbindung zu seinem ihn bedrängenden Verlag abgebrochen hatte, ließ der Verlag »eine von Dritten retuschierte Neuauflage drucken, schickte aber jedem, der es wünschte, den Wortlaut der gestrichenen Stellen zu« (Mohler 1987, S. 57). In seinem späteren Buch »Mut zur Geschichte« (Diwald 1983) geißelte Diwald dann die Methoden der Umerziehung und hielt seinen Fachkollegen Einseitigkeit und Verrat am wissenschaftlichen Ethos vor. Doch dieses sehr brisante Buch wurde ziemlich totgeschwiegen und erwies sich als schwer verkäuflich. Nur Diwalds wissenschaftlichem Ansehen ist es wohl zu verdanken, daß man es mit Verwarnungen bewenden ließ und sich mit einer gewissen Zurückhaltung begnügte. Kennzeichnend bei dieser Kampagne gegen Diwald war, daß »Ehemalige«, sogar mit früherem SS-Offiziersrang und früherem Sitz im Reichssicherheitshauptamt, Wortführer bei den öffentlichen Angriffen gegen den Historiker waren (Mohler 1987, S. 57).

5. Dr. Wilhelm Stäglich. Zu einem ganz besonderen Fall entwickelte sich der des Hamburger Richters Dr.

Stäglich, der 1979 sein Buch »Der Auschwitz-Mythos« veröffentlicht hatte, in dem er mit ausführlichen Begründungen Zweifel an den üblichen Aussagen über Auschwitz und die dortigen Vorgänge anmeldete. Das Buch wurde trotz inzwischen eingetretener presserechtlicher Verjährung am 15.8.1980 eingezogen, die Druckunterlagen wurden beschlagnahmt, da die Verbreitung des Buches den Tatbestand der »Volksverhetzung« (§ 130 StGB) erfülle. Am 11.3.1982 indizierte die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften das Buch auch noch. In einem dem Einzug folgenden Gerichtsverfahren, in dem der Verfasser bezeichnenderweise aufgrund eines Beschlusses der Stuttgarter Staatsschutzkammer vom 7.5. 1981 aus dem Verfahren gedrängt wurde, das sich dann nur noch mit dem Verleger Wigbert Grabert befaßte, wurde die Beschlagnahme am 7.5.1982 vom Landgericht Stuttgart (Az: XVI KLs 115/80) für rechtens erklärt. Die dagegen vom Verleger eingelegte Revision wurde vom Bundesgerichtshof (Az: 3 StR 414/82(S)) am 26.1.1983 verworfen.

Verfasser und Verleger legten daraufhin wegen Verletzung ihrer Grundrechte durch die ergangenen Gerichtsentscheidungen getrennt Verfassungsbeschwerde ein. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe nahm beide Beschwerden mit Beschluß vom 12.10.1983 (1BvR 408/83; 1BvR 409/83) nicht zur Entscheidung an, weil sie »keine hinreichende Aussicht auf Erfolg haben«. Zu dem ganzen Verfahren erschien später eine ausführliche Dokumentation mit den wichtigsten Stellungnahmen, Urteilen und Begründungen (Grabert 1984).

Dem inzwischen vorzeitig mit 1975 gekürzten Bezügen in die Pension geschickten Verfasser des eingezogenen Buches wurde mit Beschluß vom 29.3.1983 von dem zu-

ständigen Konzil der Dekane der Göttinger Universität, bei der Stäglich vor Jahrzehnten zum Dr. jur. promoviert war, als weitere Strafe der Doktortitel aberkannt. Zur Begründung der Aberkennung hatte der Präsident der Universität am 15.11.1982 an den Verfasser geschrieben: »Das Dekane-Konzil ist der Auffassung, daß Sie sich durch dieses Buch als unwürdig erwiesen haben, den Ihnen von der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen verliehenen Doktorgrad zu führen, weil Sie mit dem genannten Werk, das mit dem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erschienen ist, die Gebote wissenschaftlicher Haltung sowie der Achtung der Menschenwürde in gröbster und schwerwiegender Weise verletzt haben.«

Pikanterweise war der Aberkennungsbeschluß dabei aufgrund eines von Hitler unterzeichneten Reichsgesetzes vom 7.6.1939 gefaßt, wonach der Doktortitel aberkannt werden kann, »wenn sich der Inhaber durch sein späteres Verhalten der Führung eines akademischen Grades unwürdig erwiesen hat«. Das Gesetz war damals vor allem gegen Emigranten angewandt worden. Während die damalige Intoleranz heute zutreffend kritisiert wird, wurde sie bei dieser Entscheidung noch übertroffen. Die Sechste Kammer des Verwaltungsgerichtes Braunschweig, vor dem Stäglich Klage gegen diesen unverständlichen Verwaltungsakt der Göttinger Universität erhoben hatte, bestätigte durch Urteil vom 29.1.1986 diese ungewöhnliche und in der nachkriegsdeutschen Universitätsgeschichte wohl einmalige Aberkennung (Freies Forum Nr. 1, 1986, S. 9ff.), wobei ein Gerichtssprecher sogar noch erklärte, es komme nicht nur »auf das rein wissenschaftliche Moment« an, sondern auch »ein Stück weit auf seine Persönlichkeit«.

Daß derartige Maßnahmen auch gegen Zeitgeschichtler, wenn sie bei ihren Zitaten zu Lasten Deutschlands gefälscht haben (Spraul 1987) oder bei Unternehmungen beteiligt sind, die bewußte Fälschungen zu Deutschlands Belastung herstellen und veröffentlichen (Backes 1986), ergriffen worden wären, wurde bisher nicht bekannt. Die Vergrößerung deutscher Schuld kann anscheinend in Westdeutschland nur der Karriere dienen.

III. Revisionismus

Gegenüber dem einseitigen Geschichtsbild der Umerziehung ergaben sich schon früh Zweifel und Abänderungsforderungen. Schriftsteller wie Hans Grimm (Grimm 1948, 1954), Zeitzeugen wie Peter Kleist (Kleist 1952, 1961) und vor allem ausländische Historiker wie B.H. Liddell-Hart (Liddell-Hart 1946), P.H. Nicoll (Nicoll 1953), C.C. Tansill (Tansill 1956), H.E. Barnes (Barnes 1953, 1961) wandten sich gegen die allein Deutschland aufgebürdete Schuld am Zweiten Weltkrieg und wiesen auf die geschichtlichen Tatsachen hin, die eindeutig die Mitschuld oder gar die Hauptschuld der Alliierten belegen. Einen Überblick über die revisionistische Literatur bis etwa 1955 gab der US-Historiker Harry Elmar Barnes (Barnes 1961, S. 1—32). Werke der Revision wurden jedoch der deutschen Öffentlichkeit weitgehend vorenthalten und nach Möglichkeit totgeschwiegen. Hans Grimm erhielt 1955 Redeverbot.

Eine neue Phase des Revisionismus begann, als der amerikanische Historiker David L. Hoggan 1961 sein umfangreiches und mit ausführlichen Quellenangaben versehenes Werk »Der erzwungene Krieg« (Hoggan 1961) veröffentlichte, 1964 nach bereits mehreren erschienenen

Auflagen des Buches Vorträge darüber in Westdeutschland hielt und der »Spiegel« (Nr. 20, 1964) ihm seine Titelgeschichte widmete, in der massive Angriffe gegen Hoggan geführt wurden, die das Buch jedoch weiten Kreisen bekannt machte. Eine ganze Reihe revisionistischer Bücher im In- und Ausland folgte (Literatur in Dehoust 1984; Willms 1986, 1987), in der Regel wie Hoggans Werk von den westdeutschen Zeitgeschichtlern an den Hochschulen und vom Münchner Institut für Zeitgeschichte heftig bekämpft oder verschwiegen. Nur die wenigen und nicht einflußreichen rechtsstehenden Parteien, Zeitungen und Zeitschriften trugen zur Verbreitung der revisionistischen Forschungsergebnisse bei. In den USA widmete sich das Institute for Historical Review in Torrance/Kalifornien mit Veröffentlichungen und Tagungen der Revision der Zeitgeschichte.

Vor allem die »Frankfurter Schule« als die wesentliche Kaderschmiede der Umerziehung (Künast 1983, S. 81f.) wandte sich gegen jeden Revisionismus wie auch die von ihr maßgeblich beeinflußte APO-Bewegung um 1968, und es war kein Zufall, daß gerade Jürgen Habermas als der zur Zeit bekannteste Vertreter der Frankfurter Schule im Juli 1986 mit dem Angriff gegen Nolte, Hillgruber, Stürmer und Hildebrand den Historikerstreit auslöste. Die im Zuge der insbesondere von der Frankfurter Schule mitgestalteten »Reformpädagogik« der sechziger Jahre erfolgte Zurückdrängung des Geschichtsunterrichts, die Abwertung des Geschichtsbewußtseins, die Zerstörung des Vaterlandsbegriffes und anderer Traditionen sowie die Einführung des »exemplarischen Lernens«, wobei einseitig marxistisch deutbare Geschichtsabläufe und vor allem Themen der Vergangenheitsbewältigung behandelt wurden, waren ebenfalls einer Verbreitung

oder Durchsetzung des Revisionismus nicht günstig.

Um die Mitte der siebziger Jahre war die absurde Entwicklung der Geschichtsverdrängung und Verengung des historischen Horizonts auf die Vergangenheitsbewältigung so weit fortgeschritten, daß sich allgemein Stimmen dagegen erhoben. Erst als Nostalgie belächelt und verächtlich gemacht, gewann ein wiedererwachtes Geschichtsbewußtsein allmählich an Boden. Man erinnerte sich an Goethes Wort: »Wer nicht von 3000 Jahren sich weiß Rechenschaft zu geben, bleibt im Dunkeln unerfahren, mag von Tag zu Tage leben«, und Adalbert Stifters Weisheit wurde wieder verstanden: »Ein Volk, das seine Geschichte nicht kennt, versteht sich selbst und seine Gegenwart nicht. Erst durch die Geschichte wird ein Volk sich seiner selbst vollständig bewußt.«

Auf dem deutschen Historikertag 1976 warnte Bundespräsident Scheel vor der Gefahr, daß Westdeutschland ein geschichtsloses Land werde. 1977 protestierten die hessischen Historiker in einer Resolution gegen die Pläne des Wiesbadener Kultusministeriums, in den hessischen Rahmenrichtlinien für Gymnasien das Fach Geschichte ganz abzuschaffen, und nannten dieses Vorhaben einen »zutiefst beschämenden Vorgang« (FAZ 28.3.1977). Im selben Jahr schrieb der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger in seiner Einführung zum mehrbändigen Katalog der Stuttgarter Staufer-Ausstellung: »Kein Mensch kann aus seinem Werdegang, kein Volk aus seiner Geschichte einfach aussteigen. Wer es dennoch versucht, wer sich vor der Geschichte drücken will, läuft Gefahr, in die Irre zu gehen ... Eine Ideologie der Geschichtslosigkeit, der Stunde Null, ist eine falsche Lehre. Sie kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Mensch ein geschichtliches Wesen ist und eine geschichtliche Exi-

stenz hat.« (Filbinger 1977, S. VII)

Bei der Eröffnung der dann überraschend von Hunderttausenden besuchten Staufer-Ausstellung erklärte der damalige Bundespräsident Scheel in Stuttgart: »Die Nationen leben aus der Geschichte ... Wir haben in den Jahren des Wiederaufbaus und der Modernisierung die eigene Geschichte mehr und mehr aus den Augen verloren. Aber ein Volk, das seine Geschichte vergißt, vergißt, was es zusammenhält. Ihm geht das Bewußtsein gemeinsamen Schicksals verloren ... Deshalb geht Geschichte in der Demokratie alle mündigen Bürger an.« (Rheinischer Merkur 1.4.1977) Und in seiner Antrittsrede griff bald darauf der folgende Bundespräsident Carstens das Thema auf, indem er sagte: »Meines Erachtens sollte stärker als bisher an den Schulen die deutsche Kultur und namentlich die deutsche Geschichte behandelt werden.« Selbst das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken erklärte im Mai 1980: »Unser Volk braucht eine patriotische Perspektive« (Welt 24.5.1980).

Die ab etwa 1980 einsetzende öffentliche Diskussion um die deutsche Identität (Sander 1980; Willms 1982) mußte ganz natürlicherweise zum Revisionismus führen, und von den »7 Todsünden gegen die deutsche Identität« des Bochumer Politologen Bernard Willms von 1983 wendet sich bezeichnenderweise die erste gegen den Kernpunkt der Umerziehung, »die freiwillige Schuldhaft oder den politischen Selbsthaß« (Willms 1983, S. 87), und mündet in den dazugehörigen »Imperativ«: »Die Deutschen müssen die ›Vergangenheitsbewältigung‹ zu einer Sache der Wissenschaft neutralisieren. Wer Schuld predigt oder die Wunde Hitler offenhält, kämpft nicht um, sondern gegen die Identität.« (Ebenda, S. 88)

In demselben Jahr 1983 schrieb der Bonner Politologe

Helmut Rumpf in der Fachzeitschrift »Der Staat« einen längeren Beitrag über die Geschichtsschreibung der letzten Jahrzehnte zur NS-Außenpolitik und machte darin für einen beamteten westdeutschen Professor erstaunliche Äußerungen. Er stellte von der westdeutschen Zeitgeschichtsschreibung fest, daß die »maßgeblichen und einflußreichsten Werke auf diesem Gebiet von politischen Feinden, ideologischen Gegnern und Opfern des Hitlersystems, seien sie Zeitgenossen, Emigranten oder Nachfahren, verfaßt wurden« (Rumpf 1983, S. 108), und bestätigte Jäckels Urteil, daß sie »von nur allzu verständlichen Leidenschaften und haßerfüllten Werturteilen getragen war« und sich »durch die vorzeitige Einführung von Werturteilen um den Erfolg gebracht« hat (Jäckel 1981, S. 20). Diese Geschichtsschreibung ist daher im Grunde unwissenschaftlich.

Insbesondere widmete er ein Kapitel seiner Darlegungen Hoggans »Erzwungenem Krieg« und schrieb darin: »Das Buch des amerikanischen Historikers David L. Hoggan, ›Der erzwungene Krieg — die Ursachen und Urheber des 2. Weltkrieges‹ (1962, 11. Aufl. 1977), hat in der Geschichtschreibung über die Entstehung des zweiten Weltkrieges eine einzigartige Rolle gespielt: viel weniger wegen seines mit Recht umstrittenen Inhalts als wegen des empörten Widerspruchs, den es gerade und namentlich bei deutschen Historikern gefunden hat. An der gegen dieses Buch entfesselten Polemik zeigt sich paradigmatisch der tiefgehende Unterschied zwischen Ideologie und Tendenz der deutschen Geschichtsschreibung nach dem zweiten und nach dem ersten Weltkrieg.

Während nach dem ersten Weltkrieg historische Darstellungen der Entstehung des Krieges, die der These von der deutschen Alleinschuld entgegentreten, wie das Werk

des Amerikaners Sidney B. Fay, dankbar begrüßt und lobend zitiert wurden, erntete Hoggan mit dem entsprechenden Versuch nach dem zweiten Weltkrieg von zur Zunft gehörigen deutschen Historikern nur Schimpf und Schande. Die ›Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte‹ ließen sein Buch 1962 durch den damaligen wissenschaftlichen Assistenten am Institut für politische Wissenschaft in Erlangen, Gotthard Jasper, zusammen mit A.J.P. Taylors Werk über den zweiten Weltkrieg verreißen, nachdem Hans Rothfels das Stichwort gegeben hatte. Hermann Graml veröffentlichte gleich eine ganze Anti-Hoggan-Monographie, und Hans Adolf Jacobsen tat ihn in seinem Standardwerk ›Nationalsozialistische Außenpolitik 1933—1938‹ (1968) in einer Fußnote als ›völlig unbrauchbar und wissenschaftlich wertlos‹ ab ...

Nach 20 Jahren wieder gelesen, wird man Hoggan die Achtung weder vor seinem umfangreichen mehrsprachigen Aktenstudium (auch slawischer Sprachen) noch vor seinem Streben nach Gerechtigkeit versagen dürfen. Das strahlende Bild britischer Friedensliebe und selbstloser Beschwichtigung des deutschen Diktators hat er nachhaltig angekratzt, indem er nachweist, mit welcher kühlen Kriegsentschlossenheit die britische Außenpolitik ab Mitte 1939 im Konflikt um das deutsche Danzig dem polnischen Nationalismus gegen den deutschen Nationalsozialismus den Rücken stärkte.« (Rumpf 1983, S. 121f.)

Rumpf forderte zusammenfassend eine »differenziertere Betrachtung der nationalsozialistischen Außenpolitik«, zitierte zustimmend Bernard Willms: »Die Voraussetzung für ein neues Bewußtsein nationaler Identität ist eine revidierte Geschichtsschreibung« (ebenda, S. 123; Willms 1982, S. 69f.), und schloß seinen Artikel mit der Empfehlung: »Die legitimen Ziele nationaler Außenpoli-

tik, wie sie nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland von der überwiegenden Mehrheit des Volkes verstanden wurde, von ihrem Mißbrauch und ihrer Verzerrung ... zu trennen — auf dieser Linie könnte sich eine maßvolle Revision des Geschichtsbildes bewegen, ohne neue Illusionen zu wecken.« (Ebenda, S. 123) Das Problem der Revision war also damit deutlich angesprochen.

Etwa zur gleichen Zeit führte im Juni 1983 der Präsident des Studienzentrums Weikersheim, der frühere Ministerpräsident Filbinger, auf dem Jahreskongreß in Weikersheim zum Thema »Umerziehung und Vergangenheitsbewältigung« aus: »Das hat natürlich mit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges zu tun und mit dem daraus folgenden Mangel an Selbstbewußtsein und Selbstbehauptung. Es hängt aber auch zusammen mit der *Umerziehung,* die dem deutschen Volk nach 1945 zuteil geworden ist. ›Charakterwäsche‹ hat Schrenck-Notzing diese Prozedur genannt ... Gegen die Verfälschung unserer deutschen Geschichte sind alle politischen Parteien, das Parlament und die Bundesregierung aufgerufen. In einem Bericht des Bundeskanzlers zur Lage der Nation sollte hier einmal Grund gemacht werden. Es sollte eine Verwahrung gegen die tückische Umdeutung der deutschen Geschichte erfolgen ... Schließlich muß auch Schluß sein mit den Demuts- und Anbiederungsgesten, mit jener Tradition der Selbstbezichtigung.« (Filbinger 1983, S. 171, 173) Wieviel mehr hätte solch eine Erklärung bewirkt, wenn Filbinger sie schon als amtierender Ministerpräsident ausgesprochen hätte!

Auch noch im Jahre 1983 erschien Diwalds Buch »Mut zur Geschichte«, in dem er seinen Zeitgeschichtskollegen vorwarf, anstatt wirkliche Geschichte zu schreiben, ihre eigene Vergangenheit persönlich zu bewältigen und »den

Geschichtsunterricht an den Schulen und Universitäten (zu) amputieren«, sowie von den Geschichtsverbiegern sagte: »Sie sind in Wirklichkeit die Henker unserer Geschichte.« (Diwald 1983, S. 7) Er gab der Hoffnung Ausdruck: »Die Jahrzehnte der moralpädagogischen Behandlung der Geschichte sind vorbei« und schrieb von einer »Neuentdeckung unserer Geschichte« (Diwald 1982).

1984 wies dann der Göttinger Historiker Alfred Heuß in seinem Buch »Versagen und Verhängnis« auf den — wie es im Untertitel heißt — »Ruin deutscher Geschichte und ihres Verständnisses« hin, geißelte sarkastisch den Mangel an Geschichtswissen und Geschichtsbewußtsein in der nachwachsenden Generation, auch bei den angehenden Akademikern, und stellte zumindest für den Ersten Weltkrieg einiges richtig.

Vom 3. bis 5. Mai 1984 fand in Stuttgart ein internationaler Historikerkongreß führender Zeitgeschichtler zur Frage der Judenvernichtung im Dritten Reich statt, dessen Ergebnisse ein Jahr später veröffentlicht wurden (Jäckel/Rohwer 1985). Neben der bisher meist vertretenen sogenannten »intentionalistischen Schule«, die lehrt, die Judenvernichtung sei auf den Willen Hitlers zurückzuführen und von langer Hand geplant worden, zeigte sich die zunehmende Bedeutung der sogenannten »funktionalistischen Schule«. Diese vertritt die Ansicht, die behauptete Judenvernichtung habe sich in einer fortschreitenden »Akkumulation« (Jäckel) sozusagen von selbst ergeben, ohne ausdrücklichen Befehl Hitlers, wenn auch auf Grund von dessen Antisemitismus. Auch auf der Wannseekonferenz sei nicht ein allgemeiner Mordplan aufgestellt worden, sondern die später vorgekommenen Tötungsaktionen hätten sich aus örtlichen Not-

wendigkeiten in einem Prozeß der »kumulativen Radikalisierung« (Friedländer) ergeben. Schon 1977 hatte Martin Broszat erklärt, daß es »überhaupt keinen umfassenden allgemeinen Vernichtungsbefehl gegeben hat, das › Programm ‹ der Judenvernichtung sich vielmehr aus Einzelaktionen heraus bis zum Frühjahr 1942 allmählich institutionell und faktisch entwickelte und nach Errichtung der Vernichtungslager in Polen ... bestimmenden Charakter erhielt.« (Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Nr. 25, 1977, S. 752ff.)

Im Februar 1986 erschien in Westdeutschland das Buch »Der Reichstagsbrand — Aufklärung einer historischen Legende« von Backes, Tobias, Jesse, Mommsen und Köhler. Darin unterstrichen nun erstmalig anerkannte Hochschullehrer der Zeitgeschichte die schon 1960/62 von Fritz Tobias bewiesene Tatsache (Tobias 1962), daß der Reichstag 1933 allein von dem holländischen Kommunisten van der Lubbe und nicht von den Nationalsozialisten angezündet worden sei. Darüber hinaus belegten sie wissenschaftlich einwandfrei, daß das Luxemburger »Internationale Komitee zur wissenschaftlichen Erforschung der Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkriegs«, dem unter anderen der früher angesehene Zeitgeschichtler Walther Hofer angehört, mit bewußten Fälschungen und erfundenen Zeugenaussagen die Schuld den Nationalsozialisten weiterhin zuzuschieben versuchte, um die Geschichtsfälschungen des kommunistischen Weißbuchs Münzenbergs von 1934 zu retten. Damit dürfte die von Münzenberg ab 1933 von Paris aus verbreitete Geschichtslüge endgültig widerlegt sein, der Brand sei von den Nationalsozialisten gelegt worden.

Das Buch zeigte in erfreulicher Klarheit auf, wie sehr, ähnlich der Vorkriegs- und Kriegszeit, heute noch von

kommunistisch beeinflußter Seite bewußte Fälschungen verbreitet werden. In früheren Jahren war schon eine Reihe weiterer Geschichtslügen entlarvt worden, die nach 1945 zunächst eine wichtige Rolle bei der Umerziehung gespielt hatten, etwa die Behauptung von der Verseifung von Menschen in östlichen Konzentrationslagern, von den Lampenschirmen oder Buchdeckeln aus Menschenhaut in Buchenwald, von der Vergasung von Häftlingen in Dachau, Mauthausen oder Bergen-Belsen.

Von mehreren Seiten war in den letzten Jahren schon eine stärkere Differenzierung bei der Beschreibung der Zeitgeschichte gefordert worden, so sogar vom Leiter des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Martin Broszat (Broszat 1985), der auch die Forderung nach Historisierung der Zeit des Dritten Reiches aufgestellt hatte, oder von Ernst Nolte in einem englischen Sammelwerk an erster Stelle (Nolte 1985). Der Münchner Althistoriker Christian Meier gab zu, daß es durchaus eine Zeit gegeben habe, in der ein gewisser »Nationalmasochismus am Werke« (FAZ 24.1.1987) war.

Im Ausland wurde die Revision der deutschen Zeitgeschichte ebenfalls offen angesprochen. In einem englischen Sammelwerk über »Aspekte des Dritten Reiches« schrieb der Herausgeber Hannsjoachim W. Koch, Historiker an der englischen Universität York, in der Einführung unter anderem, daß die Verschwörer des 20. Juli 1944 »einen nationalsozialistischen Staat minus Hitler und seine Satrapen« (Koch 1985, S. 7) gewollt hätten und daß im Dritten Reich »der Weg in die Moderne nicht nur offen, sondern bereits beschritten war«. Er stellte dann die Frage: »Ist im Hinblick darauf die Geschichte des Dritten Reiches nicht notwendig einer Revision zu unterziehen?« (Ebenda, S. 8) Dazu finden sich dann in dem

Sammelwerk viele interessante Ansatzpunkte.

Ein ähnlicher Revisionismus setzte sich in der sogenannten Abraham-Kontroverse ab 1985 unter US-Historikern durch. Hier hatten die Geschichtsforscher Henry A. Turner, Professor an der Yale-Universität, und Gerald D. Feldman (Turner 1985) in einem Buch ihres Kollegen David Abraham, der in neomarxistischer Weise zu belegen versucht hatte, daß die deutsche Großindustrie — der »Kapitalismus« — entscheidend zum Zusammenbruch der Weimarer Republik und zu Hitlers Machtübernahme — zum »Faschismus« — beigetragen habe, fehlerhafte und verfälschte Quellenzitate finden können (FAZ 21.11.1985). Die ganze Theorie Abrahams erwies sich als unhaltbar. Turner schrieb als Schlußsatz: »Wenn es auch viele legitime Gründe gibt, den organisierten Großkapitalismus des zwanzigsten Jahrhunderts zu tadeln, die Verantwortung für das Dritte Reich ist ihm nicht anzulasten.« (Turner 1985) Hindenburg habe Hitler gegen den Willen der Großindustrie 1933 zum Reichskanzler berufen.

Es war bezeichnend, daß in einigen deutschen Besprechungen der auch bereits 1985 erschienenen deutschen Ausgabe von Turners Buch dem Verfasser Irreführung der Leser vorgeworfen und ihm unterstellt wurde, er wolle die Rolle der deutschen Großindustrie für den Nationalsozialismus herunterspielen, um damit eine Entwicklung der Verminderung ihrer Schuld einzuleiten. Doch schließlich mußte Turners Ansicht als berechtigt anerkannt werden (FAZ 13.5.1986).

Im Frühjahr 1987 fand im Wissenschaftskolleg in Berlin, wo Turner zu dieser Zeit als »Fellow« tätig war, ein Seminar über »Unternehmer und Regime im Dritten Reich« statt, zu dem auch eine Reihe US-Historiker er-

schienen war (FAZ 1.4.1987). Als Ergebnis kam der verhältnismäßig geringe Einfluß der Großindustrie auf die Gesamtentwicklung vor und nach 1933 deutlich zum Ausdruck. Betont wurden vor allem die großen Freiräume, die die deutsche Industrie trotz Schlagwörter wie Befehlswirtschaft, staatlicher Dirigismus und Auftragswirtschaft gehabt und genutzt habe und die bisher zu wenig gesehen worden seien. Henning Ritter stellte in einem Bericht über das Seminar abschließend fest: »Der Abschied von Formeln wie ›Kapitalismus führt zum Faschismus‹ sollte um so leichter fallen, als diese These (wie differenziert auch immer) in den Anfängen des Hitlerismus eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat: Sie erklärt die rätselhafte Passivität der Linken, die an sie glaubte, in den letzten Jahren der Weimarer Republik.« (FAZ 1.4.1987) Ob die letzte Folgerung zutrifft, mag dahingestellt bleiben.

Auch in der Sowjetunion hat es 1987 einen Historikerstreit zur Zeitgeschichte gegeben. Es ging und geht dabei neben der Forderung nach Revision der bisherigen offiziellen Darstellung von Lenins »Vermächtnis« für die Sowjetwirtschaft und vom Schicksal von Lenins frühen Mitstreitern vor allem um die der bisher meist nur sehr kurzen oder verharmlosenden Behandlung der Massenverbrechen Stalins im Inland seit den zwanziger Jahren. Nun sind zwei Autorenkollektive der Akademie der Wissenschaften und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Partei damit beauftragt worden, zwei populärwissenschaftliche Ausgaben über die Geschichte der UdSSR und der KPdSU zu schreiben und dabei jene »weißen Flecken« der bisherigen sowjetischen Geschichtsschreibung zu tilgen (Stuttgarter Zeitung 6.7. 1987).

Es wäre eigentlich die Aufgabe der westdeutschen beamteten Zeithistoriker, die Zeitgeschichte vorurteilslos auf ihre bisher schwachen Stellen abzuklopfen, offensichtliche Irrtümer aufzuklären und dafür zu sorgen, daß die geschichtliche Wahrheit sich durchsetzt. Sie haben dazu ihre wissenschaftlichen Einrichtungen an den Hochschulen oder, wie beim Münchner Institut für Zeitgeschichte, eigens zu diesem Zwecke errichtete, großzügig öffentlich geförderte Institutionen. Man sollte also an sich erwarten, daß schon früh von diesen wissenschaftlichen Instituten oder Zentren für Zeitgeschichtsforschung die wesentlichen Anstöße zu einem verbesserten Bild der Geschichte der jüngeren Vergangenheit ausgegangen wären, zumal die Auswirkungen dieser Ereignisse aus der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, vor allem der Kriegszeit, so grundlegend für die Geschichte Westdeutschlands und der anderen deutschen Teile waren und immer noch sind. Doch im März 1960 hatte der angesehene Tübinger Politologe Theodor Eschenburg festgelegt: »Die Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld Hitlers ist vielmehr eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik« (Eschenburg 1964, S. 164), um dann mahnend den Finger zu heben und zu fordern, »alles zu unterlassen, was die Glaubwürdigkeit der deutschen Auffassung über die Ursachen des Zweiten Weltkriegs in Frage stellt« (ebenda, S. 164f.).

Bezeichnenderweise gingen viele wichtige Revisionen in der Zeitgeschichte nicht von westdeutschen Lehrstühlen oder amtlich geförderten Instituten aus. Diese Institutionen und ihre führenden Vertreter haben sich sogar manchmal bis zuletzt und mehrfach bis zur beschämen-

den Blamage gegen die neuen und dann im nachhinein bestätigten Erkenntnisse gewehrt, haben mit allen Mitteln versucht, das alte Bild aufrechtzuerhalten. Es waren vor allem Laienforscher oder Ausländer, von denen die Anstöße zur Revision ausgingen. In vielen Fällen wurden diese verdienstvollen Einzelnen sogar zunächst von den Fachleuten geschmäht, verdächtigt oder gar übel angegriffen, bis dann die Richtigkeit der neuen Ergebnisse zugegeben werden mußte — wahrlich kein Ruhmesblatt für die westdeutsche Zeitgeschichtsforschung! Beispielhaft und ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit seien wenige kennzeichnende Fälle angeführt.

1. Reichstagsbrand. Es war der niedersächsische Ministerialrat Fritz Tobias, SPD-Mitglied, der in akribischer Detektivarbeit in seiner Freizeit nachwies (Tobias 1962), worüber der »Spiegel« 1959 erstmals berichtete, daß die von dem Kommunisten Münzenberg seit 1933 in Paris verbreitete Behauptung, der Reichstag sei 1933 von den Nationalsozialisten angezündet worden, eine wohl bewußte und mit falschen Zeugen sowie gefälschten Dokumenten zu untermauern erstrebte Lüge war. Golo Mann bezeichnete diese Aufdeckung einer Geschichtslüge seinerzeit als »volkspädagogisch unwillkommen«, und der frühere angesehene Zeitgeschichtler Walther Hofer verteidigte die kommunistische Desinformation noch weiter, bis 1986 mehrere anerkannte Zeitgeschichtler (Backes 1986) die Richtigkeit von Tobias' Darstellung bestätigten und die vorgenommenen Fälschungen nachweisen konnten. Daß parallel dazu unter Ausschöpfung aller juristischen Möglichkeiten und durch Einräumen mehrfacher Sonderregelungen der Reichstagsbrandprozeß von 1934 nach 1945 bis 1986 immer wieder gerichtlich nachgeprüft und neu verhandelt wurde, wobei bezeichnenderweise

Robert M.W. Kempner, Mitglied des Stabes des US-Anklägers Jackson beim Nürnberger Militärtribunal, die treibende Kraft zur Entlastung des Täters war, beweist ein anderes Mal, daß hier mit allen Mitteln ein falsches Geschichtsbild aufrechterhalten werden sollte.

2. Vergasungen in Dachau. Über ein Jahrzehnt hielt sich die Mär von der Vergasung von Häftlingen im KL Dachau. Als im Sommer 1960 der deutsche General a.D. Unrein, damals in Dachau angestellt, den britischen Lord Russell of Liverpool bei dessen Besuch in Dachau darüber aufgeklärt hatte, daß es vor dem Einmarsch der Amerikaner in Dachau keine Gaskammern gegeben habe und dieser das empört in England veröffentlicht hatte, fiel die »Zeit« am 12.8.1960 über Unrein her und gab den Rat: »Weg mit diesem Mann« — so der Titel des Artikels. Auch der Bundestag befaßte sich auf Anfrage des SPD-Abgeordneten Seuffert am 28.9.1960 mit dieser Frage (124. Sitzung). Die Bundesregierung mußte dabei zugeben, »daß die Gaskammern in Dachau zwar vor Kriegsende nicht benutzt« seien, versuchte jedoch die Existenz von Gaskammern in Dachau noch zu retten, indem sie »bestätigte«, daß sie »aber von den Nationalsozialisten hergestellt worden sind« (Kern 1971, S. 254). Kurz vorher hatte Martin Broszat als Vertreter des Münchner Instituts für Zeitgeschichte klargestellt: »Weder in Dachau, noch in Bergen-Belsen, noch in Buchenwald sind Juden oder andere Häftlinge vergast worden ... Die Gaskammer in Dachau wurde nie ganz fertiggestellt und in ›Betrieb‹ genommen.« (Die Zeit 19.8.1960)

Erich Kern sammelte dann Aussagen deutscher Gefangener darüber, daß die nach 1945 jahrelang vorgezeigte Gaskammer in Dachau erst nach dem Mai 1945 von deutschen Soldaten in US-Haft gebaut worden ist (Kern

1971, S. 259—265). Sicher waren bei diesen Gefangenen auch Nationalsozialisten. Die vielen Zeugenaussagen und Behauptungen, darunter auch eidesstattliche Erklärungen über Vergasungen in Konzentrationslagern des Altreichs, sind demnach wohl als falsch anzusehen. Dennoch brachte zum Beispiel das Studio Oberösterreich des Österreichischen Rundfunks noch am 4.5.1971 ein Hörspiel, worin eine in Dachau vergaste Jüdin vorkam.

3. Rauschnings Fälschungen. Das im Herbst 1939 von dem ersten nationalsozialistischen Danziger Senatspräsidenten Hermann Rauschning im Exil veröffentlichte Buch »Gespräche mit Hitler«, 1940 deutsch erschienen, galt, wie der angesehene Historiker Theodor Schieder noch 1972 in seiner Monographie »Hermann Rauschnings ›Gespräche mit Hitler‹ als Geschichtsquelle« urteilte, als »Dokument von unbezweifelbarem Quellenwert« aus »unmittelbarer Einsicht in die Welt Hitlers und des Nationalsozialismus« (Schieder 1972, S. 62), wollte doch Rauschning »mehr als hundert Mal« vor seinem erzwungenen Rücktritt und Ausschluß aus der NSDAP im November 1934 mit Hitler privat und ausgiebig gesprochen haben. Er selbst hatte versichert: »Diese Gespräche mit Hitler sind authentisch« und an Eides Statt erklärt, sie enthielten persönlich Erlebtes und Gehörtes. Das Buch galt als sehr belastend, weil danach Hitler schon vor 1934 seinen Krieg gegen Polen, dessen Teilung, die Angriffe auf Westeuropa, die Vernichtung der Juden und Weiteres geäußert haben sollte. Es erreichte allein in Frankreich bis Juni 1940 eine Auflage von mindestens 350 000 Stück, wurde in viele Sprachen übersetzt und oft zitiert.

Der Schweizer Bezirkslehrer Wolfgang Hänel konnte 1983 beweisen (Hänel 1984, Spiegel Nr. 37, 1985, S. 92—

96), daß vieles in Rauschnings Buch eine »dicke Lüge« ist, daß Rauschning Hitler höchstens viermal und nie unter vier Augen gesprochen hat, daß die angeblichen »Zitate« aus Gesprächen mit Hitler von Rauschning aus anderen Büchern abgeschrieben oder aus späteren Hitler-Reden übernommen sind, daß Rauschning in großen Geldnöten in Paris das Manuskript mit erheblicher Hilfe anderer »nur aus kümmerlichen Notizen« zusammengeschrieben hat, es also nicht nur kein authentisches Quellenmaterial enthält, sondern ein übles, bewußt wahrheitswidrig geschriebenes Pamphlet ist (Hänel 1984). Der Duisburger Zeitgeschichtler Julius H. Schoeps nannte Rauschnings Buch »eine Propaganda-Kampfschrift — eine Waffe aus dem Arsenal der psychologischen Kriegführung« (FAZ 10.8.1985).

Trotz der kaum zu widerlegenden Beweise Hänels bezeichnete auch der Zeitgeschichtler Andreas Hillgruber noch 1985 Rauschnings Machwerk als von »spezifischem dokumentarischen Wert« und tat Hänels verdienstvolle Arbeit als ein »regelrechtes Ärgernis« ab (Hillgruber 1985, S. 212). Ebenso versuchte Martin Broszat, Hänels Entlarvung Rauschnings herabzuspielen, seine Beweise zu bezweifeln und »zwischen äußerer und innerer Authentizität im Falle Rauschnings« zu unterscheiden. »Hänels Traktat« sei eine »Alltäglichkeit, die mehr verzerrt als aufklärt«. (FAZ 20.9.1985) Die an sich lobenswerte Forschungsarbeit eines Laien wurde also von den führenden beamteten Zeitgeschichtlern gescholten, offenbar, weil sie zu unerwünschten Ergebnissen kam. Von der offengelegten Fälschung sollte anscheinend noch möglichst viel möglichst lange gerettet werden.

4. Lageruniversitäten. Mehrere Geschichtslegenden hat der Schulhistoriker Alfred Schickel, auch in Verbin-

dung mit der von ihm gegründeten und geleiteten Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI), aufgedeckt, und er hat erstmalig auf Quellen zur Vorkriegs- und Kriegszeit hingewiesen, die bis dahin unbeachtet geblieben waren und wesentlich zur Bildung eines gerechten Urteils beitragen können. Als einer der ersten deutschen Wissenschaftler sah er sich in US-Archiven um, insbesondere in der eigens für die von der US-Besatzung in Deutschland beschlagnahmten Akten eingerichteten Abteilung »Captured Records Staff« in Washington, wo man bereits dringend auf Deutsche wartete und es kaum verstehen konnte, »daß sich bislang noch kein einziger namhafter Geschichtswissenschaftler aus der Bundesrepublik zum Studium dieser Dokumente in ihrer Abteilung eingefunden hat«. (Schickel 1981, S. 20)

Schickel wies nach, daß polnische Offiziere in deutscher Gefangenschaft »Lageruniversitäten« hatten. Als er die Beweise dem Münchner Institut für Zeitgeschichte vorlegte, versuchte dessen für die polnischen Kriegsgefangenen zuständiger Gutachter bezeichnenderweise zunächst, das Ergebnis abzustreiten und durch eine neue Theorie aufzuheben (Schickel 1981, S. 30; 1986, S. 247), wonach mit den »Lageruniversitäten« nur solche in späteren, nach der deutschen Kapitulation errichteten UNRRA-Lagern gemeint sein könnten, da eine gute Behandlung der Polen durch Deutsche nicht in sein Geschichtsbild paßte. Erst als überlebende polnische Offiziere Schickels Behauptung bestätigten, war man im Münchner Institut genötigt, die Existenz solcher Lageruniversitäten in der Kriegszeit zuzugeben.

Ebenso wies Schickel auf die bis dahin von deutschen Zeitgeschichtlern abgestrittenen Bombardierungen von Auschwitz und die vorher von den Alliierten gemachten

Luftaufnahmen des Konzentrationslagers Auschwitz hin (Schickel 1986, S. 232), auf das Vorhandensein der Zugangsbücher des KL Dachau in Washington (ebenda, S. 240), wonach die bisher vertretene Zahl der Häftlinge vermindert werden muß, oder auf die Anweisung des deutschen Oberkommandos der Wehrmacht vom 15.3. 1943, die restlichen ukrainischen Kriegsgefangenen möglichst schnell zu entlassen (ebenda, S. 250). Schickel führt weitere Beispiele für die Voreingenommenheit der westdeutschen Historiker in seinem einschlägigen Handbuchbeitrag über die »Schwierigkeiten mit der Zeitgeschichte« (Schickel 1986, S. 223—261) sowie in seiner Monographie »Vergessene Zeitgeschichte« (Schickel 1985) an, insbesondere über den fast prinzipiellen Widerstand der offiziellen Zeitgeschichte, eine für Deutschland entlastend wirkende neue Erkenntnis aus den Quellen zur Kenntnis zu nehmen oder zu veröffentlichen. Man kann sich kaum des Eindrucks erwehren, daß die amtliche Zeitgeschichte eher im Dienst der Umerziehung und der Feindmächte steht als vom Ethos der Wissenschaft getragen wird, von der Verpflichtung Volk und Vaterland gegenüber ganz zu schweigen.

5. Oradour. Jahrzehntelang wurde die Zerstörung der Kirche von Oradour, bei der Hunderte von Frauen und Kindern ums Leben kamen, als ein großes Kriegsverbrechen von Angehörigen der Waffen-SS-Division »Das Reich« in Frankreich hingestellt. Die Waffen-SS wurde 1946 auch wegen des Vorwurfs des Verbrechens von Oradour als eine verbrecherische Organisation in Nürnberg verurteilt. In dem 1953 in Bordeaux abgehaltenen Oradour-Prozeß wurden die gefangenen SS-Männer, unter ihnen insbesondere Elsässer, zu hohen Strafen verurteilt, dann aber überraschenderweise sofort begnadigt, nicht

zuletzt, weil sie über die wirklichen Vorgänge geschwiegen hatten.

Der Publizist und Verleger Herbert Taege hat in seinen Büchern »Wo ist Kain?« (Taege 1981) und »Wo ist Abel?« (Taege 1986) minutiös nachgewiesen, vor allem anhand französischer Quellen, daß weder die Explosion der Kirche von Oradour noch der grauenvolle Tod der Frauen und Kinder in dem Gotteshaus von deutscher Seite aus veranlaßt wurde, sondern daß Partisanen der kommunistischen FTP dies zu verantworten haben und daß die Kommunisten dieses kausal von Partisanen ausgelöste Blutbad an Frauen und Kindern bewußt in Kauf nahmen, um die getäuschte Bevölkerung gegen die Deutschen aufzuhetzen. Taege hat auch auf das gemeinsame Interesse von Paris, Bonn, Rom und Washington hingewiesen, die Wahrheit zu verschleiern, und die Methoden offengelegt, mit denen die grundlose Beschuldigung der SS-Truppe weiterhin aufrechterhalten werden sollte.

Auch diese für die Zeitgeschichte so wichtige Entdeckung eines Außenseiters wurde von der offiziellen Geschichtswissenschaft nicht nur nicht dankbar begrüßt oder wohlwollend zur Kenntnis genommen, sondern zunächst verschwiegen und nicht beachtet. Keine der großen deutschen Zeitungen stellte Taeges Bücher vor. Mit Recht mußte Taege feststellen, daß »die etablierte Geschichtswissenschaft in Deutschland wenig, die Publizistik aber keinerlei Neigung zeigt, die Geschehensabläufe im Dritten Reich objektiv, vorbehaltlos und ideologiefrei darzustellen.« (Askania Annual Nr. 5, Okt. 1984, S. 3)

Es wäre wohl absurd, sich solche Verhältnisse in einem anderen Kulturvolk vorzustellen. Man hat in Westdeutschland nicht nur über den »Abfall der Kirche vom Vaterland« zu klagen.

C. Die Auslösung des Historikerstreits

I. Ernst Noltes Artikel

Der eigentliche Historikerstreit begann, als am 6. Juni 1986 der durch sein Hauptwerk »Der Faschismus in seiner Epoche« (Nolte 1963) und weitere Bücher bekannt gewordene Berliner Historiker Ernst Nolte, in den letzten Jahren auch durch mehrere aufmüpfige Äußerungen zur Zeitgeschichte (Nolte 1983, 1985, 1986) hervorgetreten, in der FAZ einen Artikel unter der Überschrift »Vergangenheit, die nicht vergehen will« veröffentlichte. Dabei handelte es sich um den Inhalt eines Vortrages, den Nolte bei den Frankfurter Römerberggesprächen 1986, erst dazu ein-, dann praktisch wieder ausgeladen (Hoffmann 1987, S. 13—15), bezeichnenderweise nicht halten durfte. In diesem Beitrag rührte Nolte an Fragen, die für beamtete westdeutsche Historiker bisher als tabu galten, so unter anderem: »War nicht der ›Archipel Gulag‹ ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ›Klassenmord‹ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ›Rassenmords‹ der Nationalsozialisten?«

Angesichts des historischen Klimas und der »politischen Kultur« in Westdeutschland wagte Nolte noch keine Antwort, sondern stellte zunächst nur Fragen, zu denen er jedoch bemerkte: »Aber man scheut sich, sie aufzuwerfen, und auch ich habe mich lange Zeit ge-

scheut, sie zu stellen. Sie gelten als antikommunistische Kampfthesen oder als Produkte des kalten Krieges. Sie passen auch nicht recht zur Fachwissenschaft, die immer engere Fragestellungen wählen muß. Aber sie beruhen auf schlichten Wahrheiten. Wahrheiten willentlich auszusparen mag moralische Gründe haben, aber es verstößt gegen das Ethos der Wissenschaft.«

Diese massive mittelbare Kritik an der Praxis seiner Fachkollegen verschärfte Nolte noch, als er mit Recht forderte, das ganze Geschehen der Vorkriegs- und Kriegszeit in einem größeren Zusammenhang zu sehen und sich von der bisherigen Einseitigkeit in der westdeutschen Geschichtsschreibung freizumachen. An ihr kritisierte er: »Es ist ein auffallender Mangel der Literatur über den Nationalsozialismus, daß sie nicht weiß oder nicht wahrhaben will, in welchem Ausmaß all dasjenige, was die Nationalsozialisten später taten, mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung, in einer umfangreichen Literatur der frühen zwanziger Jahre bereits beschrieben war: Massendeportationen und -erschießungen, Folterungen, Todeslager, Ausrottungen ganzer Gruppen nach bloß objektiven Kriterien, öffentliche Forderungen nach Vernichtung von Millionen schuldloser, aber als ›feindlich‹ erachteter Menschen.«

Ebenso warf Nolte seinen Kollegen vor, sie hätten die jüngste deutsche Vergangenheit zu einem »Schreckbild« gemacht, das »wie ein Richtschwert über der Gegenwart aufgehängt« worden sei, und stellte dann fest: »Aber so wenig wie ein Mord, und gar ein Massenmord, durch einen anderen Mord ›gerechtfertigt‹ werden kann, so gründlich führt doch eine Einstellung in die Irre, die nur auf den *einen* Mord und den *einen* Massenmord hinblickt und den anderen nicht zur Kenntnis nehmen will,

obwohl ein kausaler Nexus wahrscheinlich ist.«

In seiner Kritik an der Zeitgeschichtsschreibung ging Nolte auch den Gründen und Motiven für diese wissenschaftliche Einseitigkeit und historische Verzerrung nach und klagte an: »Gerade diejenigen, die am meisten und mit dem negativsten Akzent von ›Interessen‹ sprechen, lassen die Frage nicht zu, ob bei jenem Nichtvergehen der Vergangenheit auch Interessen im Spiel waren oder sind, etwa die Interessen einer neuen Generation im uralten Kampf gegen ›die Väter‹ oder auch die Interessen der Verfolgten und ihrer Nachfahren an einem permanenten Status des Herausgehoben- und Privilegiertseins. Die Rede von der ›Schuld der Deutschen‹ übersieht allzu geflissentlich die Ähnlichkeit mit der Rede von der ›Schuld der Juden‹, die ein Hauptargument der Nationalsozialisten war. Alle Schuldvorwürfe gegen ›die Deutschen‹, die von Deutschen kommen, sind unaufrichtig, da die Ankläger sich selbst oder die Gruppe, die sie vertreten, nicht einbeziehen und im Grunde bloß den alten Gegnern einen entscheidenden Schlag versetzen wollen.«

Das waren wahrlich deutliche Worte, wie sie bisher kaum aus dem Kreis der anerkannten, beamteten, sich gegenseitig stützenden und von den Alliierten geduldeten Zeitgeschichtler zu hören gewesen waren. Nolte wagte sogar, noch einen Schritt weiterzugehen und auf die aktuelle Bezogenheit hinzuweisen: »Die der ›Endlösung‹ gewidmete Aufmerksamkeit lenkt von wichtigen Tatbeständen der nationalsozialistischen Zeit ab ... vor allem aber von entscheidenden Fragen der Gegenwart.« Die bisherige Praxis der Zeitgeschichtsschreibung habe »zu einer Situation geführt, die man als paradox oder auch als grotesk bezeichnen kann«, etwa wenn »eine voreilige

Äußerung eines Bundestagsabgeordneten zu gewissen Forderungen der Sprecher jüdischer Organisationen oder das Ausgleiten eines Kommunalpolitikers in eine Geschmacklosigkeit« sofort zu »Symptomen von ›Antisemitismus‹ aufgebauscht« würden und heute trotz dauernden Friedensgeredes »die beiden Supermächte Jahr für Jahr weitaus mehr für ihre Rüstung ausgeben, als Hitler von 1933 bis 1939 ausgegeben hatte«.

Als im Grunde verständliche, in Westdeutschland jedoch seit Jahrzehnten bewußt verdrängte Forderung ist anzusehen, was Nolte als die »einfachsten Regeln, die für jede Vergangenheit gelten«, erwähnte, die heute »außer Kraft gesetzt zu sein scheinen«, »nämlich daß jede Vergangenheit mehr und mehr in ihrer Komplexität erkennbar werden muß, daß der Zusammenhang immer besser sichtbar wird, in den sie verspannt war, daß die Schwarz-Weiß-Bilder der kämpfenden Zeitgenossen korrigiert werden, daß frühere Darstellungen einer Revision unterworfen werden ... (es) sollte endlich ein Schlußstrich gezogen werden — ... und Wahrheit darf jedenfalls nicht von Nützlichkeit abhängig gemacht werden.«

Damit ist ausdrücklich auch die Revision in der Zeitgeschichte gefordert wie auch ein Schlußstrich, die früher nach großen Auseinandersetzungen Frieden stiftende Tabula rasa. Es ist bezeichnend für die Haltung führender westdeutscher Politiker, daß Bundespräsident von Weizsäcker sich im Januar 1987 ausdrücklich in der Öffentlichkeit gegen einen solchen Schlußstrich und die erst damit mögliche Normalisierung ausgesprochen hat. Damit hat er sicher nicht dem Wohl des deutschen Volkes gedient. Denn »eine schuldige Gesellschaft, eine Gesellschaft, die permanent mit ihrer Vergangenheit erpreßbar ist, wird nachhaltig geschwächt, d.h. man kann sich ihr

gegenüber als innenpolitischer Gegner exzessiv zur Geltung bringen. Eine schuldige Gesellschaft kann und wird zum Beispiel Angriffe auf ihr Rechtssystem weniger entschieden beantworten« (Willms 1983, S. 87f.). Ein wesentlicher Grund für die politische »Zwergenhaftigkeit« der Bundesrepublik Deutschland liegt in dieser unverständlichen Einstellung ihrer verantwortlichen Politiker.

Mehrere Monate später betonte Nolte noch einmal die Schwerpunkte seines inzwischen scharf angegriffenen Artikels, warnte vor einem Zustand, »in dem die nationalsozialistische Vergangenheit zum negativen Mythos vom absoluten Bösen wird, der relevante Revisionen verhindert und damit wissenschaftsfeindlich wird«, sprach sich für die Beachtung des ganzen Zusammenhangs der Zeit des Dritten Reiches aus, denn damit werde »die Möglichkeit geschaffen, eine Befreiung von der ›Tyrannei des kollektivistischen Denkens‹ zu erreichen, die einen so beträchtlichen Teil der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus immer noch prägt«, und wies an Beispielen die einseitige Auswahl in der »etablierten Literatur« nach: Verschwiegen würden die gegenüber rechten Aussagen »im Grunde weit schlimmeren Äußerungen Kurt Tucholskys aus dem Jahre 1927, mit denen er den Frauen und Kindern der deutschen Bildungsschicht in plastischen Wendungen den Gastod wünscht« (Die Zeit 31.10.1986).

II. Andreas Hillgrubers Buch

Etwa gleichzeitig mit Noltes Artikel erschien 1986 vom Kölner Ordinarius für Zeitgeschichte Andreas Hillgruber ein kleinformatiges, nur gut 100 Seiten starkes Büchlein »Zweierlei Untergang — Die Zerschlagung des Deut-

schen Reiches und das Ende des europäischen Judentums«. Darin befaßte sich im ersten Teil der durch mehrere Standardwerke über den Zweiten Weltkrieg ausgewiesene Historiker mit dem letzten Kriegsjahr im Osten. Einleitend stellte er bedauernd fest, daß dieses Geschichtsfeld bisher kaum bearbeitet sei »aus sehr unterschiedlichen Gründen: solchen politischer Zweckmäßigkeit, ideologischer Scheu oder ganz einfach denen einer schlechten Quellenlage« (Hillgruber 1986, S. 13). Er schrieb in bezug auf die Zeitgeschichte von einem »fatalen Befund« (ebenda, S. 16), beklagte »das Versäumte« (ebenda) in ihr und kritisierte insbesondere: »Was den Zweiten Weltkrieg angeht, hat sie sich fast ausschließlich auf die Kriegsziele, auf die Politik und Strategie der nationalsozialistischen Führung während der ersten Kriegsjahre konzentriert und — sofern die Darstellungen überhaupt darüber hinausreichen — den weiteren Verlauf bis zur Schlußkatastrophe des Jahres 1945 verkürzt. Die Komplexität des Geschehens wurde auf unzulässige Weise ausschließlich — fast monokausal — als sachlogische Konsequenz der hybriden Ziele der Hitlerschen Expansionspolitik und ihrer rassenideologischen Grundlage interpretiert, ohne daß die davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte viel untersucht wurden. Dabei war das gegnerische Konzept nicht nur eine Reaktion auf die nationalsozialistische Herausforderung: es entsprach vielmehr lange herkommenden Vorstellungen, die im Kriege nur zum Durchbruch gelangten« (ebenda, S. 17).

Ähnlich wie Nolte verurteilte Hillgruber damit die Einseitigkeit, die »Verkürzung« in der westdeutschen offiziellen Geschichtsschreibung über das Dritte Reich und die Vernachlässigung, um nicht zu sagen: die bewußte

Verdrängung, der Forschung nach den Motiven und der Schuld von Deutschlands Gegnern. Er zerstörte das Bild von den friedliebenden und uneigennützigen Alliierten, die nur den »bösen Diktator« stürzen wollten, indem er auf ihre »lange herkommenden Vorstellungen« zur Spaltung Deutschlands hinwies und an anderer Stelle des Buches noch deutlicher ausführte: »Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten und die Zerschlagung des Deutschen Reiches hingegen waren nicht nur eine ›Antwort‹ auf die — ja während des Kriegs noch gar nicht in vollem Maße bekannt gewordenen — Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, sondern entsprachen lange erwogenen Zielen der gegnerischen Großmächte, die während des Kriegs zum Durchbruch gelangten.« (Ebenda, S. 9f.)

Hillgruber wandte sich auch ausdrücklich gegen die vor einiger Zeit von Bundesminister Blüm gemachte ungeheuerliche Äußerung, die deutsche Front im Osten habe 1944 das Morden in den Konzentrationslagern verlängert (ebenda, S. 18), indem er mit Recht schrieb, daß das dortige Geschehen »damals gewiß nur ein Teil der Soldaten und der deutschen Bevölkerung wußte oder ahnte«. Dagegen »rang das deutsche Ostheer doch ... mit seinem verzweifelten Abwehrkampf um die Bewahrung der Eigenständigkeit der Großmachtstellung des Deutschen Reiches, das nach dem Willen der Alliierten zertrümmert werden sollte« (ebenda, S. 64).

Noch deutlicher wurde Hillgruber, als er dann anschließend betonte: »Das deutsche Ostheer bot einen Schutzschirm vor einem jahrhundertealten deutschen Siedlungsraum, vor der Heimat von Millionen der Ostdeutschen, die in einem Kernland des Deutschen Reiches, nämlich im östlichen Preußen, in den Provinzen Ost-

preußen, Westpreußen, Schlesien, Ostbrandenburg und Pommern wohnten. Und das deutsche Ostheer schützte in einem ganz elementaren Sinne die Menschen in eben diesen preußisch-deutschen Ostprovinzen.« (Ebenda, S. 64f.) Er erwähnte ausdrücklich das russische Morden in Nemmersdorf in Ostpreußen im Oktober 1944 und im Königsberger Vorort Metgethen im Februar 1945, die von der deutschen Wehrmacht noch einmal zurückerobert werden konnten und dabei das grausame Schicksal der den Sowjets in die Hände gefallenen Zivilbevölkerung zeigten. Und Hillgruber verteidigte ausdrücklich den Durchhaltewillen der deutschen Offiziere und Mannschaften in der hoffnungslosen Lage, »die die Bevölkerung des deutschen Ostens vor den Racheorgien der Roten Armee, den Massenvergewaltigungen, den willkürlichen Morden und den wahllosen Deportationen zu bewahren und in der allerletzten Phase den Ostdeutschen den Fluchtweg zu Lande oder über See nach Westen freizuhalten suchten« (ebenda, S. 24f.), was bekanntlich Millionen Leben und Freiheit rettete. Auch schreibt er — wohl mit deutlicher Spitze gegen Äußerungen des Bundespräsidenten von 1985 —: » ›Befreiung‹ umschreibt nicht die Realität des Frühjahrs 1945.« (Ebenda, S. 24)

Wenn Hillgruber sogar feststellte, »von den Hoheitsträgern der NSDAP bewährten sich manche in der Not von letzter verzweifelter Verteidigung, von Zusammenbruch und Flucht« (ebenda, S. 37); wenn er ausführlich Polens Imperialismus zwischen den beiden Weltkriegen kritisierte, weil dieser »erheblich über die ethnisch begründeten Ansprüche Polens hinausging« (ebenda, S. 49); wenn er bestätigte, daß Benesch »von Anfang an« im Exil die »Vertreibung der Sudetendeutschen« (ebenda, S. 51) betrieb; wenn er Churchills Kriegsziel,

Deutschland »fett, aber impotent« (ebenda, S. 52) zu machen, anführte und die britische Zustimmung zur Vertreibung der Ostdeutschen von bereits 1942 erwähnte (ebenda, S. 52), daneben das russische Verbrechen von Katyn aufführte (ebenda, S. 45) und die deutsche Frage für völlig offen erklärte (ebenda, S. 74), dann sind das zwar für den geschichtlich Bewanderten alles Binsenwahrheiten, die in bereits genügend revisionistischen Büchern von Außenseitern stehen, aber von der offiziellen Zeitgeschichte bisher meist verschwiegen oder sogar bekämpft wurden.

Erstaunlicherweise besprach Peter Steinbach in der FAZ Hillgrubers Buch am 8.7.1986 noch verhältnismäßig sachlich und nannte es einen »wichtigen Beitrag zur historischen Besinnung, zur Orientierung politischen Handelns aus politischem Bewußtsein«. Der Sturm gegen das Buch brach erst später los.

III. Michael Stürmers Äußerungen

Der Erlanger Historiker Michael Stürmer, deutschlandpolitischer Berater Bundeskanzler Kohls und häufiger Kolumnist großer westdeutscher Zeitungen, hatte sich in den letzten Jahren wiederholt für eine Stärkung des Geschichtsbewußtseins eingesetzt, hatte auf die sinnstiftende Aufgabe der Geschichte hingewiesen und ihre Bedeutung für die geistige Festigung der Bundesrepublik Deutschland hervorgehoben sowie die geopolitische Lage Deutschlands als bestimmend für das deutsche Schicksal betont (Stürmer 1983, 1984, 1986c). Kurz vor dem Beginn des eigentlichen Historikerstreits hatte er 1986 ein Buch »Dissonanzen des Fortschritts« mit Vorträgen der letzten Jahre veröffentlicht, das im Teil III mit dem Titel

»Bundesrepublik, quo vadis?« eine Reihe die Linke provozierender Gedanken enthält. Insbesondere wird darin die linksliberale Entwicklung der sechziger Jahre mit ihrem übersteigerten Streben nach Emanzipation, Autoritätsabbau, Konfliktpädagogik und Gleichmacherei für die gegenwärtige Bewußtseins- und Identitätskrise Westdeutschlands verantwortlich gemacht: »Heute aber geht es um mehr als um die Organisation, heute geht es um die Substanz. Es geht um Rettung unserer geistigen Persönlichkeit, um die Identität der Deutschen in Europas Mitte ... Die Kulturpolitik der 60er Jahre hat Wind gesät, und heute ernten wir Sturm. Wenn es uns nicht gelingt, die geistigen Tauschplätze wieder zu definieren, uns auf einen elementaren Lehrplan der Kultur zu einigen, damit Kontinuität und Konsens im Lande vorzuarbeiten und Maß und Mitte des Patriotismus wiederzufinden, dann könnte es sein, daß die Bundesrepublik Deutschland den besten Teil ihrer Geschichte hinter sich hat.« (Stürmer 1986a, S. 276)

Stürmer trat allgemein für ein von einer möglichst großen Mehrheit getragenes Geschichtsbild ein, forderte dessen Vermittlung in den Schulen und stellte sich auch hinter die CDU-Pläne von einem Deutschen Historischen Museum in Berlin wie von einem Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn, die mit dazu beitragen könnten, daß die Deutschen einen Weg aus dem Trauma der jüngeren Vergangenheit fänden (ebenda, S. 289—304).

Stürmer war unter dem Stichwort »Verdrängen oder Bewältigen?« mit Wolfgang Mommsen praktisch zu demselben Thema wie ursprünglich Nolte zu den Römerberggesprächen 1986 nach Frankfurt eingeladen worden, hatte dort gesprochen, sich aber anschließend wegen der

dort gegen ihn erhobenen Anklagen, Diffamierungen und Denunziationen geweigert, sein Manuskript für die Veröffentlichung über die Tagung den Veranstaltern zur Verfügung zu stellen. Sein Vortrag erschien später überarbeitet in den »Schweizer Monatsheften« (Stürmer 1986), in denen er einige der schärferen Aussagen seiner Rede in Frankfurt abgemildert hatte.

In seinem Beitrag zu den Römerberggesprächen stellte Stürmer einleitend die im Thema formulierte »unechte, logisch falsche und mithin politisch gefährliche Alternative« richtig: »Verdrängen dürfen wir nicht, und bewältigen können wir nicht.« (Stürmer 1986, S. 689) Zur Vergangenheitsbewältigung erklärte er zum Mißfallen der meisten Anwesenden dann: »Weder waren die Deutschen in toto Patient, noch kamen die Sieger als Therapeuten. Die Russen kamen mit Feuer und Schwert, und die Amerikaner als Sieger eines Kreuzzugs ... Als Stalins Männer in Nürnberg zu Gericht saßen, da sprachen sie Recht über ihre Komplizen von ehedem, die Mörder von Katyn über die Mörder von Auschwitz: ein schauerliches Schauspiel.« (Ebenda, S. 689f.) Hier wie auch andernorts schonte Stürmer die Westalliierten sehr.

Wie Nolte machte Stürmer auch eine Äußerung zu den Motiven der Vergangenheitsbewältiger: »Die Vergangenheit, die nicht vergehen will, ist leider oft nur eine Vergangenheit, die nicht vergehen darf, um der Macht der Groß-Richter und Groß-Propheten willen.« (Ebenda, S. 690) Bei seinem mündlichen Vortrag hatte er unmittelbar davor noch durchaus zutreffend verdeutlicht: »Es gibt eine deutsche Schuldbesessenheit, die unfähig macht zu dem, was Ernst Bloch den aufrechten Gang nannte, und sie ist auch nicht so unschuldig, wie sie sich gibt. Kein Argument in der politischen Debatte heute ist so mörde-

risch wie die Behauptung, der andere sei damals schuld gewesen oder heute und nachträglich ein heimlicher Verbündeter.« (Hoffmann 1987, S. 112)

Auch zum Ersten Weltkrieg äußerte Stürmer sich in Frankfurt, als er von den »tödlichen Torheiten der Sieger von 1918« sprach (Hoffmann 1987, S. 111), woraus in der schriftlichen Form wurde: »die Westmächte, die mit dem Frieden von Versailles die Weimarer Republik unerträglich belasteten; die Sowjetunion, die den Bürgerkrieg ins Deutsche Haus trug« (Stürmer 1986, S. 690).

Warnend hob Stürmer als allgemeine Lebenserfahrung hervor, »daß in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet« (ebenda, S. 692; auch FAZ 25.4.1986), was im Nachkriegsdeutschland seit einiger Zeit vor allem marxistische Umerzieher besorgten. Ebenso warnte er die anwesenden Intellektuellen davor, den »russischen Tyrann als Sankt Nikolaus« zu sehen, »von dem die Deutschen nur zu wünschen brauchten, was sie wollten: die Einheit, die Freiheit, den Wohlstand und die Sicherheit dazu« (ebenda, S. 693).

Unmittelbar anschließend geißelte der Erlanger Historiker auch die seit wenigen Jahren verstärkte und sich vor allem in den Massenmedien ausbreitende Neubelebung des antifaschistischen Gedankens: »Denn unter den Gespenstern der Vergangenheit wird man neuerdings auch den Antifaschismus wieder gewahr: die Legende vom edlen Wollen der Kommunisten, vom Versagen der deutschen Sozialdemokraten, vom Segen der Volksfront und von der pax sovietica. Daß der Partei Kurt Schumachers unlängst, es war zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation, der Kampf gegen die gesellschaftlichen Grundlagen des Faschismus in der Bundesrepublik als politi-

sche Hauptaufgabe von ihren Vordenkern zugewiesen wurde, kann nicht auf Unkenntnis der historischen Verhältnisse beruhen, sondern verrät verborgene Gedanken über die Zukunft.« (Ebenda, S. 693)

Solche Ketzereien führten naturgemäß vor den überwiegend linken Teilnehmern der Römerberggespräche zu heftigen Diskussionen, in deren Verlauf der angegriffene Stürmer noch einmal deutlich und grundsätzlich feststellte: »Es geht darum, Erinnerung zu haben, das ist für Einzelne und für Nation oder Gesellschaft wichtig« (Hoffmann 1987, S. 115). Und zur Vergangenheitsbewältigung erklärte der Herausgeforderte ebenso klar zum Mißfallen der Zuhörer: »Wir können nicht leben, indem wir ständig uns selbst, indem wir ständig unsere eigene Vergangenheit ins Nichts zerbröseln, indem wir sie zu einer permanenten Quelle von unendlichen Schuldgefühlen machen.« (Ebenda, S. 116) Den Kenner der gegenwärtigen »politischen Kultur« wunderte es dann nicht, daß die Diskussion dieses Tages in Frankfurt wegen zu großer Erregung und allgemeiner Unverständlichkeit im Saal nach Stürmers Feststellung: »Man kann hier nicht aussprechen, man wird überbrüllt, ein sehr schlechtes Bild«, abgebrochen werden mußte (Hoffmann 1987, S. 123).

IV. Die Debatte um neue Geschichtsmuseen

Eine Quelle des Historikerstreits war auch die schon in den Jahren zuvor in Westdeutschland heftig geführte Auseinandersetzung um die Gründung zweier repräsentativer Museen zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn und zur deutschen Geschichte in Berlin. Die zu diesem Themenbereich bestrittenen De-

batten um den Wert des Geschichtsbewußtseins, um den Sinn der Geschichte, um eine einheitliche oder pluralistische Deutung der Geschichte, um das Maß staatlicher Einflußnahme auf die Richtung der Geschichtsvermittlung — auch vor dem Hintergrund verstärkter Inbeschlagnahme der deutschen Geschichte durch die DDR — prägten schon vorher Fronten, die sich dann im Historikerstreit festigten und im allgemeinen bestätigten. Besonders Michael Stürmer hatte sich für die Museen eingesetzt.

1. Das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn. Nach dem Sturz der sozialliberalen Koalition in Bonn stellte der neue Bundeskanzler Kohl (CDU) in seiner ersten Regierungserklärung am 13.10.1982 fest, daß zur allgemeinen Erneuerung auch die Besinnung auf die deutsche Geschichte gehöre, und er verkündete dann als eine Maßnahme in dieser Hinsicht, die Bundesregierung wolle »darauf hinwirken, daß in der Bundeshauptstadt Bonn eine Sammlung zur deutschen Geschichte seit 1945 entsteht, gewidmet der Geschichte unseres Staates und der geteilten Nation«. In seiner zweiten Regierungserklärung vom 4.5.1983 bekräftigte er dieses Wollen, bestätigte die Bedeutung des Planes und sagte: »Wir wollen auch dieses Vorhaben bald auf den Weg bringen«, wobei er auch die Aufwertung der Stadt Bonn betonte, »damit sie ihrer Funktion als Bundeshauptstadt gerecht werden kann«. Eine separatistische Tendenz war nicht zu überhören.

Schon im November 1983 erschien, herausgegeben vom Bundesinnenministerium, hierzu ein Gutachten »Überlegungen und Vorschläge zur Errichtung eines Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn« der Historiker Lothar Gall, Klaus Hildebrand, Ulrich

Löber und Horst Möller (FAZ 12.5.1984). Das geplante Museum, für das rund 6 000 m^2 mit etwa 2 750 m^2 Ausstellungsfläche vorgeschlagen wurden, sollte danach gewissermaßen eine Art Erfolgsbilanz der Bundesrepublik werden und vor allem die Leistungen der einzelnen, meist ja von der CDU geführten Bundesregierungen darstellen. Im Bundesetat für 1984 wurden bereits 0,5 Millionen DM dafür ausgewiesen.

Die zur Mitarbeit eingeladene SPD antwortete zunächst mit einer Liste von 15 für sie offengebliebenen Fragen; eine Bonner Anhörung der SPD am 9. Mai 1984 verstärkte die Kritik. Den Planern wurde unter anderem zu starke Betonung der CDU-Regierungspolitik, mangelnde Vergangenheitsbewältigung, fehlende Erwähnung der Pazifismusbewegung, zu geringe Bewertung der APO von 1968, der Frauenbewegung und allgemein der Aktivitäten der Bürgerinitiativen vorgeworfen (Weißler 1986). Martin Broszat verzieh es nicht, daß sein Münchner Institut für Zeitgeschichte zur Planung nicht hinzugezogen worden war, und erklärte, die beauftragten Wissenschaftler seien »nach ihrem politischen Standort und ihrer Wissenschaftsauffassung sicher nicht repräsentativ für die Geschichts- und Zeitgeschichtsforschung in der Bundesrepublik« (Unser Oberschlesien 9.11.1984).

Von ganz anderer Seite legte Hellmut Diwald eine begründete Kritik vor (Die Welt 11.5.1984). Der Erlanger Historiker schrieb, der Gesamttenor des Konzepts sei »unentschuldbar und nicht zu rechtfertigen«, denn nach dieser Leitlinie werde das Bonner Vorhaben »zu einem Monument der Billigung und Absegnung der Zerteilung Deutschlands«. Es werde »die Erfolgsgeschichte eines Separatstaates« zu verwirklichen versucht. Das Gutachten ergebe »eine grundsätzliche Separierungstendenz ...

Politisch wäre das die Entsprechung zum sozialistischen Eigenweg der DDR«. Diwald geißelte »die Grundrichtung der Anlage des geplanten Museums: ›Freiheit vor Einheit‹ « und das politische Streben, sich von dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes und dem Begriff »Deutsches Volk« abzusetzen: »Vom ›Deutschen Volk‹ ist in dem Entwurf keine Rede. Kein Wort steht in ihm von unserem elementaren Recht auf Selbstbestimmung ... Es fällt kein Wort über die Folgen des Ersten Weltkrieges, kein Wort von Versailles 1919, dieser Hypothek der Weimarer Republik, ohne deren Last niemals ihr politisches Rückgrat zerbrochen wäre.«

Das Bundeskabinett beschloß dann den Bau des Hauses in Bonn. Für 1986 wurden im Bundesetat 90 Millionen angesetzt (FAZ 22.8.1985). Durch die starke öffentliche Kritik wurde die Verwirklichung dieses Vorhabens bisher ziemlich verzögert.

2. Das Deutsche Historische Museum in Berlin. Frühere Pläne des damaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Richard von Weizsäcker, aus dem Jahr 1982 für ein Geschichtsmuseum in Westberlin griff Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung vom 4.5.1983 wieder auf: »1987 blickt Berlin auf 750 Jahre seiner Geschichte zurück. In der alten Reichshauptstadt soll ein Deutsches Historisches Museum errichtet werden. Wir, die Bundesregierung, wollen bei der Verwirklichung helfen, und wir wünschen, daß das neue Museum im Jubiläumsjahr seine Tore öffnen kann.«

Der Berliner Senat vergab daraufhin gleich die Ausarbeitung von Plänen zu Form und Inhalt des Museums. Danach wurden Anhörungen abgehalten. Massive Kritik, vor allem auf linker Seite, an dem Vorhaben wollte der Berliner Senat dadurch berücksichtigen, daß er vor-

schlug, aus dem geplanten Museum ein »Forum für Geschichte und Gegenwart« zu machen, das im Martin Gropius-Bau untergebracht werde. Es sollte keine Dauerstellung bieten, sondern in dieser »Institution neuen Typs« sollten »wechselnde Regisseure die einzelnen Aufführungen, Veranstaltungen und Projekte innerhalb des Spielplans erarbeiten« (Berliner Abgeordnetenhaus, Drucksache 9/1728, S. 12). Eine Verwirklichung hätte wohl ein Dauerhappening mit linker Ausrichtung und Indoktrination bedeutet. Gegen diese Pläne bestand Kohl, vorher schon unterstützt von Michael Stürmer (Stürmer 1984, S. 142—153), im Oktober 1984 auf dem 35. Historikertag in Berlin auf dem ursprünglichen Museumscharakter, zu dessen Verwirklichung er großzügige Bonner finanzielle Unterstützung versprach. Der Bundeshaushalt für 1986 sah dafür 250 Millionen DM vor.

Die vom Bundeskanzler berufene »Sachverständigenkommission für die Konzeption des geplanten Deutschen Historischen Museums in Berlin« legte am 21.4.1986 ihre Ausarbeitung vor. Dreizehn Universitätsprofessoren, zwei Museumsdirektoren und ein Verleger hatten auf 73 Seiten einen zwischen Dauer- und Wechselausstellung gefundenen Kompromiß vorgeschlagen, dem auch die linke Opposition »Ausgewogenheit« (Hoffmann-Axthelm 1986, S. 599) zubilligte, wenn sie sich auch weiterhin gegen die »vorausgegangene autoritäre Setzung« (ebenda, S. 600) wandte.

Das Vorhaben wurde weiterhin gegensätzlich diskutiert, wobei Michael Stürmer und Hagen Schulze die konservative, Hans Mommsen und Jürgen Kocka die »fortschrittlichere« Lösung vertraten. Im Herbst 1986 fanden von der Hanns Martin Schleyer-Stiftung, der Bundesregierung nahestehend, sowie kurz darauf von

der Friedrich Ebert-Stiftung, die wesentlich die Meinung der SPD vertritt, im Berliner Reichstagsgebäude zwei Tagungen zur Problematik der Geschichte und der Museumsgründung statt (FAZ 9. und 11.10.1986), auf denen die auch im Historikerstreit frisch aufgebrochenen Fronten vertreten wurden. Auf der erstgenannten Tagung versuchten vor allem Stürmer, Hillgruber, Hildebrand und Werner Knopp, der als Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in der Sachverständigenkommission zur Planung des Museumskonzepts mitgearbeitet hatte, dem Museumswunsch der Bundesregierung, wie in früheren Stellungnahmen schon, eine überzeugende Begründung zu geben, die einerseits auf Staatsbewußtsein und Nationalgefühl nicht verzichten zu können glaubte, das Wiedervereinigungsgebot (noch) beachten mußte — obwohl Karl Dietrich Bracher die Sehnsucht nach nationaler Einheit als überholte Gefühlsduselei verwarf —, andererseits aber gegen Umerziehungsauflagen wie Ablehnung einer vaterländischen Geschichtssicht, des Nationalstolzes, des Bekennens zur ganzen Vergangenheit nicht zu sehr verstoßen durfte. Danach soll das Museum nicht indoktrinieren, sondern es »soll zur kritischen Auseinandersetzung anregen, aber auch Identifikationsmöglichkeiten bieten«. Die »Bürger unseres Landes« sollen in dem Museum erfahren, »wer sie als Angehörige einer weltweiten Zivilisation« — nicht etwa als Deutsche — sind. Der Vaterlandsstolz soll wohl ausgespart bleiben, höchstens ein Verfassungspatriotismus zugelassen werden: ein kennzeichnendes Spiegelbild der heutigen Verantwortlichen, nicht in normalen Staats- und Geschichtskategorien denken und empfinden zu können.

Die Opposition bei der Friedrich Ebert-Stiftung wandte sich demgegenüber geschlossen gegen den von ihr im

Museumsplan befürchteten Neokonservatismus und seine angebliche Wiederbelebung deutsch-nationaler Vorstellungen und nationaler Mythen als Stabilisierungselemente politischer Macht. Auf der Tagung der Schleyer-Stiftung habe eine Art Verschwörung konservativer Kreise sich gezeigt, was Martin Broszat schon vorher befürchtet hatte (Die Zeit 3.10.1986). Stolz bekundete der SPD-Bundestagsabgeordnete Duve, daß er und seine Freunde den Nationalstaat längst überwunden hätten und daß sie »in vielen Dingen weiter« seien als Frankreich und England (FAZ 9.10.1986). Museen seien Relikte der Vergangenheit. Diese Richtung fand auch von jüdischen Vertretern Unterstützung.

So ging es auch in der Museumsfrage um eine politische Machtfrage. Denn wer dem Volk die Vergangenheit deuten kann, hat wesentlichen Einfluß auf die Zukunft. Die Linke weiß das, und daher ist ihr leidenschaftlicher Widerstand gegen die Museumsgründung — auch im Rahmen des Historikerstreits — zu verstehen. Hier zeigte sich wieder einmal, daß in grundsätzlichen Fragen durch noch so langes Reden keine Übereinstimmung zu erzielen ist. Hier stehen Grundhaltungen gegeneinander, bei denen sich noch nicht einmal eine ausgesprochen nationale befindet. Die Frage ist, ob die »neokonservative« Seite genug Durchsetzungsvermögen besitzt, um ihre Vorstellungen endlich zu verwirklichen. Ihre bisherige Anpassung an den Zeitgeist hat sie in eine sehr ungünstige Ausgangslage gebracht. Nach dem bisherigen Verlauf ist es keineswegs sicher, daß sie in diesem Streit gewinnt. Zum 750. Jahrestag von Berlin im Sommer 1987 war die für diesen Termin erhoffte Eröffnung des Museums noch nicht in Sicht.

Was im Historikerstreit angesprochen und an eine breitere Öffentlichkeit gekommen ist, hat der Bochumer Neugeschichtler Hans Mommsen zusammengefaßt, indem er schrieb: »Was stattfindet, ist vielmehr die Freisetzung bis dahin zurückgehaltener, weil politisch fragwürdig erscheinender Denkschritte: die Gleichstellung von ›Holocaust‹ und Vertreibung, die Hinterfragung der Zweckmäßigkeit des Attentats vom 20. Juli 1944 angesichts der herandrängenden ›Roten Armee‹, die Abschiebung der deutschen Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und Auschwitz auf die britische Appeasement-Politik und deren pazifistische Träger, schließlich die Auffassung, daß Weimar primär wegen der Fesseln des Friedensvertrages, des ›Diktats‹ von Versailles gescheitert war, daß das fehlende Nationalbewußtsein der Deutschen auch eine Folge der Reeducation sei, daß es schließlich vor allem die Kommunisten gewesen seien, die das republikanische System (zusammen mit den Nationalsozialisten) untergraben hätten.« (H. Mommsen 1986, S. 1201f.; auch Piper 1987, S. 176) Interessant ist dabei, daß ein Historiker zugibt, daß rein historische Fragen und Urteile bisher in Westdeutschland zurückgehalten wurden, weil sie »politisch fragwürdig erscheinende Denkschritte« umfassen: ein schwerer Verstoß gegen das grundlegende wissenschaftliche Ethos und eine besondere Pflichtvergessenheit der westdeutschen Zeitgeschichtler in der Lage des besetzten und beschuldigten Deutschlands.

D. Die Reaktion der Gegenseite und andere Äußerungen

I. Jürgen Habermas' »Kampfansage«

Es wäre sehr verwunderlich gewesen, wenn Noltes und Hillgrubers Aussagen im heutigen Westdeutschland unwidersprochen geblieben wären. Insbesondere die Vertreter der »Frankfurter Schule« mußten durch derartige Äußerungen die Früchte ihrer jahrzehntelangen Bemühungen in Frage gestellt sehen. So war es kein Zufall, daß Jürgen Habermas, der nach dem Tode Horkheimers und Adornos als deren einflußreichster Schüler das Fähnlein der »Kritischen Theorie« noch aufrechtzuerhalten sucht, in der »Zeit« vom 11.7.1986 unter der Überschrift »Eine Art Schadensabwicklung — Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung« mit einem ganzseitigen Artikel — ausdrücklich als »Kampfansage« von Karl Heinz Janßen auf Seite 1 dieser Ausgabe hervorgehoben und als »Abrechnung« angekündigt — den Gegenangriff einläutete.

Als neomarxistischer Philosoph und Nichthistoriker war er dazu fachlich eigentlich gar nicht berufen; doch da die Kernlehren der Umerziehung angezweifelt worden waren, fühlte er sich herausgefordert, hatte er doch früher von sich erklärt: »Ich selbst bin ein Produkt der ›re-education‹ , und ich hoffe, kein allzu negatives.« (zit. in: Criticón Nr. 97, 1986, S. 195) Wenige Tage vor Erschei-

nen seines »Zeit«-Artikels hatte er am 2.7.1986 bei einer Anhörung des SPD-Bundestagsabgeordneten Duve in Bonn zum Vorhaben eines »Deutschen Historischen Museums« »zornbebend« das Hillgruber-Buch hochgehalten und ausgerufen: »Dieser Band ist ein Skandal«. (Hillgruber 1986b, S. 726)

Sicher war Habermas auch schon durch Noltes im Frühjahr 1986 veröffentlichte Ausführungen zum Nationalsozialismus als einem — im Grunde verständlichen — Versuch gegen die Übersteigerungen und Zerstörungen eines hemmungslosen Fortschrittsdenkens und linker Fortschrittsphilosophie gereizt worden (Nolte 1986). Hatte doch Nolte dort geschrieben: »Nur wer unerschütterlich an den Fortschritt glaubt und dessen Weg genau zu kennen meint, darf den Nationalsozialismus unbeschwerten Gewissens als ›reaktionär‹ oder als ›zivilisationsfeindlich‹ charakterisieren.« (Nolte 1986, S. 279) Und Nolte hatte gemeint, Marxismus und Faschismus seien »die beiden bis 1945 bedeutendsten, wenngleich in Charakter und Niveau ganz unterschiedlichen Versuche, auf die beängstigenden Realitäten der ›Moderne‹ ... eine aus dem Denken geborene und sich in der Praxis realisierende Antwort zu geben, welche die Bewahrung grundlegender Wesenszüge des Menschen ermöglicht.« (Ebenda, S. 285) Deshalb hatte Nolte hier (ebenda, S. 281) noch einmal eine Aussage seines 1963 erschienenen Hauptwerkes betont, »daß auch dem Nationalsozialismus jene › Sympathie ‹ nicht versagt werden dürfe, die nicht Personen und Taten gelte, sondern jener Ratlosigkeit, die gerade dem ungeheuerlichsten Versuch, ihrer zu steuern, zugrunde liegt.«

Habermas konnte in dem genannten »Zeit«-Artikel die einzelnen von Nolte und Hillgruber vorgebrachten ge-

schichtlichen Gedankengänge nicht widerlegen und ging auf sie auch kaum ein. Er witterte in erster Linie ein für das bisherige linke geistige Klima in Westdeutschland gefährliches allgemeines System hinter den neuen Tönen der Historiker. Da auch Michael Stürmer sich für mehr Geschichtsbewußtsein und einen »identitätsstiftenden Sinn« der Geschichte ausgesprochen habe, für eine Art »jener höheren Sinnstiftung, die nach der Religion bisher allein Nation und Patriotismus zu leisten imstande waren«, sei jetzt eine breite Reaktion daran, einen neuen Geschichtssinn einzuführen, Hitler zu verharmlosen, damit statt Wissenschaft erneut Vorurteile zu erzeugen, um als kalte Krieger der NATO zu dienen. Die Pläne der Bundesregierung für das Deutsche Historische Museum in Berlin paßten in diesen Zusammenhang und gehörten zu dieser Art Verschwörung von rechts, von der auch der Bonner Historiker Klaus Hildebrand genannt wurde. Die Historisierung des Dritten Reiches und das Verharmlosen seiner Verbrechen, indem man an deren Einmaligkeit rühre, sei ein »Skandal«. Man könne, so Habermas im Hinblick auf Nolte, »die skurrile Hintergrundphilosophie eines bedeutend-exzentrischen Geistes auf sich beruhen lassen, wenn nicht neokonservative Zeithistoriker sich bemüßigt fühlten, sich genau dieser Spielart von Revisionismus zu bedienen«. Habermas warf Nolte vor, an Grausamkeiten des russischen Bürgerkriegs oder an den polnischen Antisemitismus der Vorkriegszeit zu erinnern: »Diese unappetitlichen Kostproben zeigen, daß Nolte einen Faßbinder bei weitem in den Schatten stellt.« Hillgrubers Geschichtsdarstellung über das letzte Kriegsjahr im Osten bewertete der linke Philosoph einfach als eine »Rhetorik von Kriegsheftchen«.

Habermas beschuldigte Nolte auch selbst des Anti-

semitismus, weil dieser neben anderem in einem früheren Artikel (Nolte 1985, S. 27f.) die »Kriegserklärung« zu erwähnen gewagt hatte, die »Chaim Weizmann im September 1939 (genauer: Brief Weizmanns vom 29.8.1939 an den britischen Premierminister Chamberlain. R.K.) für den jüdischen Weltkongreß abgegeben und die Hitler dazu *berechtigt* habe, die deutschen Juden als Kriegsgefangene zu behandeln — und zu deportieren« (Habermas 1986). (Nolte hatte nicht »deportieren«, sondern »internieren« geschrieben. R.K.) Habermas wiederholte später diesen Vorwurf und erklärte dazu, er könne in dieser Äußerung Noltes »die Unterstellung des Weltjudentums als eines völkerrechtlichen Subjekts von üblichen antisemitischen Projektionen nicht unterscheiden« (Habermas 1986b). Eine besondere Ironie liegt darin, daß Nolte den erst 1985 in englisch gedruckten Artikel bereits 1980 an der Universität von Jerusalem vorgetragen hatte, ohne dort auf Widerspruch gestoßen zu sein (Koch 1988).

Für die »Zeit«-Leser stellte Habermas dann warnend fest: »Die Ideologieplaner wollen über eine Wiederbelebung des Nationalbewußtseins Konsens beschaffen, gleichzeitig müssen sie aber die nationalstaatlichen Feindbilder aus dem Bereich der NATO verbannen. Für diese Manipulation bietet Noltes Theorie einen großen Vorzug. Er schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe: Die Nazi-Verbrechen verlieren ihre Singularität dadurch, daß sie als Antwort auf (heute fortdauernde) bolschewistische Vernichtungsdrohungen mindestens verständlich gemacht werden. Auschwitz schrumpft auf das Format einer technischen Innovation und erklärt sich aus der ›asiatischen‹ Bedrohung durch einen Feind, der immer noch vor unseren Toren steht.«

Für den am Neomarxismus geschulten Habermas war

die Hervorhebung der bolschewistischen Gefahr ebenso unangenehm wie die Bestrebung nach einer Erneuerung des Geschichtsbewußtseins. Er sah in dem »Verlust der Geschichte« durchaus eine begrüßenswerte Entwicklung, auch in Richtung auf »die Ausbildung einer postkonventionellen Identität«, wie sie aus dem geschichtslosen Amerika droht: »Die vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens ist die große intellektuelle Leistung unserer Nachkriegszeit, auf die gerade meine Generation stolz sein könnte.« Damit ist wohl vor allem das verhängnisvolle Erbe Horkheimers und Adornos in der Frankfurter Schule angesprochen, die nach 1945 Westdeutschland aufgezwungen wurde. Im Sinne der Umerziehung schrieb Habermas dann auch vor: »Der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet, ist ein Verfassungspatriotismus.« Wer dagegen »Geschichtsverlust« oder »Schuldbesessenheit« beklage, wolle ein »vereinheitlichtes Geschichtsbild«, wolle »Geschichtsbewußtsein als Religionsersatz«, und das sei ja gegen die »Aufklärung«.

Seine eigene Intoleranz, seinen Willen zur Beschränkung der Forschung durch Frage- und wohl auch Denkverbote und seinen Wunsch, Geschichtsmythen zu erhalten, gab der Frankfurter Philosoph also als Verteidigung der Aufklärung, die endlich aufbrechende Forderung nach Freiheit des Forschens und Mitteilens als Gefährdung der Aufklärung aus: eine kennzeichnende und nicht zum ersten Male zu beklagende Perversion der Begriffe von seiten eines Vertreters der »Kritischen Theorie«.

Wie wichtig Habermas die Abschottung gegenüber den neuen revisionistischen Thesen und die weitere Erhaltung der Umerziehung erschienen, geht auch aus der

erstaunlichen Tatsache hervor, daß er dann als Neomarxist und sonst scharfer Kritiker des kapitalistischen Westens angesichts der neuen revisionistischen Aussagen der von ihm angegriffenen Zeitgeschichtler nur noch die Sorge um die Bewahrung der engen Beziehungen zu den USA — dem Ursprungsland der Umerziehung — kannte und noch ein drittes Mal im letzten Abschnitt die Verbundenheit Westdeutschlands mit Amerika als letzten Satz seines Artikels beschwor: »Wer die Deutschen zu einer konventionellen (also einer sonst überall üblichen, R.K.) Form ihrer nationalen Identität zurückrufen will, zerstört die einzige verläßliche Basis unserer Bindungen an den Westen.«

Nachdem auf diese Weise die Fronten vor der Öffentlichkeit bezogen waren, erschien in den größeren westdeutschen Zeitungen und Zeitschriften eine Fülle von Stellungnahmen, Leserbriefen und Grundsatzartikeln, auch die eine oder andere Übersicht (Kraus 1987, Kosiek 1987). Einige Beispiele werden im folgenden näher betrachtet, andere Äußerungen in den späteren Kapiteln noch berührt.

II. Weitere Stellungnahmen

1. *Joachim Fest*. Eine ausführliche Stellungnahme gegen Habermas und zur Verteidigung Noltes brachte der durch sein im Auftrag eines jüdischen Verlages in New York geschriebenes und teilweise finanziertes (Süddeutsche Zeitung 30.4.1985) Hitler-Buch und seinen Hitler-Film einschlägig mit dem Thema befaßte sowie auch als Herausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« beteiligte Joachim Fest unter dem Titel »Die geschuldete Erinnerung — Zur Kontroverse über die Unvergleichbar-

keit der nationalsozialistischen Massenverbrechen« (FAZ 29.8.1986). Einleitend stellte er den im Bereich der Zeitgeschichte herrschenden »unfreien Stil der akademischen Debatte in der Bundesrepublik« unter Hinweis auf das kürzliche Urteil eines amerikanischen Zeithistorikers heraus: »Wann immer die Rede auf die Hitlerzeit und ihre moralische Bewertung komme, ändere sich unversehens die Tonlage. Entweder dränge man mit formelhaften Captationen und Schuldbeteuerungen, die so inhaltsleer wie unglaubwürdig seien, auf die Seite der kompakten Moralität, oder alles ende in moralischer Denunziation«. Er kritisierte »die Rituale einer falschen Unterwürfigkeit«, die in Westdeutschland von einem »Konformismus« noch immer gefordert werden, »der jede Position, die sich die Freiheit des Fragens bewahrt, unter moralischen Verdacht stellt. Spätestens seit dem Ende der sechziger Jahre wurde es üblich, jede historische Wahrnehmung, die nicht der damals herrschend werdenden Vorstellung folgte, der heimlichen Komplizenschaft mit dem › Faschismus ‹ zu zeihen.«

So zutreffend diese Feststellung ist, so bedauerlich ist es, daß Fests Zeitung selbst erheblich mit zu dieser bedrohlichen Entwicklung beigetragen hat und noch 1987 die Besprechung und sogar die Aufnahme von Anzeigen für geschichtliche Bücher »aus grundsätzlichen Gründen« verweigerte, wenn sie revisionistischen Inhalt hatten.

Gegenüber Habermas stellte Fest richtig, daß Nolte, wie ihm von jenem vorgeworfen, den Begriff der »Singularität der nationalsozialistischen Vernichtungsaktionen überhaupt nicht« leugne, um dann selbst jedoch die These zu verteidigen, daß das Geschehen der Endlösung nicht einzigartig sei. Denn auch die Bolschewisten hätten

bei ihren Ausrottungsaktionen nicht nach Schuld oder Unschuld der Betroffenen gefragt, und sie hätten ebenso den Mord von Staats wegen und mechanisch vollzogen. Schließlich könne das Argument für die Einzigartigkeit, daß der Judenmord »in einem alten Kulturvolk«, dem deutschen, vollzogen sei, nicht anerkannt werden, da aus solcher Begründung die »alte Herrenvolkgesinnung« spreche. »Viel eher geht es darum, Zweifel an der monumentalen Einfalt und Einseitigkeit der vielfach herrschenden Vorstellung über die vorbildlose Besonderheit der NS-Verbrechen zu wecken.« Erstaunlich sei, »daß dies auf ernsthafte Weise bisher gerade nicht geschehen ist.«

Ähnlich wie Nolte meinte Fest, es dürfe nicht untersagt werden, einen Zusammenhang zwischen Nachrichten über frühe sowjetische Greuel und späteren NS-Morden herzustellen. Er pflichtete somit im wesentlichen Nolte bei, wenn er schrieb: »Man muß nicht der Auffassung sein, daß Hitlers Vernichtungswille ganz überwiegend von der Vernichtungsdrohung der russischen Revolution inspiriert war; er kam, dem Ursprung nach, doch eher aus den frühen Ängsten und Überwältigungsphantasien des Deutsch-Österreichers. Aber daß er ganz und gar unbeeinflußt davon blieb, läßt sich schwerlich denken, und jedenfalls ist die Resonanz, die seine lange Zeit einsamen Wahnideen fanden, ohne die panischen Empfindungen, die sich von Rußland her ausbreiteten und München im Frühjahr 1919 immerhin gestreift hatten, nicht zu begreifen. Die Berichte über das Deportieren, Morden und Austilgen ganzer Bevölkerungsgruppen waren sicherlich übertrieben. Doch enthielten sie einen zutreffenden Kern, der durch das Pathos der nahenden Weltrevolution zusätzlich an Glaubwürdigkeit gewann. In aller Verzer-

rung gaben sie Hitlers Ausrottungskomplexen einen realen Hintergrund ... Es kann nicht unzulässig sein, diese Überlegung vorzutragen und einen Zusammenhang herzustellen zwischen den Greuelmeldungen von Osten und Hitlers Bereitschaft zum Exzeß.«

Mit seinem Artikel hatte Fest die Auseinandersetzung erheblich verschärft und mit der so betonten Ablehnung der Einzigartigkeit dem Historikerstreit einen neuen Schwerpunkt gegeben. An seinem Beitrag entzündeten sich in der Folgezeit viele Stellungnahmen.

2. *Eberhard Jäckel.* Vor allem auf diesen Fest-Artikel antwortete dann der Stuttgarter Zeitgeschichtler Eberhard Jäckel in der »Zeit« vom 12.9.1986. Er war einige Jahre vorher auf zahlreiche Fälschungen zu Hitlers früher Geschichte hereingefallen, so daß er veröffentlichte Aussagen zurückziehen mußte, und hatte auch in der Kujau-Affäre um die gefälschten Tagebücher Hitlers keine gute Figur abgegeben. Er wandte sich nun gegen »Die elende Praxis der Untersteller« — so der Titel seines Artikels — und stellte bereits im Untertitel fest: »Das Einmalige der nationalsozialistischen Verbrechen läßt sich nicht leugnen.« Er meinte mit grandioser Verkennung der gegenwärtigen Lage in Westdeutschland, es sei eine ungerechtfertigte Unterstellung Noltes, daß man immer »nur auf den *einen* Mord, nämlich den nationalsozialistischen«, blicke, und es sei ebenso eine grundlose Befürchtung des Bonner Historikers Klaus Hildebrand, daß dieser in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 31.7.1986 die Gefahr von »Frageverboten« angesprochen hatte.

Gegen Fest behauptete Jäckel entschieden die »Einzigartigkeit« der nationalsozialistischen Morde an den Juden und meinte dann: »Im übrigen ist die Frage nach der

Einzigartigkeit am Ende so entscheidend nicht.« Das Problem sei allenfalls, daß die westdeutsche Gesellschaft so wenig vom Judenmord wisse: »Wenn selbst der Bundespräsident in seiner so ehrenhaften (!) Rede zum 8. Mai 1985 von sechs Millionen in Konzentrationslagern ermordeten Juden sprach, dann können die Historiker erkennen, eine wie geringe Geltung sie ihren Forschungsergebnissen verschafft haben. In Konzentrationslagern wurden nämlich nach unseren inzwischen recht genauen Schätzungen 150 000 Juden ermordet, weitere fünf Millionen in Vernichtungslagern, bei Erschießungen und in Gettos.« Diese Aussage stellt schon eine interessante Revision gegenüber früher Behauptetem dar.

Ausführlich befaßte sich dann Jäckel mit Noltes und Fests Hinweisen auf mögliche Verbindungen zwischen dem frühen Schreckensregiment der Bolschewisten und der Endlösung und schrieb zu den von beiden vorgebrachten Argumenten: »Eine rationale Begründung wird man das nicht nennen können ... Doch sind ihre Argumente nicht nur nicht überzeugend. Sie lassen sich sogar verhältnismäßig sicher widerlegen.« Jäckels Versuche zur Widerlegung können jedoch kaum überzeugen, insbesondere nicht, wenn er dem Leser suggerieren will, daß Hitler selbst dafür verantwortlich gewesen sei, daß »seine Soldaten ohne Winterausrüstung in Rußland einmarschieren« mußten und daß die These vom Präventivkrieg 1941 falsch sei, »die, obwohl hundertmal widerlegt, auch immer wieder aus Hitlers Arsenal hervorgeholt wird«.

3. *Ralph Giordano.* In einem Leitartikel in der »Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung« vom 7.11.1986 nahm Ralph Giordano zum Historikerstreit unter der suggestiven Frage »Ist Auschwitz vergleichbar?« Stellung. Schon im Vorspann wurde erklärt, daß in dieser

Diskussion der Historiker die »Auslösung alles überbot, was sich in der an Entschuldungsversuchen wahrlich nicht armen Geschichte der letzten vierzig Jahre zugetragen« habe. Nicht ganz zutreffend wurde festgestellt: »Fundament war die Frage, ob Auschwitz singulär sei, also von unvergleichbarer Einmaligkeit«, eine Frage, die erst im späteren Verlauf der Auseinandersetzung hochgespielt wurde. Als vereinfachte Antwort sei gegeben worden: »Ohne das Stalin'sche Vorbild, ohne den ›Archipel Gulag‹ wäre Auschwitz nicht errichtet worden«, eine wohl unzulässige Deutung von Noltes Anregungen in Frageform. Dieser »Versuch, ein national-deutsches Verbrechen« auf die Sowjets abzuwälzen, sei besonders »beispiellos, was seine intellektuelle Ebene betrifft«, womit wohl gemeint ist, daß hier erstmalig angesehene westdeutsche Historiker sich so deutlich geäußert haben; denn nun bekämen »Unbelehrbarkeit .... Unfähigkeit zu trauern« wie der Verlust »an humaner Orientierung seine akademische Weihe.« Nolte und Fest wurde »Ungeheuerliches« vorgeworfen, weil sie über einen möglichen Zusammenhang zwischen »dem roten und dem braunen Terror« spekuliert hätten, und das sei »das eigentliche Delikt«.

Die »Gegenwehr« durch Habermas, Jäckel, Broszat und andere wurde als »erfreulicherweise äußerst lebendig« bezeichnet, insbesondere wurde das Eintreten für die Einzigartigkeit hervorgehoben. Es sei »eine deutsche Abstrusität, die verschiedenen Formen von Staatsverbrechen unseres Jahrhunderts als Meßmodelle gegenüberzustellen — und eben nicht das System des nationalsozialistischen Verwaltungsmassenmordes gegen das parlamentarische der klassischen europäischen und Überseer-Demokratien zu halten. Keiner von den Verdrängern und

Verleugnern ist je auf diesen Gedanken gekommen.«

Hier wie in späteren Beiträgen in der »Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung« wurde kein Rütteln an der Einzigartigkeit zugelassen, eine Historisierung der Zeit des Dritten Reiches abgelehnt und die Endlösung als »national-deutsches«, also alle Deutschen betreffendes Ereignis angesehen.

4. *Kurt Pätzold.* In einem sehr polemischen und grob geschichtsfälschenden Artikel stellte der Ostberliner Historiker Kurt Pätzold, der an der Humboldt-Universität lehrt, eine wohl kennzeichnende Meinung aus Mitteldeutschland zu den angeschnittenen Fragen dar und griff dabei vor allem Nolte, Hillgruber, Fest und Hildebrand scharf an (Pätzold 1986). In ihren Äußerungen gewinne »die antikommunistische und speziell antisowjetische verfälschende Sicht auf Faschismus und Krieg neue Qualität, findet sich in ihnen doch der im doppelten Wortsinn unerhörte Versuch, den deutschen Imperialismus von millionenfachen Verbrechen weitgehen oder völlig freizusprechen, die nach Ursprung, Hergang und Tat einzig und allein auf sein geschichtliches Konto kommen. Dies geschieht in der Pose von Leuten, deren Ausgangs- und Endpunkt die Wissenschaft sei und die sich um die konsequente Anwendung ›differenzierender‹, ›relativierender‹ und ›historisierender‹ Methoden sorgten.« (Ebenda, S. 1452f.). Mit viel Moral beschwor Pätzold die »Antihitlerkoalition« und ihre Verteidigung in der Gegenwart: »Heute gilt mehr denn je, daß aggressive soziale Theorien international bekämpft werden müssen« (ebenda, S. 1453). Das Jahr 1945 sei natürlich das der »Befreiung« und nicht »eine nationale oder gar europäische Katastrophe« (ebenda) gewesen. Hillgruber sei wohl in die »Haut« von »militärischen und zivilen Machthabern des

Faschismus« gekrochen. Was der Kölner »Vertreibung« nenne, sei die nach deutschen »Generalplänen« erfolgte »Entfernung von Millionen deutscher Menschen aus den Gebieten« (ebenda, S. 1456), sie »sollte unmittelbar der eigenen Wehrmacht freien Kampfraum schaffen, den eigenen Offizieren und Soldaten zudem die Gewißheit geben, daß ihre persönlichen Angehörigen in Sicherheit seien und also fanatischer Dumpfheit und Stumpfheit des Weitermachens ungehindertes Betätigungsfeld öffnen.« (Ebenda, S. 1457). Seitenlang wurde dann in ähnlicher Weise die Geschichte weiter verbogen.

Weitere Äußerungen der Vorgenannten wie anderer Beteiligter werden in späteren Kapiteln behandelt.

III. Die Veranstalter der Römerberggespräche

Von den Veranstaltern der Römerberggespräche erschien Anfang 1987 ein Buch über die Frankfurter Tagung im Juni 1986, das nach dem Vorwort des Herausgebers Hilmar Hoffmann, des langjährigen linken Kulturdezernenten in Frankfurt/M., »nicht deren Dokumentation« ist, sondern »jenen dominierenden Inhalt bevorzugt«, der durch die »nachfolgende ›Historiker-Diskussion‹ ... zu einem Dauerbrenner« wurde (Hoffmann 1987, S. 7f.). Der Buchtitel »Gegen den Versuch, Vergangenheit zu verbiegen«, wobei bezeichnenderweise die »Revisionisten«, die zugunsten der historischen Wahrheit gegen Tabus angehen, als »Verbieger« beurteilt werden, sowie das Titelbild, eine Gedenkstätte von NS-Opfern, geben deutlich den ideologischen Standpunkt an, der im Vorwort noch verdeutlicht wird: »Um so mehr müssen wir uns gegen alle wissenschaftlich noch so schmackhaft servierten Verharmlosungstendenzen wehren ... Deshalb meine ich,

daß es statt Revision unseres Bildes von Geschichte vielmehr darum geht, im dunklen Schatten unserer Vergangenheit zu erkennen, daß in der neuen Situation von heute neue Haltungen, ›neues Denken‹, ja, eine neue Ethik notwendig sind ... Ich habe jedenfalls nicht ... ›das dringende Bedürfnis nach Normalität‹ ... Solche wissenschaftlich argumentierenden Tendenzen, uns aus den Konvulsionen unserer eigenen jüngsten Geschichte fortzustehlen, auch das Gerede von so jedenfalls falsch verstandenem existenziellen Interesse an unserer Geschichte, machen mich inzwischen krank.« (Hoffmann 1987, S. 11f.) Die Geschichtswissenschaft soll und darf also nach Hoffmann nicht vorurteilslos arbeiten, sondern man will mit aller Macht weiterhin im »dunklen Schatten« leben und die Anomalität der Umerziehung beibehalten.

Die völlig einseitige Stellungnahme zur Verteidigung der Umerziehung wird auch dadurch verdeutlicht, daß neben Craigs verhältnismäßig ausgewogener Darstellung des Historikerstreits in der »New York Review« aus dem späteren Verlauf der Auseinandersetzung nur Augsteins überaus polemischer Artikel gegen Hillgruber und Nolte und über »Die neue Auschwitz-Lüge« diesem Band als Fremdbeitrag beigefügt ist, so daß kein Vertreter der anderen Seite der Auseinandersetzung zu Wort kommt. Die aufgenommenen Beiträge vom Herausgeber Hilmar Hoffmann, dem früheren spanischen Kommunisten Jorge Semprún, Eva Demski, Walter Boehlich, Martin Broszat, Wolfgang Mommsen, Hans Mommsen und Jürgen Habermas betonen ziemlich eindeutig vor allem Deutschlands Schuld, wobei auch die angebliche am Ersten Weltkrieg, etwa von Boehlich (Hoffmann 1987, S. 64), hervorgehoben wird.

Der auch die Diskussion der Tagung in dem Sammelband darstellende Dieter Kramer gibt in dem mit »Nachschlag — Eine Geschichtskontroverse als Symptom politischer Kultur« überschriebenen Nachwort noch einmal die Richtung für die Leser an. Er verwendet bezeichnenderweise das von den Wissenschaftlern meist vermiedene kommunistische Schlagwort »Naziverbrechen«. Er bedauert, daß man nur vom »antitotalitären Konsens« spreche, daß »die Komponente ›Antifaschismus‹ dagegen unterschlagen« werde (Hoffmann 1987, S. 168), was übrigens angesichts dessen Anwachsens in den letzten Jahren für die Allgemeinheit gar nicht stimmt, wovon man sich durch einen Blick in die Massenmedien schnell überzeugen kann.

Kramer beklagt ebenso bezeichnend, daß Thomas Manns Worte vom Schrecken vor dem Kommunismus als der »Grundtorheit unserer Epoche« und als etwas »Abergläubisches und Kindisches« heute »nicht mehr diskussionsfähig scheinen« (ebenda), und zitiert ausführlich zur Verharmlosung der marxistischen Heilslehre aus Manns Rede, nicht ohne dabei auch »die Verfallenheit Europas an Amerika« zu bedauern.

Der Historikerdiskussion selbst weist er »eine schwerwiegende negative Folge (zu): sie lenkt ab«. Das Problem der geschichtlichen Wahrheit spricht er gar nicht an, die Aufrechterhaltung mindestens möglicherweise falscher Geschichtsbilder berührt ihn nicht. Geschickt spielt er die Bedeutung des Bemühens um eine wirklichkeitsgerechte Sicht der Historie herunter und versucht selbst, auf andere Gebiete abzulenken: »Die Debatte um Nation und Nationalgefühl zwingt den Bundesdeutschen Nabelschau auf, derweil drinnen und draußen die Weichen für die Zukunft gestellt werden müssen.« (Ebenda, S. 170)

Der Historikerstreit, der für die deutsche und europäische Zukunft zu einer wirklich befreienden und befriedenden Tat werden könnte, wird von Kramer als »auf nationale Geschichte verengte Diskussionen« (ebenda, S. 171) abzuwerten und damit als rückständig darzustellen versucht, über den in »modernen Gesellschaften« (ebenda, S. 170) aufgeschlossene Betrachter erhaben sein sollten: eine kennzeichnend linke Verengung des geistigen Horizonts und völlige Verkennung der Wirklichkeit, auch der politischen Notwendigkeiten.

E. Stimmen aus dem Ausland

Im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag des Kriegsendes, insbesondere im Vorfeld des Besuches von US-Präsident Reagan auf dem Soldatenfriedhof von Bitburg, hatte es 1985 einen weltweiten Pressefeldzug gegen Deutschland und seine Vergangenheit gegeben, der dem normalen vorurteilslosen Betrachter überzogen und unzeitgemäß vorkommen mußte. Wahrscheinlich liegen hier auch, vielleicht unbewußt, Gründe für manche Äußerungen im Historikerstreit.

Bei der großen Empfindlichkeit gewisser einflußreicher Auslandskreise für diese Themen und der politischen Bedeutung der angeschnittenen Fragen nimmt es nicht wunder, daß die westdeutsche Auseinandersetzung auch im Ausland aufmerksam verfolgt und kommentiert wurde und wird. Der Leiter der Hamburger Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus, der Zeitgeschichtler Werner Joachim, wies darauf hin, daß sich inzwischen Universitäten in den USA, in Großbritannien, in Australien und vor allem in Israel mit dem Historikerstreit befassen und zum Teil einen Zusammenhang mit den neuerdings verstärkten Bemühungen von Landsmannschaften, Vertriebenenorganisationen und konservativen Kreisen herausstellen (Heilbronner Stimme 13.2.1987).

Andererseits wurde von Washingtoner Regierungsstellen den Westdeutschen ein stärkeres Geschichtsbewußt-

sein und ausgeprägterer Selbststolz nahegelegt. So erklärte der US-Botschafter in Bonn, Richard Burt, am 23.5.1986 auf einem Vortrag in Nürnberg, daß die Deutschen sich endlich von »der Tragödie der Zeit von 1933—1945« freimachen und sich auf die positiven Elemente der deutschen Geschichte besinnen sollten. Sie müßten ein größeres Selbstbewußtsein und höheren Nationalstolz im Hinblick auf ihre Leistungen seit 1945 entfalten, die ihre Wurzeln in der nationalen Geschichte hätten. Nach 40 Jahren hat sich so die Auswirkung der vollkommenen Umerziehung selbst gegen die US-amerikanischen Interessen gewandt, daß sogar von Washington eine Ent-Umerziehung gefordert wird, die nun aber die gründlich umerzogenen Deutschen nicht zulassen wollen. (H. Mommsen 1986a)

Aus der Fülle der Meinungsäußerungen und Darstellungen seien nur einige wenige herausgegriffen, die naturgemäß nur schlaglichtartig die Verhältnisse andeuten können.

I. Franz M. Oppenheimer

Bereits vor dem eigentlichen Beginn des Historikerstreits erschien in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« am 14.5.1986 die Übersetzung eines längeren Artikels des in Mainz geborenen Washingtoner Rechtsanwaltes Franz M. Oppenheimer, der seinen Originalbeitrag im Novemberheft 1985 der US-Monatszeitschrift »The American Spectator« unter der Rubrik »Buchveröffentlichungen« über acht in den letzten Jahren erschienene Werke zur Zeitgeschichte herausgebracht hatte. Da darin wesentliche Fragen der später unter den Historikern einsetzenden Debatte bereits deutlich angesprochen sind, sei dieser

Beitrag hier einbezogen. Der in der englischen Fassung nicht vorhandene deutsche Untertitel »Die Verführungen einer kollektiven Schuldbesessenheit« bringt bereits eines der Reizworte für Habermas. Es fällt auf, daß bei der Übersetzung ins Deutsche manche Ausdrücke verschärft wurden; so wurde aus »Hitler und seine Verbrechen« im deutschen Text »Hitler und seine Verbrecher« oder aus »Völkermord« (genocid) ein »Rassenmord«.

Dem Verfasser ging es vor allem darum, eine Reihe überholter Vorstellungen zur Zeitgeschichte, die gleichwohl in den USA wie in Deutschland in der Öffentlichkeit und bei vielen Politiker noch vorherrschen, durch die inzwischen sich herausbildende geschichtliche Wahrheit zu ersetzen, damit nicht wieder falsche Lehren aus der Geschichte gezogen werden. Oppenheimer warnte vor diesen »trügerischen Wegweisern«, wie er seinen Originalartikel überschrieb (»Treacherous Signposts«) und den »Gefahren, Deutschlands Vergangenheit falsch aufzunehmen«, wie es im englischen Untertitel heißt.

Nachdem er einleitend dargelegt hatte, daß Hitlers Machtübernahme nicht lange vorgezeichnet, sondern eher ein historischer ›Zufallstreffer‹ aufgrund der damaligen politischen Notumstände war, wies er vor allem unter Hinweis auf Sarah Gordons Buch »Hitler, Germans and the ›Jewish Question‹ « (Gordon 1984) darauf hin, daß weder die Deutschen allgemein noch die Nationalsozialisten außergewöhnliche Antisemiten waren: »Sie belegt, daß selbst unter dem ergebenen Kern der Parteimitglieder vor Hitlers Machtergreifung die wütenden Antisemiten nur eine kleine Minderheit von nicht mehr als 12,5 Prozent waren, und selbst diese Minderheit eingetragener Parteimitglieder ›schien nicht die Vertreibung der Juden aus Deutschland ins Auge gefaßt zu haben und

noch weniger Völkermord oder Ausrottung‹ .«

Zum besseren Vergleich und zur Bestätigung seiner Anschauung führte Oppenheimer dann Untersuchungen auf, nach denen um die Zeit der dreißiger Jahre 15 bis 24 Prozent der US-Bürger »die Juden als eine Bedrohung für Amerika« angesehen hätten und 15 Prozent einen Hetzfeldzug gegen sie unterstützt haben würden. Hitler habe dagegen von 1928 bis 1933 sogar den Antisemitismus heruntergespielt und erklärt, er habe nichts gegen »anständige Juden«. Der Boykott gegen die Juden im April 1933 sei in Deutschland bei der Bevölkerung nicht angekommen, und die »Kristallnacht« 1938 sei auf noch größeren Unmut der Deutschen gestoßen. Die Geheimhaltung der späteren Verbrechen an Juden spreche auch für die deutsche Bevölkerung. Dagegen sei in dem viel stärker vom Antisemitismus ergriffenen Frankreich zur Zeit der Dreyfus-Affäre tagelanges Wüten des Pöbels gegen die Juden mit Plünderung und Zerstörung von Synagogen nicht nur vereinzelt vorgekommen. »Auch hatte die Art von bösartigem Antisemitismus, den viele der geistigen Elite Frankreichs ... in den dreißiger Jahren und während der Besatzung so eifrig aufgriffen, keine Parallele unter den deutschen Schriftstellern vergleichbarer literarischer Qualität, nicht einmal während des Hitlerregimes.«

Da dieses geschichtliche Wissen heute weithin verlorengegangen oder verdrängt ist, ergab sich für Oppenheimer: »Es ist kein müßiges Unterfangen, diese geschichtlichen Tatsachen wieder einmal aufzuzählen.« Denn »die Legenden, daß Hitler und seine Verbrechen das Ergebnis des ›deutschen Charakters‹ seien, zwangsläufige Folge von Hegel, Bismarck, dem Kaiser, Richard Wagner, Nietzsche, wenn nicht gar von Kaiser Barbarossa, daß

Deutschland die Brutstätte eines rassenmordenden Antisemitismus und daß der gewöhnliche Deutsche eine schwere Verantwortung für Hitlers Verbrechen trage, verfolgen unsere Außenpolitik heute wie ein Fluch. Diese Mythen werden beständig wie eine Wahrheit des Evangeliums wiederholt ... Diese Mythen spielen auch eine bösartige Rolle in Deutschland selbst.« Und der Verfasser wies dann auf »die Verbindung zwischen der irrigen Annahme der deutschen Kollektivschuld und dem Vorherrschen eines irrationalen Antiamerikanismus, Pazifismus und anderer Eigenheiten unter der deutschen Jugend« von heute hin. Die »falsche Lesart der deutschen Geschichte mit der Zuweisung eines gewissen Maßes an Kollektivschuld an die Deutschen« verstärke »diese Suche nach nationaler Identität und gibt ihr zugleich eine falsche Richtung«, etwa bei den Grünen, die »sich weiden am Schrecken der zwölf Hitlerjahre«. Die Marxisten »beuten ebenfalls das Gefühl der Kollektivschuld für ihre Zwecke aus«, dabei unterstützt von westdeutschen protestantischen Geistlichen, die ihre Augen vor den »offenkundigen Verbrechen der Sowjetregierung« schließen.

Schließlich brachte Oppenheimer die Grundlagen der Umerziehung erheblich ins Wanken, wenn er meinte, »daß die Bereitwilligkeit so vieler ›guter‹ und antinazistischer Deutscher, an Hitlers Wirtschaft und seinem Krieg — sogar bis zum Vollbringen heroischer Taten — teilzunehmen, kein anderes Phänomen ist als das der Bereitwilligkeit so vieler wohlmeinender Amerikaner, an Pugwash und zahllosen anderen Konferenzen, Treffen und Seminaren mit angeblichen ›Kollegen‹ von der sowjetischen Seite teilzunehmen«. Und man kann dem Verfasser wohl nur zustimmen, wenn er abschließend meinte: »Nur der Teufel kann sich bei dem Bitburg-Zir-

kus der amerikanischen Medien unlängst amüsiert haben.«

Wie zu erwarten war, gab es zahlreiche Stellungnahmen unterschiedlichen Inhalts zu diesem Artikel.

II. Alfred-Maurice de Zayas

Der erst nach dem Zweiten Weltkrieg geborene amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred-Maurice de Zayas, eine Zeitlang wissenschaftlicher Assistent an der Universität Göttingen und durch seine Bücher über die Vertreibung der Ostdeutschen wie über die Wehrmachts-Untersuchungsstelle hervorgetreten, nahm ein halbes Jahr nach Ausbruch des Historikerstreits in der »Welt« am 13.12.1986 Stellung zu der hochgehenden Debatte. Er hoffte damals, wie er einleitend bemerkte, »daß die Diskussion erst jetzt beginnen möge. In einer freien Gesellschaft wie der der Bundesrepublik Deutschland sollte die Debatte nicht nur zwischen Fachhistorikern, sondern auch zwischen den Bürgern geführt werden. Denn es geht ja nicht nur um historische Vorgänge, sondern letzten Endes auch um die deutsche Identität.« Als Ausländer konnte er es sich erlauben, ohne gleich in die falsche Ecke abgedrängt zu werden, auf das Wesentliche des Streits hinzuweisen und eine der Kernfragen beim Namen zu nennen.

Nach ausführlicher Kritik an der »Diffamierungskampagne« gegen Nolte und »eine Reihe anderer bedeutender Historiker« beschrieb de Zayas, wie auch er in Westdeutschland »die Tabuisierung bestimmter Fragestellungen selbst handfest zu spüren bekam, als ich über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten forschen wollte, eine Thematik, die nicht ›gesellschaftsfähig‹ war«.

Das Ausland sei in dieser Hinsicht viel objektiver als die Zeitgeschichtsforschung in Westdeutschland. Auch der häufig von der Habermas-Seite bei der Diskussion vorgebrachte Hinweis, »daß das Ausland sie mit ›Sorge‹ verfolge«, wurde von dem amerikanischen Wissenschaftler kritisiert und als nur teilweise zutreffend beurteilt. Tatsache sei jedoch dagegen, daß Habermas' Artikel großen Schaden verursacht habe, »weil seine Apologie-Vorwürfe gerne von deutschfeindlichen Kreisen zitiert wurden, um den Eindruck entstehen zu lassen, daß neuerdings in Deutschland die NS-Verbrechen bagatellisiert würden. Hier wurde keine Aufklärung, sondern Gegenaufklärung betrieben.«

Der Historiker sprach sich dann gegen die Kollektivschuldthese für Deutschland aus. Es sei zu fragen, ob sie nicht nun in der » ›Einzigartigkeitsthese‹ eine Nachfolgerin gefunden hat«. »Denn ein ganzes Volk für die Untaten des Staates letztlich haftbar zu machen — sei es durch Kollektivschuld-Vorwurf oder Einzigartigkeitsthese —, verletzt die einfachsten moralischen Grundsätze.« Er stellte dazu fest: »Schuld ist individuell, Moral allgemein!« Es gebe insbesondere kein »Leidensmonopol im Zweiten Weltkrieg«, da feststehe, daß auch »über zwei Millionen unschuldige deutsche Menschen bei der Vertreibung aus dem Osten umgekommen sind, daß über 600 000 Zivilpersonen bei den Terrorangriffen auf Hamburg, Dresden, Kassel usw. starben. Es ist legitim und notwendig, auch darüber forschen und publizieren zu können, ohne deswegen von ›Volkspädagogen‹ diffamiert zu werden.«

Ausdrücklich sprach sich de Zayas dann gegen die Einzigartigkeitsthese aus, da sie unbegründet sei, und warnte vor ihr: »Jedoch muß man davor warnen, von

Auschwitz gelähmt oder ›hypnotisiert‹ zu werden. Denn die Menschenrechte und die Menschenwürde sind im 20. Jahrhundert nicht nur von den Nationalsozialisten mit Füßen getreten worden. Eine zu exklusive Konzentration auf die NS-Verbrechen lenkt von anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ab — heute und in der Vergangenheit.«

Zur Ablehnung der bisher vielfach in der Öffentlichkeit und zu politischen Zwecken beschworenen These von der »Singularität« führte de Zayas eine weitere interessante Begründung an. Die These sei schon deswegen nicht zu billigen, weil »die These von der Einzigartigkeit das Prinzip von der Unteilbarkeit des Leidens schlicht negiert: weil sie nämlich das Leiden der Opfer von Staatsterrorismus einzig aufgrund der Motivation der Täter in verschiedene Kategorien einteilt. Letzteres ist aber aus der Sicht der Opfer — auch der gegenwärtigen und zukünftigen — unhaltbar.« Deswegen sei es »das große Verdienst« der Historiker wie Nolte und Hillgruber, wenn sie »die These von der Einzigartigkeit kritisch durchleuchten«.

Dem abschließenden Wunsch dieses amerikanischen Historikers zum Streit der westdeutschen Zeitgeschichte, »vielleicht sollte noch mehr in Bewegung kommen«, kann man nur uneingeschränkt zustimmen.

III. Gordon A. Craig

Das Ausland nahm den Streit der westdeutschen Historiker im allgemeinen — mit Ausnahme aus bestimmten Gründen sehr interessierter Kreise — gelassen hin. Als Beispiel kann auch der amerikanische Historiker Gordon A. Craig gelten, der, seit 1962 Honorarprofessor an der

Freien Universität Berlin, durch seine »Deutsche Geschichte 1866—1945« und seine »Geschichte Europas« hervorgetreten ist, in denen er die westalliierte Geschichtssicht vertritt, für die er von den einflußreichen westdeutschen Kreisen und Medien sehr gelobt und preisgekrönt wurde. Er gab 1987 für einen breiteren amerikanischen Leserkreis einen Überblick (Craig 1987) über die im westdeutschen »akademischen Taubenschlag große Aufgeregtheit«.

Einleitend spielte er die Bedeutung der gegenwärtigen Auseinandersetzung herunter, indem er an mehrere derartige kennzeichnend deutsche Professorendebatten der letzten 150 Jahre erinnerte. Er verteidigte Hillgruber, der »auch bei Aufbietung aller Phantasie nicht als Apologet des Nationalsozialismus betrachtet werden kann«, gegen die von ihm als »falsch und ungerecht« angesehenen persönlichen Angriffe seitens Habermas', auch ausdrücklich gegen Habermas' Vorwürfe, Hillgruber habe »zuviel Sympathie für die Hoheitsträger der Nazis, die sich am Widerstand gegen die sowjetischen Streitkräfte beteiligt hatten«, gezeigt. Der US-Historiker hatte eines offenbar erkannt und wollte es seinen Landsleuten nahebringen: »Da wir es heute noch immer mit den Folgen der Entscheidungen aus der Kriegszeit bezüglich der territorialen Neuverteilung zu tun haben, gibt es für uns gute Gründe, darüber nachzudenken, wie es zu dieser Entscheidung kam — und Hillgruber weiß darüber viel.« Die auch in den USA anwachsende Kritik an der Kriegspolitik F.D. Roosevelts und die zunehmende Erkenntnis seiner treibenden Rolle bei der Ausweitung des begrenzten deutsch-polnischen Konflikts zum unnötigen Zweiten Weltkrieg haben hier wohl inzwischen ein größeres Verständnis für die damalige deutsche Lage entstehen lassen.

Nicht so gut kam Nolte in dieser Darstellung weg, denn »der Fall von Ernst Nolte liegt anders«. Craig erinnerte seine Landsleute zunächst an mehrere frühere »überraschende Vergleiche oder gewagte Hypothesen« Noltes. So habe dieser in seinem Buch »Deutschland und der Kalte Krieg« geschrieben, daß »die Vereinigten Staaten der Sache nach in Vietnam nichts Geringeres ins Werk setzten als ihre im Grunde noch grausamere Version von Auschwitz« und daß Nolte unterstellt habe, »Roosevelt hätte eine antikommunistische und antisemitische Bewegung in den USA zumindest mit Sympathie gesehen, wenn die Kommunistische Partei in der amerikanischen Politik eine ähnliche Rolle gespielt hätte wie die KPD in Deutschland«.

In seinem englischen Aufsatz »Zwischen Mythos und Revisionismus. Das Dritte Reich aus der Perspektive der achtziger Jahre« (Nolte 1985) habe Nolte die Erklärung Chaim Weizmanns vom September 1939 (wie schon früher erwähnt, genauer: Brief Weizmanns vom 29.8.1945 an den britischen Premier Chamberlain, R.K.), die Juden in der ganzen Welt würden auf der Seite Englands gegen Deutschland kämpfen, erwähnt und dazu gemeint, daß dies »die Folgethese rechtfertigen könne, Hitler sei berechtigt, die deutschen Juden als Kriegsgefangene zu behandeln, und er dürfe sie damit internieren.« Dem würde sich nun die »merkwürdige These« Noltes in der FAZ vom 6.6.1986 anschließen: »Erstens seien alle von den Nazis begangenen Grausamkeiten ›mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung‹ bereits vorweggenommen gewesen in dem Massaker der Türken an den Armeniern, im ›weißen Terror‹ in Rußland und in den Schrecken des GULag; und zweitens seien es Hitlers Furcht vor der Sowjetunion und seine Kenntnis von

der Grausamkeit ihrer Methoden gewesen, die seine eigenen Brutalitäten ausgelöst hätten.« »Daß sie jeglicher rationaler Begründung entbehre«, habe jedoch inzwischen bereits der Stuttgarter Historiker Eberhard Jäckel dargelegt, womit Craig sich selbst geschickt einer Beurteilung enthob und dem Leser suggerierte, daß schon alles wieder in Ordnung sei.

Einen Bereich der Auseinandersetzungen gab Craig dann richtig wieder, wenn er ausführte, daß sich Habermas »weniger mit der Logik von Noltes These« befaßte, als sich gegen den angeblichen Dienst wandte, »den diese seiner Meinung nach jenen Konservativen leiste, welche die Geschichte dazu benützen wollen, ein neues Nationalbewußtsein zu schaffen«. Deswegen sei auch Michael Stürmer als der Hauptvertreter der Forderung nach mehr Geschichtsbewußtsein, Patriotismus, nationalem Selbstbewußtsein und Konservatismus in die Schußlinie von Habermas geraten.

Ausführlich zitierte Craig aus Martin Broszats Aufsatz »Plädoyer für die Historisierung des Nationalsozialismus« (Broszat 1985). Erst bei genauerer Betrachtung der Zeit des Dritten Reiches »würden wir uns ihrer Widersprüche und Inkonsequenzen bewußt, sogar ihrer Vielfalt, sowie der Tatsache, daß sie weder einen monolithischen Charakter noch monolithische Machtstrukturen besessen hätte«. Als »springenden Punkt« habe Broszat angegeben: »Nicht alles, was sich in der NS-Zeit ereignete und historisch bedeutsam war, diente nur den diktatorischen und inhumanen Herrschaftszielen des Regimes ... Die Schändlichkeit, die im großen die Bilanz dieser Epoche ausmachte, kann nicht bedeuten, daß den vielen sozialen, wirtschaftlichen, zivilisatorischen Wirkungskräften, den zahlreichen Modernisierungsbestrebungen ihre

geschichtliche Bedeutung allein durch die Verknüpfung mit dem Nationalsozialismus genommen wird.« Anscheinend stellte sich Craig auch hinter diese Forderung nach besserer Differenzierung und gerechterer Beurteilung der damaligen Zeit.

Um so mehr verwundert es, wenn im Craigschen Aufsatz von einer »Blockade« berichtet wird, »die der Nationalsozialismus dem deutschen Geschichtsbewußtsein auferlegt hat«. Denn man wird wohl kaum begründet behaupten können, daß in der Zeit des Dritten Reiches oder durch den Nationalsozialismus der Zugang zur Geschichte und zu ihrem Verständnis blockiert worden sei, da nach 1933 die Geschichte einen hohen Stellenwert in Deutschland besaß und bis zur Vorgeschichte sehr stark betrieben, in der Erziehung betont und weit ins Volk getragen wurde. Nach 1945 setzte mit der Umerziehung die Behinderung, Verzerrung, Verdrängung bis hin zur Verteufelung der Geschichte ein. Hellmut Diwald sah wohl richtiger als Craig, als er schrieb: »Im Bereich der Geschichtsschreibung wurde die Umerziehung durch einen völligen Kehraus praktiziert ... Deshalb wurde das Jahr 1945 nicht nur für Deutschland, sondern auch für die deutsche Geschichtsforschung zum tiefsten Grabenbruch der neueren Zeit. Über unsere Geschichte wurde befunden, als wären Historiker die Vorsitzenden eines Schöffengerichts.« (Diwald 1982) Wenn nun für Craig auch »ein stärker differenzierender Blick auf die Epoche, der in keiner Weise eine relativierende Behandlung der Verbrechen der Führer und der Verantwortung der Geführten beinhaltet,« sinnvoll erscheint, sollten nicht neue Mythen aufgebaut werden, indem man die Verantwortung für die »Blockade« des Geschichtsbewußtseins in Westdeutschland ganz falschen Stellen zuschreibt.

Für die »Neue Zürcher Zeitung« nahm deren Chef der Feuilletonredaktion, Hanno Helbling, am 26.9.1986 in dieser Zeitung zum Historikerstreit Stellung. Für ihn klangen einige im Grunde selbstverständliche Sätze von Hillgruber, Nolte, Stürmer oder Hildebrand bereits »gewiß abenteuerlich«, etwa: »Die Geschichte des Dritten Reiches sei weitgehend von den Siegern geschrieben worden und zu einem ›negativen Mythos‹ gemacht worden.« Er meinte: »Revisionisten, die das Unwesen des Nationalsozialismus beschönigen, seine Untaten leugnen, haben in letzter Zeit viel Lärm auf der Gasse gemacht. Was sie behaupten, ist wissenschaftlich gegenstandslos und kann auf die Dauer das Geschichtsbild nicht prägen.« Nun werde aber neuerdings die »Verarbeitung« der Geschichte des Dritten Reiches nicht nur »von den Narren behindert ... sondern von Leuten, die ihrer Sinne mächtig und im Rahmen des Akademischen bei Verstand sind. Sie machen sich anheischig, den ›negativen Mythos‹ des Dritten Reiches zu überwinden«, und zwar »durch Restauration der nationalen Vergangenheit«. Für den Schweizer ist offenbar gefährlich, »was Günter Rohrmoser und andere da erstreben ... eine deutsche Geschichte, die nicht als Vorgeschichte des Nationalsozialismus zu lesen wäre«. Er argwöhnte, die konservativen westdeutschen Historiker wollten »einen Gegenmythos aufbauen, den ›positiven Mythos‹ einer ehrenreichen Nationalgeschichte, die dann der unehrenhaften Geschichte des Dritten Reiches zumindest die Waage hielte«, und zeigte damit, daß er auf die geschickt von Habermas vorgebrachte Verschwörungstheorie hereingefallen war.

In dem wöchentlich in New York erscheinenden internationalen Nachrichtenmagazin »Newsweek« stellte dessen Europa-Herausgeber Scott Sullivan am 20.4.1987 auf neun Seiten den Historikerstreit im Zusammenhang mit Italiens Neofaschisten, Frankreichs Neuer Rechten und dem Barbie-Prozeß sowie der Waldheim-Affäre dar, und ein Bericht über Japans Grausamkeiten in China vor 1945 wurde sicher nicht zufällig eingefügt. Es sei kein Zufall, daß gerade jetzt diese Debatte der Zeitgeschichtler einen Höhepunkt erreicht habe, da allmählich die unmittelbaren Zeitzeugen ausstürben und »die Gefahr jetzt sogar größer ist, daß die schwerverdienten moralischen Lektionen aus dem Zweiten Weltkrieg mit den Überlebenden aussterben, daß nur Legende oder Karikatur übrigbleiben können«. In Deutschland würden nun »insbesondere auf der Rechten Historiker und Politiker beklagen, daß die Niederlage ihres Landes im Zweiten Weltkrieg, verbunden mit dem nachdrücklichen Entnazifizierungsprogramm der Alliierten, ›unser Land der Vergangenheit beraubt‹ « habe und daß die Zeit gekommen sei, »aus Hitlers Schatten herauszutreten«, so daß ihr »Land wieder eine volle und ehrenwerte Rolle in Europa spielen könne«.

Gegen diesen neuen deutschen Revisionismus würde Opposition von der SPD nahestehenden Intellektuellen gemacht, die einen neuen Ultranationalismus oder gar Rassismus fürchteten, »wenn man zulasse, daß die Nazi-Vergangenheit in die Gezeiten der Geschichte gefegt werde«.

Sullivan gab dann die verschiedenen Äußerungen Noltes, Hillgrubers und Stürmers wie Habermas' verhältnismäßig sachlich wieder, wobei auch der israelische Historiker Saul Friedländer erwähnt wurde mit seiner An-

sicht, daß »zwar die Historiker ein Recht, sogar eine Pflicht haben, ein historisches Ereignis mit einem anderen zu vergleichen — und der Holocaust bildet keine Ausnahme —«, daß sie sich aber immer der »zentralen politischen Realität der Nazi-Periode« bewußt bleiben müssen, »daß sie nicht das Studium ›peripherer‹ Einzelheiten — etwa Hitlers soziales Vorsorgesystem, das jetzt als Vorbild seiner Art angesehen wird — zulassen dürfen, um sie von der wesentlichen Lektion abzulenken, die die Periode für die Menschheit bietet.«

Am 23.1.1987 nahm in der Sendung »Schalom« des Senders Freies Berlin der New Yorker Historiker Thomas Angres zum Historikerstreit Stellung. Er nannte es »befremdend und bedrückend«, daß deutsche Kollegen wie Nolte, Hillgruber oder Stürmer nach dem Motto »Dschingis Khan war auch kein netter Mensch« versuchten, die von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen unter Hinweis auf andere Verbrechen, etwa der Sowjets unter Stalin, zu relativieren. In Deutschland habe es schon lange vor Hitler einen starken Antisemitismus gegeben, wofür Treitschkes Ausspruch: »Die Juden sind unser Unglück« (Preußische Jahrbücher November 1879) oder die Judenzählung von 1916 Beispiele seien: »Nur die Mechanik der Judenvernichtung, also die Gaskammern, war das unbestrittene Erzeugnis des Dritten Reiches«. Daher dürfe man die NS-Zeit nicht als einen Betriebsunfall der deutschen Geschichte ansehen. Die nun wieder erhobene deutsche Forderung, »endlich aus dem Schatten des Dritten Reiches herauszutreten«, sei zwar verständlich, aber unerfüllbar. Die Deutschen müßten ihre Vergangenheit annehmen und möglichst daraus lernen.

Die sowjetische »Literaturnaja Gaseta« veröffentlichte

einen Bericht ihres Bonner Korrespondenten, des Moskauer Professors für deutsche Philologie Anatoli Frenkin, über die Diskussion der westdeutschen Zeitgeschichtler, und Radio Moskau brachte daraus am 24.4. 1987 Auszüge. Es wäre zwar »noch verständlich, wenn man die Geschichte besser und tiefer begreifen wollte. Aber da will man sich gegen die Vergangenheit abriegeln.« In verzerrender Vereinfachung wurde dann über Noltes und Hillgrubers Äußerungen informiert. So wurde Nolte die Behauptung vorgeworfen, »daß die Verbrechen Nazideutschlands, historisch gesehen, wenn man mit der Antike beginne, nichts Außergewöhnliches gewesen wären. Was die planmäßige Entvölkerung angehe, so wäre dies nur eine etwas zu starke Reaktion Hitlers auf die bolschewistische Gefahr gewesen. Ein anderer Historiker, Professor Hillgruber, versucht es, gleichzuschalten. Zivilisten — so behauptet er — hätten auf beiden Seiten gelitten, daher treffe Nazideutschland keine besondere Schuld.«

Dagegen habe »der berühmte Philosoph Habermas« die beiden Historiker für ihre Aussagen verurteilt und sich »gegen die zunehmenden Versuche« ausgesprochen, »das faschistische Deutschland reinzuwaschen und das geschichtliche Bewußtsein der Bevölkerung der BRD auf den Kampf gegen den Weltbolschewismus umzulenken.«

Ausführlicher behandelte Frenkin anschließend die angeblichen politischen Motive aus der aktuellen Politik, die hinter den Ansichten der konservativen Zeitgeschichtler stünden, wobei auch Franz Joseph Strauß für seine Aussage scharf kritisiert wurde, »daß alles, was in Nazideutschland geschehen ist, die Bundesrepublik auf keinen Fall angehe«. Richtig sei dagegen, daß die Vergangenheit auch bei den gegenwärtigen Entscheidungen

eine bestimmte Verantwortung bedeute, und »die Verbrechen des deutschen Faschismus dürfen niemals vergessen werden«. Die politischen Motive bei diesen Ausführungen waren nicht zu übersehen und zeigten, welch hohen Stellenwert die Geschichte in der sowjetischen Politik einnimmt.

Daß diese Debatte und in ihr auch die verstärkte Diskussion über den Anlaß des Ostfeldzuges 1941 für die Sowjetunion weniger eine akademische Frage ist, als eine wichtige aktuelle politische Bedeutung hat, betonte auch der Direktor der sowjetischen Presseagentur Nowosti, der frühere sowjetische Botschafter in Bonn, Valentin Falin, als er in einem Interview mit der »Welt« am 10.2.1987 erklärte: »Und das ist nicht nur eine Historiker-Debatte, sondern eine Auseinandersetzung mit krasser politischer Dimension.« Hier zeigte sich der ausgeprägte Wirklichkeitssinn der Sowjets für politische Fragen ebenso wie in dem im Zusammenhang mit den Ostverträgen in der FAZ vom 29.7.1975 angeführten Ausspruch des sowjetischen Außenministers Gromyko gegenüber dem deutschen Botschafter in Moskau, Helmut Allardt: »Die Grenzen, Herr Botschafter, sind für uns das einzige Problem.«

Eine scharfe Polemik gegen den im Historikerstreit auftretenden »Katheder-Revanchismus« — so der Titel — brachte aus sowjetischer Sicht auch der Moskauer Publizist Lew Besymenski, der sich vor allem mit dem Problem »dieser gefährlichen Kampagne« befaßte, das für ihn »zu den entscheidenden und fundamentalen gehört«, nämlich mit dem »Charakter des Überfalls des Hitlerreiches auf die Sowjetunion« (Besymenski 1987, S. 276). Für ihn hat sich insbesondere der »Internationale Militärgerichtshof« — der allerdings weder international,

da nur von den Siegern besetzt, noch ein ordentlicher Gerichtshof wegen seiner grundlegenden Rechtsverstöße war — »mit der Frage der Aggression gegen die UdSSR eingehend befaßt und unmißverständlich das Urteil gesprochen: ›Das war eine ausgesprochene Aggression.‹ Punkt!« (Ebenda) Mit dem »Ammenmärchen vom ›Präventivkrieg‹« zielten die Revanchisten in Westdeutschland nun »in das Herzstück der Nachkriegs-Weltordnung, bei deren Gestaltung die Sowjetunion als Träger der moralischen Wahrheit unserer Epoche fungierte und fungiert« (ebenda, S. 277). Besymenskis Ausführungen gegen die »von den Nazis fabrizierte Legende« (Ebenda, S. 278) sind trotz hoher Dosen von Moral nicht überzeugend, auch nicht sein »Standpunkt: Im Jahre 1987 ist es einfach würdelos, darüber zu diskutieren, ob 1941 ein Überfall verübt wurde. Die Frage ist längst entschieden«. (Ebenda, S. 281)

Wenn, wie hier, sowjetische Politiker die Geschichte für ihre Augenblicksinteressen benutzen wollen und die mit ihr im Zusammenhang stehenden Fragen allein danach beurteilen, bleibt leider die geschichtliche Wahrheit meist auf der Strecke. Um so mehr sollte es die Pflicht deutscher Historiker und anderer Hochschullehrer sein, das Deutschland von den Siegermächten aus durchsichtigen Gründen verordnete und immer noch empfohlene Geschichtsbild auf seine allein politischen Zweckmäßigkeiten entspringenden Behauptungen abzuklopfen und den geschichtlichen Tatsachen entsprechend richtigzustellen.

F. Stellungnahmen westdeutscher Politiker

Wegen der aktuellen Bezogenheit, die die Diskussion um die Zeitgeschichte und die in ihr anzuwendenden Methoden noch immer für die Bundesrepublik Deutschland hat, äußerten sich auch führende Politiker Westdeutschlands zu den aufgeworfenen Fragen. Eine kleine Auswahl sei angeführt.

I. Bundespräsident

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hatte sich zum 8. Mai 1985 massiv und mit großem Widerhall im Ausland zur Vergangenheitsbewältigung geäußert und die durch den Holocaust-Film einige Zeit vorher eingeleitete neue Betonung der deutschen Schuld noch verstärkt. Andererseits hatte er das bittere deutsche Schicksal nach 1945 herabgespielt, in dem er zum Beispiel von der Vertreibung als von einer »Wanderung« gesprochen und — was früher nur in der Ostzone üblich gewesen war — die »Befreiung« am 8. Mai 1945 betont hatte. Auch danach nahm er mehrfach in ähnlicher Weise zu diesen Fragen Stellung, so daß ihm der Beifall aus dem Ausland sicher war. Trotz dieser so reumütigen Haltung blieb es ihm doch nicht erspart, bei seinem Besuch der angesehenen US-Universität Harvard in Cambridge bei Boston am 11.6.1987 von dortigen Zeitungen als Sohn »eines verur-

teilten Kriegsverbrechers« angegriffen zu werden, der in Nürnberg die »Sünden seines Nazi-Vaters wegzuerklären« versucht habe (FAZ, Welt 10./11.6.1987).

Während der Diskussion der Historker wandte er sich erneut dagegen, daß 40 Jahre nach Kriegsende endlich ein Schlußstrich gezogen werde. In einem Interview erklärte er: »So unsinnig die Forderung nach dem Büßerhemd ist, so unverantwortlich ist nach meiner Überzeugung der Ruf nach einem Schlußstrich unter die Vergangenheit. Vor allem der Jugend würden wir damit einen denkbar schlechten Dienst erweisen.« (Stuttgarter Nachrichten 12.1.1987) Damit setzte er sich über bewährte Traditionen europäischen Völkerrechts früherer Zeiten hinweg, die vorsahen, daß die Grundlage für einen neuen Beginn des Miteinanders durch einen Schlußstrich am Ende des jeweiligen Krieges gelegt wurde. Um wieviel mehr wäre dazu nicht 40 Jahre nach Kriegsende Zeit?

Ein halbes Jahr später unterstrich Bundespräsident von Weizsäcker zum wiederholten Male seinen Standpunkt und betonte die Bedeutung dieser Art von Vergangenheitsbewältigung. Es sei notwendig, sich »sowohl immer wieder daran zu erinnern, was die Geschichte Belastendes mit sich gebracht habe, als auch daran, welche moralischen Kräfte unser Volk im Widerstand entwickelt hat ... Wenn die eigene Geschichte ein Schatten ist, dann wird man mit ihr um so besser fertig, je weniger man vergißt oder verdrängt.« (Welt, FAZ 30.6.1987)

Auf diese Weise wird das deutsche Volk, statt zur Heilung geführt zu werden, immer noch weiter in dem Zustand der Neurose gehalten und von seinen eigentlichen Aufgaben in Gegenwart und Zukunft abgehalten. Als unbefangener Ausländer schrieb dazu der Zürcher Roberto Stegli in einem Leserbrief: »Ich kann mich über die

Schafsgeduld unseres Nachbarvolkes nur wundern, kann nicht verstehen, daß man im Laufe von nur 40 Jahren Menschen total denkunfähig machen kann. Die deutschen Regierungen, egal ob rot oder schwarz, mischen sich allüberall in der Welt ein, sei es in Chile, in Afrika und so weiter, fordern Selbstbestimmung und Menschenrechte für alle anderen Völker, nur nicht für ihr eigenes. Obwohl durch ihr Grundgesetz verpflichtet, machen sie nicht einmal den leisesten Versuch, die Wiedervereinigung zu erreichen. Sie sind die Hauptfinanziers aller europäischen Einrichtungen, stellen ihre Söhne der Nato als Landsknechte zur Verfügung, aber sie fordern dafür keine Gegenleistung. Welch ein heroisches Volk. Merkwürdig!« (FAZ 24.6.1987)

II. Regierungskreise

Als Politiker nahm Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) mehrfach zu Themen aus dem Bereich des Historikerstreits Stellung. So mahnte er am 20.1.1987 von Bonn aus zum 45. Jahrestag der Wannsee-Konferenz: »Wir Deutschen dürfen die NS-Verbrechen nie vergessen, verdrängen oder verharmlosen, weil wir nur durch die Erinnerung zur Versöhnung befähigt werden.« (Heilbronner Stimme 21.1.1987) Wie auch seine Vorgänger vermischte er dabei in unzulässiger Weise historische, politische und moralische Kategorien.

Anläßlich des Besuchs des israelischen Staatspräsidenten Herzog in der Bundesrepublik Deutschland im April 1987 erklärte der Bundeskanzler zum Streit der Historiker um die Singularität, die Vernichtung der Juden im Dritten Reich sei »einmalig« und dürfe deswegen auch nicht vergessen, verdrängt oder verharmlost werden

(Stuttgarter Nachrichten 8.4.1987)

Auf dem Wahlkongreß der CSU am 21./22.11.1986 in München äußerte sich Bayerns Ministerpräsident Franz Joseph Strauß, CSU, zu den diskutierten Fragen der Zeitschichte und führte dabei aus: »Auch der Frage weichen wir nicht aus .. wie es zu Hitler kommen konnte ... Aber ohne den törichten Vertrag von Versailles und ohne dieses Massenelend der damaligen Massenarbeitslosigkeit in den Jahren 1930, 31, 32 wäre Hitler nicht an die Macht gekommen. Es ist kein Vorwurf gegen Frankreich und England, es ist nur das Fazit, das der Historiker zieht, wenn man die Zusammenhänge sieht ... Verbrechen sind nicht nur von Deutschen begangen worden. Es sind auch Verbrechen in gewaltiger Zahl und schrecklicher Brutalität an den Deutschen und ihren Verbündeten begangen worden.« (Bayernkurier 29.11.1986).

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger äußerte sich in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 10.9.1986 zu den im Historikerstreit angesprochenen Grundfragen und erklärte dabei: »Besorgt machen uns Geschichtslosigkeit und Rücksichtslosigkeit der eigenen Nation gegenüber. Ohne einen elementaren Patriotismus, der anderen Völkern selbstverständlich ist, wird auch unser Volk nicht überleben können. Wer die sogenannte ›Vergangenheitsbewältigung‹, die gewiß notwendig war, mißbraucht, um unser Volk zukunftsunfähig zu machen, muß auf unseren Widerspruch stoßen.« Leider ist das nicht durchgehende Meinung seiner Fraktion.

In seiner Rede zum Volkstrauertag 1986 im Bundestag erklärte Dregger zu der vor allem Hillgruber vorgeworfenen Stellungnahme für die deutschen Soldaten der Ostfront nach der Verkündigung »der bedingungslosen Kapitulation nicht etwa Hitlers, sondern Deutschlands«

in Casablanca 1944: »Wer sich in dieser ausweglosen Situation dafür entschieden hat — soweit überhaupt ein Entscheidungsspielraum blieb —, dem Kriegsgegner bis zuletzt zu widerstehen, der hat für seine Person eine ehrenhafte Wahl getroffen. Das gilt insbesondere für die Soldaten des deutschen Ostheeres und der deutschen Marine, die in den letzten Monaten des Krieges die Flucht von Millionen Ostdeutscher vor der Roten Armee zu decken hatten.« (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 18.11.1986, S. 1170) Wegen dieser Worte wurde Dregger vielfach angegriffen.

III. Opposition und andere

In seiner einleitenden Rede unter dem Titel »Die SPD in der deutschen Geschichte« am 12.3.1987 in Bonn zu Beginn einer von der Historischen Kommission der SPD mit west- und mitteldeutschen Geschichtswissenschaftlern veranstalteten Tagung »Erben deutscher Geschichte in Bundesrepublik und DDR« nahm der SPD-Vorsitzende Willy Brandt ausdrücklich auf den Historikerstreit Bezug. Mit deutlicher Kritik an den konservativen Zeitgeschichtlern meinte er, man dürfe es nicht zulassen, »daß die Interessen der seinerzeit herrschenden Gruppen als Interessen der Nation ausgegeben werden«. Insbesondere lasse sich »die spezifische Einmaligkeit der nazistischen Verbrechen«, durch welche Vergleiche auch immer, »nicht aus der Welt reden«. Es sei vor allem empörend, wenn nun versucht werde, die deutschen Opfer des Nazismus »auch dadurch herunterzuspielen, daß man eine Art Legalität der gegen sie getroffenen Gewaltmaßnahmen konstruiert« (zitiert von Peter Juling in: Das Parlament Nr. 13 vom 28.3.1987). Wenn Brandt dann noch die

Freiheit der Forschung untrennbar mit der Verantwortung für die Freiheit verbunden erklärte, geht man wohl nicht fehl, hierin die Absicht für eine erhebliche Einschränkung der grundgesetzlich garantierten Freiheit der Forschung zu sehen in dem Sinne, daß nur das aus seiner Sicht volkspädagogisch Wünschenswerte und seinem Freiheitsbegriff Dienende erforscht und verbreitet werden dürfe.

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und führende SPD-Politikerin Annemarie Renger hat nach einer dpa-Meldung vom 10.11.1986 gar öffentlich vor Tendenzen eines »neuen Antisemitismus« gewarnt, der dadurch gefördert werde und sich darin äußere, daß westdeutsche Historiker über die Ursachen für die Verbrechen der Nationalsozialisten stritten. Hier wurde damit die Forschung bereits in der Öffentlichkeit mit der bisher so wirksamen »Auschwitz-Keule« bedroht und den Wissenschaftlern vernehmlich nahegelegt, doch von bestimmten Forschungsgegenständen zu lassen und bestimmte Forschungsbereiche weiterhin als tabu zu betrachten.

Auf einem SPD-Forum über Rechtsextremismus in Bonn im Dezember 1986 wies der Kasseler Politologe Eike Hennig auf diejenige Gefahr für die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland hin, die durch die gegenwärtige Diskussion um Grenzen und verlorene Gebiete neu entfacht sei. Insbesondere empöre ihn »der neokonservative Versuch, eine neue Geschichtslegende zu schaffen« (zitiert in: Jüdische Allgemeine Wochenzeitung 19.12.1986). Einige Historiker hätten durch Vergleichen und Aufrechnen die Einzigartigkeit der NS-Verbrechen und die deutsche Schuld verwischt und damit Argumente hoffähig gemacht, die Rechtsextremisten die Be-

gründung für ihre Versuche liefern könnten, die deutsche Geschichte zu revidieren.

In diesen Zusammenhang ist wohl auch eine Meldung der »Welt« vom 26.11.1986 mit einzubeziehen, daß führende SPD-Politiker Persönlichkeiten der CDU und besonders dem Bundeskanzler vorgeworfen hätten, sie förderten neonationalistische Neigungen und seien dabei, die »Tabu-Grenze« zu senken, die bisher zu den wesentlichen Übereinstimmungen, dem oft beschworenen Konsens, aller Bonner Parteien gehörte.

Der SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz ging noch schärfer mit der deutschen Geschichte und dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes ins Gericht. Er wandte sich ausdrücklich gegen die Meinung, die Deutschen sollten wie die Polen notfalls über 150 Jahre für die Wiedervereinigung kämpfen, bezeichnete solches Vorhaben als »allzu kleindeutsch-romantisch«, nannte es eine »Horizontverengung« und erklärte: »Es gibt im deutschen Fall ein Scheitern der ›nationalstaatlichen Geschichtsform‹ «. Diese Erkenntnis müsse Politik werden, damit endlich das »nationale Prinzip« überwunden werde. Die »großen Klagegesänge«, daß es »leider zwei deutsche Staaten« gebe, zeugten von einem kurzen Gedächtnis, das nur bis 1871, bestenfalls bis zur Paulskirche zurückreiche. Alle Deutschen seien trotz 1000 Jahren deutscher Geschichte nur sieben Jahre — von 1938 bis 1945 — zusammengewesen, um dann in Erfüllung einer Umerziehungspflicht hinzuzufügen, das waren wohl die »elendsten deutschen Jahre« (Welt 14.3.1987).

Nachdem die »Allgemeinde Jüdische Wochenzeitung« bereits mehrfach zum Historikerstreit geschrieben hatte, äußerte sich ihr Herausgeber Heinz Galinski, der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde von Berlin und ihr ein-

flußreichster Vertreter zur Debatte der Zeitgeschichtler. Er sei »erschüttert über die Diskussion zur sogenannten › Entsorgung der NS-Vergangenheit‹ , die zur Zeit in den Medien geführt wird. Hier klingen Töne an, deren Erscheinen auf diesem Niveau wir nicht für möglich gehalten haben.« Tief entrüstet darüber, daß Nolte bereits früher (Nolte 1985) Chaim Weizmanns Erklärung vom September 1939, daß alle Juden an Großbritanniens Seite und damit gegen Deutschland kämpfen würden, in einem englischen Sammelwerk erwähnt habe, schrieb er: »Da taucht die These über die ›jüdische Kriegserklärung an Hitler‹ aus dem Abgrund der billigsten und schmutzigsten neonazistischen Propaganda empor und findet Eingang auf den Seiten der FAZ«(Galinski 1987, S. 20) Er wußte wohl nicht, daß Nolte den Inhalt seines Artikels von 1985 bereits 1980 in Jerusalem vorgetragen hatte, ohne damit dort Anstoß zu erregen (Koch 1988).

Galinski empörte auch »die Lässigkeit im Ton der polemisierenden Artikel, die in ihrem Inhalt am Leiden von Millionen vorbeisinnieren«, aber »das Wesentliche, nämlich die Relativierung der Schuld des Dritten Reiches, unangetastet« lassen (Galinski 1987, S. 21). Er warnte »Prof. Stürmer und seinesgleichen ... wenn sie die Erinnerung mit Lügen füllen, falsche Begriffe prägen und die Vergangenheit mißdeuten werden« (ebenda S. 22). Er wandte sich scharf gegen die Stürmer von Habermas unterstellte Absicht, »das Dritte Reich als Vorreiter und Weichensteller einer künftigen NATO-Position gelten« zu lassen, und fragte: »Was würde der nächste Schritt dieser seltsamen ›Gratwanderung‹ sein, wenn wir diesen zulassen?« (Ebenda S. 21) Er will offenbar solche Meinungsäußerungen nicht mehr »zulassen« und betonte dies gegen Schluß noch einmal: »Wir geben den Weg zu

einer schrankenlosen Geschichtsdiskussion nicht frei.« Wie solche Ansicht mit dem Grundgesetz zu vereinbaren ist, wäre wohl schwer zu begründen. Doch das ficht ihn wohl weniger an, denn er schrieb weiter: »Vergangenheitsbewältigung darf kein Problem der Historiker werden, sie muß eine moralische und persönliche Angelegenheit eines jeden einzelnen Erben dieser Vergangenheit bleiben. Noch entscheidender als die Frage, wer in einer solchen Diskussion recht behält ... ist dabei das Problem, ob das deutsche Volk sich eine solche Diskussion leisten kann oder will und welchen Schaden diese anrichtet. Ich kann nur davor warnen, sie fortzusetzen.« (Ebenda, S. 24) Die deutlichen Drohungen sind hier kaum zu überhören. Würde dem nachgegeben, dann würde die Geschichtswissenschaft sich vollends zur Hure der Politik entwickeln.

Damit steht Galinski mit seinem Wunsch, alles beim alten zu belassen, keine kritischen Gedanken zuzulassen und den Historikern dieses Geschichtsfeld zu verbieten, genau im Gegensatz zu dem amerikanischen Historiker de Zayas, der, wie erwähnt, der Hoffnung nach größerer Bewegung auf diesem Gebiet Ausdruck gab.

In unmittelbarem Zusammenhang mit dem Historikerstreit stand auch die Rede von Fritz Stern vor dem Deutschen Bundestag am 17. Juni 1987. Sicher war es kein Zufall, daß — auf Empfehlung der SPD, von der CDU wie immer arglos angenommen — ein Historiker der Columbia-Universität eingeladen war, die die Vertreter der »Frankfurter Schule« während ihres Exils aufgenommen hatte. In seiner Gedenkrede sprach Stern die Auseinandersetzungen in Westdeutschland an und stellte warnend fest, sie würden im Ausland als »eine Art Seismograph für das deutsche Bewußtsein überhaupt« ver-

standen. Groß sei die Versuchung, sich zu entlasten. Doch andere Länder hätten ihre eigenen Erinnerungen, und »sie würden besorgt sein ob jedes Versuches, die Vergangenheit zu verleugnen oder durch falsche Relativierung zu verniedlichen« (FAZ 19.6.1987). Und alle Abgeordneten spendeten ob solcher erneuten Vergatterung Beifall.

Daß er dann auch noch zum Volksaufstand am 17. Juni 1953 erklärte: »Es war kein Aufstand für die Wiedervereinigung«, sondern nur »ein Aufstand für ein besseres, freieres Leben« (FAZ 19.7.1987), ist nicht nur geschichtlich falsch — denn die aufständischen Arbeiter sangen in Ostberlin am 17. Juni 1953 auch das ganze Deutschlandlied, forderten freie Wahlen in ganz Deutschland und beschworen in Sprechchören »alle Deutschen« —, sondern »dokumentiert in bestürzender Weise seine historische Ignoranz und zugleich seine antideutschen Manipulationsabsichten«, wie Wolfgang Venohr dazu treffend schrieb (FAZ 27.6.1987).

Auf allen Ebenen wird also versucht, auch vom Ausland, im Historikerstreit Einfluß zu nehmen und ihn politisch auszubeuten.

G. Die Hauptstreitpunkte

Im Laufe der ersten Monate nach Beginn des Historikerstreits stellten sich die Schwerpunkte der Debatte heraus. Sie wurden teilweise erst in die Diskussion eingebracht, indem man entsprechende Vorwürfe den Angegriffenen unterstellt hatte, die dann darauf eingehen mußten. Dabei ging es weniger um bestimmte einzelne historische Tatsachen und Vorgänge, sondern mehr um Grundsatzfragen der Behandlung zeitgeschichtlicher Ereignisse. Insbesondere erwies sich die Frage als brisant, ob überhaupt eine Revision im Geschichtsbild vom Dritten Reich zugelassen werden dürfe.

I. Revision als Norm der Wissenschaft

Noltes Forderung nach Revision in der Zeitgeschichte wurde bereits erwähnt (Nolte 1986a). Er hatte eine Revision ausführlich auch schon in seinem englischen Aufsatz »Zwischen Mythos und Revisionismus« (Noltes 1985) gefordert, da die Geschichte des Dritten Reiches bisher weitgehend vom Sieger geschrieben und deswegen zu einem »negativen Mythos« gemacht worden sei. Auch Hillgruber bekannte sich dann ausdrücklich zur Revision, als er in seiner Entgegnung auf Habermas' Angriffe schrieb, es »ist ›Revision‹ der bisherigen Forschungsergebnisse doch das Normale, ja die Norm der Wissenschaft«. Er wandte sich scharf dagegen, daß er und seine

Kollegen »von Habermas und Anhängerschaft als ›Revisionisten‹ unter Verdacht gestellt« wurden, und forderte: »Mit der diffamierend gemeinten Etikettierung sollte möglichst schnell ebenso Schluß gemacht werden wie mit der Konstruktion einer ›neokonservativen‹ Verschwörung, die im ›Zeit‹-Artikel von Habermas anklingt.« (Hillgruber 1986b, S. 736) Später bekräftigte er: »Nun ist ›Revision‹ bisheriger Forschungsergebnisse das Natürlichste in jeder Wissenschaft, ja, ihre Norm.« (Hillgruber 1986c)

Der Bremer Historiker Imanuel Geiss vertrat ebenso den Standpunkt, daß die Geschichtswissenschaft für neue Erkenntisse offen bleiben muß und ihre Forscher nicht diffamiert werden dürfen, wenn sie neue Ergebnisse vorweisen: »Die Revision des neuen progressiven Revisionismus ist jedoch nach allen historischen Erfahrungen normal und rechtfertigt keineswegs, sie zu staatsfeindlichen Umtrieben aufzubauschen.« Er setzte sich ein für einen »Freiraum für wissenschaftliche Neuerungen und Diskussionen, ohne automatische Verdächtigungen und Sanktionen politisch-ideologischer Art« (Spiegel Nr. 43, 20.10.1986, S. 10). Obwohl er manche Ansichten der angegriffenen Kollegen nicht teile, forderte er: »Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ihren Thesen muß möglich sein.«

Ähnlich stellte der Bonner Historiker Klaus Hildebrand am Beginn eines langen Beitrages zum Historikerstreit klar: »Ohne Unterlaß den überlieferten Kenntnisstand zu revidieren gehört zum Beruf des Wissenschaftlers. Insofern kann ihm kein Vorwurf gemacht werden, wenn er seine Pflicht tut. Ob Weltanschauungen und Interessen es wollen oder nicht: Die Suche nach der Wahrheit geht weiter, mal von der öffentlichen Diskussion

getragen und beflügelt, mal angefeindet und behindert. Denn die Erde dreht sich, auch wenn Autoritäten es verboten haben. So schreitet auch die Erforschung über die Geschichte des Dritten Reiches beständig und differenzierend voran, mit alles in allem ertragreichen Resultaten. Insgesamt bewegt sie sich, von ganz unterschiedlichen Motiven der daran Beteiligten bestimmt, zu einer Historisierung des Dritten Reiches.« (Welt 22.11.1986)

Unter der Zweitüberschrift »Wider die politische Überforderung der Geschichtswissenschaft« ging der Münchener Historiker Thomas Nipperdey in der »Welt« vom 28.2.1987 auf das ein, »was Geschichte als Wissenschaft macht«. Er warnte darin nachdrücklich davor, »die Wissenschaft zu politisieren und die Wissenschaftler in politische Lager einzuteilen«, und meinte: »Auf die Gefahr der Aufhebung der Wissenschaft durch Politisierung *innerhalb* der Wissenschaft hinzuweisen scheint mir in der gegenwärtigen Diskussion sehr dringlich.« Und als Insider muß er die Verhältnisse ja genau kennen und die Größe dieser Gefahr abschätzen können, wenn er zu solch deutlichen Worten kommt.

Mit einem deutlichen Seitenhieb auf Habermas schrieb er, gegen »ein Moralmonopol einer bestimmten Wissenschaftlergruppe muß heute das Postulat der Gerechtigkeit für die Vergangenheit stark gemacht werden. Historiker sind auch Anwälte der Toten, und sie machen *deren* Sachen zuerst einmal stark.« Er setzte sich dann dafür ein, daß »wir Fremdes und Vergangenes verstehen, nach *ihren* Normen und nicht nach unseren«. Habermas und seine »extreme Richtung«, »die das Prädikat ›kritisch‹ für sich beansprucht«, hielten »nicht mehr Rankes Frage, wie es denn eigentlich gewesen sei«, für maßgebend, sondern »die Frage, wie es eigentlich nicht hätte

gewesen sein sollen, oder die Feststellung, wie schlecht es immer war.« Sie »richten also mit dem selbstgewissen Maßstab, verbindlich zu wissen, was die unumgänglichen idealen Normen seien«. Mit offensichtlich wahrem Genuß las dann Nipperdey der »Kritischen Theorie« Habermas' weiterhin die Leviten: »Solche Perspektive fördert viel Selbstbestätigung und wenig Erkenntnis. Konkret heißt das zum Beispiel, daß man den Nationalsozialismus und seinen Aufstieg danach interpretiert, was man selbst politisch nicht leiden mag.« Gerade der Wissenschaftler müsse beachten, was die » ›kritische‹ Historie« ablehne, daß nämlich »jede Epoche ›unmittelbar zu Gott‹ sei«.

Es verwundert wenig, daß aus offiziösem Munde in Mitteldeutschland nicht nur die Notwendigkeit einer Geschichtsrevision für die angeschnittenen Fragen bestritten wurde, sondern daß sie ausdrücklich abgelehnt und diffamiert wurde. So schrieb der Ostberliner Historiker Kurt Pätzold mit Blick auf Noltes und Hillgrubers Äußerungen: »Daß ... immer wieder auch das Recht auf Revision früherer Darstellungen reklamiert und mit der Geste von Verteidigern der Festung Wissenschaft ›dauernde Revision‹ als ihr Kennzeichen hervorgehoben wird, erscheint im vorliegenden Falle zumindest als Selbstbetrug.« Für ihn handelt es sich bei den revisionistischen Historikern einfach »um den Sumpf des Antisowjetismus« (Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 2, 1987, S. 162).

Die moderne Wissenschaftstheorie (Mohr 1981; Vollmer 1975; Popper 1972; Davies 1973) hat über die notwendigen Voraussetzungen, die Methodik und Vorgehensweisen der Wissenschaft viel gearbeitet, und manches ist davon auch, vor allem durch die popularisierende

Wirkung Poppers, in weite Kreise gedrungen. Daß Wissenschaft auf einem bestimmten Stande nicht festgeschrieben werden kann, daß immer neue Erkenntnisse auftreten, daß »Paradigmen-Wechsel« von Zeit zu Zeit vorkommen, gehört zu den allgemein anerkannten Wahrheiten. Das gilt um so mehr für die Zeitgeschichte, für die erst nach und nach die Quellen in den alliierten Archiven frei werden — oder auch nicht —, für die die meisten östlichen Dokumente und das, was in den Osten geschafft wurde, noch immer unzugänglich sind, so daß bisher fast nur einseitig Deutschland belastendes Material zur Verfügung steht. Es ist mehr als bezeichnend, daß sich ausgerechnet die sich mit der Bezeichnung »Kritische Theorie« schmückende Frankfurter Schule mit Habermas so heftig für die dogmatische Beibehaltung des 1945 den Deutschen verordneten Geschichtsbildes einsetzt und unter Berufung ausgerechnet auf »Aufklärung« und »Wissenschaftlichkeit« das Fragen, Forschen und die Meinungsäußerung der Forscher und damit die erste Voraussetzung freier Wissenschaft unterbinden will. Wie auch schon in der Vergangenheit auf anderen Gebieten und bei anderen Anlässen erweist sich die Frankfurter Schule mit ihren Anhängern auch hier wieder als wissenschaftsfeindlich, als den Fortgang der Erkenntnis blockierend, damit schließlich auch freiheitsfeindlich.

Die Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung, soweit sie den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben, haben sich von den Bevormundungen der Politik und den Beschränkungen der Ideologien zu befreien und sich besonders in Deutschland ihrer großen Tradition — etwa eines Ranke — zu erinnern, darzustellen zu versuchen, wie es wirklich war. Die Einseitigkeit der bisheri-

gen Zeitgeschichte und ihre sklavische Befolgung fremdgesetzter Tabus — vom »Ende der Tabuisierung der jüngsten deutschen Geschichte« spricht auch Wolfgang J. Mommsen (Frankfurter Rundschau 1.12.1986) — in den letzten Jahrzehnten stellen wahrlich kein Ruhmesblatt für die deutsche Historikerzunft dar. Wenn sich jetzt viele Wissenschaftler für die Revision aussprechen, ist zu hoffen, daß der bisherige bedauernswerte Zustand bald der Vergangenheit angehört. Massenmedien, Interessengruppen und Politiker werden dagegen wohl noch heftige Rückzugsgefechte führen.

II. Die Einzigartigkeit des Dritten Reiches

Zu einem Kernpunkt des Historikerstreits wurde die Frage der »Einzigartigkeit«, akademisch »Singularität«, des Geschehens im Dritten Reich, insbesondere der »Endlösung«. Das schälte sich um so deutlicher heraus, je weiter die Auseinandersetzung voranschritt. »Jahrzehntelang bestand man darauf, den Nationalsozialismus als singulären Einbruch in die Kontinuität der deutschen Geschichte zu deuten. Deutschland als das erste vom Nationalsozialismus besetzte Land«, so kennzeichnete Hans Mommsen (H. Mommsen 1986, S. 1200) die bisherige Sicht seiner Meinung nach »konservativen Denkens«, die nun zu seinem noch größeren Mißfallen in Richtung auf weitere »Verharmlosung« verlassen wurde.

Mit dem Ablauf der Auseinandersetzungen gewann die Frage der Einzigartigkeit auch größere politische Bedeutung. Denn die bisher ziemlich unangefochtene Behauptung der »Singularität« war *die* wirksame politische Waffe, »jener große Schuldknüppel«, wie der Bochumer Politologe Bernard Willms erklärt hatte, »den man den

Deutschen seit 40 Jahren um die Ohren schlägt« (Willms 1987, S. 302), der bisher zur Reglementierung und Erpressung der Westdeutschen und ihrer Regierung eifrig benutzt worden war und noch nie versagt hatte. Der Wert dieser Waffe, der allein von der Bereitschaft der Deutschen abhängt, sie anzuerkennen, geriet nun in Gefahr, und nicht zuletzt deswegen wurden alle Möglichkeiten der Umerziehung mobilisiert, wobei die Diskussion der geschichtlichen Tatsachen weitgehend in den Hintergrund gedrängt wurde. Ein Jahr später war die Frage der Singularität so sehr hochstilisiert worden, daß die Piper-Dokumentation über den Historikerstreit den Untertitel »Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung« erhielt. Ernst Nolte sprach sich sehr zu Recht gegen diesen Titel aus (Piper 1987, S. 387), in dem die Bestrebung zum Ausdruck kommt, von der sachlichen Diskussion historischer Fragen auf die moralische Ebene auszuweichen.

Bei der »Singularität« geht es nicht um die selbstverständliche und allgemein anerkannte Tatsache (H. Mommsen 1986, S. 1204; Hillgruber 1986c), daß jeder geschichtliche Vorgang im Grunde wegen seiner einmaligen und nie genau so wiederkehrenden Umstände und Abläufe an sich einzigartig ist, so wie jeder Mensch als Individuum eine einzigartige und nicht wiederholbare Persönlichkeit darstellt. Mit »Einzigartigkeit« in dem beim Historikerstreit diskutierten Zusammenhang ist vielmehr gemeint, daß die Vorgänge um die »Endlösung« sich so grundsätzlich und »qualitativ« von allen anderen Geschehnissen in der ganzen Weltgeschichte bis zum heutigen Tag abheben würden, daß sie unvergleichbar seien, daß sie eine völlig andere Kategorie ausmachen gegenüber allem, was bisher in der Geschichte erlebt wurde.

Als Vorsitzender des Verbandes der westdeutschen Historiker hatte der Münchner Althistoriker Christian Meier in seiner Eröffnungsrede zum 36. deutschen Historikertag in Trier am 8.10.1986 dazu eine Festlegung versucht: »Die deutschen Verbrechen zwischen 1933 und 1945 waren, meine ich, in dem Sinne singulär, daß sie qualitativ deutlich über die vergleichbaren anderer Völker (etwa der stalinistischen Sowjetunion) hinausgingen.« Bezeichnenderweise fügte er dann unmittelbar anschließend — offenbar einschränkend — hinzu: »Aber selbst wenn sie es nicht gewesen wären, so war und ist doch singulär die Weise, in der das hierzulande und außerhalb bewußt war und ist.« (Piper 1987, S. 205) Mit letzterem hat er zweifellos recht.

Obwohl er dann bereits wenige Wochen später die Meinung äußerte — wobei wohl der Wunsch der Vater des Gedankens war —, »daß das Problem der Singularität nicht mehr strittig ist« (FAZ 20.11.1986), wurde und wird es weiter heftig diskutiert, und Monate später hieß es wohl zutreffend: »Der Streit deutscher Historiker über die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Verbrechen steht offenbar erst am Anfang.« (Stuttgarter Nachrichten 30.1.1987) Auch Bundeskanzler Kohls massiver Eingriff in die Debatte anläßlich des Besuchs des israelischen Staatspräsidenten Herzog in Westdeutschland, indem er für die Öffentlichkeit erklärte, die Vernichtung der Juden sei in der Geschichte »einmalig und dürfe weder vergessen, verdrängt noch verharmlost werden« (Stuttgarter Nachrichten 8.4.1987), wird wohl nichts daran ändern, daß eine wissenschaftliche Diskussion darüber weitergeführt wird, bei der dann auch wohl die historische Tatsachen erneut zur Sprache kommen.

Die politische Ausgangslage, die sich aus der bisher

allgemein vertretenen Einzigartigkeitsthese mit der Verweigerung von Vergleichen ergeben hatte, beschrieb Enno von Loewenstern mit den Worten: »Die Gleichsetzungs-Verweigerung ließ manche Politiker gar beteuern, daß zwar der Nationalsozialismus grundschlecht, am Kommunismus aber doch irgendwo ein humaner Kern sei. Mit dem Ergebnis, daß der Nationalsozialismus zwar in der Bundesrepublik keine Rolle mehr spielt, der Marxismus dagegen in Theorie und gewalttätiger Praxis höchst aktiv ist — so daß die Forderung, aus der Geschichte zu lernen, in ihr Gegenteil verkehrt wurde: durch die Singularitäts-Doktrin, durch Verdrängung unserer Geschichte ist wieder auf deutschem Boden ... eine verbrecherische Lehre en vogue ... Es ist also eine Frage der einfachsten politischen Hygiene ... nicht durch ›Singularisierung‹ des einen Regimes das andere stillschweigend (oder auch: lauthals den ›primitiven Antikommunimus‹ beklagend) aufzuwerten und schließlich hoffähig zu machen.« (Die Welt 21.11.1986)

Nolte hatte diese Frage in seinem FAZ-Artikel (6.6. 1986) nicht direkt angesprochen, jedoch mit dem Hinweis auf die lange vor dem Zweiten Weltkrieg erfolgten Massenverbrechen Stalins die Einzigartigkeit bereits mittelbar in Frage gestellt. Habermas sah darin »apologetische Tendenzen« und »befürchtete« — so faßt Christian Meier Habermas' Gegenschlag auf —, »daß die Singularität der Verbrechen, die Deutschland unter dem NS-Regime verübt hatte, insbesondere die der Judenvernichtung, bestritten, dieser Teil der deutschen Geschichte also ›relativiert‹ und gleichsam eingeebnet werden solle, um das Ganze der deutschen Geschichte wieder in ein freundlicheres Licht zu rücken ... Kurz: eine historische Tendenzwende, die sich insbesondere in der Aufkündi-

gung einer allgemeinen Übereinstimmung in der Beurteilung der NS-Vergangenheit niederschlage.« (FAZ 20.11. 1986) Statt der Argumente wurden also nur der mögliche Ausgang der Debatte und die politischen Folgen betrachtet: wohl kaum ein Vorbild für wissenschaftliches Vorgehen.

Joachim Fest überschrieb seinen ausführlichen Artikel zur Verteidigung von Nolte und Hillgruber (FAZ 29.8. 1986) mit den Worten »Zur Kontroverse über die Unvergleichbarkeit der nationalsozialistischen Massenverbrechen« und nahm darin — sicher zum Erstaunen vieler Leser — massiv gegen die bisher behauptete und von Habermas verteidigte Einzigartigkeit Stellung, indem er die einzelnen für die Singularität angeführten Begründungen zu widerlegen suchte, wie oben bereits angeführt wurde. In seiner eigenen Entgegnung auf Habermas' Angriffe stellte Hillgruber zur Frage der Einzigartigkeit fest: »Die schon früh (1945) aufgestellte, inzwischen fast rituell gewordene These in zeitgeschichtlichen Arbeiten, daß der Mord an den Millionen Juden im nationalsozialistischen Machtbereich ›singulär‹ sei, erschwert, da sie denjenigen, der an der ›Singularitäts‹-These aus wissenschaftlichen Gründen Zweifel anmeldet, unter moralischen Verdacht stellt, die Bemühungen der Historiker, die Vergleichbarkeit zu prüfen.« (Hillgruber 1986b, S. 735) Damit setzte sich Hillgruber selbst von einer eigenen früheren Beurteilung in seinem 1980 erschienenen Buch »Die gescheiterte Großmacht« ab, wo er auf der letzten Seite (Hillgruber 1980, S. 113) geschrieben hatte, daß vom Reich seit der Zeit Wilhelms II. und »schließlich auch um den Preis singulärer Verbrechen« eine »Antwort« auf die geschichtliche Herausforderung gesucht worden sei. Im übernächsten Satz hatte er noch einmal

diese Aussage unterstrichen: »Die singulären Verbrechen, die dieser Schlußphase ihren exzeptionellen Charakter geben, gehören zur Geschichte der Großmacht Deutsches Reich.« Das Abgehen von einer früheren Meinung kann durchaus einem Erkenntnisgewinn entspringen und braucht nicht, wie Giordano (Allgemeine Jüdische Wochenzeitung 7.11.1986) für seine Zwecke feststellen zu können glaubte, eine Widerlegung der neueren Ansicht zu sein.

Von verschiedenen Seiten wurde dann mit Sonderbegründungen versucht, die Einzigartigkeit der deutschen Schuld angesichts der immer mehr um sich greifenden Erkenntnis zu erhalten, daß andernorts und auch von Zeitgenossen Hitlers wie Stalin vergleichbare oder sogar weit größere Massenmordmaßnahmen durchgeführt waren. So nahm der Münchner Professor für alte Geschichte, Christian Meier, als Vorsitzender des Verbandes westdeutscher Historiker bereits erwähnt, im Auditorium maximum der Duisburger Universität zur Debatte um die Einzigartigkeit Stellung und erklärte, daß die behauptete systematische Ausrottung der Juden jedenfalls »singulär« sei, weil sie auf Staatsbefehl erfolgt sei. »Der objektiven Last der Vergangenheit können auch diejenigen nicht entrinnen, die dies gerne möchten.« Deshalb bleibe es die wesentliche Aufgabe, die »zentrale Wahrheit des Holocaust weiter zu beherzigen und wachzuhalten« (Stuttgarter Nachrichten 30.1.1987). Vorher hatte er schon geschrieben, »daß mit der industriellen Austilgung nicht nur ein neuer Modus, nicht nur ein neuer Punkt auf der Skala der Möglichkeiten des Tötens erreicht, sondern ein qualitativer Sprung getan ist« (FAZ 20.11.1986).

Der Stuttgarter Historiker Eberhard Jäckel hatte vorher schon ähnlich geschrieben: »Ich behaupte ... daß der

nationalsozialistische Mord an den Juden deswegen einzigartig war, weil noch nie zuvor ein Staat mit der Autorität seines verantwortlichen Führers beschlossen und angekündigt hatte, eine bestimmte Menschengruppe einschließlich der Alten, Frauen, der Kinder und Säuglinge möglichst restlos zu töten, und diesen Beschluß mit allen nur möglichen staatlichen Machtmitteln in die Tat umsetzte.« (Die Zeit 12.9.1986) Der Geschichtskundige wird wohl Gegenbeispiele wissen.

Der Bielefelder Neugeschichtler Jürgen Kocka meinte, die Einzigartigkeit dadurch beweisen zu können, daß er darauf hinwies, es sei eben »ein qualitativer Unterschied zwischen der bürokratisierten, leidenschaftslosen, perfekten Systematik des Massenmords im durchindustrialisierten, vergleichsweise hochorganisierten Reiche Hitlers und der brutalen Mischung von Bürgerkriegsexzessen, Massen-›Liquidierungen‹, Sklavenarbeit und Verhungernlassen im rückständigen Reiche Stalins« (Frankfurter Rundschau 23.9.1986). In Leserbriefen dazu wurde wohl zu Recht darauf verwiesen, daß hierbei in unzulässiger Weise auf ein anderes Volk herabgesehen werde.

Keinen Zweifel an der Singularität wollte ein Leitartikel in der »Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung« (7.11.1986) von Ralph Giordano zulassen: »Die historischen Voraussetzungen für den kurzen, aber mörderischen Triumph des Nationalsozialismus waren singulär; seine staatliche Geschichte war singulär; sein Vernichtungsapparat war singulär — Auschwitz war singulär.«

Als sich dann Stimmen meldeten, etwa Johann Georg Reißmüller (FAZ 14.11.1986), die zum Vergleich auf Stalins Verbrechen hinwiesen, warnte der letzte Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel vor der Aufrechnung von Auschwitz gegen bolschewistische Verbrechen und mein-

te, »daß es in Deutschland einen Aufruhr geben muß gegen einen solchen Versuch« (FAZ 10.12.1986). Ähnlich nannte der Leitartikler Steinbach (Allgemeine Jüdische Wochenzeitung 16.1.1987) die Situation »gespenstisch«, wenn nun ein Streit um die »Einmaligkeit oder Vergleichbarkeit der ›Endlösung‹ « entstehe. Wer Tatsachen relativiere, erleide einen »Realitätsverlust« und begehe »Realitätsflucht«. Hier wird also auch der Versuch unternommen, die Verdrängung der sich langsam erst abzeichnenden Wirklichkeit als Erhaltung der Realität auszugeben.

Doch statt sich so sehr mit diesen vielen als »singulär« erscheinenden Vorgängen zu befassen, wäre es wohl lohnenswerter, auf andere Einzigartigkeiten in der deutschen Zeitgeschichte hinzuweisen: zum Beispiel daß ein großes Kulturvolk mehr als 40 Jahre nach Kriegsende immer noch praktisch von den Siegern besetzt und geteilt ist und keinen Friedensvertrag hat; daß in Spandau seit mehr als 40 Jahren einer der wichtigsten Zeitzeugen in Haft sitzt und nicht reden und nichts schreiben darf; daß die deutsche amtlich betriebene Zeitgeschichtsforschung allem Anschein nach immer noch möglichst die deutsche Schuld zu beweisen und zu bestätigen sucht und sich begründeten Entlastungsnachweisen widersetzt. Einzigartig an der deutschen Lage ist auch, was Hans-Joachim Arndt beschrieb: »Das Deutsche Reich ist die erste und einzige ›abendländische‹ Großmacht der Neuzeit, die in einem total — von der Absicht her sogar: ›absolut‹ — geführten Kriege total besiegt wurde und bedingungslos kapitulierte« (Arndt 1978, S. 69). »Der deutsche Fall ist die erste endgültige Niederlage, durch die ein moderner Nationalstaat total debelliert wurde, in welchem das ›Volk‹ sich als homogen begreifen konnte und eine ›Mitträgerschaft‹ an den öffentlichen Dingen genoß«,

bei dem es sich um eine »Volksherrschaft« handelte (ebenda, S. 70). »Die deutsche Niederlage von 1945 war ... die erste nach einem Kriege ... in dem auch ideengeschichtlich, ideologisch und sozialpsychologisch die Gewinnung der ›Köpfe‹, der Gesinnung und des Konsenses der ›kriegführenden Massen‹ eine entscheidende Rolle spielte.« (Ebenda, S. 71) Die Deutschen durften »an allen › Errungenschaften ‹ der (jeweiligen) Sieger partizipieren ... nur nicht an dem Existential der ›Identität‹: weder durch Fusion mit dem (jeweiligen) Sieger ... noch durch Beibehaltung oder Neugründung ihrer eigenen Identität« (ebenda, S. 74).

III. Die Historisierung des Dritten Reiches

Eng mit der Frage der Einzigartigkeit des Geschehens im Dritten Reich ist die der Historisierung seiner Zeit verbunden. Durch den ganz natürlichen Zeitablauf ist die Tatsache bedingt, daß ein Geschehen nach einem zeitlichen Zwischenraum von Jahrzehnten für die Nachgeborenen zur Geschichte wird, damit Abstand von der jeweiligen Gegenwart gewinnt und nicht mehr von unmittelbarem Einfluß ist. Die Historiker bemühen sich dann um die zurückliegende Zeit, versuchen, sie möglichst sachlich darzustellen, indem sie die den Zeitgenossen manchmal verborgen gebliebenen Zusammenhänge und Abhängigkeiten aufzeigen, und jenseits der oft naturgemäß persönlich beeinflußten Stellungnahme der Zeitgenossen und vor allem der persönlich am Geschehen Beteiligten ein gerechtes Urteil zu erarbeiten. Dabei ist es ein allgemein anerkannter Grundsatz, daß eine Epoche jeweils nur aus sich selbst zu verstehen ist, daß man nicht mit dem ganzen Wissen der Folgezeit über die spätere Ent-

wicklung die ohne diese Kenntnisse in ihre Zeit verstrickten Handelnden beurteilen sollte. Jede Zeit ist eben »unmittelbar zu Gott«.

Durch die dauernd und seit den siebziger Jahren verstärkt erhobene Forderung nach allgemeiner Vergangenheitsbewältigung und die periodischen Wellen ihrer Behandlung in den Massenmedien ist die Zeit des Dritten Reiches bisher politisch stark wirkende Gegenwart geblieben. Die sonst nach einem vergleichbaren Zeitraum längst einsetzende Historisierung fand bisher nicht statt. Ihr wurde in der politischen und informellen Öffentlichkeit entgegengewirkt. Ernst Nolte schrieb vor fast einem Jahrzehnt, was immer noch Gültigkeit hat: »Wenn im Jahre 1980 Bewohner eines fernen Sterns zur Erde kämen, um sich über die Geschichte der Menschheit und insbesondere über das deutsche Dritte Reich zu informieren, so müßten sie vor allem diese eine Feststellung treffen: Das Dritte Reich ist noch lebendig, 35 (40) Jahre nach seinem Untergang.« (Nolte 1985, S. 17; Nolte 1987, S. 13) Und er brachte dann kennzeichnende Beispiele und hob den grundsätzlichen Unterschied der Verhältnisse im Vergleich etwa zu Napoleon I. und Napoleon III. hervor.

Schon vor Jahren war vereinzelt die Forderung nach Historisierung auch der Zeitgeschichte erhoben worden. So hatte Bernard Willms vor dem Weikersheimer Studienzentrum am 4.6.1983 (Willms 1983, S. 88) in seinem »Imperativ« zur ersten seiner »7 Todsünden gegen die deutsche Identität« gefordert: »Die Deutschen müssen die ›Vergangenheitsbewältigung‹ zu einer Sache der Wissenschaft neutralisieren.«

Auf derselben Tagung hatte Michael Stürmer erklärt (Stürmer 1983, S. 64): »Wir haben zu begreifen, daß die

Geschichte, die zu Hitler führte, auch über ihn hinausgeführt hat und weiterführen wird«. Auch Martin Broszat hatte sich 1985 für die Historisierung des Nationalsozialismus eingesetzt und deren »Notwendigkeit und zugleich Schwierigkeit« betont, wobei er kritisiert hatte: »Welches Geschichtsbuch man auch aufschlägt: Wenn das Dritte Reich beginnt, geht der Autor auf Distanz. Das Einfühlen in historische Zusammenhänge bricht ebenso ab wie die Lust am geschichtlichen Erzählen. Die Geschichte des Nationalsozialismus wird nicht mehr verdrängt, aber sie verkümmert zur Pflichtlektion.« (Broszat 1985, S. 375) Man müsse mehr differenzieren: Das Dritte Reich hätte »mit den tausendfachen kleinen und großen Führerpositionen« auch »jungen dynamischen Kräften aus dem Mittelstand« Bewährungsmöglichkeiten gegeben (ebenda, S. 381). Der neue hier herangezüchtete Sozialtyp des nationalsozialistischen »Sonderführers« sei auch für den Wiederaufbau nach der Währungsreform wichtig geworden (ebenda, S. 382). Die »Deutsche Arbeitsfront« (DAF) habe neue Ideen, etwa »einer künftigen Volksversicherung«, entwickelt, die später in der Bundesrepublik verwirklicht worden seien (ebenda, S. 383). »Nicht alles, was sich in der NS-Zeit ereignete und historisch bedeutsam war, diente nur den diktatorischen und inhumanen Herrschaftszielen des Regimes.« (Ebenda, S. 384)

Aus dieser für ihn offenbar neuen Erkenntnis zog Broszat dann die Folgerung und richtete an seine Kollegen die Forderung: »Statt der pauschalen moralischen Absperrung der Hitler-Zeit ist eine Entschlackung unseres eingefahrenen Begriffs- und auch Sprachinstrumentariums vonnöten, eine historische Befreiung auch mancher ereignis- und personengeschichtlicher Perspektiven

aus dem Zwangskorsett der Vorstellung von einer alles erfassenden Gewaltherrschaft. Vor allem muß eine periodenübergreifende Betrachtung des ganzen neuzeitlichen deutschen Geschichtsraums entwickelt werden, in dem sich der Nationalsozialismus abgespielt hat. In solcher erweiterter Perspektive wird in mancher Hinsicht der Ort des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte neu zu bestimmen sein ... Die › Normalisierung ‹ unseres Geschichtsbewußtseins kann auf die Dauer die NS-Zeit nicht aussparen, kann nicht nur um sie herum erfolgen.« (Ebenda, S. 384)

Das ausführliche Zitat sollte vor allem aufzeigen, wie schwer sich führende westdeutsche Zeitgeschichtler mit Selbstverständlichkeiten tun und wie lange es dauerte, bis sie erkannten, daß eine »Normalisierung« nötig ist und sie nun das von ihnen selbst gebastelte »Zwangskorsett der Vorstellung« aufgeben müssen. Welchen ungeheuren politischen Schaden für die deutsche Gegenwart und Zukunft diese Zeitgeschichtler mit ihrer nun von ihnen selbst als einseitig erkannten und der Revision für notwendig befundenen Geschichtssicht jahrzehntelang ohne Not und gegen jede wissenschaftliche Objektivität verursacht haben, wird ihnen bisher wohl kaum bewußt geworden sein.

Für Habermas und seine Anhänger war jedoch die beim Historikerstreit naturgemäß auch mit angesprochene Frage der Historisierung der Zeitgeschichte ein rotes Tuch, da die bisherige Fixierung der Öffentlichkeit auf das Umerziehungsbild des Dritten Reiches und die Überbetonung der dauernden Aktualität des »Faschismus« das ideale Treibhausklima und die optimale »politische Kultur« darstellten, in denen die Ideologien der »Kritischen Theorie« und des Neomarxismus gedeihen konn-

ten. Es ging deshalb für Habermas vor allem »um die methodische Frage, in welchem Sinne die NS-Periode auch im öffentlichen Bewußtsein ›historisiert‹ werden kann«, und er warnte dringend vor den »verharmlosenden Varianten eines in der NS-Zeitgeschichtsschreibung aufkommenden Revisionismus«, der »von der Einfühlung über die Relativierung zur Überbrückung unterbrochener Kontinuitäten« führen könnte. Dessen habe sich Hillgruber schon schuldig gemacht, denn »sein Büchlein wirkt gleichwohl apologetisch« (FAZ 11.8.1986).

Dem stellte Hillgruber seine Ansicht gegenüber: »Das Problem einer ›Historisierung‹ des Nationalsozialismus und, darin eingebettet, die Schlüsselfrage nach einer Vergleichbarkeit oder Unvergleichbarkeit der nationalsozialistischen Verbrechen, vor allem des Massenmordes an den Juden in Europa, mit Massenverbrechen anderer Regime, insbesondere in der Sowjetunion ... stellen sich unausweichlich. Diese Fragen können nicht, wie es Habermas und seine Mit- und Nachläufer tun, die einem in der wissenschaftlichen Diskussion längst zugunsten differenzierterer Aussagen überwundenen klischeehaften › Bild ‹ vom ›Dritten Reich‹ verhaftet sind, durch publizistisch-politisches ›Alarmschlagen‹ unter Diffamierung derer, die ... tatsächliche oder ... vermeintliche Tabu-Zonen berühren, aufgehalten werden.« (Hillgruber 1986b, S. 734f.)

Auch der US-Historiker de Zayas meinte in seiner Stellungnahme zum Streit der westdeutschen Zeitgeschichtler, man könne »andererseits trotz des moralischen Entsetzens nicht umhin, die Vorgänge in weiterer Perspektive zu sehen und in übergreifende historische Zusammenhänge einzuordnen. Dies bedeutet keineswegs Aufrechnung, sondern umfassende, kumulative Aufar-

beitung der Ereignisse.« (de Zayas 1986)

Vor den verheerenden Folgen der bisherigen einseitigen Geschichtsauffassung warnte Thomas Nipperdey: »Die moralisierte Vergangenheit zerstört zuletzt die wirkliche Geschichte.« Und er fügte als Forderung allein schon von seiten seiner Wissenschaft hinzu: »Wir müssen den Nationalsozialismus »historisieren«.« (Die Zeit 17.10.1986)

Die Bedeutung der Historisierung auch des Dritten Reiches betonte Ernst Nolte noch einmal unter dem Gesichtspunkt der »Ausschau nach dem Ganzen« (FAZ 18.7.1987). Das Ethos des Wissenschaftlers müsse von dem der Moralisten und der Politiker abgehoben werden, und dennoch müsse der Historiker versuchen, das Ganze zu erfassen. Bedeutsame Vorgänge und Tatbestände dürften nicht deshalb in der Darstellung von Zeitepochen fehlen, weil sie politisch mißbraucht oder falsch gedeutet werden könnten. Alles Historische müsse deswegen historisiert und damit in möglichst großem Umfang verständlich gemacht werden. (Nolte 1987a)

Doch das wollen die »schrecklichen Vereinfacher« auf seiten der Umerziehung ja gerade verhindern. Es bleibt abzuwarten, ob die westdeutsche Zeitgeschichte sich nun dieser Bewährungsprobe gewachsen zeigt.

Die fehlende Historisierung hat auch mit der großen Voreingenommenheit der westdeutschen Zeitgeschichtler zu tun. Sie können sich offenbar nicht vorurteilslos ihrem Untersuchungsgegenstand nähern. Für ihre Wissenschaft gilt leider in demselben Maße das Urteil, das der Heidelberger Politologe Hans-Joachim Arndt bereits vor einem Jahrzehnt über sein Fach fällte: »Alles dies zusammen läßt die Politikwissenschaft in der Bundesrepublik unter dem Mangel von etwas leiden, ohne das letztlich

keine Wissenschaft auskommt: nämlich unter dem Mangel an Unbefangenheit bei der Beobachtung politischer Phänomene und Lagen.« (Arndt 1978, S. 417) Man braucht nur statt »Politik« und »politisch« die Worte »Geschichte« und »geschichtlich« zu setzen. Der Historikerstreit könnte auch hier einen Beginn zu größerer Unbefangenheit darstellen.

IV. Das Problem der Aufrechnung

Kriege, Massenvernichtungen und Völkermorde ziehen sich durch die ganze bekannte Geschichte der Menschheit, und auch die aufgeklärte Neuzeit ist leider davon bis in die Gegenwart nicht verschont geblieben. Die UNO hat den Völkermord geächtet, aber dennoch sind als solche anzusehende Maßnahmen auch in den letzten Jahrzehnten noch durchgeführt worden. Wenn im Zeitalter der psychologischen Kriegführung insbesondere vom Ausland der Vorwurf von Verbrechen erhoben wird, liegt es nahe, auf der politischen — nicht der juristischen oder moralischen — Ebene, auf der der Vorwurf vor allem wirken soll, an Aufrechnung zu denken. Der Historiker, der den Tatbestand für derartige Urteile — für die politische Ebene — zusammenstellen muß, ist daher auch mit der Aufrechnung befaßt.

Im Verlauf des Historikerstreits wurde mehrfach die Frage der Aufrechnung angesprochen, meist in der Weise, daß ein Hinweis auf die Verbrechen der Alliierten an Deutschen als eine unzulässige Aufrechnung und damit von vornherein als nicht zur Sache gehörig abgewertet und abgelehnt wurde. Dabei wurde an die seit den Nürnberger Militärtribunalen übliche und allmählich in der Öffentlichkeit durchgesetzte Ansicht angeknüpft, für

einen Schuldvorwurf sei der Hinweis auf die gleiche Schuld des anderen, insbesondere des Anklägers, belanglos. Daß dabei in unzulässiger Weise eine Übertragung vom juristischen und moralischen individuellen Schuldfall in die Ebene des Politischen erfolgt war, wurde meist übersehen oder bewußt verdrängt. Daß es weniger um ethische als um rein politische Interessen ging und geht, läßt sich auch daraus ablesen, daß die Auffassung, eine Aufrechnung sei moralisch verwerflich, vor allem von solchen Kreisen und Personen vertreten wurde und wird, die zum Beispiel energisch für Wiedergutmachung eintreten oder die angeblichen Ansprüche Polens bei dessen Gebietsforderungen auf Ostdeutschland mit den »Nazi-Verbrechen« begründen — und dabei aufrechnen. Die Ablehnung der Aufrechnung durch solche Personen ist offensichtlich intellektuell unredlich und grenzt an Scheinheiligkeit: Einmal wird erheblich aufgerechnet, wenn es zu Lasten Deutschlands geht und — angebliche oder wirkliche — deutsche Schuld nicht nur moralisch beurteilt, sondern nun zum Vorteil bestimmter Empfänger materiell wiedergutgemacht werden soll, wenn also Ansprüche durch Aufrechnung entstehen. Andererseits soll sich Deutschland — aus moralischen Gründen — nicht auf Aufrechnung berufen dürfen: eine doppelte und damit im Grunde gar keine Moral.

Die Erkenntnis scheint sich zu verbreiten, daß Aufrechnen zur Politik gehört, insbesondere in einer Zeit vorwiegend psychologischer Kriegführung und geistiger Auseinandersetzungen in der Weltöffentlichkeit. Das ist besonders wichtig in einem durch die Umerziehung mittlerweile »geschichtslosen Land« wie Westdeutschland, in dem, wie Michael Stürmer es ausdrückte, der die Zukunft gewinnt, »der die Erinnerung füllt, die Begriffe

prägt und die Vergangenheit deutet« (Stürmer 1986, S. 692). Wenn der Druck der von den Massenmedien gelenkten Öffentlichkeit die Politik und teilweise auch das Recht bestimmt und dabei größtenteils einseitig die Aufrechnung gegen Deutschland vollzogen wird, kann die betroffene Seite es sich nicht erlauben, auf eine Aufrechnung zu verzichten, insbesondere wenn sie die bisher schwächere ist.

Wie sehr eine Haltung mit Billigung einer Aufrechnung berechtigt und sogar um der Wahrheit willen notwendig ist, unterstrich im Hinblick auf die Auseinandersetzungen der westdeutschen Historiker der Leitartikler Johann Georg Reißmüller (FAZ 14.11.1986): »Etwas ist nicht in Ordnung mit dem zeitgeschichtlichen Bewußtsein, mit dem Verhältnis zur Zeitgeschichte und mit der Moral im Urteil über die Zeitgeschichte ... Wie läßt sich das alles erklären? Einer der wichtigsten Gründe liegt sicherlich in der beständig erhobenen Forderung, es dürfe nicht ›aufgerechnet‹ werden. Das ist eine falsche Parole ... Sich von solcher Furcht (des Vorwurfs der Aufrechnung, R.K.) zu befreien, ist notwendig, um der Wahrheit und der Wahrhaftigkeit willen.« Ein Abrücken vom hypermoralischen Standpunkt, in Deutschland dürfe man nicht an Aufrechnung denken, würde auch wohl einen Schritt in Richtung einer Normalisierung des geistigen Lebens bedeuten.

V. Kollektivschuld für weitere Generationen

Nicht zufällig war der 40. Jahrestag des Kriegsendes so ausgiebig zu Vergangenheitsbewältigung benutzt worden: Die persönlich als Schuldige Möglichen waren nun ziemlich abgetreten, und die nächste Generation war an ihre

Stelle gerückt. Auf sie, die die »Gnade der späten Geburt« in Anspruch nehmen konnten, sollte nun die Erpreßbarkeit übertragen werden, damit diese politisch wirksam bleiben könnte. Das war natürlich nur möglich, wenn die bisherige Schuldzuweisung aufrechterhalten oder gar verstärkt und auf neue Schuldner übertragen werden könnte. Gerade dies schien nun durch die neue Entwicklung gefährdet, wenn an der »Einmaligkeit« der NS-Verbrechen gezweifelt und das damalige Geschehen »relativiert«, »verharmlost« oder auch nur »historisiert« würde.

Nolte hatte bereits gewisse »Interessen« unterstellt und vor Erwägungen der »Nützlichkeit« in der Geschichte gewarnt (Nolte 1986a). Stümer hatte erwähnt, »die Vergangenheit, die nicht vergehen will, ist leider oft nur eine Vergangenheit, die nicht vergehen darf, um der Macht der Groß-Richter und der Groß-Propheten willen« (Stürmer 1986b, S. 690), und damit auf die Scheinheiligkeit und Scheinmoral der Vertreter der einseitigen Vergangenheitsbewältigung angespielt. Auch Christian Meier hatte eingeräumt (FAZ 26.11.1986): »Es ging und geht beim Thema des ›Historikerstreits‹ weniger um die Vergangenheit als um Gegenwart und Zukunft ... Damit steht zugleich das, was unsere bundesrepublikanische Identität ist und sein kann, zur Debatte.«

Das Bestreben, auch die kommenden Generationen der Deutschen mit dem »Stigma Auschwitz« zu belasten und für sie eine normale Politik unmöglich zu machen, wurde bei den Auseinandersetzungen ausdrücklich angesprochen. So glaubte der stellvertretende Chefredakteur der »Zürcher Zeitung«, Cattani, in seinem Blatt (26.9. 1986) feststellen zu müssen: »Der Judenmord bleibt als Hinterlassenschaft Hitlers auch für die Deutschen der

nächsten Generation ein Brandmal.« Habermas trat dafür ein, daß etwas »von der kollektiven Mithaftung« aller Deutschen »auch noch auf die nächste und übernächste Generation« übertragen werde (Die Zeit 7.11.1986). Kinder und Kindeskinder sollen also in Mithaftung für etwas genommen werden, wofür wohl immer noch Hellmut Diwalds Feststellung von 1978 gilt, daß dieses »trotz aller Literatur in zentralen Fragen noch immer ungekärt« ist (Diwald 1978, S. 165).

Das Motiv der Schuldübertragung auf die unmittelbar gar nicht an den damaligen Vorgängen Beteiligten nach Art der alttestamentarischen Überlieferung war auch für Günter Zehm (Pankraz, Die Welt 24.11.1986) das Entscheidende für »Habermas und die Marxisten«. Denn diese »verteidigen nicht nur das Nachkriegsdogma der sogenannten Kollektivschuld, sie möchten auch, daß diese Kollektivschuld auf die kommenden Generationen übertragen wird Im Grunde geht es in der ganzen ›Diskussion‹ gerade um diesen Punkt. Da die bisherige › Schuldgeneration ‹ politisch abtritt und allmählich wegstirbt, versucht man nun, den Enkeln und Urenkeln den Schuldbazillus einzuimpfen.« Und Zehm legte auch die unausgesprochenen, aber wohl nicht zu Unrecht unterstellten Gründe von »Habermas und Co.« dar: »Erstens will man die Deutschen durch das Dogma der ewigwährenden Kollektivschuld klein und häßlich halten, damit sie weiterhin physisch und psychisch erpreßbar bleiben. Zweitens setzt man auf den Neurotisierungs-Effekt. Ewiges Schuldbewußtsein macht neurotisch, und Neurosen münden oft in Selbstzerstörungswut. So hofft man über den Umweg deutschen Selbsthasses doch noch endlich zum großen Kladderadatsch zu kommen, in dem die traditionellen Lebensverhältnisse verbrennen und endlich

der ›wahre Sozialismus‹ entstehen kann.« Dem ist kaum etwas hinzuzufügen.

Lange, schon zu lange, um nicht gefährliche Hypotheken für die Zukunft zu hinterlassen, hat bereits die Selbstzerstörung des Geschichts- und Volksbewußtseins durch die Neurotisierung in Deutschland gedauert. Der Kölner Politologe und Historiker Hans Peter Schwarz beschrieb den Zustand Anfang 1987 auf einer Tagung anläßlich Bruno Hecks 70. Geburtstag in der Akademie Eichholz, indem er anführte, die Westdeutschen »lechzten gerade im letzten Jahrzehnt ganz sichtlich danach, sich wieder ihrer Wurzeln in einer unverkürzten, lebendig erfahrbaren deutschen Geschichte zu vergewissern, werden aber unablässig nur an die zwölf Jahre erinnert, auf die sich kein patriotisches Selbstgefühl gründen läßt. Wo das Nationalgefühl durch Schuldbewußtsein ersetzt wurde, ist die Degeneration des Patriotismus in einen defaitistischen Pazifismus weitgehend vorprogrammiert.« (zit. von Rudof Zundel, Die Zeit 6.2.1987) Bundesverteidigungsminister Wörner meinte bei dieser Tagung, »die unbewältigte Vergangenheit werde als Mittel benutzt, um dem Land die Zukunft zu verweigern«, eine Erkenntnis, die allerdings in der CDU noch nicht weit um sich gegriffen hat.

Auch unter diesem Gesichtspunkt sind daher die Versuche zu betrachten, die nächste Generation in die Kollektivschuld einzubeziehen und neue Kollektivschuldbekenntnisse abzulegen. Solch ein Bekenntnis gegenüber den Sowjets wird zur Zeit von Kreisen in der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), die auch die verhängnisvolle Ostdenkschrift hervorbrachte, vorbereitet und in der Öffentlichkeit durchzusetzen erstrebt (BdV Nachrichten Febr./ März 1987, S. 4). Die Evangelische Kirche

in Hessen und Nassau hat bereits mit ihrer Kirchenleitung offiziell ein »neues deutsches Schuldbekenntnis« gefordert (FAZ 11.6.1987).

H. Angewandte Methoden

I. Persönliche Diffamierung

Wie in früheren Fällen, wenn sachlich gerechtfertigte Zweifel an der einseitigen Vergangenheitsbewältigung geäußert wurden, die wissenschaftlich nicht zu widerlegen waren, griff die Seite der Umerzieher zur moralischen Keule und zur persönlichen Abwertung. Regelrechte »Schlammschlachten« (Hillgruber 1986c, S. 734) entbrannten, und die »Welt« stellte fest (22.11.1986), die »Diskussion über die neue deutsche Geschichtsschreibung ist in eine politische Schlammschlacht ausgeartet. Beschimpfungen, Verdächtigungen und Unterstellungen bestimmen die Szene.« Insbesondere wurden Nolte und Hillgruber dabei Aussagen und Stellungnahmen unterstellt und vorgeworfen, die in den angegriffenen Artikeln gar nicht vorkamen oder sich nur durch sehr gewagte Kombinationen oder Auslegungen in sie hineinlesen lassen. Doch während früher, vor allem »in den Zeiten der Geschichtsverdränger vor zehn oder fünfzehn Jahren« (Thomas Nipperdey, Die Welt 28.2.1987), der einzeln so Fertiggemachte von seinen Kollegen im Stich gelassen und von der Presse zur Richtigstellung nicht zugelassen wurde, fanden sich jetzt erstmalig genügend Verteidiger, und die großen Zeitungen berichteten, aus welchen Gründen auch immer, ausführlich aus beiden Lagern.

Schon bei den Diskussionen anläßlich der Römerberg-

gespräche ging es in Frankfurt nicht gerade zimperlich zu, und man kämpfte mit harten Bandagen. Stürmer wurden von Freimut Duve »eine absurde Analogie« und »Leichtfertigkeiten« unterstellt, was jener mit dem Vorwurf der »Demagogie« beantwortete, bis schließlich die Diskussion abgebrochen werden mußte. In seiner Begründung dafür, daß er sein Manuskript den Veranstaltern für den Sammelband über die Gespräche nicht zur Verfügung stellen wolle, gab Stürmer nach deren Darstellung an, daß »vom Namen ›Gespräch‹ nicht mehr viel übriggeblieben sei hinter den Gefühlen, Anklagen, Diffamierungen und Denunziationen«. Er habe sich »als Ansatzpunkt moralischer Entrüstung« gefühlt. Der Moderator sei außerstande oder nicht willig gewesen, »eine angemessene Gesprächsatmosphäre zu schaffen und wenigstens die übelsten Beleidigungen und Diffamierungen Dritter zu unterbinden« (Hoffmann 1987, S. 110). Auf der Tagung der Hanns Martin Schleyer-Stiftung im Herbst 1986 im Berliner Reichstag kennzeichnete Stürmer die Auseinandersetzung als einen »Diffamierungs- und Schauprozeß« (FAZ 11.10.1986).

Abfällige Bemerkungen aus Habermas' Feder über Nolte und Hillgruber sind schon angeführt worden. Sie trugen wegen ihrer unsachlichen und sachfremden Art wesentlich zur Schärfe der Auseinandersetzungen bei. Der Heidelberger Pädagoge Michael Brumlik schrieb im Hinblick auf Hillgrubers Buch »vom Niedergang deutscher Geschichtswissenschaft auf das Niveau von Landserheftchen« (taz 12.7.1986; auch Piper 1987, S. 77). Nachdem Wolfgang Malanowski bereits im »Spiegel« (Nr. 36, 1.9.1986, S. 66—70) »einen an Infamie nun alle anderen überbietenden ›Gipfel‹ erstürmt hatte« — so Hillgrubers Urteil darüber (Hillgruber 1986b, S. 734) —,

schaffte »Spiegel«-Herausgeber Rudolf Augstein noch eine Steigerung (»Spiegel« Nr. 41, 6.10.1986, S. 62), indem er unter der Überschrift »Die neue Auschwitz-Lüge« scharf gegen Hillgruber moralisierte, ihn einen »konstitutionellen Nazi« nannte und gar meinte, solch ein Mann müßte des Schuldienstes verwiesen werden, wenn er ein Lehrer wäre und damit nicht die akademische Freiheit genösse. Der Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel nannte die vier von Habermas gemaßregelten Historiker eine »Viererbande« (Piper 1987, S. 322). Martin Broszat warf Nolte »hochmütige Verachtung empirisch-historischer Vorgehensweisen« und Michael Stürmer gar »Perversionen patriotischen Geschichtsverlangens« vor (Die Zeit 3.10.1986). Danach würde sich also jemand, der sich für ein normales Geschichtsbewußtsein — und mehr will Stürmer kaum — einsetzt, der Perversionen schuldig machen. Auf Eberhard Jäckels Überschrift seines »Zeit«-Artikels »Die elende Praxis der Unterstellers« wurde ebenfalls schon hingewiesen: Mit dieser Behauptung werden die Tatsachen geradezu auf den Kopf gestellt.

Schon in seiner ersten Entgegnung (FAZ 31.7.1986) warf der Bonner Neuhistoriker Klaus Hildebrand Habermas »ein trübes Gebräu aus Politik und Wissenschaft, aus Weltanschauung und Geschichtsbetrachtung, aus Vorurteilen und Tatsachen« vor. Er habe »unter dem Rubrum der Aufklärung Gegenaufklärung betrieben« und »platte Politisierungen« gebracht.

Äußerst scharf konterte dann Hillgruber Habermas' Beschuldigungen, nannte sie »die Entfesselung einer politisch motivierten Rufmordkampagne«, sprach von »teils raffiniert, teils plump manipulierter Montage«, von »törichtem Geschwätz von Habermas«, von dessen »perfiden« Unterstellungen, von »Polemik niedriger Quali-

tät« und meinte sicher zu Recht: »Es ist ein Zeichen für die totale Verwahrlosung dessen, was als ›politische Kultur‹ gerade in der sich ›liberal‹ gebenden Wochenzeitung ›Die Zeit‹ immer wieder gefordert wird, wenn sich diese Zeitung als Forum für die Habermas'schen Aggressionen gegen vier deutsche Historiker hergibt.« (Hillgruber 1986b, S. 733)

So erfreulich es ist, daß eine so deutliche Kennzeichnung gerade dieser Zeitung aus so berufenem Munde erfolgte, so ist doch zu bedauern, daß solch eine Stellungnahme von solch einem Manne nicht Jahrzehnte eher erschien, in denen genügend Anlaß gegeben war, nicht zuletzt bei der allgemeinen Hexenjagd auf Hoggan, Hofstätter, Diwald und andere Wissenschaftler wegen kritischer Anmerkungen zur Zeitgeschichte.

Schon im Oktober 1986 waren die gegenseitigen Anfeindungen so weit gediehen, daß Christian Meier bei seiner Eröffnungsrede auf dem Historikertag in Trier mahnen mußte: »Es geht nicht an, daß Historiker sich weigern, Räume zu betreten, in denen bestimmte andere Historiker sich aufhalten — um nicht in die Versuchung zu kommen, ihnen die Hand zu geben.« (Piper 1987, S. 207)

Als Habermas dann im Vorfeld der Dokumentation zum Historikerstreit »den Piper-Verlag auf seine unnachahmliche Weise unter Druck« setzte (Piper 1987, S. 392), indem er als Einziger auf einer Anmerkung bestand und darin Stürmer »Chuzpe« (ebenda, S. 384) vorwarf und Hillgruber »mangelnde Distanz zu jener ganzen Sphäre« des Dritten Reiches (ebenda, S. 385) sowie »Ressentiments seiner unreflektierten lebensgeschichtlichen Erfahrung« (ebenda, S. 386) unterstellte, wurde ihm scharf geantwortet. Stürmer zieh den Philosophen der »Erfindung der tatsachenfreien Wissenschaft« sowie der »Ver-

einheitlichung von Erkenntnis und Interesse« (ebenda, S. 391) und beschuldigte ihn der »Praxis der Antifa-Agitation, jeden Andersdenkenden als Nazi vorzuführen« (ebenda, S. 392): eine Erkenntnis, die hoffentlich nicht wieder vergessen wird und die anscheinend dem damaligen CDU-Oberbürgermeister von Frankfurt, Wallmann, noch fehlte, als er vor wenigen Jahren Habermas mit dem Adorno-Preis der Stadt auszeichnete.

II. Wissenschaftliche Disziplinierung

Gegen im Historikerstreit für eine differenziertere Geschichtsbetrachtung und für eine Revision des bisherigen Geschichtsbildes eintretende Wissenschaftler wurden sogar schon außergewöhnliche Maßnahmen aus Wissenschaftskreisen ergriffen. So wurde Ernst Nolte von der angesehenen Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) von einem seit mehr als sechs Jahren laufenden wissenschaftlichen Vorhaben, einer Herausgabe der Briefe und Tagebücher Theodor Herzls, des Begründers und führenden Vertreters des Zionismus um die letzte Jahrhundertwende, ausgeschlossen, das in deutsch-jüdischer Zusammenarbeit mit dem Jerusalemer Zionistischen Zentralarchiv durchgeführt wird und von dem bereits drei Bände erschienen sind. Nolte arbeitete neben dem Duisburger Historiker Julius H. Schoeps als Deutscher an diesem von der DFG geförderten Werk mit, hatte diese Aufgabe erst auf ausdrückliche Bitte der DFG übernommen und den entsprechenden Unterstützungsantrag gestellt.

Anfang 1987 ließen »die israelischen Herausgeber die Forschungsgemeinschaft als deutschem Finanzier wissen, daß sie mit Nolte nicht länger zusammenarbeiten wollten«, denn es »sei der Druck der öffentlichen Mei-

nung, die Nolte, einen Exponenten im Historikerstreit, als Herausgeber nicht mehr dulde«, weil er im Streit um die Einzigartigkeit ein Vertreter der These der Vergleichbarkeit sei (FAZ 13.5.1987). Ausdrücklich seien keine wissenschaftlichen Gründe oder Bedenken genannt worden, sondern die »Israelis ließen sogar an der Dignität Noltes keinen Zweifel« (ebenda).

Nachdem »die israelischen Mitherausgeber unmißverständlich klargemacht hatten, daß sie ihre zur Durchführung des Vorhabens unabdingbare Beteiligung bei einer Mitwirkung von Professor Nolte zurückziehen müßten« — so die DFG in ihrer Begründung (Allgemeine Jüdische Wochenzeitung 22.5.1987) —, beugte sich die DFG sofort diesem rein politisch begründeten Ansinnen der Israelis. Noltes Ausscheiden aus dem Vorhaben durch die einseitig von Jerusalem erfolgte Aufkündigung der Kooperationsbereitschaft, die Voraussetzung der Förderung durch die DFG, hätte eigentlich zur Ablehnung des ja von Nolte gestellten Unterstützungsantrags durch die DFG und damit zum Wegfall der Förderung führen müssen. Aber auf das Geld wollten die Israelis natürlich nicht verzichten. Der beteiligte israelische Historiker Alex Bein stellte deswegen ausdrücklich die DFG vor die Entscheidung, »was ihr wichtiger sei: das Prestige eines deutschen Professors oder das Aufsehen und die Kritik, die eine Unterbrechung des gemeinsam unternommenen Werkes in der westlichen Welt erregen könnte« (FAZ 5.6. 1987). »Das war deutlich«, meinte Konrad Adam dazu und hielt den Gedanken an Erpressung für durchaus gerechtfertigt (ebenda). Auch der jüdische Historiker an der Bundeswehrhochschule München Michael Wolffsohn fühlte sich an die »Arisierung« nach 1933, »diesmal unter anderen Vorzeichen«, erinnert (ebenda).

Die DFG ließ sich also erpressen, fand in dem Leiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, Herbert Strauß, einen neuen Antragsteller aus Westdeutschland, und das Vorhaben war gerettet. Unberechtigte subjektive Vorwürfe gegen Nolte waren auf diese Weise auf dem Umweg über das Ausland und dessen Öffentlichkeitsdruck zu einem objektiven Hindernis für ein DFG-Vorhaben geworden — eine bedenkliche Entwicklung und sicher kein Ruhmesblatt für die deutsche Wissenschaftsförderung. Die DFG setzte sich mit ihrer Entscheidung, wie Konrad Adam in einem zutreffenden Kommentar bemerkte (FAZ 13.5.1987) und scharf kritisierte, »in Widerspruch zu ihrem eigenen, ständig wiederholten Grundsatz, dem einzigen zudem, der für eine Institution ihrer Art zählen darf«, nämlich der »Qualität der Forschung als einzig legitimer Richtschnur ihrer Tätigkeit«. Die DFG hat sich »dubiosen Argumenten« gebeugt und aus »wissenschaftsfernen Gründen ... auch wenn die DFG damit politisch weitsichtig gehandelt haben sollte« (!), ihre wissenschaftliche Aufgabe verraten, was »in der Geschichte der DFG ohne Beispiel sein« dürfte. Einen angesehenen Wissenschaftler nur deswegen abzuweisen — insbesondere wenn er vorher auf ausdrückliche Bitte der DFG bei diesem Vorhaben tätig geworden war —, »weil er politisch unbequeme Ansichten vertritt, könnte beträchtlichen Schaden für die Wissenschaftsfreiheit« bedeuten. Mit Recht fügte Adam hinzu: »Das Grundgesetz hat dies mit guten Gründen nicht gewollt.« (Ebenda) Eine Forschungspolitik dürfe nicht auf tatsächliche oder auch nur vermutete Meinungen der Öffentlichkeit vorbeugend Rücksicht nehmen.

Die vom Generalsekretär der DFG, Dr. Carl Heinz Schiel, veröffentlichte Verteidigung der DFG, daß es bei

ihrer Entscheidung gar nicht »um die Frage der Wissenschaftsfreiheit« gegangen sei, »sondern einzig um die Durchführbarkeit ... Das Projekt hätte nicht weitergeführt werden können ... 680 000 DM aus Steuergeldern sind bislang in das Projekt geflossen« (FAZ 21.5.1987), zeugt von politischer Naivität und Hilflosigkeit gegenüber jedwedem Erpressungsversuch.

Am 5.5.1987 wandte sich der »Bund Freiheit der Wissenschaft« (BFW) in einer Erklärung »BFW protestiert gegen Absicht der DFG« an die Öffentlichkeit gegen diese »strafweise« Abschiebung Noltes und gegen solche »Sanktionen« seitens der DFG gegenüber dem Historiker. Der Bund beobachte »mit großer Sorge« seit Monaten »die Form der Auseinandersetzung« im Rahmen des Historikerstreits. »Die Sorge gilt der voreiligen Etikettierung durch Politiker und Wissenschaftler im In- und Ausland, die bestimmte Historiker dem ›guten‹ oder ›schlechten‹ Deutschland zurechnen.« Wissenschaftliche Auseinandersetzungen dürften nicht zu solchen »Strafmaßnahmen« gegen einzelne Wissenschaftler führen, »bei denen der quasi-amtliche Bannstrahl einen oder mehrere Wissernschaftler trifft. Genau dies ist aber in bezug auf den Berliner Historiker und angesehenen Faschismusforscher Ernst Nolte geschehen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat ihn, sozusagen strafweise, aus einem wichtigen Projekt ausgeschlossen ... Der BFW hält die Sanktionen gegen Ernst Nolte für unvereinbar mit der Freiheit der Wissenschaft.« Der BFW halte vor allem die offene Diskussion »über die im Historikerstreit angeschnittenen Fragen für eine Selbstverständlichkeit im Rahmen der freien wissenschaftlichen Auseinandersetzungen«. Auch von anderen wissenschaftlichen Vereinigungen wären derartige klare Aussagen gegen solch

eine Einschränkung der Forschungsförderung aus durchsichtigen politischen Gründen oder bestimmten Interessen wünschenswert gewesen.

In diesem Zusammenhang ist eine versuchte Reglementierung eines angesehenen westdeutschen Historikers erwähnenswert, auf die Jörg Albisser erneut hinwies (Albisser 1987, S. 122). Vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg (MGFA) erschien 1983 der vierte Band des Werkes »Das deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg« unter dem Titel «Der Angriff auf die Sowjetunion«. Bei der Herstellung hatte der zuständige Projektleiter »Zweiter Weltkrieg«, Dr. Wilhelm Deist, selbst des Russischen nicht mächtig, den diese Sprache beherrschenden und aus den Quellen unmittelbar schöpfenden Mitverfasser Dr. Joachim Hoffmann, ebenfalls Mitglied und inzwischen Wissenschaftlicher Direktor am MGFA, zwingen wollen, in seinem Beitrag zur sowjetischen Kriegführung Stellen wegzulassen, die der antirevisionistischen Gruppe des MGFA und seinem »leitenden Historiker«, Manfred Messerschmidt, nicht paßten. Doch im Gegensatz zu vielen ließ sich Hoffmann nicht zwingen und blieb seinem wissenschaftlichen Ethos treu. Die Angelegenheit kam sogar vor Gericht. Das Landgericht Freiburg stellte mit Urteil vom 19.7.1984 fest, daß Hoffmann das Recht habe, diese erfolgte Nötigung öffentlich zu behaupten, so daß das Vorgehen von Deist eine Verletzung der Beamtenpflicht darstellt.

Die wichtigsten Forderungen des »Projektgruppenleiters« an Hoffmann zur Verbiegung der geschichtlichen Wahrheit waren gewesen: 1. die Streichung aller Stellen mit Hinweisen auf die gemeinsame Verantwortung der Sowjetunion und des Deutschen Reiches für die Ausschaltung Polens 1939, 2. die Darstellung des russischen

Aufmarsches 1941 als reine Reaktion auf den deutschen Aufmarsch, 3. die Auslassung aller Hinweise auf die »Methoden des Vernichtungskrieges auf sowjetischer Seite«, also die Verschweigung des bolschewistischen Terrors. In einem Standardwerk einer westdeutschen öffentlichen Forschungseinrichtung sollte also bewußt und einseitig zuungunsten Deutschlands manipuliert und die Geschichte verfälscht dargestellt werden. Daß Deist dann trotz des eindeutigen und ihn belastenden Gerichtsurteils dennoch sofort das Vertrauen seines Dienstherrn ausgesprochen bekam und auch weiterhin die politische Tendenz des auf zehn Bände ausgelegten Gesamtwerkes bestimmen konnte und kann, ist eine weitere für die westdeutsche Zeitgeschichte bezeichnende Tatsache.

In seinem Artikel führt Albisser (Albisser 1987, S. 120—123) weitere Beispiele für diesen »Historikerstreit am MGFA« und für die Praxis der »schrecklichen Vereinfacher« mit ihren »vulgär-psychologischen Verkürzungen« an. Es war daher auch wohl kein Zufall, daß gerade beim Festvortrag zum dreißigjährigen Bestehen des MGFA Freiburg der Münchner Historiker Thomas Nipperdey vor politischen Zumutungen und Zuordnungen an die Adresse der Wissenschaft warnte, insbesondere davor, die Geschichtsforscher in »Wende- oder NATO-Historiker einerseits, progressive und kritische Anti-Wende- und manchmal sogar Anti-NATO-Historiker andererseits« einzuteilen. Solche Politisierung der Wissenschaft bedeute eine Bedrohung ihrer Moral und Substanz (Die Welt 14.2. u. 28.2.1987).

In einem kurz darauf veröffentlichten Artikel »Wider die politische Überforderung der Geschichtswissenschaft« — so der Untertitel — sprach sich Nipperdey eingehend gegen die politische Bevormundung der Histori-

ker aus und meinte: »Es gehört zu den Normen der Wissenschaftsmoral, daß die wissenschaftliche Disziplin selbst und die Veranstalter von Wissenschaft die Wissenschaft vor solchem Mißbrauch, vor politischen Indienstnahmen und, was heute viel häufiger ist, vor der freiwilligen politischen Indienststellung nach Kräften schützen.« (Die Welt 28.2.1987)

Auch von daher betrachtet, hat die DFG mit ihrem Verhalten gegenüber Nolte ein denkbar schlechtes Vorbild gegeben. Muß es nicht eine Warnung für andere Wissenschaftler sein, sich auf keinen Fall in die Schußlinie gewisser Kreise zu begeben? Sollte das »Habermas-Verfahren«, das »im Leser willkommene Blindheit durch »Blendung« im doppelten Sinne des Wortes erzeugen soll« — so Hillgruber (Piper 1987, S. 394f.) —, in der Geschichtswissenschaft noch stärker an Boden gewinnen? Einer gefährlichen Entwicklung ist hier von bisher angesehener Stelle nachgegeben worden.

III. Frageverbote und Fesselung der Forschung

Nolte hatte in seinem auslösenden Artikel (Nolte 1986a) Fragen gestellt, die bis dahin in Westdeutschland von der etablierten Zeitgeschichtsforschung vermieden waren. Gewisse Bereiche der jüngeren Geschichte — etwa die Vertreibung der Ostdeutschen — waren, wie schon früher Alfred Heuß (Heuß 1984, S. 143) und nun Hillgruber bedauernd hervorgehoben hatten (Hillgruber 1986b, S. 730), bislang praktisch unbearbeitet geblieben, vor allem wohl, weil sie nicht nur keinen Beitrag zur Vermehrung der deutschen Schuld brachten und deswegen die Karriere nicht außergewöhnlich begünstigten, sondern weil sie auch zur Entlastung Deutschlands führen und damit das

eigene Vorwärtskommen hindern konnten. Der Bundestag hatte im Vorfeld des zu ungewöhnlicher politischer Wirksamkeit aufgebauschten 40. Jahrestages des 8. Mai 1945 mit einem Strafgesetz, dem 21. Strafrechtsänderungsgesetz vom 25.4.1985, gewisse zeitgeschichtliche Aussagen und bei zu erwartender Auslegung auch Zweifel und Fragestellungen kriminalisiert. Diese ganze Problematik kam nun während des Historikerstreits wieder hoch. Habermas und Anhänger wollten auf jeden Fall den Deckel auf dem Eingemachten der Umerziehung weiterhin fest geschlossen halten. Auch aus dem Ausland kamen derartige Zumutungen. Die schon zitierte, sonst verhältnismäßig liberale »Zürcher Zeitung« meinte den Deutschen am 26.9.1986 vorhalten zu müssen: »Die Freiheit des Fragenden ist in Deutschland seit Hitler eingeschränkt«, denn »der Judenmord bleibt als Hinterlassenschaft Hitlers auch für die Deutschen der nächsten Generation ein Brandmal«.

Gegen solche Einstellung erhob sich ein breiter Protest. Christian Meier stellte auf dem Historikertag am 8.10.1986 klar: »Es ist weiter festzuhalten, daß es bei uns keine Frageverbote geben darf und gibt.« (Piper 1987, S. 210) Hillgruber wandte sich scharf gegen Habermas' Forderung nach Beschränkung der historischen Forschung: »Soll hier — im Widerspruch zu unserer liberalen Verfassung — eine Vorschrift erlassen werden, was Historiker tun dürfen und was nicht?« (Hillgruber 1986b, S. 731), und er verurteilte die »Anmaßung« einer solchen »geistigen Gängelung«, die bisher nicht erforderlich gewesen war, weil das Umerziehungstabu von den Hochschulvertretern im allgemeinen beachtet worden war. Nolte warf Habermas vor, »ein Zensorenamt besonderer Art auszuüben« (Die Zeit 1.8.1986). Der Bonner

Historiker Klaus Hildebrand schrieb bei der Verteidigung seines Kollegen Hillgruber und Zustimmung zu Noltes Ausführungen, daß es nicht einzusehen sei, warum wir »uns Frageverbote auferlegen« sollten, und meinte zu Habermas: »Wer solche Sperren im Dienste des ein für allemal Etablierten aufrichtet, behindert die Forschung und huldigt dem Dogma.« (FAZ 31.7.1986)

In der vom Kieler Historiker Karl Dietrich Erdmann und anderen herausgegebenen Fachzeitschrift der Geschichtslehrer »Geschichte in Wissenschaft und Unterricht«, in der eine längere Entgegnung Hillgrubers auf Habermas erschien (Hillgruber 1986b), wurde in einem Vorwort des Herausgebers gegen Habermas' Versuch der Wissenschaftsknebelung mit sehr deutlichen Worten Stellung bezogen: »Man möchte es vorziehen, solche Entgleisungen mit Schweigen zu übergehen und darauf zu vertrauen, daß sie sich selber disqualifizieren. Aber es stände zu fürchten, daß man damit die Situation verharmloste. Augsteins böse Diffamierung ist symptomatisch für einen Umgang mit Andersdenkenden, der in Teilen unserer politischen Öffentlichkeit nicht als anstößig, geschweige denn als skandalös empfunden wird. Dagegen gilt es Farbe zu bekennen: Wer auf dem Felde unseres — gewiß hochsensiblen — Verhältnisses zur NS-Vergangenheit bestimmte Überlegungen von vornherein tabuisieren oder verbieten und Zuwiderhandelnde verleumden und sie der öffentlichen Verachtung aussetzen will, begeht damit nicht nur einen fatalen Anschlag auf den Geist der Wissenschaft, sondern schadet auch der politischen Kultur in unserem Lande.« Das ist erfreulich deutlich.

Der nicht rechtsverdächtige Bremer Zeitgeschichtler Imanuel Geiss hatte Augsteins Meinung über Hillgruber

»mit Bestürzung und Trauer« (Spiegel Nr. 43, 20.10.1986, S. 10) gelesen, weil der »Spiegel«-Herausgeber hier »eine historisierende Staatsideologie durch Dämonisierung und Ausschluß Andersdenkender aus dem Konsensus unserer liberalen Republik« betreibe, und meinte: »Mit der Art ihrer Attacken gegen angeblich oder wirklich neokonservative Historiker bedrohen Augstein und Habermas unseren wissenschaftlich-politischen Pluralismus ... Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ihren Thesen (denen Noltes, Hillgrubers usw., R.K.) muß möglich sein.«

Doch gerade das fürchtet die Seite der Umerzieher seit mehr als 25 Jahren, seit Hoggan, Diwald, Bavendamm oder Kunert und andere ihre revisionistischen Werke veröffentlicht haben, mehr als der Teufel das Weihwasser und versucht, vorurteilslose Wissenschaft durch dogmatische Verbote, wissenschaftliche Reglementierung und Strafrechtsbestimmungen zu verhindern. Wie bei Habermas werden dabei aus Vorbetern der Aufklärung dann Verteidiger des Dogmas und der Reaktion. Es scheint nun, daß diese bisher erfolgreiche Methode auf die Dauer nicht mehr greift. Sie war neben der Blockierung, Geheimhaltung und einseitigen Auswahl gerade der deutschen Akten durch die Alliierten bisher erforderlich, um das einseitige Geschichtsbild zu gewährleisten. Eine weitere Verteidigung dieser Methode wird wohl auf immer mehr Schwierigkeiten stoßen. Daß sie von allem Anbeginn an verfassungsfeindlich war, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Daß ausgerechnet revisionistische Wahrheitssucher als angebliche »Verfassungsfeinde« ihr zum Opfer fielen, ist ein Beispiel für die Verkehrtheiten in diesem Bereich.

I. Motive im Historikerstreit

In dem an Unterstellungen nicht armen Historikerstreit ging es auch um die Motive der Beteiligten. Wenn ergraute Historiker nach langem Zögern und mit vielen Erklärungen sowie manchen Rückversicherungen und Beteuerungen nach altem Stil nun neue, aufsehenerregende und gegen den allgemeinen Zeitgeist gerichtete Erkenntnisse vorlegen, besteht schon naturgemäß eine große Wahrscheinlichkeit dafür, daß es ihnen dabei um die historische Wahrheit geht und weniger um politische Einflüsse.

Bei der Gegenseite mit ihrem Versuch, am bisherigen Geschichtsbild festzuhalten, Dogmen zu konservieren und sogar Frageverbote einzuführen, liegt die entgegengesetzte Vermutung nahe. Daß der Nichthistoriker Habermas den Gegenangriff startete, weist schon darauf hin, daß es dieser Seite weniger um die geschichtliche Wahrheit als um handfesten politischen Einfluß geht. Habermas schrieb: »Es geht um den öffentlichen Gebrauch der Historie.« (Habermas 1986a) Da der Einfluß auch für seine bisherige Haltung und sein Münchner Institut für Zeitgeschichte durch die neue Etwicklung auf dem Spiele steht, glaubte Martin Broszat sofort mit moralischem Unterton warnen zu müssen: »Wer den Bürgern der Bundesrepublik den selbstkritischen Umgang mit ihrer älteren und jüngeren Geschichte wegschwatzen will, raubt ihnen eines der besten Elemente politischer Gesittung, das seit den späten fünfziger Jahren allmählich in

diesem Staatswesen entwickelt worden ist. Am verräterischsten ist dabei die fundamentale Verkennung, als sei die durch die Not erworbene moralische Sensibilität gegenüber der eigenen Geschichte ein kultureller und politischer Nachteil verglichen mit anderen Nationen, und als gelte es, deren aus historischen Gründen oft robusteres oder naiveres und politisch meist schädliches historisches Bewußtsein zu kopieren.« (Die Zeit, 3.10.1986)

Noch 1983 hatte Broszat seine Art von Zeitgeschichte mit einseitiger Belastung Deutschlands gegen einen anderen Einbruch abschotten wollen, als er schrieb (Broszat 1983), daß »ernsthafte zeitgeschichtliche Forschung« mit dem Begriff »Vertreibungsverbrechen« nichts anfangen könne. Vertreibungsverbrechen seien eben keine Verbrechen gewesen, sondern nur eine »Explosion von Rache und Gewalttätigkeit, die nach dem von Hitler begonnenen Krieg auf die Deutschen zurückschlug.«

Am deutlichsten hat wohl die Bonner Historikerin Annette Kuhn, kurz vor dem Zweiten Weltkrieg geboren, die »Gefahr« der Historikerdebatte für den Bestand der »unsere gegenwärtige Gesellschaft verpflichtenden antifaschistischen und demokratischen Grundprinzipien sowohl der Anti-Hitler-Koalition als auch des deutschen Widerstandes« ausgedrückt (Kuhn 1987, S. 25). Für sie ist die Tatsache, daß der Archipel Gulag »ursprünglicher« als Auschwitz war, eine »irrwitzige Behauptung« (ebenda, S. 26). Für sie stehen Nolte und Hillgruber in derselben »zweiten bundesrepublikanischen Restauration«, in der »der baden-württembergische Kultusminister Mayer-Vorfelder fordert, daß alle drei Strophen des Deutschlandliedes wieder gesungen werden«, und Frau Noelle-Neumann ermitteln ließ, »daß nur 30 % der Bundesbürger es nicht richtig finden, daß ihre Kinder ›von

der Maas bis an die Memel‹ lernen sollen« (ebenda, S. 28). Hillgrubers Meinung, das Wort »Befreiung« sei für 1945 nicht angemessen, läßt sie fürchten: »Wird hier nicht ein antifaschistischer Grundkonsens, der für die Konstituierung unserer Nachkriegsgesellschaft verbindlich war, aufgekündigt?« (Ebenda, S. 30) Noltes These vom »Kausalnexus« zwischen Archipel Gulag und Auschwitz ist für sie »in jeder Hinsicht — wissenschaftlich, politisch und moralisch — unerträglich« (ebenda) und »kann und muß von vielen Seiten her kritisiert werden« (ebenda, S. 31), am besten wohl durch Bildung einer Volksfront. Weil »der Blick auf die These der neokonservativen Historiker ... von der demokratischen und antifaschistischen Tradition« ablenkt, sei »wichtiger aber als kritische Entgegnung ..., den antifaschistischen Widerstand und die Opfer der nationalsozialistischen Gewalt wieder zu Wort kommen zu lassen« (ebenda, S. 32).

Bei dieser wiederholten Beschwörung des »Antifaschismus« muß man sich fragen, ob die Historikerin nur »unwissentlich einer Kominternanweisung aus den späten zwanziger Jahren folgt« (Koch 1985, S. 3) oder bewußt kommunistisch durch die entsprechenden, von Moskau ausgegebenen Begriffe indoktrinieren will.

Statt wissenschaftlicher Auseinandersetzung soll also parteiisches und subjektives Vorurteil, nämlich das der Antifaschisten, die Geschichte bevormunden, bestimmte Forschungsergebnisse einfach nicht zulassen und deren Vertreter mundtot machen — ein offensichtlicher Verstoß gegen jedes Ethos der Wissenschaft und gegen die Freiheit von Forschung und Lehre. In diesem Zusammenhang sei angefügt, daß der Bochumer Historiker Hans Mommsen in seiner Stellungnahme zu Noltes Thesen mehrfach Hitlers »hybriden Antibolschewismus« (H.

Mommsen 1986, S. 1208) erwähnte, die »instinktive Furcht vor den ›asiatischen Horden‹ « als ein »Produkt des völkischen Rassismus« (ebenda, S. 1211) und damit als eigentlich unbegründet bezeichnete und empfahl, »mit dem Syndrom des Antibolschewismus behutsam umzugehen« (ebenda, S. 1212). Er wollte auch wohl nicht »den heutigen Kommunismus am moralischen Maßstab der Geschehnisse der 20er und 30er Jahre messen und damit pauschal verurteilen« (ebenda, S. 1211). Zu diesem Verharmlosen paßt dann seine Meinung, daß es in Deutschland nun darum gehe, »die Neigung zu autoritärer Anpassung als Norm des Sozialverhaltens zu bekämpfen« (ebenda, S. 1212). Darob wird man sich sicher in Moskau freuen, wie auch über Habermas' Hervorhebung der »Befreiung durch alliierte Truppen« in bezug auf die deutsche Katastrophe von 1945 (Habermas 1986c).

Es geht Habermas und seinen Anhängern also nicht um Geschichte, sondern es geht um politischen Einfluß, um die Beibehaltung der Umerziehung sowie um die Bewahrung der Machtstellung der Vertreter der Umerziehung. Schon am Tage nach Habermas' »Zeit«-Artikel stellte die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« fest: »Habermas' Ausfälle gegen die ›Revisionisten‹ in der Geschichtswissenschaft, seine früheren Attacken gegen das postmoderne Klima in Frankreich, wirken unterdessen wie intellektuelle Machtsicherung, welche die ›Stimmung‹ erst produziert, gegen die sie sich dann vehement zur Wehr setzt.« (FAZ 11.7.1986) Und in seinem Nachwort vom 21.4.1987 zur Piper-Dokumentation des Historikerstreits stellte Joachim Fest klar, daß Habermas und seine Anhänger nur »Hitler und den Nationalsozialismus als eine Art Antimythos bewahren und politischen

Absichten dienstbar machen wollen« (Piper 1987, S. 389), was dann auch im Bundestagswahlkampf ausgenutzt wurde. Der Bonner Neuhistoriker Klaus Hildebrand meinte ebenso erfreulich deutlich: »Denn letztlich scheint es Jürgen Habermas darum zu gehen, eine intellektuelle Vormachtstellung zu behaupten, die auf Differenzierung keinen Wert legt, sondern grob an einem Geschichtsbild festhält, das den langen Schatten des Dritten Reiches als uniforme Folie für die Handhabung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft benutzt. Der drohende Verlust an öffentlicher Resonanz scheint Jürgen Habermas zur Attacke gegen das, was wissenschaftlich längst feststeht bzw. erörtert wird, gereizt zu haben. Es scheint also, daß es ihm nicht in erster Linie um Wahrheit, sondern um *Einfluß* geht. Daß in solchem Fall laut die bedrohte Aufklärung beschworen wird, gehört zum Ritual der verfolgenden Unschuld.« (Die Welt 22.11. 1986)

Ähnlich urteilte Günter Zehm, wenn er feststellte (Pankraz, Die Welt 11.8.1986) — und Hillgruber stimmte dem nachdrücklich zu (Hillgruber 1986b, S. 727) —, daß es Habermas und dessen Seite gar nicht »um Quellen und Fakten« gehe, sondern um politischen »Kampf« gegen Andersdenkende, weil ihnen die von den Historikern neu vorgetragene »ganze Richtung« nicht passe. Ähnlich schrieb Thomas Nipperdey gegen Habermas: »Das ist das alte Lied, die Interpretation des Nationalsozialismus wird als Waffe im politischen Kampf benutzt.« (Nipperdey 1986a)

Auch Hillgruber warf in seiner Entgegnung auf Habermas — unter Zitierung von Frank Schirrmacher (FAZ 11.7.1986) — dem Philosophen vor, »daß dessen Kampf in erster Linie der Verteidigung seiner das ›linke‹ Spek-

trum seit 1968 beherrschenden Position gilt. Die ›Vereinheitlichung‹ des ›Geschichtsbildes‹, die Habermas jetzt angeblich heraufziehen sieht, ›ist Reaktion auf die Uniformierung des Geschichtsbildes, die Habermas seit Jahrzehnten betreibt‹. Er und seine Mitläufer klammern sich an ein eindimensionales, als Anklage formuliertes Bild vom Nationalsozialismus und von ›den‹ Deutschen im ›Dritten Reich‹. Jede durch die Forschung unvermeidlich eintretende Differenzierung des Bildes gerät so zwangsläufig unter Apologie-Verdacht. Habermas und seine Freunde sprachen und sprechen zwar viel von ›Pluralismus‹, doch war und ist damit immer nur ein ›Pluralismus‹ innerhalb des ›linken‹ Spektrums gemeint. Alles andere wurde früher vornehmlich mit dem Schlagwort ›reaktionär‹ abgestempelt, seit einiger Zeit ist ›neo-konservativ‹ an dessen Stellen getreten.« (Hillgruber 1986b, S. 734)

Es geht also Habermas und seinen Anhängern weniger um die geschichtliche Wahrheit als darum, ob die »Auschwitz-Keule« zur Disziplinierung der Deutschen weiterhin wirksam bleibt oder ob sie langsam stumpf wird. Habermas und seine Genossen möchten sie möglichst auch in der nächsten Generation noch schwingen, um dadurch ihren politischen und gesellschaftlichen Einfluß zu erhalten. Mit Recht schrieb der Münchner Historiker Christian Meier nach einigen Wochen des Streits: »Es ging und geht beim Thema des ›Historikerstreits‹ weniger um die Vergangenheit als um Gegenwart und Zukunft.« (FAZ 20.11.1986)

Die Hochschulpolitik der letzten Jahrzehnte hat allerdings dafür gesorgt, daß auf akademischer Ebene sich in dieser Debatte fast kein Vertreter mit nationaler Haltung und für eine deutsche Identität — statt für die bundes-

republikanische — zu Wort melden kann: eine tragische Lage für unser Volk und eine schwere Hypothek für seine Zukunft. Der Unterschied zur Zeit der Befreiungskriege oder der nach dem Ersten Weltkrieg springt ins Auge.

K. Neue Schwerpunkte der Zeitgeschichte

In dem Zustand jahrzehntelanger Besetzung und Spaltung Deutschlands hätte man erwarten können, daß die deutschen Historiker einen Schwerpunkt auf die Darstellung früherer Freiheits- und Befreiungsbestrebungen gelegt hätten, etwa in der Schilderung der Befreiungskriege, des Einsatzes der Freikorps nach dem Ersten Weltkrieg oder des Opfers von Persönlichkeiten wie Albert Leo Schlageter. Doch das geschah nicht nur nicht, sondern gerade diese Bereiche wurden — mit wenigen Ausnahmen (Schulze 1987, S. 65) — gemieden, wahrscheinlich auch, weil »die Erinnerung an die Ära Steins und Hardenbergs in den Westzonen einige Jahre lang dem schroffen Verdikt der Sieger gegen Preußen als Ganzes unterliegt« (ebenda, S. 64f.) und niemand dawiderzulökken wagte. Daß dieser traurige Tatbestand nun wenigstens in Historikerkreisen erkannt sowie Kritik daran geübt worden ist, daß »die Historiker sich allzuhäufig ihrer Verpflichtung entziehen, ihre Ergebnisse der Öffentlichkeit auf wirkungsvolle, und das heißt: auf interessante Weise vorzulegen« (ebenda, S. 21), läßt hoffen.

Auch gewisse Bereiche der Zeitgeschichte sind von westdeutschen Historikern bisher kaum behandelt worden, vor allem solche, die zur Wiedergewinnung einer nationalen Identität oder zu einer Entlastung Deutschlands von den schweren Vorwürfen aus der Zeit des letz-

ten Weltkrieges führen könnten, wenn die geschichtliche Wahrheit herausgestellt wird. Auf Noltes und Hillgrubers Kritik an der Einseitigkeit der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung wurde schon verwiesen. Nachdem der US-Historiker Fritz Stern von der Columbia-Universität in New York, dem Exil-Sitz der Frankfurter Schule, im Deutschen Bundestag am 17. Juni 1987 seine geschichtsfälschenden Bemerkungen über den Volksaufstand von 1953 in Mitteldeutschland gemacht hatte, stellte der Konstanzer Altgeschichtler Wolfgang Schuller dazu treffend fest: »Die professionelle Zeitgeschichte macht einen großen Bogen um den 17. Juni, so daß jeder sich ein eigenes Bild zusammensuchen kann. Das ist der eigentliche Skandal.« (FAZ 27.6.1987)

Während des Historikerstreits traten, von den Auseinandersetzungen hervorgehoben und teilweise in sie verflochten, auch einige bisher vernachlässigte Teilgebiete der Zeitgeschichte stärker in den Vordergrund und wurden lebhaft in der Öffentlichkeit diskutiert. Erstmalig wurde das durch Stalins Politik Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg bewußt herbeigeführte Massensterben, vor allem in der Ukraine, einer größeren Öffentlichkeit auch im Ausland nahegebracht; zum anderen wurde erneut die Frage behandelt, ob der deutsche Ostfeldzug ab 1941 ein Präventivkrieg war; schließlich wurde der Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Südosteuropa größere Aufmerksamkeit geschenkt. Die dabei bisher vorgebrachten Tatsachen legen gegenüber der früheren Beurteilung eine Verlagerung der Schuldzuweisung nahe und wirken sich zu einer Entlastung Deutschlands aus.

Nolte hatte bereits in seinem grundlegenden Artikel (Nolte 1986a) vom »›Klassenmord‹ der Bolschewiki« geschrieben, die »Ausrottung ganzer Gruppen nach bloß objektiven Kriterien« in Rußland erwähnt und gefragt: »War nicht der ›Archipel Gulag‹ ursprünglicher als Auschwitz?« Er wollte das ausdrücklich nicht als Rechtfertigung verstanden wissen, sondern hielt es nur bei einer ausgeglichenen Betrachtung der Geschichte einfach für notwendig, auch die Massenmorde der Kommunisten einzubeziehen. Hillgruber wies bei seiner Abhandlung über das letzte Kriegsjahr im Osten auf die unbeschreiblichen Grausamkeiten der russischen Soldateska hin (Hillgruber 1986, S. 34f.).

Im Herbst 1986 erschien in den USA das Buch »The Harvest of Sorrow: Soviet Collectivization and the Terror-Famine« (Die Ernte des Leides: Sowjetische Kollektivierung und die Terror-Hungersnot) des Stanford-Professors Robert Conquest, der 1970 schon das Buch »Stalins Völkermord« veröffentlicht hatte, das keinen großen öffentlichen Widerhall hatte. In dem neuen Werk wird als Ergebnis eines jahrelangen Forschungsvorhabens des Ukrainian Research Institute der Harvard University in Stanford die große ukrainische Hungersnot von 1932 und 1933 als bewußte Maßnahme Stalins und als persönlicher Racheakt des russischen Diktators an den Ukrainern geschildert. Durch dieses absichtsvolle Aushungern der Ukraine sollten die der Kollektivierung Widerstand leistenden Bauern beseitigt sowie innenpolitisch Macht und Einfluß Stalins gestärkt werden. Die Hungerzeit soll nach Conquest rund sieben Millionen Men-

schen, darunter drei Millionen Kindern, das Leben gekostet haben. Nimmt man die Opfer der Maßnahmen gegen die Bauern (Kulaken), gegen die Intelligenz, die der Inhaftierung und Deportationen hinzu, soll dieser Völkermord rund 14 1/2 Millionen Tote gefordert haben. Conquest führt viele Zeugen und eindrucksvolle Aussagen hierzu an. Ihre Glaubwürdigkeit werde von Hunderten gleichartiger Erklärungen erhärtet, und es sei wohl kaum möglich, daß das Ganze eine Verschwörung von Ukrainern und Nichtukrainern zur Verdrehung der Tatsachen sei.

Ausdrücklich weist Conquest darauf hin, daß die gezielte Aushungerung 1932/33 nur auf die Ukraine beschränkt gewesen sei, daß es insbesondere eine Blockadegrenze gegeben habe, die die Ukraine von dem angrenzenden Gebiet der Sowjetunion getrennt habe, in dem es zu dieser Zeit ausreichend Nahrung gegeben habe. In einer ausführlichen Besprechung in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (7.1.1987) wurde das Buch einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt. Die »Welt« brachte dann (3.—7.2.1987) in vierteiliger Folge eine deutsche Übersetzung der »interessantesten Passagen« von Conquests Buch, so daß insgesamt Hunderttausende deutscher Leser darüber informiert wurden.

Als Rezensentin des Buches machte Sabina Lietzmann (FAZ 7.1.1987) die Leser auch mit dem 1986 in Kanada vom dortigen Ukrainischen Forschungsinstitut hergestellten Film »Harvest of Despair« (Ernte der Verzweiflung) bekannt, der vom National Film Board gefördert wurde. Mit alten Fotos, Filmen und Aussagen von Überlebenden sowie westlichen Beobachtern wird darin die Schreckenszeit in Rußland geschildert. Für Sabina Lietzmann ist »das Schicksal dieses Films aufschlußreich für

den Umgang der westlichen Medien mit Greueltaten, sobald sie im sowjetischen Machtbereich stattfanden: Jede der drei großen amerikanischen Sendeanstalten weigerte sich, den Film zu zeigen, und auch die meisten Stationen« des öffentlichen amerikanischen Fernsehnetzes, darunter der angesehene New Yorker Sender, lehnten ab: das Thema sei »zu kontrovers«. Bei der Sendung deutschfeindlicher Filme hatten und haben diese Fernsehgesellschaften nicht derartige Bedenken.

Ebenso habe es in Kanada Ärger wegen des Films gegeben: »Als der jetzige Premierminister Mulroney in einer Rede die Hungersnot in der Ukraine erwähnte, legte die Sowjetbotschaft sofort Protest ein. Die Rede, hieß es, habe nicht nur eine ›hundertprozentige Lüge‹ enthalten, sie stelle auch einen Verstoß dar gegen das Abkommen von Helsinki.« Erst später habe der Film, »eingebettet in eine Gesprächsrunde«, in der Diskussionssendung im Public Broadcasting System gezeigt werden können.

Aufschlußreich ist auch der Hinweis der Rezensentin, daß 1932/33 westliche Beobachter in Moskau durchaus Kenntnis von der Katastrophe in der Ukraine erhalten hatten, daß die westliche Presse jedoch meist darüber schwieg. So habe der Moskau-Korrespondent der »New York Times«, Walter Duranty, gegen besseres Wissen die Hungersnot sogar beharrlich geleugnet, wie es die offizielle Geschichtsschreibung der Sowjetunion noch heute tut. Auch auf Grund dieses Verschweigens, das sehr im Interesse des zum US-Präsidenten gewählten F.D. Roosevelt lag, drang der Völkermord in der Ukraine niemals ganz in das öffentliche Bewußtsein des Westens, und die hinters Licht geführten Amerikaner glaubten weiterhin an den gemütlichen Onkel Joe und seine friedliebende Sowjetunion.

In einem der zu dieser Buchbesprechung zahlreich erschienenen Leserbriefe verwies Joachim Hoffmann auf bereits in Winston Churchills Buch »Nach dem Krieg« 1930 veröffentlichte Zahlen dieser nach Churchill »niederträchtigen Affenschande von Bolschewismus«, »die Grenzen Asiens und die Zustände der finstersten Zeitalter vom Ural bis zu den Pripjetsümpfen vorgerückt« zu haben, daß Rußland »in einem endlosen Winter inhumaner Doktrinen und übermenschlicher Barbarei erstarrt« sei. Churchill erwähne, daß bereits damals »die Diktatoren folgende Personen ermordet haben: 28 Bischöfe, 1 219 Geistliche, 6 000 Professoren und Lehrer, 9 000 Doktoren, 12 950 Geistliche, 54 000 Offiziere, 70 000 Polizisten, 193 290 Arbeiter, 260 000 Soldaten, 355 250 Intellektuelle und Gewerbetreibende, 815 000 Bauern ... Sie enthalten natürlich nicht die ungeheure Einbuße der russischen Bevölkerung an Menschenleben, die infolge von Hungersnot zugrunde gingen.« (FAZ 17.12.1986). Dennoch verbündete sich Churchill später mit Stalin und lieferte ihm Osteuropa aus.

Bezeichnend war in diesem Zusammenhang, daß der sich so gegen die »Verharmlosung« deutscher Verbrechen wendende Habermas von der »Vertreibung der Kulaken durch Stalin« (Die Zeit 11.7.1986) schrieb und erst von Fest darauf hingewiesen werden mußte (FAZ 29.8.1986), daß wohl »Vernichtung« der treffendere Ausdruck sei für »eines der entsetzlichsten unter den vielen Massenverbrechen der Bolschewiki«, wie Johann Georg Reißmüller in einem Leitartikel hierüber diesen Vorgang einstufte (FAZ 14.11.1986).

Reißmüller stellte die gegenwärtige Einstellung zu diesen Ereignissen wohl treffend dar, als er schrieb: »Die sowjetkommunistischen Massenverbrechen, die sich tief ins

Bild einer Epoche eingeprägt haben, werden so mächtig verdrängt, daß sie allenfalls wie Irrläufer ins Wissen und gar erst in die öffentliche Erörterung geraten.« Er gibt auch eine Erklärung dafür, die ebenso aufschlußreich wie bezeichnend für die Lage in Westdeutschland ist: »Mancher in Deutschland scheut davor zurück, sich mit den Verbrechen des Lenin'schen und Stalin'schen Staates zu beschäftigen, darüber öffentlich zu sprechen, sie beim Namen zu nennen, darüber mehr Unterrichtung in den Schulen zu verlangen, weil er den Vorwurf des ›Aufrechnens‹ befürchtet.« Damit hat er den Finger in eine offene Wunde der veröffentlichten Meinung Westdeutschlands gelegt, deren massivem Druck sich heute kaum jemand, der in Amt und Würden ist, entziehen kann. Gut gemeint, aber nur schwer für den einzelnen durchführbar ist Reißmüllers abschließende Forderung: »Sich von solcher Furcht zu befreien, ist notwendig, um der Wahrheit und der Wahrhaftigkeit willen.«

In diesem Zusammenhang ist auch auf die millionenfachen Morde an Nichtdeutschen nach 1945, denen Zusammenarbeit mit Deutschland vorgeworfen wurde, hinzuweisen (Nawratil 1986, S. 12—22). Diese »Säuberungen« im Westen, Süden und Norden Europas wie im Osten und Vergeltungsmaßnahmen hätten, wie Heinz Nawratil im Juni 1987 vor der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) vortrug, ohne die deutschen Verluste über elf Millionen Menschen in Europa das Leben gekostet, während Deutschland rund fünf Millionen Nachkriegsopfer, vor allem im Rahmen der Vertreibung und Verschleppung, zu beklagen habe (Die Welt 18.6.1987).

In den letzten Jahren erschienen mehrere ausführliche Forschungsbeiträge über Ursache und Vorgeschichte des Rußlandfeldzuges im Zweiten Weltkrieg. 1983 kam im Rahmen des vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg herausgegebenen Werkes »Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg« der schon in anderem Zusammenhang erwähnte Band 4 mit dem Titel »Der Angriff auf die Sowjetunion« heraus. Darin belegte Joachim Hoffmann in seinem Beitrag »Die Kriegführung aus der Sicht der Sowjetunion« mit viel Quellenmaterial die These, daß Stalin nach Westen angreifen wollte. Über die skandalösen Versuche, diese Ergebnisse umzufälschen oder zu unterdrücken, wurde schon oben berichtet. Größere Aufmerksamkeit in der westdeutschen Öffentlichkeit fand 1985 das Buch des Grazer Soziologen Ernst Topitsch »Stalins Krieg«. 1986 erschien von Max Klüver »Präventivschlag 1941«. Beide Verfasser deuteten das inzwischen vorliegende Material dahin, daß Stalin 1941 den Krieg gegen das Deutsche Reich plante und die Vorbereitungen dazu eingeleitet hatte.

Schon kurz vorher hatte der Zeitgeschichtler an der britischen Universität York Hannsjoachim W. Koch in einer ausführlichen Untersuchung (Koch 1983, S. 891—919; Koch 1985, S. 285—322) über »Hitlers › Programm ‹ und die Entstehung der Unternehmung ›Barbarossa‹ « dargelegt, wie sehr Hitler mindestens bis Herbst 1940 bemüht gewesen war, einen Konflikt auf dem Balkan wie einen Krieg gegen Rußland zu verhindern, wie einseitig und unzutreffend dagegen die meisten bisherigen Darstellungen der Zeitgeschichtler in diesen Punkten sind, insbesondere »wie falsch es ist, in Hitlers Zielen ein de-

tailliertes »Programm« zu sehen, aufgestellt lange vor 1933, durchgeführt mit rücksichtsloser Logik und Konsequenz« (Koch 1985, S. 321). Richtig sei, daß »bis zum Spätsommer 1940 kein Angriffsplan gegen die Sowjetunion im deutschen Generalstab bestand« (ebenda, S. 289). Erst Rußlands Vorgehen im Baltikum wie gegen Finnland und auf dem Balkan und dann die von Molotow bei seinem Besuch in Berlin am 12.11.1940 und in Moskaus Antwort vom 25.11.1940 vorgetragenen Forderungen Rußlands hätten die Unmöglichkeit des von Hitler erhofften Ausgleichs gezeigt. »So wurde der 25. November 1940 zum Schlüsseldatum in den russisch-deutschen Beziehungen wie auch in den deutschen militärischen Planungen mit dem Ziel, die Sowjetunion anzugreifen.« (Ebenda, S. 320) Die gründliche Arbeit führt auch an, daß es in bezug auf Hitlers Haltung gegenüber der Sowjetunion »keinen Anschein dafür gibt, daß sie durch seine Forderungen nach *Lebensraum* motiviert war. Stattdessen war sie ausschließlich durch politische Faktoren bestimmt, vornehmlich durch jene, die in Nordost- und Südost-Europa wirkten« (ebenda, S. 302). Ebenso ist die Hervorhebung der Tatsache interessant, daß Hitler im Herbst 1940 Forderungen der Luftwaffe, auch britische Wohnviertel zu bombardieren, entschieden zurückwies (ebenda, S. 306).

Eine Flut von über Monate sich hinziehenden Leserzuschriften löste am 20.8.1986 ein längerer Artikel des Mainzer Journalistik-Professors Günther Gillesen in der FAZ unter der Zweitüberschrift »Wollte Stalin im Sommer 1941 das Deutsche Reich angreifen?« aus. Darin berichtete der bekannte Leitartikler über einen Aufsatz des früheren sowjetischen Generalstabsoffiziers Victor Suvorov (ein Pseudonym), der nun im Westen lebt, in der

angesehenen britischen Militärfachzeitschrift RUSI des Royal United Services Institute for Defence Studies, dessen Schirmherrin die britische Königin ist und zu dessen Präsidenten führende englische Militärs gehören. Auf sechs Seiten legte Suvorov, ein Militär der Breschnew-Ära, unter der Überschrift »Wer plante wen im Juni 1941 anzugreifen, Hitler oder Stalin?« bisher im Westen wenig oder gar nicht beachtete Tatsachen aus dem Jahr 1941 dar, so daß die Herausgeber im Vorspann schrieben: »Historiker, die bisher unkritisch die These übernommen haben, daß Stalin das Opfer einer unprovozierten Aggression im Sommer 1941 war, mögen Anlaß haben, ihre Ansichten zu revidieren oder wenigstens zu modifizieren.« (Suvorov 1985, S. 50)

Für Suvorov ist der 13. Juni 1941 »eines der wichtigsten Daten in der ganzen Sowjet-Geschichte, unendlich wichtiger (infinitely more important) als der 22. Juni 1941, der Tag des deutschen Einmarsches« (ebenda). Denn einmal verkündete an diesem Tage der Moskauer Rundfunk die von Stalin wohl selbst verfaßte TASS-Meldung, daß »Gerüchte von Deutschlands Absicht, den Pakt zu kündigen und einen Angriff auf die UdSSR zu unternehmen, ohne jede Grundlage sind«, und daß »Gerüchte, daß die UdSSR einen Krieg mit Deutschland vorbereite, falsch und provokativ sind«, daß die russischen Truppenzusammenziehungen und Manöver nur zur Übung dienten: »Diese Maßnahmen als feindlich gegenüber Deutschland zu beschreiben ist vollkommen absurd.« Suvorov wies darauf hin, daß Stalin sonst sehr schweigsam war, gerade in Krisenzeiten, daß, wenn er sich hier so deutlich erklärte, er sicher genau das Gegenteil meinte von dem, was er so demonstrativ verlauten ließ, so daß mit der TASS-Meldung ein ausgesprochener

Fall von kommunistischer Desinformation vorliege.

Denn zum anderen seien an diesem Freitag, dem 13.6. 1941, viele sowjetische Divisionen, ganze Armeen, nach Westen in Marsch gesetzt sowie neu aufgestellt worden. Unter größter Geheimhaltung seien allein fünf der acht neuen Armeen in die Ukraine und nach Weißrußland verladen worden. »So war am Tage der berühmten TASS-Meldung die Verlegung von 183 Divisionen auf der Bahn: die größte Truppenbewegung eines einzelnen Staates in der Menschheitsgeschichte.« (Ebenda, S. 52) Die Truppenkonzentrationen hätten — alles ohne allgemeine Mobilisierung — im März 1941 begonnen, im Mai »ungeheure Ausmaße« angenommen und im Juni »einfach gigantische Verhältnisse« erreicht (ebenda, S. 53), wodurch vier volle Monate lang das gesamte russische Eisenbahnwesen voll ausgelastet worden sei, und das in der auf Transportraum dringend angewiesenen beginnenden Ernte, während sonst die Manöver im Herbst stattgefunden hätten.

Die eindeutigen Angriffsabsichten Stalins belegte Suvorov ferner damit, daß die an die Westgrenze verlegten Truppen nicht nur keinerlei Verteidigungsanlagen errichteten, sondern daß Stalin die hinter der ehemaligen polnisch-russischen Grenze befindlichen Befestigungen der »Stalin-Linie« zerstören, Minenfelder abbauen, Tausende von Kilometern Stacheldraht entfernen, Partisanenverbände im Hinterland auflösen, die in Sprengkammern von Brücken, Einsenbahnstationen und Industriebetrieben vorhandenen Sprengstoffe entfernen ließ: »kurz, enorme Anstrengungen wurden unternommen, um alles, was mit der Verteidigung verbunden war, zu zerstören« (ebenda, S. 53). Dazu kam die einseitig auf Angriff ausgelegte russische Kriegstaktik. Auf keinen

Fall hätten die gigantischen Truppenmassen in den grenznahen Bereichen angesichts nicht vorhandener Unterbringungsmöglichkeiten den Winter 1941/42 dort verbringen können, und eine Zurückführung mit der Bahn im Herbst sei ebenso ausgeschlossen gewesen.

So sei der 13. Juni 1941 als »point of no return« für Rußland anzusehen, an dem der Krieg für Stalin »unausweichlich« geworden sei, ohne Rücksicht darauf, wie Hitler handeln würde. Ein nicht angreifender Hitler wäre demnach noch 1941 von der russischen Dampfwalze überrollt worden. In Anbetracht all dieser Tatsachen meinte Suvorov abschließend, »daß die einzige glaubwürdige militärische Absicht, die Stalin haben konnte, war, selbst den Krieg im Sommer 1941 zu beginnen« (ebenda, S. 54). — Suvorovs Artikel ist übersetzt im Anhang angeführt.

Die Einwände des israelischen Militärhistorikers Gabriel Gorodetsky und Bemerkungen amerikanischer und britischer Offiziere erschienen und wurden von Suvorov überzeugend beantwortet (RUSI März/Juni 1986). Insbesondere begründete dieser, warum sich Stalin gezwungen fühlte, »den Termin der ›Befreiung‹ (seines Angriffs, R.K.) von 1942 auf 1941 umzuändern« (RUSI Juni 1986, S. 73), und daß die Sowjets »diesen Entschluß (zum Krieg) gefaßt hatten, *bevor* Hitler angriff, *bevor* er begann, seine Streitkräfte an der sowjetischen Grenze zu konzentrieren« (ebenda, S. 74).

Mit seinen Ausführungen bestätigte Suvorov mit teilweise neuen Quellen und Belegen die These von Joachim Hoffmann von 1983, der dann auch persönlich Suvorovs Meinung und Argumenten voll zustimmte (RUSI Juni 1986, S. 88) und lediglich vorschlug, 1942 anstatt 1941 als möglichen Angriffstermin Stalins anzusehen. Dabei ist

aber wohl zu wenig beachtet, daß die Millionen Sowjetsoldaten in den grenznahen Gebieten kaum den Winter ohne feste Quartiere überstehen und ohne Übungsgebiete ihre Kampfkraft erhalten konnten, so daß Suvorovs Ansicht vom Angriffsplan Stalins für 1941 wohl wahrscheinlicher ist.

Nachdem die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« auch Stellungnahmen veröffentlicht hatte, die Stalin keine Angriffsabsichten zubilligen wollten, stellte Joachim Hoffmann in einer außergewöhnlich ausführlichen Leserzuschrift (FAZ 16.10.1986) in sechs Punkten noch einmal die wichtigsten Tatsachen zusammen, die man berücksichtigen müsse, wenn man Stalins Absichten beurteilen wolle. Dazu meinte er: »Die hier genannten historischen Tatsachen sind unbestreitbar und lassen eine beliebige Ausdeutung der Absichten Stalins nicht mehr zu.« Aufgrund seiner jahrelangen Beschäftigung mit den sowjetischen Veröffentlichungen wie den erbeuteten sowjetischen Akten — die Sowjets selbst veröffentlichen ihre Akten noch nicht — komme er zu dem Schluß: »Zieht man die Verhältnisse auf sowjetischer Seite in Betracht, so drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß im Sommer 1941 der eine Aggressor, Hitler, die letzte Gelegenheit hatte, dem anderen Aggressor zuvorzukommen.« — Der ganze Wortlaut von Hoffmanns Leserzuschrift ist im Anhang angegeben.

An Hoffmanns Darlegungen schlossen sich wieder mehrere Leserbriefe an (u.a. FAZ 10.11, 13.11., 21.11., 8.12.1986). Dabei wies Karl Baßler (FAZ 8.12.1986) auch auf die 1977 erschienenen Erinnerungen des ehemaligen Sowjetmarschalls Alexander Mihailowitsch Wassilewski »Sache des ganzen Lebens« hin, der, seit 1937 im Sowjetgeneralstab, von 1942 bis 1944 als Generalstabschef tätig

war. Wassilewski verneine ausdrücklich, daß der deutsche Angriff die sowjetische Führung unvorbereitet getroffen habe. Ab Dezember 1940 seien nach Molotows Besuch in Berlin Arbeiten im sowjetischen Generalstab ausgeführt worden, starke Truppen an die westliche Grenze zu verlegen, um den Krieg »auf deutsches Staatsgebiet zu tragen«. Die Sowjetarmee sei als reines Angriffsinstrument vorgesehen gewesen, ohne ein Verteidigungskonzept zu haben.

Es fiel auf und kann wohl auf den Mangel an Sachargumenten zurückgeführt werden, daß die gegen Hoffmanns Meinung eingestellten Beiträge meist weniger auf die von diesem und Suvorov herausgestellten Tatsachen eingingen, sondern ihm bestimmte Motive unterstellten und kritisierten, er versuche, »einen militärischen Antikommunismus wiederzubeleben und das Dritte Reich selbst in seinen schrecklichsten Dimensionen zu rehabilitieren«, und ihm vorwarfen, es gehe »um Störmanöver gegen die Ostpolitik der Bundesregierung, insbesondere gegen den Kurs von Außenminister Genscher« — so Rolf-Dieter Müller, ebenfalls Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg, in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (10.11.1986). Oder sie gingen von den Hitler unterstellten »seit den zwanziger Jahren feststehenden programmatischen Zielen und Eroberungsvorstellungen« — so Hoffmanns Kollege Gerd R. Ueberschär in der »FAZ« vom 31.10.1986 — aus: »Es läßt sich nun einmal nicht daran rütteln, daß Hitler 1941 der Aggressor war und nicht Stalin.« Und daran soll auch in Zukunft nicht gerüttelt werden dürfen! Mit geschichtlichen Tatsachen braucht man sich dann nicht mehr zu befassen.

Daß Ueberschär zudem das kommunistische Kürzel

»Nazis« verwendet, ist ebenfalls bezeichnend und im Grunde schon wissenschaftlich disqualifizierend. Eine ausführliche, auch quellenmäßig abgesicherte Widerlegung von Ueberschär brachte Horst Boog in der »FAZ« am 13.12.1986 und fügte weitere Argumente für Stalins Angriffsabsicht hinzu.

»Ein erstes Resümee der Debatte über Hitlers Angriff im Osten« — so der Untertitel — zog Günther Gillessen nach einigen Wochen in der »FAZ« (25.2.1987). Er erwähnte noch einmal die Hauptthesen und stellte dann fest: »Doch förderten die Zuschriften der Kritik und Gegenkritik keinen Tatbestand und kein Argument zutage, die das von Hoffmann und Suvorov präsentierte Material der militärischen Aufklärungen hätten entkräften können.« Die letzte Bestätigung kann wohl erst erreicht werden, wenn sowjetische Archive der Forschung zugänglich gemacht werden. Doch die Sowjets wissen auch genau, warum sie ihre Akten nicht veröffentlichen.

Gillessen meinte, den Widerspruch zwischen Stalins früherer Politik des Abwartens und dem offensichtlichen »Angriffsaufmarsch« der Roten Armee im Frühjahr 1941 mit einer Hypothese lösen zu können, »wenn man annimmt, daß Stalin, geblendet von Hitlers militärischen Erfolgen in Norwegen, Frankreich und dann auch auf dem Balkan, das ursprüngliche Konzept des Abwartens aufgegeben haben sollte, in der Erwartung, daß Hitler immer stärker werden und Großbritannien — Churchills Reden zum Trotz — mit Hitler Frieden schließen würde. Großbritannien mißtraute Stalin nicht weniger als Hitler. Fürchtete er, später beiden gegenüberzustehen?« Ähnliches hatte Suvorov vermutet (RUSI Juni 1986, S. 73).

Eine eingehende Auseinandersetzung mit Suvorovs Kritikern und Ergänzungen brachte Max Klüver (Klüver

1987), wobei er im wesentlichen Suvorovs Ansichten und Urteile bestätigte.

Nach allem scheint wohl festzustehen, daß man in Zukunft nicht mehr wissenschaftlich begründbar von einem nur auf Eroberungswillen beruhenden »Überfall« Hitlers auf die völlig unvorbereitete »friedliebende Sowjetunion« sprechen kann. Diese frühere These der Umerziehung ist einfach von der Wucht der inzwischen zweifelsfrei bewiesenen Tatsachen widerlegt, und auch das bisher immer durchschlagende Argument, damit würde man ja die »alte Nazi-These vom ›Präventivkrieg‹ « aufgreifen oder in deren Nähe rücken — so Gerd R. Ueberschär in der »FAZ« (31.10.1986) —, greift langsam nicht mehr gegenüber der sich abzeichnenden geschichtlichen Wahrheit.

Allgemein kann man nur feststellen, es »bleibt der Historiographie noch viel zu tun, um die Geschichte des Dritten Reiches im deutschen, europäischen und universalen Zusammenhang zu erforschen und darzustellen« (Hildebrand 1986a), und mancher Nachkriegsmythos wird noch zergehen, wenn auch wohl leider erst — wie es der große Physiker Max Planck einmal ausdrückte (Planck 1973, S. 13) — mit dem Aussterben der diese Mythen begründenden oder lehrenden Forscher.

III. Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten

Der Göttinger Historiker Alfred Heuß hatte die Vertreibung der Deutschen aus ihren vielhundertjährigen Siedlungsgebieten östlich der Oder und Neiße sowie in Böhmen und Mähren »die wohl gravierendste Kriegsfolge« für die Deutschen genannt und »die schwache Sensibilität« dafür »zu den merkwürdigsten Phänomenen des

derzeitigen Deutschlands« gerechnet (Heuß 1984, S. 143). In der Tat haben die westdeutschen Historiker diesen Bereich der Zeitgeschichte über all die Jahrzehnte bis heute trotz seiner großen politischen Bedeutung praktisch gemieden. Auch im Vorfeld der Ostverträge, als gerade dieses Thema von grundlegender politischer Wichtigkeit für die Ausgangslage der deutschen Unterhändler gewesen wäre, wurde es nicht berührt. Die westdeutschen Zeitgeschichtler haben sich sogar gegen eine angemessene Darstellung dieses einmaligen Vorgangs gewandt, obwohl er 20 Millionen Deutsche betraf (Nawratil 1986, S. 29), wobei »die Vertreibungsverluste (einschließlich der Deportationsverluste) der deutschen Zivilbevölkerung im Osten zwischen 2,8 und 3 Millionen Menschen liegen« (ebenda, S. 32). Die skandalöse Erklärung Martin Broszats, des Leiters des Instituts für Zeitgeschichte, das eigentlich gerade auf diesem Gebiet hätte forschen und veröffentlichen sollen, daß die Forschung nicht von »Vertreibungsverbrechen« an Deutschen sprechen solle und dürfe, ist oben bereits erwähnt worden. Ebenfalls ist schon auf die Schwierigkeiten hingewiesen worden, die dem amerikanischen Historiker de Zayas bei seinen Forschungen zu diesem Thema von westdeutschen Kollegen gemacht wurden.

Selbst der Begriff »Vertreibung« ist heute umstritten. Als solcher spielt er naturgemäß eine große Rolle bei den Besprechungen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz, die Anfang Juni 1987 auf ihrer 20. Sitzung in Posen ihr 15jähriges Bestehen beging. Die polnischen Historiker wollen die Bezeichnung »Vertreibung« nicht anerkennen. So erklärte Antoni Czubinski, der Leiter der polnischen Delegation, in dem Wort »Vertreibung« sehe er »einen Begriff, der die Ursachen der Umsiedlungsaktio-

nen nach dem Kriege negiert« (FAZ 13.6.1987). Da die westdeutschen Teilnehmer sich mit der Anerkennung des Zusammenhangs zwischen Vertreibung und den »Greueln der Nazis in Polen« in eine ungünstige Rückzugsstellung haben drängen lassen, fällt es ihnen nun schwer, die Bezeichnung »Vertreibung« zu verteidigen. Um so wichtiger ist es, daß im Gefolge des Historikerstreits auf die bereits vor dem Kriege und damit vor der deutschen Besetzung Polens bestehenden Annexions- und Vertreibungspläne auch polnischer Stellen hingewiesen wurde.

In den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland hatte das damalige Bundesministerium für Vertriebene eine mehrbändige Dokumentation über »Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (1953-1962)« herausgegeben, die von dem inzwischen verstorbenen Münchner Historiker Theodor Schieder bearbeitet war und 1984 auch in Taschenbuchform erschien. Das Statistische Bundesamt gab 1958 eine Zusammenstellung über »Die deutschen Vertreibungsverluste« heraus. Einzelne Vertriebenenverbände, vor allem die Sudetendeutschen, erstellten Teildokumentationen, doch diese amtlichen Darstellungen erreichten keine größere Wirkung im Volk. In die Schulbücher oder gar als wichtiger Teil in die Lesebücher wurde die Vertreibung nicht zugelassen.

Das mangelnde Interesse der westdeutschen Zeitgeschichtler über vier Jahrzehnte hat sicher mit zu dem bedauerlichen Zustand beigetragen, daß außerhalb der Vertriebenen- und Flüchtlingskreise — und selbst bei diesen schon weithin — dieses Thema fast ganz verdrängt wurde. »Es ist, wie wenn vielleicht ein Franzose an den Verlust von Indochina denkt«, klagte mit Recht Alfred Heuß (Heuß 1984, S. 143): »Siebenhundert Jahre deutscher Geschichte sind annulliert worden, so ziemlich die

einzig bleibende Leistung, in der sich das gesamte deutsche Volk in den siebenhundert Jahren seit Ausgang des Mittelalters verkörperte« (ebenda, S. 142). Betrachtet man auch die Ostkolonisation in Mähren und in Siebenbürgen, so kommt noch mehr als ein Jahrhundert hinzu.

Statt der eigentlich dazu berufenen bundesrepublikanischen Historiker griffen schließlich Ausländer und Privatleute das Thema auf, statt der älteren Zeitzeugen meist jüngere. So veröffentlichte 1980 der amerikanische Geschichtsforscher Alfred-Maurice de Zayas »Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen«. Zwei Jahre später erschien von dem bayerischen Notar Heinz Nawratil »Vertreibungsverbrechen an Deutschen« sowie 1986 seine gedrängte Darstellung »Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten«.

Im Verlauf des Historikerstreits schrieb Hillgruber, daß erst die oben erwähnte Klage des betagten Alfred Heuß in ihm »den Entschluß reifen ließ« (Hillgruber 1986b, S. 730), das Thema der Vertreibung aufzugreifen und abzuhandeln. Seine Studie über das letzte Kriegsjahr im Osten sollte nur ein »Vorgriff auf eine größere Darstellung« (ebenda) sein, auf die man für die Zukunft gespannt sein kann. Wahrscheinlich wandte sich Habermas so heftig gegen diesen Teil von Hillgrubers Äußerungen, weil ihm eine objektive Darstellung der Vertreibungsverbrechen schlecht in das Geschichtsbild paßt, das er den Deutschen erhalten möchte. Auf diese Weise war die bisherige Aussparung der Vertreibung aus dem Osten mit zu einem Auslöser des Historikerstreits geworden.

In seiner Darstellung betonte Hillgruber bereits im Vorwort, daß die Vertreibung der Ostdeutschen eben

nicht nur, wie bisher durchweg behauptet und von der unseligen Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 1966 weit verbreitet war, eine »Antwort auf die ... Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft« (Hillgruber 1986, S. 9) gewesen sei, sondern sie entspreche »lange erwogenen Zielen der gegnerischen Großmächte, die während des Krieges zum Durchbruch gelangten« (ebenda, S. 10). In groben Zügen stellte er dann (ebenda, S. 51—63) die Entwicklung des Vertreibungsplanes bei den Siegern und den in deren Hauptstädten vorhandenen Exilregierungen dar, von denen Benesch bereits im Dezember 1938, also noch vor der Errichtung des Protektorates Böhmen und Mähren, die Vertreibung der Sudetendeutschen »nach einem erwarteten erfolgreich verlaufenden Krieg« (Nawratil 1986, S. 23) besprochen hatte. Es ist verständlich, daß auch diese Erwähnungen für den deutschen Standpunkt äußerst wichtiger Geschichtstatsachen Habermas gar nicht paßten und er sie Hillgruber bereits bei seinem ersten Angriff ankreidete (Habermas 1986).

Bei der Betrachtung der Vertreibung wie auch der Zerschlagung des Reiches als Kriegsfolgen kommt immer mehr heraus und wird allmählich allgemein anerkannt, daß sie keine Reaktion der Alliierten auf den Deutschen vorgeworfene Verbrechen waren, sondern lange vorher im Westen wie im Osten geplant waren. Hillgrubers entsprechende Ausführungen wurden oben bereits erwähnt. Klaus Hildebrand sieht langsam auch ein, was aufmerksame Zeitzeugen bereits im oder kurz nach dem Kriege wußten: »Mit voranschreitender Forschung sehen wir nun allerdings, daß Hitlers Reich nicht allein zu dem Zweck besiegt wurde, um die Deutschen zu befreien (sic!), zu zähmen und zu erziehen. Die Eigenständigkeit

der sowjetischen Kriegsziele, teilweise aber auch die der Briten und Amerikaner, ging weit darüber hinaus.« (FAZ 31.7.1987) Was wird sich wohl erst ergeben, wenn weitere alliierte Kriegsakten, vor allem die sowjetischen, freigegeben werden sollten?

Die stärkere Beschäftigung der Historiker mit der Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und dem Sudetenland fällt zeitlich mit einem neuen politischen Bewußtsein innerhalb der Vertriebenenverbände, insbesondere bei deren Jugend, zusammen, so daß auch von da aus weitere belebende Impulse für die Behandlung gerade dieses wichtigen Themas in der Zeitgeschichte zu erhoffen sind. Mehr als eine ganze Generation nach dieser größten Katastrophe des deutschen Volkes seit Jahrhunderten sollte sie auch in der westdeutschen Geschichtsschreibung ihren gebührenden Platz finden und nicht weiter verdrängt und verschwiegen werden.

L. Zusammenfassende Betrachtung des Historikerstreits

Ein Jahr nach seinem Beginn ist der westdeutsche Historikerstreit noch keineswegs am Ende. »Der Historikerstreit des vergangenen Jahres ist nicht vorbei; er fängt erst an« und »ist kein Geplänkel«, erklärte Mitte Januar Christian Meier im überfüllten Auditorium maximum der Universität Duisburg (FAZ 24.1.1987). Zuviel ist in Bewegung geraten, zu sehr haben sich die Fronten versteift. Da es sich um grundsätzliche Fragen mit äußerst schwerwiegenden politischen Folgerungen handelt, ist auch ein Kompromiß kaum möglich. Mit der ihr zugewachsenen Eigengesetzlichkeit wird die Kluft zwischen beiden Lagern wohl noch größer werden. Die drohende Gefahr der Verkrustung der Historie und der endgültigen Abwürgung der geschichtlichen Wahrheit scheint nun zunächst gebannt zu sein. Insoweit kommt dem Historikerstreit grundsätzliche Bedeutung zu.

Wenn man eine Zwischenbilanz ziehen will, erscheinen folgende Punkte hervorhebenswert:

1. Wohl erstmalig ist von einer ganzen Reihe westdeutscher etablierter Historiker vor einer großen Öffentlichkeit die Notwendigkeit der Revision in der Zeitgeschichte gefordert und dabei aufgezeigt worden, daß eine Revision das Normale in der Geschichte ist. Damit ist eine andere als die bisher offizielle Sicht der Zeitgeschichte, bisher oft als »Revisionismus« bezeichnet, wohl

nicht mehr aufzuhalten. Die Zeit der großen Vereinfacher und damit Verfälscher sollte zu Ende gehen.

2. Mit der erhobenen Forderung nach Revision in der Zeitgeschichte werden auch die revisionistischen Werke der letzten Jahrzehnte, meist von Außenseitern geschrieben, neu und gerechter bewertet, und die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ihnen kann kaum noch aufgeschoben werden. Ein Umschreiben der Schulbücher ist dann die logische Folgerung und sollte möglichst bald erfolgen.

3. Die von zahlreichen Wissenschaftlern unterstrichenen Forderungen nach Erhalt der vom Grundgesetz geforderten Freiheit von Forschung und Lehre umfassen auch die des Fragens und der Meinungsäußerung. Dogmatische Denk-, Frage- und Forschungsverbote werden zurückgewiesen. Die von gewissen linken Kreisen zur weiteren Tabuisierung bestimmter Zeitgeschichtsfragen angewendeten Methoden werden als Gefahr für die Wissenschaft und für die politische Kultur in unserem Lande angesehen. Die Geschichtswissenschaft muß sich vor allem der ihr von der Umerziehung auferlegten und bisher weitgehend von ihr beachteten Fesseln entledigen. Auch Strafgesetze dürfen die Forschungs- und Denkfreiheit nicht einengen.

4. Die an sich selbstverständliche Forderung nach Historisierung auch der Zeit des Dritten Reiches ist gestellt worden. Geschichtswissenschaftler haben auf die Gefahr für ihre Forschung hingewiesen, wenn ein Bereich früherer Geschichte nur moralisch und nicht historisch betrachtet und bewertet werden darf.

5. Die Frage des Aufrechnens ist angesprochen worden. Die Erkenntnis bricht sich Bahn, daß Aufrechnung zur Politik gehört, insbesondere in unserer Zeit vorwie-

gend psychologischer Kriegführung und geistiger Auseinandersetzungen. Aufrechnung ist auch schon »um der Wahrheit und der Wahrhaftigkeit willen« (FAZ 14.11. 1986) erforderlich, ihre Ablehnung intellektuell unredlich.

6. Durch den Historikerstreit sind bisher sehr vernachlässigte Gebiete der Zeitgeschichte stärker ins Blickfeld geraten, die insbesondere für die deutsche Politik wichtig sind, so Stalins millionenfache Massenvernichtungen und sein Völkermord an den Ukrainern, die Frage, ob der Rußlandfeldzug ab 1941 ein Präventivkrieg war, und vor allem die Vertreibung der Ostdeutschen ab 1945. Gerade auf diesen Gebieten sind der Geschichtsschreibung neue Impulse gegeben worden. Auch Begriffe wie »Geopolitik«, »Machtpolitik« oder »Machtgeographie« sind nun keine Tabus mehr und wurden auf dem 36. Deutschen Historikertag in Trier im Oktober 1986 offen und sachlich behandelt (Die Welt 13.10.1986).

7. Der Historikerstreit hat durch die angesprochenen Fragen wohl für alle Zeitgeschichtler fruchtbare Anregungen gebracht. Die von ihm erzeugte Polarisierung hat viele Wissenschaftler Stellung nehmen lassen. Das trägt sowohl zur weiteren Klärung der geschichtlichen Tatbestände als auch zur stärkeren Ablehnung unwissenschaftlicher Methoden bei.

8. Die bisherige Auseinandersetzung in den großen Zeitungen hat bereits weite Kreise in Westdeutschland erreicht und zur Stärkung des Geschichtsbewußtseins beigetragen. Sie ist auch schon zu den kleineren Blättern vorgedrungen und bietet eine gute Gelegenheit zur geschichtlichen Aufklärung und zur Ablösung der bisherigen Tabuisierung der jüngeren Geschichte.

9. Der Historikerstreit hat bisher schon eine Reihe

deutlicher und in der Diskussion wirksam nutzbarer Zitate ergeben. Ihr Inhalt ist zwar nicht neu, aber erstmals von beamteten Zeitgeschichtlern öffentlich ausgesprochen worden, die man kaum alle als »Neonazis« abstempeln und damit wirkungslos machen kann.

10. Diejenigen, die schon bisher — manchmal unter erheblichen persönlichen Opfern — sich für die geschichtliche Wahrheit eingesetzt haben, sehen nun, wie sich die etablierten Historiker, die sich bisher der Revision eher hindernd in den Weg stellten und die einzeln ausgescherte Kollegen in Rufmordkampagnen im Stich ließen, untereinander streiten, sich gegenseitig — teilweise durchaus zu Recht — Unwissenschaftlichkeit vorwerfen und manchmal, wie Hillgruber, zum erstenmal erleben müssen, daß »fortschrittliche« Kräfte sie »sozialethisch« vom Platz zu stellen versuchen. Solches wird in Zukunft wohl nur noch schwerer möglich sein.

Der Historikerstreit hat schon einiges in Bewegung gesetzt, wenn auch manche Vorgänge der Kriegszeit und Schuldvorwürfe noch zu wenig hinterfragt werden. Mit dem durch sein Buch über die Vertreibungsverbrechen an Deutschen so verdienten amerikanischen Zeitgeschichtler de Zayas kann man nur wünschen: »Vielleicht sollte noch mehr in Bewegung kommen!« (Die Welt 13.12.1986)

M. Zum Wert der Geschichte

I. Die Bewertung der Geschichte in der Vergangenheit

In früheren Zeiten war es eine Selbstverständlichkeit, daß ein politisch urteilender oder handelnder Mensch gute Geschichtskenntnisse aufweisen mußte. Geschichte des eigenen Volkes wie die seiner Nachbarn war ein wichtiges Ausbildungsfach für Staatsmänner und Diplomaten. Dichter und Denker unterstreichen die Bedeutung der Geschichte für Staats- und Volksbewußtsein. Für die Nation als die zu politischem Willen erwachte Kulturgemeinschaft war und ist die Geschichte neben der Sprache die wichtigste geistige Grundlage und Klammer. Goethes weises Wort, daß man sich von 3000 Jahren mindestens Rechenschaft geben müsse, wurde in anderem Zusammenhang bereits erwähnt. Friedrich Schiller befaßte sich ausführlich mit Geschichtsstudien und urteilte: »Fruchtbar und weit umfassend ist das Gebiet der Geschichte; in ihrem Kreis liegt die ganze moralische Welt ... Selbst in den alltäglichsten Verrichtungen des bürgerlichen Lebens können wir es nicht vermeiden, die Schuldner vergangener Jahrhunderte zu werden ... Aus der Geschichte erst werden sie lernen, einen Wert auf die Güter zu legen, denen Gewohnheit und unangefochtener Besitz so gerne unsere Dankbarkeit rauben: kostbare Güter, an denen das Blut der Besten und Edelsten klebt, die durch die schwere Arbeit so vieler Generationen haben errungen werden müssen.«

Vor einem halben Jahrhundert erklärte der Philosoph Helmuth Plessner: »Es ist Gesetz, daß im letzten die Menschen nicht wissen, was sie tun, sondern es erst durch die Geschichte erfahren.« (Plessner 1928, S. 341), und der Göttinger Historiker Alfred Heuß hob die Richtigkeit dieser Aussage noch einmal hervor (Heuß 1973, S. 192).

»Vom Nutzen der Geschichte für die deutsche Gegenwart« wählte der Berliner Geschichtswissenschaftler Hagen Schulze als Untertitel seines Buches »Wir sind, was wir geworden sind« (1987) und legte darin vor allem im ersten Kapitel die Bedeutung der Kenntnis von der Vergangenheit sowohl für den Einzelnen wie für das Volk dar. Denn mit der Geschichte »sagen wir nicht nur, wer jemand ist, sondern erklären zugleich, warum er so und nicht anders ist. Wenn wir uns unsere Geschichte als deutsche Nation vergegenwärtigen, wissen wir also, wer wir heute sind und was im einzelnen der Grund dafür ist, daß wir so und nicht anders sind. Und dieses Wissen hat in vieler Hinsicht erhebliche praktische Bedeutung.« (Schulze 1987, S. 12) Jeder Versuch, aus der Geschichte auszusteigen oder ganz neu anzufangen, »scheitert mit Notwendigkeit ... Niemand kann anfangen, sondern nur anknüpfen — was heißt, daß diejenigen, die glauben, völlig Neues zu tun, buchstäblich nicht wissen können, was sie tun« (ebenda S. 13).

Zum richtigen Verstehen der Geschichte und zum Erkennen ihrer großen Linien gehört ausführliche Beschäftigung mit ihren Tatsachen, aber auch wesentlich eigene Lebenserfahrung. Geschichte ist mehr als ein Wissen von Daten. Bedeutende Zusammenhänge und tiefgründig wirkende Kräfte in ihr erschließen sich erst nach gehörigem Nachdenken und Durcharbeiten. Ein richtiges und

umfassendes Geschichtsbild bildet sich somit erst im Laufe von vielen Jahren heraus, wenn die eigenen Lebenserfahrungen sich mit dem Überlieferten verbinden. Das ist sicher mit einer der Gründe dafür, daß es in den meisten alten Kulturen eine Art »Rat der Weisen«, der Alten, gab; darum durfte in Rom niemand unter 40 Jahren Konsul werden; darum schreiben viele heutige Verfassungen zwingend vor, daß ein Staatsoberhaupt mindestens 40 Jahre alt sein muß. Nicht von ungefähr liegt das Durchschnittsalter der führenden und sehr erfolgreichen sowjetischen Politiker über 60 Jahre. Deshalb war die Herabsetzung des Wahlalters in Westdeutschland vor einigen Jahren auch nicht sinnvoll.

II. Moderne Wissenschaften zur Bedeutung der Geschichte

In wachsendem Maße haben die Ergebnisse der Naturwissenschaften auch auf die Geisteswissenschaften eingewirkt. Auch sie liefern heute Begründungen und ein vertieftes Verständnis für kulturelle Fragen. Kein Geringerer als der Nobelpreisträger Konrad Lorenz bekannte sich zu der Auffassung, »daß menschliche Kultur und menschlicher Geist mit Fragestellung und Methodik der Naturwissenschaften untersucht werden können — und müssen«. (Lorenz 1973, S. 30) So liefern die modernen Naturwissenschaften auch wertvolle Beiträge für ein zeitgemäßes Verständnis der Bedeutung der Geschichte.

Die noch junge, aber schon mit großen Erfolgen verbundene Verhaltensforschung hat den Menschen als »historisches Wesen« erkannt. (Eibl-Eibesfeldt 1973) Sein ganzes Verhalten, seine bewußten und unbewußten Handlungen sind ohne die Kenntnis ihrer geschichtlichen

Entwicklung nicht zu begreifen. Der Mensch ist ohne seine Geschichte nicht zu verstehen, und er kann auch seine kennzeichnend menschliche Aufgabe, Kulturträger zu sein, ohne Geschichtskenntnisse und Geschichtsbewußtsein gar nicht erfüllen. Kulturen beruhen auf den geistigen Leistungen vieler Generationen. Deshalb ist der Traditionsverlust, das Abreißenlassen der geistigen Bindungen zur Vergangenheit, für Lorenz eine der »acht Todsünden der zivilisierten Menschheit« (Lorenz 1973a). Wenn eine Generation ihrer Aufgabe und Verpflichtung nicht nachkommt, die Traditionen ihrer Vorfahren zu erhalten und weiterzuentwickeln, muß die Gesellschaft praktisch wieder bei der Steinzeit anfangen. Andere moderne Anthropologen, vor allem Arnold Gehlen, weisen auf die Bedeutung der Institutionen hin, die auch nur aus ihrem geschichtlichen Wachstum und ihren geschichtlichen Hintergründen zu verstehen sind. Geschichtsloser Kritizismus kann ihren Wert nicht erkennen und bewirkt ihre Zerstörung, wie es die letzten Jahrzehnte in erschreckender Weise zeigen. In Gehlens Werk »Moral und Hypermoral« finden sich sarkastisch angeführte Beispiele dieser sogenannten fortschrittlichen Haltung, die Kultur und Leben eines Volkes zerstört (Gehlen 1969). Zur Methode der Geschichtszerstörung urteilt Lorenz sehr treffend: »Zu den wichtigsten Methoden der wahrhaft diabolischen ›Gehirnwäsche‹ gehört es, den Opfern diese Sicherheit (aus der Tradition, R.K.) zu rauben, indem man ihnen alles zweifelhaft macht, was sie sicher zu wissen glauben.« (Lorenz 1973, S. 269)

In der modernen Biologie spielt der Entwicklungsgedanke, die Evolutionstheorie, und damit eine geschichtliche Dimension eine wichtige Rolle. Alle biologischen Formen und Systeme bis hin zu den großen Ökosystemen

unter Einbezug des Menschen sind nur aus ihrer geschichtlichen Entwicklung verständlich. Die Möglichkeiten sinnvoller Einflußnahme sind durch die in ihnen angelegten Anpassungsfähigkeiten beschränkt, die wieder nur aus der ganzen vorherigen Entwicklung erkennbar und ableitbar sind. Die ganze Anatomie im Pflanzen- und Tierbereich, alle sinnvollen Klassifikationen im Bereich des Lebendigen sind geschichtlich begründet. Ein moderner Biologe kommt ohne die Geschichte einfach nicht mehr aus. Und da der Mensch auch ein Teil dieser Natur ist, gilt dasselbe für ihn.

Die in den letzten Jahrzehnten sich fachübergreifend entwickelnde Systemtheorie (Kybernetik) hat als einen ihrer wesentlichen Grundsätze erkannt, daß kein System allein aus der Kenntnis der Gegenwartsbedingungen heraus richtig beschrieben und in seinem Zukunftsschicksal vorherbestimmt werden kann. Die Kenntnis der Vergangenheit des Systems ist dazu unbedingt nötig. Geschichtskenntnisse sind daher systemtheoretisch eine unverzichtbare Informationsquelle, insbesondere auch für soziale menschliche Gruppen bilden sie die Voraussetzung einigermaßen vollständiger Beurteilung. Ohne Geschichtskenntnisse fehlt eine Erkenntnisebene für die vielfältig vernetzten Systeme menschlicher Wechselwirkung in Gemeinschaften.

Auch die moderne Physik kann Beiträge zu unserem Thema liefern. In einem Vortrag über »Die Physik im Kampf um die Weltanschauung« erklärte Max Planck, als Begründer der Quantentheorie einer der Geistesheroen unseres Jahrhunderts: »Denn jeder Einzelne gehört zunächst einer Gemeinschaft an, seiner Familie, seiner Sippe und seinem Volke, einer Gemeinschaft, der er sich ein- und unterordnen muß und von der er sich nie-

mals ungestraft loslösen kann. Daher ist auch jede Wissenschaft, ebenso wie jede Kunst und jede Religion, auf nationalem Boden erwachsen. Daß man dies eine Zeitlang vergessen konnte, hat sich an unserem Volke bitter genug gerächt.« (Planck 1973, S. 298) Und der Physiker-Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker stellte vor einiger Zeit, auf die Gefahr der heute drohenden Bewußtseinsverengung hinweisend, bei einer Diskussion fest: »Nicht eine glücksorientierte, nur eine wahrheitsorientierte Gesellschaft kann existieren.« (FAZ 28.11.1978) Ohne Geschichte gibt es aber keine Wahrheit. Die heute sich noch stolz fortschrittlich nennenden Geschichtsverächter sind daher nicht nur nicht modern, sondern ausgesprochen rückständig. Sie stehen nicht nur nicht auf der Höhe unserer Zeit, sondern noch auf der längst überholten Stufe des vorigen Jahrhunderts und huldigen der heute als falsch erwiesenen Auffassung der damaligen Physik, daß alles ohne Kenntnis der Vergangenheit aus den Gegenwartsbedingungen für die Zukunft berechenbar sei.

Daß moderne Historiker die Bedeutung der Geschichte zur Bewältigung unserer gegenwärtigen Krise hervorheben, ist nicht sehr verwunderlich, doch als Bestätigung zu erwähnen. So schreibt Professor Dr. F. Wagner: »Die moderne Krise des Menschen kann nur gesamthistorisch geklärt und beurteilt werden, d.h. durch Erschließung aller historischen Quellen seiner Geschicke und seiner Geschichte, seines Wesens und seines Unwesens, seiner Größe und seines Verfalls.« (Wagner 1973, S. 220)

III. Der Wert der Geschichte für ein besiegtes Volk

Sind Geschichtskenntnisse und Geschichtsbewußtsein im Grunde für jedes Volk und jeden Staat schon wichtig, so

sind sie besonders unverzichtbar für ein besiegtes Volk, das eine neue geistige Grundlage sucht. Die Völkerbiologie weist darauf hin, daß verlorene Kriege nicht nur wegen ihrer Verluste an Menschen und Gütern schwer wiegen, sondern daß gerade moderne Kriege in erster Linie soziale und geistige Auseinandersetzungen sind, bei denen es entscheidend darauf ankommt, ob der Besiegte seine geistige Haltung, sein Selbstbewußtsein, seine Tradition und Sprache, kurz seine Identität sich erhält (Schwidetzky 1950). Wenn in der Geschichte Völker starben und langsam verschwanden, lag es meist daran, daß sie sich geistig aufgaben und die Art des Siegers, seine Kultur und Sprache, seine Weltsicht, annahmen und sich dann mit ihm vermischten. Die Völkerbiologie spricht von einem psychogenen Völkertod (Schwidetzky 1955).

Diese Gefahr ist noch größer geworden, seitdem systematisch und wissenschaftlich untermauert die psychologische Kriegführung sich in unserem Jahrhundert ausgebreitet hat und nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber Deutschland nicht etwa aufhörte, sondern, wie es der große Jurist Dr. Friedrich Grimm erschreckend schilderte (Grimm 1961, S. 249), nach Kriegsende erst richtig anfing. In dieser Umerziehung spielte die Zerstörung des Geschichtsbewußtseins eine wichtige Rolle, und es ist deswegen um so mehr zu bedauern, daß auch deutsche Politiker sich voll in diesen Dienst stellten.

Schon 1919 hatte man versucht, eine Geschichtslüge im Versailler Diktat durchzusetzen: Deutschland mußte unter dem Druck der andauernden Hungerblockade die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg anerkennen und die Auslieferung Hunderter von sogenannten Kriegsverbrechern, darunter Kaiser Wilhelm II. und viele Heerführer und U-Boot-Kapitäne, unterschreiben. Doch nach dem

Ersten Weltkrieg erreichten die Sieger ihr Ziel nicht. Denn die Reichsregierung gab einer unabhängigen Kommission den Auftrag, die Ursachen und die Schuldfrage des Krieges zu ergründen, und bald zeigte sich dann, daß die Behauptung der deutschen Allein- oder Hauptschuld eine Propagandalüge der Sieger gegenüber dem wehrlosen Deutschland war. Hollands standhafte Haltung verhinderte die Auslieferung des Kaisers, und der passive Widerstand deutscher Stellen ließ es nicht zu Kriegsverbrecherprozessen vor alliierten Gerichten nach dem Ersten Weltkrieg kommen.

Daß diese Methode der geistigen Vernichtung des Unterlegenen auch schon früher von Liberalen mit Erfolg angewandt wurde, zeigte u.a. Joachim Fernau bei der Schilderung des amerikanischen Bürgerkrieges in seinem großartigen Buch »Halleluja« (Fernau 1977).

Der Ausstieg aus der Geschichte ist für das besiegte Deutschland auch aus anderen Gründen völlig sinnlos und widernatürlich. Einmal können gerade die Deutschen auf eine lange und reiche Geschichte zurückblikken. Fast ein Jahrtausend war das deutsche Kaiserreich eine prägende Kraft für ganz Europa und ein Ordnungsmoment für das ganze Abendland. Deutsche Denker, Dichter und Wissenschaftler haben zu allen Zeiten Wesentliches geschaffen, wovon auch andere Völker erheblichen Vorteil hatten. Dieser Anteil an der Entwicklung der Kulturvölker ist einfach nicht zu übersehen, sein Fehlen in der Zukunft würde eine schmerzliche Lücke aufreißen. Eine derartige Geschichte vergißt man einfach nicht, einer derartigen Verpflichtung entzieht man sich nicht.

Seit den Zeiten der alten Griechen hat es keine derartige Blüte der Geschichtsschreibung in irgendeinem Land

gegeben wie im Deutschland des vorigen Jahrhunderts. Namen wie Treitschke, Ranke, Droysen, Mommsen sind Zeugen einer Klassik von Historikern, die wir heute schmerzlich unter den Lebenden vermissen, weil sich die heutige Geschichtswissenschaft fast durchweg ängstlich auf nichttabuisierte Spezialthemen beschränkt.

Das besondere Verhältnis der Deutschen zur Geschichte und Geschichtsschreibung ist wohl eine Eigenart ihrer germanischen Herkunft: die Suche nach der Wahrheit, nach dem eigenen Ursprung, nach dem Erkennen der eigenen Eigenart im Vergangenen. Die Nähe zur Philosophie, auch weithin eine deutsche Hochburg im europäischen Konzert der Geister, ist sicher nicht zufällig, sondern hängt mit dieser Herkunft zusammen.

Wenn daher ein Volk mit solcher Tradition der Geschichte und Geschichtsschreibung und solcher Fähigkeit dazu sich dieser entledigt, kommt das einer Selbstentmannung nahe und kann nur als Ausfluß einer Haltung verstanden werden, die dem Volke schaden will. Deutlich drückt das Friedrich Hebbel so aus: »Es gibt nur eine Sünde, die gegen die ganze Menschheit mit allen ihren Geschlechtern begangen werden kann: das ist die Verfälschung der Geschichte.« Das zu erkennen und die dahin wirkenden Kräfte zu entlarven, ist eine Aufgabe der Zeit.

Sodann kann gerade eine Geschichte wie die deutsche in Zeiten der Not und des Niederganges Kraft für einen neuen Aufstieg geben. Die Erhebung 1813 wurde wesentlich mit gespeist von dem vaterländischen Geist der Romantik, die die deutsche Reichsgeschichte neu entdeckt hatte. Ohne diese geistige Erneuerung wäre es kaum zur Befreiung Deutschlands und Europas von der Herrschaft des Korsen durch das Volk gekommen. Das Nachfühlen der eigenen Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen er-

weckt unwillkürlich und ganz natürlich den Stolz auf sein Volk, den jeder Bürger haben sollte. Auch darum ist die Geschichte, wie zu Beginn unseres Jahrhunderts Gustav Kossinna schon lehrte, »eine hervorragende nationale Wissenschaft«. In den dunklen Zeiten eines vielfach geteilten Volkes kann die Geschichte Hoffnung geben aus der Erkenntnis, daß es früher noch schlimmere Zeiten gegeben hat, etwa am Ende des Dreißigjährigen Krieges. Oft wurde das finis Germaniae, das Ende Deutschlands, vorausgesagt oder gar erwartet. Doch nie trat es ein. Nach tiefstem Sturz erstand meist in erstaunlich kurzer Zeit wieder eine neue kulturelle und auch staatliche Blüte, so daß manche großen Geister von einer besonderen Jugendlichkeit unseres Volkes gesprochen haben. So erklärte Gerhart Hauptmann 1932 an Bord der »Europa« bei seiner Überfahrt nach USA: »Deutschland ist jung, wenn es sich für jung erklärt. Ich glaube an Deutschlands ewige Jugend.« Manches deutet darauf hin, daß auch heute in Deutschland Neues sich ankündigt und die Welt wieder einmal hierher blickt und von hier die rettenden Ideen erwartet, nachdem andere Völker die Welt an den Rand des Untergangs gebracht haben.

Nach 1945 übten die Deutschen weitgehend den Austritt aus der Geschichte (Heuß 1959). Das Jahr 1945 wurde als das Jahr Null betrachtet, das Vorhergehende wurde verdrängt, danach bewältigt. Man glaubte lange, durch reinen Pragmatismus aus der Gegenwart allein die Zukunft gestalten zu können, was nun einmal nicht geht.

Gefördert wurde diese Haltung dadurch, daß die Vernachlässigung und Verdrängung der Geschichte ein wichtiges Ziel der Umerzieher war. Sie wußten, daß die Zerstörung und Herabsetzung der Geschichte den geistigen Bestand eines Volkes im Kern trifft, besonders eines

so moralisch empfindenden Volkes wie des deutschen, und das war gerade ihr Wollen. Deutsche Geschichte wurde so zu einer Folge von Verbrechenstaten, von Armin dem Cherusker über Friedrich den Großen und Bismarck bis zum sogenannten größten Verbrecher unseres Jahrhunderts. Zutreffend beurteilt der Erlanger Historiker Hellmut Diwald diese Methode: »Wer die Geschichte eines Volkes kriminalisiert, macht es krank.« (Welt Sonderdruck XII, 1978) Ähnliches schrieb vor 170 Jahren Turnvater Jahn: »Ohne die Geschichte des Vaterlandes, ohne die Kenntnis seiner Vorteile kann der Bürger sein Vaterland nicht lieben; ohne die Tugenden seiner Väter zu wissen, kann er ihnen nicht nacheifern; kurz, ohne die Kenntnis der vaterländischen Geschichte ist der Bürger ein Spielball in der Hand eines schlauen Betrügers.« (Jahn 1938, S. 47) Leider haben sehr viele Westdeutsche, vor allem Jugendliche, in den letzten Jahrzehnten dieses Schicksal erlitten.

Die Angst vor persönlichen Nachteilen ist auch ein wesentlicher Grund, warum im Nachkriegsdeutschland von den Historikern fast nur enge Spezialprobleme, meist mit soziologischem oder ökonomischem Hintergrund, behandelt wurden; große Würfe mit Wertungen, ganze Geschichtsbilder wurden in der Regel ängstlich vermieden, obwohl gerade das die Stärke und Tradition der großen deutschen Geschichtsschreibung war. Die ganze richtungslose Trostlosigkeit spiegelte sich auch auf den deutschen Historikertagen der letzten Jahrzehnte wieder.

In den Schulen wurde der Geschichtsunterricht zusammengestrichen, umfunktioniert oder in ganz fortschrittlichen SPD-Ländern fast völlig abgeschafft. Statt eines zusammenhängenden Überblickes von den Anfängen kultureller Entwicklung bis zur Gegenwart wurden im

Geschichtsunterricht meist einige »Konfliksituationen« herausgegriffen und dann teilweise klassenkämpferisch in marxistischem Sinne gedeutet. Als Ergebnis ist die Tatsache festzuhalten, daß ein Historiker auf dem Hochschullehrertag 1979 erklärte, 18 von 20 Studienanfängern der Geschichte wüßten nicht, wer Napoleon sei. (FAZ 29.5.1979) Eine Kenntnis der deutschen Kaiser des Mittelalters und ihrer europäischen Ordnungsaufgabe darf man überhaupt nicht mehr voraussetzen. Selbst ein betagter CDU-Landtagspräsident erklärte vor zwei Jahrzehnten im Stauferland, daß die Geschichte der Staufer uns nichts mehr zu sagen habe.

IV. Rückbesinnung auf die Geschichte

Doch trotz Umerziehung und behördlicher Verdrängung der Geschichte bricht sie seit einiger Zeit wieder durch. Diese Erscheinung bildet einen Teil der »Tendenzwende« seit Mitte der 70er Jahre. Zunächst wurde versucht, diese Haltung als Nostalgiewelle zu belächeln und verächtlich zu machen. Doch sie gründet tiefer. Als 1977 Hunderttausende zur Staufer-Ausstellung nach Stuttgart strömten, ähnlich 1978 zur Parler-Ausstellung nach Köln, da zeigte sich der Unterschied zwischen veröffentlichter und wirklich öffentlicher Meinung: Geschichte war plötzlich wieder »in«. Die Abstimmung mit den Füßen hatte jahrelange Manipulationsversuche vom Tisch gewischt. Eine Umfrage von Professor Dr. Fippinger an der Pädagogischen Hochschule Rheinland-Pfalz ergab im Jahre 1977, daß 81 % der Jugendlichen der Meinung waren, Geschichte sei zum Verständnis der Gegenwart notwendig. 93 % hielten Geschichte für wichtig als Teil der Allgemeinbildung, obwohl Geschichte nur für 33 % zu den

Lieblingsfächern gehörte. Als Untersuchungsleiter zog Professor Fippinger daraus die Folgerung: »Auch in unserer Zeit bleibt die zweifache Aufgabe der Geschichte, nämlich das Verständnis der gesellschaftlich-geschichtlichen Welt und die Selbstauslegung des Menschen zu erarbeiten, ohne jede Einschränkung erhalten.« Und er schrieb warnend weiter: »Es bleibt festzustellen, daß das Geschichtsbild der jungen Generation in vielerlei Hinsicht Veränderungen zeigt, die für alle Verantwortlichen Signale zur Besinnung auf das existenziell notwendige Geschichtsbewußtsein eines Volkes sein sollten. Dies zu sehen und daraus die Konsequenzen zu ziehen, erscheint um so erforderlicher, als das Geschichtsbild der heutigen jungen Menschen, wie zu jeder Zeit, in hohem Maße mitgestaltet ist von uns allen, die wir deutsches Vaterland und deutsche Geschichte mitzutragen und mitzuverantworten haben.« (zitiert von K. Rother in Deutschland Journal 7, 1977)

Langsam erkennen nun auch die Politiker, daß das Blatt sich wendet, und versuchen jetzt im Gegensatz zu ihrer früheren Politik der Geschichtslosigkeit mit der neuen Richtung zu gehen und sie für sich in Anspruch zu nehmen. Mit guter Witterung für den Zeitgeist veranstaltete Ministerpräsident Filbinger 1977 die Stuttgarter Staufer-Ausstellung, wurde 1980 an die Wittelsbacher in Bayern erinnert, kam 1981 die Preußen-Ausstellung in Berlin, der sich in den folgenden Jahren weitere große Geschichtsausstellungen anschlossen, wird nun an die Gründung repräsentativer Geschichtsmuseen gedacht. Es scheint so zu sein, daß das Geschichtsbewußtsein sich nicht mehr verdrängen läßt.

Aber eine Stärkung des Geschichtsbewußtseins allein genügt noch nicht, wenn es kein Volk gibt, auf das es sich

beziehen kann. Darauf hat vor einem Jahrzehnt bereits Hans-Joachim Arndt warnend hingewiesen, als er im Schlußkapitel seines grundlegenden Werkes über die Nachkriegspolitologie in Westdeutschland zum Ruf nach »mehr Geschichtsbewußtsein« schrieb: »Aber wissen diese Rufer, daß solches Bewußtsein allein erwachsen kann auf der Grundlage geschehener und erzählter Ereignisse, die eine identisch bleibende Einheit, ein Kollektivsubjekt, betreffen — ja, daß dies Subjekt seine Identität überhaupt erst *aus* geschehener und erzählter Geschichte ableiten kann?« (Arndt 1978, S. 423). Geschichte müsse »einigenden und damit identifizierenden Charakter« haben (ebenda).

Die heute fast ausschließlich vorgenommene Schuldbekennung, vor allem des derzeitigen Bundespräsidenten, hat diesen Charakter nicht nur nicht, sondern bewirkt eher das genaue Gegenteil, eine weitere Auflösung und Zerstörung der noch vorhandenen Reste der Identität der Deutschen und damit auch des Volkes selbst. Statt der Brüche sollten mehr die Kontinuitäten betont werden, wie es vorbildlich für sein Volk der polnische Papst Johannes Paul II. bei seiner dritten Polenreise im Juni 1987 vor aller Öffentlichkeit zeigte: »In keiner der 30 Ansprachen und Predigten dieser Woche fehlte das Wort ›Vaterland‹ « (FAZ 15.6.1987), doch niemals erwähnte der Papst die polnische Schuld an der Vertreibung der Deutschen und am Landraub Ostdeutschlands. Wann spricht ein westdeutscher Politiker oder Zeitgeschichtler die Not der Deutschen in Südtirol oder im Elsaß an? (Kosiek 1982).

Im Historikerstreit ist mehrfach Anlaß dazu gegeben worden, Geschichte wieder in größerem Zusammenhang zu sehen und auch ihre Bedeutung für das geistige und

kulturelle Überleben eines Volkes zu beachten. In den neuen Büchern von Stürmer (Stürmer 1986a), Nipperdey (Nipperdey 1986) oder Schulze (Schulze 1987) steht manches Richtige zu diesem Thema, vieles, was vor zwei Jahrzehnten kaum zu sagen gewagt wäre, obwohl es damals auch schon notwendig gewesen wäre, aber im Grunde noch viel zu wenig, um zur Normalität zurückzufinden.

Die Geschichte kennt keine völlig neuen Anfänge. Eine Stunde Null gibt es nie. Immer entwickelt sich Neues aus schon Vorhandenem, oft allerdings schneller als vorher erwartet und manchmal sprunghaft erscheinend. Alle Änderungen brauchen treibende Kräfte, und diese werden von der Vergangenheit getragen, auch wenn sie auf die Zukunft ausgerichtet sind. Von nichts kommt nichts her. Auch kleine Kräfte können große Wirkungen erzeugen, und immer noch und sicher auch auf die Dauer sind geistige Kräfte die ausdauernderen Gewalten.

Es scheint so, als ob nach Jahren des scheinbar vollkommenen Erfolges der Umerziehung ein natürliches Erwachen sich wieder Bahn bricht und damit sich auch das Geschichtsbewußtsein neu entfaltet. Das Fragen der Jugend nimmt glücklicherweise wieder zu. Diese Kraft gilt es für unser Volk und seine Zukunft zu nutzen. Goethe hatte erkannt: »Ein Volk, das seine Geschichte nicht ehrt, hat keine Zukunft!« Für den politisch Handelnden und für den sich um sein Volk Sorgenden erwächst daraus die Verpflichtung, das Geschichtsbewußtsein und die Geschichtskenntnisse für eine bessere Zukunft unseres Volkes nach Möglichkeit zu fördern und dahin zu wirken, daß der geschichtlichen Wahrheit möglichst nahegekommen wird.

N. Anhang

Nr. 1

»Journal of the Royal United Services Institute for Defence Studies«, London, Juni 1985, S. 50—55. Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Hubert Mielke und Dr. Karl Otto Braun.

Wer plante wen im Juni 1941 anzugreifen, Hitler oder Stalin?

Von Viktor Suvorov

Vorbemerkung (der RUSI-Redaktion)

Viktor Suvorov, ein ehemaliger Angehöriger des Sowjetischen Generalstabs, ist jetzt im Westen. Er entstammt der Breschnew-Ära und der neuen Generation sowjetischer Armeeoffiziere. Der Autor bringt bisher unbekannte Einblicke in die sowjetischen militärischen Dispositionen während der Monate vor dem deutschen Angriff. Suvorov ist der Verfasser von drei maßgebenden Arbeiten über die sowjetischen Streitkräfte: »The Liberators«, »Inside the Soviet Army« und »Soviet Military Intelligence«. Er promoviert jetzt in England zum Dr. phil., und die folgende Abhandlung stellt einen Teil seiner Doktorarbeit dar.

Diejenigen Historiker, die bis heute unkritisch die These übernahmen, daß Stalin im Sommer 1941 das Opfer einer nicht provozierten Aggression gewesen ist, werden ihre Meinungen zu revidieren oder zumindest zu modifizieren haben.

Am Freitag, den 13. Juni 1941, verbreitete Radio Moskau eine recht ungewöhnliche Meldung der Nachrichtenagentur TASS, die feststellte: »Die Gerüchte über deutsche Absichten, den Pakt zu brechen und einen Angriff auf die UdSSR zu unternehmen, entbehren jeder Grundlage«, ja solche Gerüchte sind »plumpe Propaganda von Kräften, die der UdSSR und Deutschland feindlich gesinnt und an einer Ausweitung des Krieges interessiert sind«. Am folgenden Tag veröffentlichten die maßgebenden sowjetischen Zeitungen diese Meldung, und eine Woche danach begann Deutschland einen plötzlichen, heimtückischen Angriff auf die Sowjetunion.[1] Es war ganz offensichtlich, daß Stalin die TASS-Meldung selbst geschrieben hatte. Sein charakteristischer Stil war jedermann vertraut: den Generälen in den Kommandostäben[2], den Häftlingen im GULag[3] und den ausländischen Analytikern[4]. Viele Historiker in der UdSSR und im Westen betrachten diese TASS-Meldung bestenfalls als einen völligen Mangel, die laufenden Tagesereignisse zu begreifen, und schlimmstenfalls als ein seltenes Beispiel krimineller Fahrlässigkeit.[5] Abgesehen von der Frage, weshalb Stalin eine Feststellung traf, die sich so schnell und dramatisch als völliger Fehler herausstellte, erhebt sich die grundlegende Streitfrage, warum er es für notwendig fand, überhaupt eine solche Meldung in die Welt zu setzen. War er schließlich nicht von allen Tyrannen der verschwiegenste? Viele Historiker haben die ver-

blüffende Fähigkeit Stalins hervorgehoben, in Krisenzeiten und bei bedeutenden politischen Streitfragen Stillschweigen zu bewahren, und in der Tat betrachten einige Kritiker Stalins Schweigen als seine größte Waffe.[6] Außerdem legen viele ältere Sowjet-Kommandeure Zeugnis dafür ab, daß seine wahre Überzeugung ganz das Gegenteil von dem gewesen ist, was die TASS-Feststellung vorbrachte, und daß er in Wirklichkeit den Krieg mit Deutschland als unvermeidlich betrachtete.[7] Wenn Stalin plötzlich seine Meinung über die Wahrscheinlichkeit des Krieges geändert hätte, so wäre der geeignetste Weg gewesen, das Problem mit seinen engsten Mitarbeitern zu erörtern oder es einfach für sich zu behalten. Warum also wurde Stalins Ansicht von den friedlichen deutschen Absichten gegenüber der Sowjetunion in so aufdringlicher Weise in die Öffentlichkeit getragen?

Weiterhin scheint die TASS-Meldung auch mit der zeitgenössischen kommunistischen Ideologie nicht im Einklang zu stehen. Die kommunistische Propaganda (und das trifft besonders auf Stalins Rußland zu) enthielt die ständige Wiederholung eines einfachen Gedankens: wir sind von Feinden umzingelt. Das war ein sehr nützliches Propagandawort. Es erklärt nämlich — damals wie in der Tat auch heute —, warum die Staatsgrenzen geschlossen waren, warum die Opposition zerstört werden mußte, warum es keine freien Wahlen gibt, warum es keine freie Presse gibt und warum es notwendig war, Kanonen statt Butter zu produzieren. Die Vorstellung einer ständig vorhandenen Bedrohung erlaubte eine Erklärung für alles, was der Masse abgefordert wird. Ganze Generationen von Sowjetbürgern wurden zu diesem einfachen Glaubensbekenntnis erzogen, das in den Zeitungen, Kinos, Büchern, Radiosendungen und besonders in Schul-

büchern proklamiert wird. Und jetzt, bei diesem ungewöhnlichen Anlaß, verkündet der staatliche Rundfunk dem ganzen Land und der ganzen Welt laut: Die Aggressionsdrohung besteht nicht!

Jedoch wäre es ein Fehler, Stalins TASS-Erklärung lediglich als unklug zu bezeichnen: Unbegreiflich würde es sein, sich vor einer genauen Untersuchung darüber, was hinter diesen Worten steckt, ein vorläufiges Urteil zu bilden.

Ein wichtiges Datum in der Sowjetgeschichte

Der 13. Juni 1941, der Tag von Stalins TASS-Bericht, ist eines der wichtigsten Daten in der gesamten Sowjetgeschichte, jedenfalls bedeutend wichtiger als der 22. Juni 1941, der Tag der deutschen Invasion. Viele Sowjetmarschälle und -generäle schrieben viel genauer und eingehender über den 13. Juni als über den 22. Als typisches Beispiel mag der Bericht des Generals N.I. Biryukow dienen, der damals die im Militärbezirk Ural stationierte 186. Schützendivision befehligte: »Am 13. Juni 1941 erhielten wir vom Militärbezirksstab eine Weisung von besonderer Bedeutung, nach der die Division in ›einen neuen Standort‹ zu verlegen sei. Der Ort des neuen Quartiers wurde nicht einmal mir, dem Divisionskommandeur, mitgeteilt. Erst als wir Moskau durchfuhren, hörte ich, daß unsere Division in den Wäldern westlich von Idritsa (an der sowjetisch-lettischen Grenze) konzentriert werden sollte.«[8)] Alle Divisionen im Militärbezirk Ural erhielten ähnliche Befehle, die eine Bewegung an die Westgrenze anzeigten. Die offizielle Geschichtsdarstellung dieses Militärbezirks hielt diese Daten präzise fest: »Die 112. Schützendivision begann als erste zu verladen.

Am Morgen des 13. Juni fuhr die erste Einheit von einer kleinen Eisenbahnstation ab ... dann begann die Abfertigung der 98., 153., 186. Schützendivisionen. Die Truppenbewegungen wurden geheim durchgeführt.«[9)]

Die Aufstellung neuer Armeen

Zur Koordinierung des operativen Aufmarsches der Ural-Divisionen, die sich geheim in den weißrussischen Wäldern konzentrierten, wurden Korpsstäbe ernannt, und die 22. Armee übernahm das Kommando über die Korps. Generalleutnant F.A. Erschakow, der Kommandeur des Militärbezirks Ural, übernahm das Kommando über diese neue Armee, und der Chef des Stabes des Bezirks, Generalmajor G.F. Zacharow, übernahm die Stelle des Stabschefs der Armee. So begann sich der gesamte Militärbezirk Ural, einschließlich des Kommandeurs, seines Stabes und all der unterstellten Einheiten, im geheimen westwärts zu bewegen. Ungewöhnlich war, daß der stellvertretende Kommandeur des Bezirks, Generalleutnant M.F. Lukin, der normalerweise in der Etappe als Distriktskommandeur hätte zurückbleiben müssen, einige Zeit zuvor zur Meldung beim Militärbezirk Transbaikal befohlen worden war, wo er die 16. Armee aufstellte, deren Kommando übernahm und sich auch im geheimen an der Spitze der Armee auf den Weg westwärts machte, und zwar in dem Augenblick, als TASS ihre seltsame Meldung verbreitete.[10)]

Bewegungen dieser Art fanden gleichzeitig in allen inneren Militärbezirken der Sowjetunion statt.[11)] Die Bezirkskommandeure Generalleutnant A.K. Smirnow, I.S. Konew, F.M. Remezow, V.F. Gerasimenko, S.A. Kalinin und V.Ya. Kachalow, die jeweils die Militärbezirke Char-

kow, Nord-Kaukasien, Orel Wolga, Sibirien und Archangelsk kommandierten, wandelten die Bezirksstäbe in die Stäbe der 18., 19., 20., 21., 24. und 28. Armee um. Eingedenk der früher erwähnten 16. und 22. Armee erschienen plötzlich insgesamt acht vollständige Armeen in den inneren Bezirken des Landes. Die 18. Armee diente als Verstärkung der Ersten Strategischen Staffel der Roten Armee[12], während die verbleibenden sieben Armeen (insgesamt 69 Panzer-, motorisierte und Schützendivisionen) die große Zweite Strategische Staffel bildeten. Von den acht Armeen wurden fünf sofort und geheim in die Ukraine und nach Weißrußland in Bewegung gesetzt. Alle sowjetischen Quellen betonen nachdrücklich die Geheimhaltung all dieser Bewegungen: »Vor dem tatsächlichen Beginn des Krieges begannen sich Reserve-Streitkräfte unter Bedingungen striktester Geheimhaltung in den Grenzgebieten zu konzentrieren.«[13] »Die anderen drei Armeen wurden ebenfalls in Marschbereitschaft gesetzt.«[14]

Transportprobleme

Nur der Mangel an Transportmitteln verhinderte die gleichzeitige Bewegung aller acht Armeen. Vorher, im April und Mai, waren Truppenbewegungen gewaltigen Ausmaßes vom Innern auf die deutsche Grenze zu durchgeführt worden. Die ganze entbehrliche Kapazität des gesamten nationalen Eisenbahntransportwesens wurde für diese bedeutende und geheime Operation in Anspruch genommen. Sie wurde pünktlich nach Plan abgeschlossen, aber das rollende Material hatte dann eine Rückreise von Tausenden von Kilometern zu bewältigen. Unter diesem Zwang mußten die späteren und noch ausgedehnte-

ren Truppenaufmärsche sofort anschließend stattfinden. Was die vorangegangenen Truppenbewegungen betrifft, berichtet der ehemalige Stellvertreter des Ministers der Nationalen Aufsichtsbehörde, I.V. Kowalew, folgendes: »In der Zeit von Mai bis Juni hatte das Transportsystem der UdSSR die Beförderung von rund 800 000 Reservisten sicherzustellen ... dies hatte geheim zu erfolgen.«[15] Diese Aufmärsche im Mai waren keineswegs auf die gewöhnlichen Bodentruppen beschränkt, wie Generaloberst I. Ludnikow aufzeichnete: »Als ich im Mai 1941 beim Stab des 36. Schützenkorps war, erfuhr ich, daß ein Luftlandekorps im Bereich Shitomir und in den Wäldern südwestlich davon zusammengezogen war.«[16]

Der Marschall der Sowjetunion I. Kh. Bagramyan war damals Oberst und Leiter der Operationsabteilung des Stabes des Besonderen Militärbezirks Kiew. Was andere Formationen betrifft, die unter die Befehlsgewalt dieses Distriktes fallen sollten, bemerkt er, daß in der zweiten Maihälfte 1941 ihm das 31. Schützenkorps unterstellt wurde, das nach einem Transport von über 10 000 Kilometern aus dem Fernen Osten gekommen war. Ende Mai schließlich stieß noch das 34. Korps vom Nordkaukasus hinzu. Dieses Korps allein bestand aus 48 000 Mann mit seinen vier Schützendivisionen und einer Gebirgsdivision zusätzlich: »Wir hatten Quartiere für fast eine ganze Armee in kürzester Frist zu beschaffen. Ende Mai folgte Formation auf Formation.«[17] So wurde die Erste Strategische Staffel der Sowjetarmee insgeheim verstärkt.

Geheime Aufmärsche

Mitte Juni, als TASS ihre seltsame Nachricht verbreitete und die Sowjetpresse sie einer breiten Öffentlichkeit zu-

gänglich machte, erhielt der Militärrat des Militärbezirks Odessa den Auftrag, eine Armeeverwaltung in Tiraspol, nahe der rumänischen Grenze, für die 9. Armee einzurichten.[18] Sie war die beweglichste und stärkste von allen. Aber ihre Aktivität in der Grenzzone befaßte sich nicht nur damit, die umfassend verstärkten Formationen zu integrieren, es begann auch eine geheime Umgruppierung der Einheiten innerhalb der dortigen Grenzbezirke. »Unter dem Vorwand, die Sommerstandorte zu wechseln, schlossen die Einheiten dichter zur Grenze auf ... Die Mehrzahl der Bewegungen fand nachts statt.«[19] Offizielle Sowjetverlautbarungen sind voll von Berichten wie: »Am 14. Juni marschierte die 78. Schützendivision unter Generalmajor F.F. Alyabushew unter dem Vorwand von Manöverübungen in Richtung Staatsgrenze«[20] und: »Bevor der Krieg ausbrach, begannen einige Formationen des Besonderen Westlichen Militärbezirks in Übereinstimmung mit Generalstabs-Instruktionen, sich der Staatsgrenze zu nähern.«[21] Ferner: »Am 14. Juni bestätigte der Militärrat des Militärbezirks Baltikum den Plan über die Umgruppierung einer Anzahl von Divisionen und einzelner Regimenter in die Grenzzone.«[22]

Diese Augenzeugenberichte sind insofern bedeutsam, als sie die Geheimhaltung dieser Truppenbewegungen im Grenzgürtel betonen, ihre Verschleierung hervorheben und vor allem auf die Bereitschaft zum aktiven Einsatz hinweisen. Die Berichte dreier Offiziere, die später höchste Ränge in der Sowjetarmee erreichten, unterstreichen diesen Punkt. Der Marschall der Sowjetunion R.Ya. Malinowski, damals Generalmajor und Kommandeur des 48. Schützenkorps im Militärbezirk Odessa, schreibt: »Bereits am 7. Juni verließ das Korps Kirowograd in Richtung Bel'tsy. Am 14. Juni ging es dort in Stellung.

Diese Bewegung fand unter dem Vorwand von Großmanövern statt.«[23] Der früher erwähnte Oberst Bagramyan bereitete den Marsch von fünf Schützen- und vier mechanisierten Korps zur Grenze vor.[24] Am 15. Juni wurde er beauftragt, den Marsch aller fünf Schützenkorps an die Grenze beginnen zu lassen. Dazu schreibt er: »Sie führten alles Notwendige für Angriffsoperationen mit sich.«[25] Der Marschall der Sowjetunion M.V. Zakharow, damals Generalmajor und Stabschef der 9. Armee im Bezirk Odessa, bemerkt: »Am 15. Juni versammelten sich die 30. und 74. Schützendivision unter dem Vorwand von Ausbildungsübungen in den Wäldern ostwärts von Bel'tsy.«[26]

Die Erste Strategische Staffel der Roten Armee bestand aus 170 Divisionen. Davon waren 56 schon direkt an der Grenze aufmarschiert.[27] 114 lagen gestaffelt dahinter in der Grenzzone. Jedoch: »Vom 12. bis 15. Juni erhielten die Westlichen Militärbezirke Befehl: alle im Innern (solcher Militärbezirke) stationierten Divisionen sind näher an die Staatsgrenze zu verlegen.«[28] Die gesamte Erste Strategische Staffel begann, sich direkt im Grenzgürtel zu konzentrieren. Zu diesen 114 müssen die 69 Divisionen der Zweiten Strategischen Staffel der Armee hinzugerechnet werden, die entweder schon abmarschbereit waren oder unmittelbar davor standen. Infolgedessen war am Tag des berühmten TASS-Kommuniqués der Vormarsch von 183 Divisionen im Gang: die größte Truppenbewegung eines Einzelstaates in der Geschichte der Zivilisation; eine Bewegung direkt an die Grenze und verbunden mit einem Höchstmaß an Geheimhaltung durchgeführt.

Zurück zur TASS-Meldung vom 13. Juni 1941: Das Kommuniqué spricht nicht nur von deutschen Absichten, sondern auch von sowjetischen Maßnahmen: »Gerüchte, daß sich die UdSSR auf einen Krieg mit Deutschland vorbereitet, sind unwahr und provokativ ... die sommerlichen Konzentrationen der Reserven der Roten Armee und bevorstehende Manöver haben keinen anderen Zweck, als Reservisten üben zu lassen und das Funktionieren des Eisenbahntransports zu überprüfen. Es ist allgemein bekannt, daß dies alle Jahre stattfindet; deshalb ist es absolut unsinnig, derartige Maßnahmen als deutschfeindlich abzustempeln ...« Beim Vergleich der Erklärung in der TASS-Meldung mit dem, was wirklich geschah, bemerken wir einen bestimmten, für Stalin nicht untypischen Widerspruch zwischen Worten und Taten. Einerseits die beruhigenden Meldungen, andererseits die massiven, streng geheimen Truppenkonzentrationen an der Grenze.

Der TASS-Bericht behauptet, daß die Truppenbewegungen dem »Prüfen des Eisenbahntransportwesens« dienten. Jedoch die Truppenzusammenziehungen begannen im März, erreichten im Mai eine ungeheure Ausweitung und nahmen im Juni einfach gigantische Ausmaße an. Mit anderen Worten: der Eisenbahntransport (das wichtigste nationale Transportmittel) war für volle vier Monate lahmgelegt, und dies zur Erntezeit, wo jeder einzelne Waggon sein Gewicht in Gold wert ist. Dies kann man kaum als Routineübung zum »Prüfen des Transportapparates« bezeichnen. Die Erklärung, daß die Truppenbewegungen »normale Übungen« waren, ist ebenso unwahr. Derartige Übungen wurden im Herbst

durchgeführt, wenn die Ernte eingebracht war, die Felder leer waren und die Erntehilfe der Armee abgeschlossen war. Aber »diese Regel wurde 1941 durchbrochen«.[29] Es überrascht nicht, daß Generalmajor S. Iowlew, Kommandeur der 64. Schützendivision des 44. Schützenkorps des Westlichen Besonderen Militärbezirks, geäußert haben soll, daß das »Ungewöhnliche der Konzentrationen jedermann auffiel«.[30] Das ist wohl der Grund, warum sich in den Darstellungen der Sowjetmarschälle und Generäle über diese Aufmarschperiode so oft der Ausdruck »unter dem Vorwand von Übungen« findet.

Eine ganz andere Interpretation ist die, daß die Truppenbewegungen als eine Demonstration der Stärke geplant gewesen seien. Derartige Demonstrationen müßten aber gesehen werden, um Wirkung zu zeigen. Streng vorgeschrieben war jedoch, diese Bewegungen so geheim wie möglich zu halten!

Stalins Handlungen

Eine andere Erklärung für die massiven Truppenbewegungen ist, daß Stalin, was auch immer seine Erklärungen nach TASS anzeigen, wirklich erwartete, von Deutschland angegriffen zu werden, und daß er deshalb seine Armeen geheim massierte, um entlang der Grenze Verteidigungsstellungen zu schaffen. Eine solche Erklärung kann aber nicht durch Tatsachen untermauert werden. Truppen, die sich auf Verteidigung vorbereiten, graben sich ein, bauen Gräben und Panzerhindernisse, errichten Deckungen und Stacheldrahtverhaue. Dies hätte vor allem an den wahrscheinlichsten feindlichen Vormarschstraßen, an Wegkreuzungen und hinter Flußläufen erfolgen müssen. Die Rote Armee tat aber demge-

genüber nichts dergleichen. Wie früher beschrieben, waren die Divisionen in den Wäldern nahe der Grenze verborgen, genauso wie die deutschen Divisionen vor einem Überraschungsangriff. »Die Infanterie hätte Verteidigungsstellungen einnehmen und ausbauen können, aber dies war nicht geschehen.«[31)]

Daß Verteidigungsanstrengungen völlig unterblieben, ist um so merkwürdiger, als mit der Unterzeichnung des sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrages und der folgenden »Teilung« Polens zwischen beiden Staaten die sowjetischen und deutschen Streitkräfte sich direkt an einer gemeinsamen Grenze gegenüberstanden, ohne irgendeinen »Pufferstaat« dazwischen. Außerdem hätte es ganz gewöhnlicher Vorsicht entsprochen, die befestigte Stalinlinie entlang der alten Grenze zu stärken bzw. zumindest zu erhalten, aber das Gegenteil geschah. Dieses immerhin beachtliche Defensivsystem wurde geschleift, vielfach in die Luft gesprengt oder zugeschüttet, Minenfelder wurden entschärft, und über eine Entfernung von Tausenden von Kilometern »wurde der Stacheldraht entfernt«.[32)] Partisaneneinheiten, die für den Fall aufgestellt worden waren, daß dieses Gebiet vom Feinde erobert werden würde, wurden aufgelöst[33)]; Sprengladungen, die im Invasionsfall für Zerstörungen vorbereitet gewesen waren, wurden aus Tausenden von Brücken, Bahnhöfen und Industrieanlagen entfernt. Kurz, es wurden riesige Anstrengungen gemacht, alles das, was mit Verteidigung zusammenhing, zu zerstören.[34)] Während vor der Vertragsunterzeichnung lediglich Divisionen und Korps in den sowjetischen Grenzbezirken vorhanden waren, begannen jetzt im neuerworbenen Grenzgebiet Armeen aus dem Boden zu wachsen. Zwischen August 1939 und April 1941 erhöhte sich die Zahl der Armeen an der so-

wjetischen Westgrenze von null auf elf. Drei weitere stießen während des Monats Mai zu ihnen. Dazu kamen noch fünf Luftlandekorps. Wenn Hitler nicht zuerst angegriffen hätte, würde Stalin ihm 23 Armeen und mehr als 20 selbständige Korps gegenübergestellt haben. Dies alles geschah vor der Generalmobilmachung.

Sowjetische Militärdoktrin

In den dreißiger Jahren nahm die sowjetische Militärdoktrin an, daß ein zukünftiger größerer Konflikt ein Krieg von Millionen-Armeen sein würde, wobei es aber nicht notwendig sein würde, vor Offensivbeginn die Mobilisierung dieser Millionen abzuschließen. Man glaubte, daß gerade im Frieden im Grenzgebiet Truppen stehen sollten, die am ersten Tag des Krieges die Grenze überschreiten und in das feindliche Gebiet eindringen würden, um dadurch die feindliche Mobilmachung zu stören und die eigene abzuschirmen. Der Marschall der Sowjetunion A.E. Egorow hielt es für wichtig, gerade im Frieden Invasionseinheiten an der Grenze zu haben.[35)] Der Marschall der Sowjetunion M.W. Tuchatschewskij meinte, Egorow unterbewerte die Situation. Statt schwächerer Angriffseinheiten sollten dort »Angriffs-Armeen« stehen. Nach Tuchatschewskijs Meinung »sollte die Stärke der Vorausarmee in erster Linie ihrer Fähigkeit untergeordnet werden, die Grenze wirkungsvoll — sofort nach der Mobilisierung — überschreiten zu können ... Es ist wesentlich, daß mechanisierte Formationen nahe der Grenze aufgestellt sind ... Mechanisierte Korps müssen deshalb nahe der Grenze — innerhalb von 50-60 km — eingesetzt werden, damit sie diese bereits am ersten Mobilmachungstag mit durchschlagender Kraft überschrei-

ten können.«[36]

Die Marschälle Egorow und Tuchatschewskij wurden später, während Stalins Säuberungsaktion, hingerichtet (beide Offiziere besaßen hohe Stellungen in der Roten Armee und entsprechend in der Regierung), aber ihre Gedanken wurden von dem Mann weiterentwickelt, der 1940 die Position des Chefs des Generalstabs übernahm und rasch der hervorragende Praktiker der Armee und Meister der Überraschungsoffensiven wurde: Armeegeneral (später Marschall) G.K. Schukow. Unter Schukows Leitung wurde der Grundsatz aufgestellt, daß »die Verantwortung für die Aufgabenerfüllung der Invasionsarmeen ganz auf der Ersten Strategischen Staffel liegen muß«.[37]

Die Erste Strategische Staffel, die im Juni 1941 an der Sowjetgrenze massiert wurde, war kraft ihres organisatorischen Gefüges, ihrer Gliederung und militärischen Bereitschaft unzweifelhaft offensiver Natur. Das gilt auch für die Zweite Strategische Staffel, die ihren geheimen Aufmarsch an die deutsche Grenze am 13. Juni 1941 begann. Viele Sowjetmarschälle und -generäle gestehen diese Tatsachen nicht direkt ein, und natürlich wurden beide Staffeln im deutschen Überraschungsangriff überwältigt und hatten notgedrungen defensiv zu kämpfen. Dies hatten sie jedoch nicht geplant, wie Armeegeneral M. Kazakow in bezug auf die Zweite Strategische Staffel bezeugt: »Nach Beginn des Krieges mußte die geplante Strategie grundlegend geändert werden.«[38] Generalmajor V. Zemskow drückt ihren strategischen Zweck noch präziser aus: »Wir waren gezwungen, diese Reserven nicht, wie die Pläne vorsahen, für Angriffsoperationen, sondern zur Verteidigung einzusetzen.«[39] Generalleutnant M.F. Lukin, der selbst an diesen Ereignissen als

Kommandeur der 16. Armee teilgenommen hat, die einen Teil der Zweiten Strategischen Staffel bildete, erklärt die Sache einfach und deutlich: »Wir waren aufgestellt, um auf feindlichem Gebiet zu kämpfen.«[40] Ein anderer Spezialist für offensive Überraschungsschläge auf feindliches Gebiet, Marschall A.M. Vasilewski, unterstreicht die Meinung des Generals Lukin, wenn er sagt: »In seinen (Lukins) Worten liegt die harte Wahrheit.«[41]

Es scheint gewiß, daß die sowjetische Konzentration an der Grenze am 10. Juli abgeschlossen sein sollte.[42] Infolgedessen traf der deutsche Schlag, der genau 19 Tage früher fiel, die Rote Armee in einem höchst ungünstigen Augenblick — in Eisenbahnwaggons. Zahlreiche Sowjetberichte ähneln dem folgenden: »Als der Krieg begann, war das 63. Schützenkorps auf Transport.«[43], »bei Kriegsbeginn war die 200. Schützendivision unterwegs«[44], und »bei Ausbruch des Krieges war die 48. Schützendivision unterwegs«[45]. Viele Reihen von Tanks waren hilflos im offenen Gelände auf den Waggons stehengeblieben. Dasselbe traf auf Geschütze, Vorräte, Troß und Heeresfahrzeuge zu. Die auf diese Weise erlittenen Totalverluste sind nicht bekannt, aber es gibt ein oder zwei verwertbare Hinweise. Eine Quelle sagt aus: »Gegen Ende Juni 1941 standen 1 320 Ladungen mit Lastkraftwagen im Grenzgürtel auf den Gleisen.«[46] Das ungeheure Ausmaß dieses Eisenbahneinsatzes macht es offensichtlich, daß ihn jemand — vor Kriegsausbruch — organisiert hatte, die Tanks und Lastkraftwagen auf Züge verladen hatte, sie über gewaltige Entfernungen transportierte und dann nicht in der Lage war, sie auszuladen.

Durch den unglücklichen Zeitpunkt des deutschen Angriffs entstanden noch andere Verluste, wie General-

oberst der Artillerie I. Volkotrubenko aussagte: »1941 verlor die Westfront[47] 4 216 Eisenbahnwaggons mit Munition.«[48] Ein ziemlich seltsamer Verlust war eine riesige Sendung von Landkarten. Darauf weist Generalleutnant M. Kudryawestew hin: »Über 200 Eisenbahnwagen mit topographischen Karten waren in den westlichen baltischen Militärbezirken und in Kiew liegengeblieben. Wir mußten den größten Teil davon zerstören.«[49] Der Verlust dieser Karten bedarf genauerer Untersuchung. Wohin sollten sie geschickt werden? Um welche Karten handelte es sich? Sollte es sich um Karten des Inneren der Sowjetunion gehandelt haben, hätte man sie nicht zu transportieren brauchen.

Gründe für Stalins Handlungen

Je genauer man Stalins Handlungen während dieses kritischen Zeitraums betrachtet, desto klarer wird es, daß es sich nicht um eine Reaktion auf Hitlers Maßnahmen handelt.[50] Stalin handelte nach seinen eigenen Plänen, und diese sahen eine vollständige Konzentration der Sowjettruppen an der Grenze um den 10. Juli vor. Um herauszufinden, was er mit diesen Plänen im Schilde führte, muß man sich überlegen, was geschehen wäre, wenn Hitler nicht vor diesem Termin angegriffen hätte und Stalin die Chance gehabt hätte, seine Truppenkonzentrationen an der deutschen Grenze in aller Ruhe und Heimlichkeit abzuschließen.

Bestimmte Folgerungen sind unbestreitbar: Erstens: *Die mobilisierten Divisionen konnten nicht in die fernen Bezirke zurückgeschickt werden, von wo sie kamen.* Solch ein neuer Riesentransport würde das ganze Eisenbahnnetz für viele Monate beansprucht haben. Eine

wirtschaftliche Katastrophe wäre die Folge gewesen. Zweitens: *Diese gigantischen Streitkräfte konnten nicht dort überwintern, wo sie sich verbargen.* So viele neue Divisionen waren aufgestellt und im Frontgürtel zusammengezogen worden, daß ein Großteil von ihnen bereits den Winter 1940-41 in Unterständen verbracht hatte.[51] Schon 1940 gab es in den neuerworbenen Grenzzonen für die dortigen Divisionen ungenügende Exerzierplätze zur infanteristischen und artilleristischen Ausbildung. Wie man weiß, verlieren Truppen, die nicht dauernd üben können, schnell an Kampfkraft.[52]

In jedem größeren komplizierten menschlichen Unternehmen gibt es einen historischen Moment, in dem die Ereignisse einem »point of no return« zustreben. Dieser Moment war für die Sowjetunion am 13. Juni 1941 gekommen. Nach diesem Tag wurden Massen von Sowjettruppen geheim und unerbittlich gegen die deutsche Grenze in Bewegung gesetzt. Seitdem konnte die sowjetische Führerschaft diese Truppen aus wirtschaftlichen und militärischen Gründen nicht mehr zurückziehen, ja sie konnten nicht einmal mehr angehalten werden. Der Krieg wurde für die Sowjetunion unvermeidlich, unabhängig davon, wie Hitler auch immer gehandelt haben könnte. Letztlich sprachen die Zusammensetzung und die Anordnung der Streitkräfte keineswegs dafür, daß sie beabsichtigten, dort zu bleiben. Spezialtruppen wie Luftlandekorps in der ersten Linie sogenannter »Verteidigung«, Artillerieeinheiten in vordersten Stellungen, das Schleifen der Stalinlinie und das bewußte Fehlen jeglicher tiefgestaffelten Verteidigung widerspricht der Absicht, entlang der Grenze eine ständige Verteidigungsstellung aufzubauen. Wenn man all dies im Zusammenhang mit der früher umrissenen doktrinären Lehre Schu-

kows sieht, wird es klar, daß die einzig glaubwürdige militärische Absicht, die Stalin gehabt haben konnte, war, selbst den Krieg im Sommer 1941 zu beginnen.

Anmerkungen

1) Viele Historiker datieren das berühmte TASS-Kommuniqué auf den 14. Juni, aber es ist bedeutsam, daß es in der ganzen Sowjetunion am 13. Juni ausgestrahlt wurde.

2) Gen.-Maj. P. Grigorenko, *V podpolie mogno vstretit tolko krys* (Detinetz, New York 1981), S. 249.

3) G. Oserov, *Tupolevska sharaga* (Possev-Verlag, Frankfurt/Main 1971), S. 108.

4) B.H. Liddell Hart, *History of the Second World War* (Pan, London 1978), S. 161.

5) Zum Beispiel R.A. Medvedev, *Let History Judge* (Alfred Knort, New York 1974), S. 900. Werth A., loc. cit.

6) R. Conquest, *The Great Terror: Stalin's Purge of the Thirties* (Macmillan, London 1968).

7) Marschall K.A. Meretskov, *Na Sluzhbe narodu* (Pol. Lit., Moskau 1968), S. 202.

8) Gen.-Lt. Birykov, *Voenno-istoricheskii Zhurnal* (VIZ), 1962, 4, S. 60.

9) *Krasnoznamernii Uralsky: History of the Ural Military District* (Voenizdat, Moskau 1983), S. 104.

10) *Soviet Military Encyclopaedia* (Voenizdat, Moskau 1978), Bd. 5, S. 34. (Hiernach als SVE zitiert)

11) Sowjetische Autoren unterscheiden gewöhnlich zwischen »Frontdistrikten«, die an einen anderen Staat angrenzen, und »Inneren Distrikten«, bei denen dies nicht der Fall ist.

12) Strategische Staffeln werden in der Sowjetarmee bei einem operativen Aufmarsch eingesetzt. Sie werden nur dann aufgestellt, wenn eine militärische Aktion bevorsteht.

13) Armee-Gen. S.M. Shtemenko, *Generalnii shtab v gody voiny* (Voenizdat, Moskau 1968), S. 26.

14) Armee-Gen. S.P. Ivanov, *Nachalnii period voiny* (Voenizdat, Moskau 1974), S. 211.

15) I.V. Kovaliov, *Transport v. Velikoi Otechestvennoi voine* (Nauka, Moskau 1981), S. 41.

16) Gen.-Oberst I. Ludnikov, »*Pervie dny voiny*«, VIZ 9 (1966).

17) Marschall I.Kh. Bagramyan, »*Zapisky nachalnika operativnogo otdela*«, VIZ 1 (1961), S. 61.

18) A. Khorcov, »*Meroprijtia po povishenia boevoi gotovnoti*«, VIZ 4 (1978), S. 86.

19) Ivanov, op. cit., S. 211.

20) *Kievsky krasnoznamionny: History of the Kiev Military District* (Voenizdat, Moskau 1974), S. 162.

21) *Krasnoznamenny Byelorussky Voennii okrug: History of the Byelorussian Military District* (Voenizdat, Moskau 1963), S. 18.

22) SVE, Bd. 6, S. 517.

23) Marschall R.J. Malinovskii, »*Dvadzatiletie nachala VOV*«, VIZ 6 (1961), S. 6.

24) Marschall I.Kh. Bagramyan, *Tak nachinalas voina* (Voenizdat, Moskau 1971), S. 64.

25) Ebenda, S. 77.

26) Marschall M.V. Zakharov, »*Stranitsy istorii Vooruzhennykh sil nakanune Velikoi Otechectvennoi voiny*«, Voprosy Istorii, 5 (1970), S. 451.

27) *Istoriya Vtoroi Mirovoi voiny (1939—1973)*, Bd. 4, S. 25, u. Bd. 3, S. 441.

28) V. Khovostov, Gen.-Maj. A. Grilev, *Nakanune Velicoi Otechjestvennoi voini*«, Kommunist 12 (1968), S. 68.

29) Ludnikov, op. cit. S. 66.

30) Gen.-Maj. S. Iovlev, *V boiykh pod Minscom*«, VIZ 9 (1960), S. 56.

31) V.A. Anfilov, *Nachalo Velicoi Otechestvennoi Voiny* (Voenizdat, Moskau 1962), S. 44.

32) Iovlev, op. cit., S. 57.

33) VIZ 8 (1981), S. 89.

34) I.T. Starinov, *Mini jdut svoego chase* (Voenizdat, Moskau 1964), S. 186.

35) Marschall A.I. Egorov, »*Doklad nachalnica shtaba RKKA RVS SSSR*«, VIZ 10 (1963), S. 31.

36) M.N. Tukhackevskii, *Isbrannye proizvedeniya* (Voenizdat, Moskau 1964), Bd. II, S. 219.

37) VIZ 10 (1963), S. 31.

38) Armee-Gen. M. Kazakov, »*Sozdanie i ispolzovanie strategicheskikh rezervov*«, VIZ 12 (1972), S. 46.

39) Gen.-Maj. V. Zemskov, »*Nektorie voprosy sozdanij i ispolzovanij strategicheskikh rezervov*«, VIZ 10 (1971), S. 13.

40) Gen.-Lt. M.F. Lukin, »*V Smolenskom sragenii*«, VIZ 7 (1979), S. 43.

41) Marschall A.M. Vasilevsky, VIZ 7 (1979), S. 43.

42) Ivanov, op. cit., S. 211.

43) G.P. Kuleschov, *Na Dneprovscom rugebe*«, VIZ 6 (1966), S. 17.

44) Ludnikov, op. cit., S. 68.

45) VIZ 7 (1974), S. 77.

46) VIZ 1 (1975), S. 81.

47) Nachdem der Krieg ausgebrochen war, wurde einer von den fünf »Special Military Districts« in »Western Front« umgetauft. Sie lagen alle an der Grenze. Wir können deshalb annehmen, daß die anderen vier entsprechende Verluste hatten, wenngleich man das ganze Ausmaß nicht belegen kann.

48) Artill. Gen.-Oberst I. Volkotrubienko, »*Artillerieskoe snabgenie v pervom periode voiny*«, VIZ 5 (1980), S. 71.

49) Gen.-Lt. M. Kudriavzev, »*Topograficheskoe obespechenie voisk v Vilikoi otechestvennoi voine*«, VIZ 2 (1970), S. 22.

50) M. Mackintosh, *Juggernaut* (Secker & Warburg, London 1967), S. 136.

51) Gen.-Oberst L.M. Sandalov, *Peregitoe* (Voenizdat, Moskau 1966), S. 48.

52) Marschall K.S. Moskalenko, *Na Jgo-Sapadnom Napravlenii* (Nauka, Moskau 1969), S. 18—20.

Nr. 2

Leserbrief Dr. Joachim Hoffmanns in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 16.10.1986

Stalin wollte den Krieg

Der Aufsatz von Günther Gillessen über die in »RUSI« (Journal of the Royal United Services Institute for Defence Studies, London) geführte Kontroverse um die Absichten Stalins zur Zeit der Vorbereitung des Unternehmens »Barbarossa« (F.A.Z. Nr. 191) hat Dr. Leonid Luks und Dr. Bianka Pietrow zu Entgegnungen veranlaßt (F.A.Z. Nr. 203), die eine Replik unumgänglich machen. Dr. Pietrow führt sogar meinen Beitrag in dem vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt herausgegebenen Sammelband »Der Angriff auf die Sowjetunion« an, den sie offenbar nicht gelesen hat. So möchte ich bemerken, daß ich Viktor Suvorov in »RUSI«, Heft Juni 1986, voll zugestimmt und nur vorgeschlagen habe, von 1942 anstatt von 1941 als möglichem Angriffstermin Stalins zu sprechen. Bei einer Auseinandersetzung um die Intentionen Stalins sind notwendigerweise folgende Tatsachen zu berücksichtigen:

1. Stalin wünschte 1939 das Entstehen eines Krieges unter den »kapitalistischen« Mächten in Europa, zu denen er bekanntlich auch Deutschland rechnete. Diesem

Ziel diente der Abschluß des sogenannten »Hitler-Stalin-Paktes«, der sich zusammensetzte aus dem Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 mit dem Geheimen Zusatzprotokoll, das die Aufteilung Polens stipulierte, aus dem Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 mit weiteren inhaltsschweren Geheimen Zusatzprotokollen, aus der Abmachung zwischen Wehrmacht und Roter Armee vom 20. September 1939, in der die Rote Armee sich unter anderem verpflichtete, die »nötigen Kräfte zur Vernichtung polnischer Truppenteile und Banden« auf dem Rückzugsweg der deutschen Truppen zur Verfügung zu stellen, aus den beiden großen Wirtschaftsabkommen vom 11. Februar 1940 und 10. Januar 1941, die das Reich instand setzen sollten, den Krieg gegen die Westmächte fortzuführen, sowie aus weiteren wichtigen Abkommen.

Stalin war sich vollauf darüber im klaren, daß der Abschluß des Paktes vom 23. August 1939 einen europäischen Krieg zur Folge haben würde, »weil Hitler sich dann im Osten sicher fühlt«. »Der Abschluß unserer Vereinbarung mit Deutschland war diktiert von der Notwendigkeit eines Krieges in Europa«, kabelte das Volkskommissariat des Auswärtigen dem Sowjetbotschafter in Japan am 12. Juli 1940. Stalin hat sich an der Aggression gegen Polen im übrigen aktiv beteiligt. »Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23. August 1939«, so urteilte schon der italienische Historiker und Sozialist André Rossi, »war ein Angriffspakt gegen Polen ... Das Geheimabkommen bewies ... auf juristischer Ebene, daß dieses Verbrechen zu zweit begangen wurde, nämlich von Deutschland und Rußland.«

2. Stalin wünschte 1941 das Entstehen eines Krieges in Ostasien zwischen Japan und den Vereinigten Staaten

sowie Großbritannien. Diesem Ziel diente der Abschluß eines japanisch-sowjetischen Neutralitätspaktes vom April 1941, der die Ambitionen Japans nach Süden ablenkte und Japan unfehlbar in einen Konflikt mit den Vereinigten Staaten bringen mußte. »Wir stimmen allen Verträgen zu, die einen Zusammenprall Japans mit den Vereinigten Staaten hervorrufen«, kabelte das Volkskommissariat des Auswärtigen den Sowjetbotschaftern in Japan und China am 14. Juni und ähnlich am 12. Juli 1940 über einen »japanisch-amerikanischen Krieg, den wir entstehen zu sehen wünschen«.

3. Stalin hat 1939 unprovozierte Angriffskriege gegen Polen und Finnland geführt, im Jahre 1940 unter dem Einsatz militärischer Machtmittel die unabhängigen Republiken Estland, Lettland und Litauen ausgelöscht und Rumänien unter Kriegsandrohung zur Abtretung von Bessarabien, der Nordbukowina und eines Teiles der Moldau gezwungen. Die Sowjetunion vermochte auf diesem Wege ein Territorium in der Ausdehnung des Deutschen Reiches nach dem Stande von 1919 gewaltsam an sich zu bringen und ihre strategische Ausgangsbasis für Aktionen nach Westen bedeutend zu verbessern.

4. Obwohl Stalin infolge des unerwarteten deutschen Sieges in Frankreich 1940 der »damals stärksten Militärmacht des Kontinents« nunmehr allein gegenüberstand, er angeblich auch »in Panik« geriet und »versuchte, Hitler so wenig wie möglich zu provozieren«, entsandte er doch im November 1940 den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare mit geradezu exorbitanten Forderungen nach Berlin. Molotow verlangte nichts Geringeres als die Anerkennung des »sowjetischen Interesses« an Finnland, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und Griechenland, also ganz Osteuropas, und beanspruchte

für die Sowjetunion überdies beherrschende Positionen an den Meerengen des Schwarzen Meeres und der Ostsee (Ernst Topitsch, Stalins Krieg. Die sowjetische Langzeitstrategie gegen den Westen als rationale Machtpolitik). Eines weiteren Beweises für die Absichten der sowjetischen Politik bedarf es nach dem Molotow-Besuch wohl nicht mehr.

5. Die Truppen der Roten Armee haben in den sowjetischen Annexionsgebieten umgehend mit einem Offensivaufmarsch begonnen, und dies zu einer Zeit, da die deutsche Ostgrenze noch so gut wie ungedeckt war. Nicht nur die Massierung starker mechanisierter und gepanzerter Verbände in den exponierten Grenzvorsprüngen um Bialystok und Lemberg verrieten offensive Absichten. In diesem Bild fügen sich auch alle anderen Maßnahmen ein, das Vorschieben der Armeen und Korps der 1. Strategischen Staffel der Landtruppen und der Verbände der Luftstreitkräfte unmittelbar an die westliche Staatsgrenze und das Aufschließen der Großverbände der 2. Strategischen Staffel nach Westen, das Vorschieben der Versorgungsdepots, Betriebsstofflager und Mobilmachungsvorräte an die neue Staatsgrenze, der Ausbau von Straßen, Brücken und Truppenunterkünften in dieser Region, zugleich der Verzicht auf den Ausbau rückwärtiger Kommandozentralen, die Desarmierung der Befestigungen an der alten Staatsgrenze und dergleichen mehr. Alle diese Maßnahmen lassen zweifelsfrei erkennen, daß es Stalin eben gerade nicht um die Vorbereitung zu einem Verteidigungskrieg zu tun war.

6. Zugleich hatte er eine »geradezu unvorstellbare Rüstung« geschaffen und mit 24 000 Panzern, über 23 000 Frontflugzeugen, 148 000 Geschützen und Granatwerfern schon 1941 die absolute, eine mehrfache

Überlegenheit an Waffen über die Wehrmacht gewonnen. Der Ausstoß moderner Waffen steigerte sich in immer schnellerem Tempo. Zwar war die Phase der Reorganisation und der Einschulung des Personals auf die neue Kriegstechnik 1941 nicht abgeschlossen, aber unter dem Volkskommissar für Verteidigung, Marschall Timoschenko, wurden fieberhafte Anstrengungen in dieser Richtung unternommen.

Die hier genannten historischen Tatsachen sind unbestreitbar und lassen eine beliebige Ausdeutung der Absichten Stalins nicht mehr zu.

Dies ist der allgemeine und historische Hintergrund, vor dem die Rede Stalins zu den Absolventen der sowjetischen Militärakademien am 5. Mai 1941 beurteilt werden muß, deren Inhalt eindeutig verifiziert ist. Sowohl der britische Korrespondent in Moskau, Alexander Werth (»Russia at War«), als auch der deutsche Botschaftsrat Gustav Hilger (»Wir und der Kreml«) geben den Sinn der Rede übereinstimmend wieder. Die Deutschen waren von der programmatischen Rede Stalins indessen schon im Kriege durch die Aussagen kriegsgefangener sowjetischer Generale und Stabsoffiziere, die an der Veranstaltung im Kreml teilgenommen hatten, genau unterrichtet (vgl. mein Buch »Die Geschichte der Wlassow-Armee«). Stalin hatte demnach auf einen Toast des Chefs der Militärakademie »Frunse«, Generalleutnant Chosin, auf die Friedenspolitik der Sowjetunion scharf ablehnend reagiert. Sie sei überholt, und man werde mit ihr keinen Fußbreit Boden mehr gewinnen. Mit den Defensivlosungen müsse jetzt Schluß gemacht werden. Ein Krieg mit Deutschland sei 1942 fast unvermeidlich. Je nach der internationalen Situation müsse die Sowjetunion einen deutschen Angriff abwarten oder selber zum Angriff übergehen. Die

Ära der Friedenspolitik der Sowjetunion sei jedenfalls beendet, und eine Ausdehnung mit Waffengewalt nach Westen sei nunmehr notwendig. Die Sowjetunion werde 1942 gerüstet sein, und sie habe alle Siegesaussichten.

Wenn, wie auch hieraus hervorgeht, die Kriegsvorbereitungen 1941 noch nicht abgeschlossen waren, so stellt sich die Frage, ob 1942 der Zeitpunkt für die Sowjetunion gekommen wäre. Vieles spricht dafür und nicht zuletzt die Selbstüberhebung der Roten Armee, die sich als »die offensivste aller Armeen« bezeichnete und nur eine Doktrin kannte: einen jeden Gegner »auf seinem eigenen Territorium zu zerschmettern«.

Diese Einschätzung hatte in der Zeit des Personenkultes um Stalin die Bedeutung eines Gesetzes und unterlag keiner theoretischen Erörterung. Somit ist der Gedanke naheliegend, daß Deutschland, sobald es nur in die unausweichlichen Schwierigkeiten geriete, von Stalin ebenso angegriffen worden wäre wie 1945 Japan ungeachtet des Neutralitätspaktes. Von der Offensivaufstellung der Roten Armee und den militärischen Maßnahmen auf sowjetischer Seite ging jedenfalls schon 1941 eine ernste strategische Bedrohung aus. Die sowjetische Politik und die ihr zugrunde liegenden Motive lassen eine unveränderte Aggressivität erkennen, auch wenn Stalin seit dem 6. Mai 1941 aus taktischen Gründen zu bremsen suchte, um Zeit für die Herstellung der Kriegsbereitschaft zu gewinnen.

In dienstlichem Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes habe ich die sowjetischen Veröffentlichungen zu dem Thema und ungezählte erbeutete sowjetische Akten jahrelang eingehend studiert. Zieht man die Verhältnisse auf sowjetischer Seite in Betracht, so drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß im Sommer 1941 der

eine Aggressor, Hitler, die letzte Gelegenheit hatte, dem anderen Aggressor zuvorzukommen.

Dr. Joachim Hoffmann,
Wissenschaftlicher Direktor,
Militärgeschichtliches Forschungsamt,
Freiburg

O. Literaturverzeichnis und Zitatennachweis

Albisser, Jörg in: Criticón Nr. 100, 1987, S. 120—123

Arndt, Hans-Joachim: Die Besiegten von 1945. 1978

Augstein, Rudolf in: Der Spiegel Nr. 41, 6.10.1986

Backes, Uwe u.a.: Reichstagsbrand. 1986

Barnes, Harry Elmer: Perpetual War for Perpetual Peace. 1953

Ders.: Entlarvte Heuchelei. 1961

Besymenski, Lew in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 2, 1987, S. 273—284

Bracher, Karl Dietrich in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 6.9.1986

Broszat, Martin: Nach Hitler. 1983

Ders. in: Merkur 39, 1985, S. 373—385

Ders. in: Die Zeit 3.10.1986

Ders. in: Hoffmann, Hilmar (Hrsg.): Gegen den Versuch, Vergangenheit zu verbiegen. 1987, S. 67—82

Brumlik, Micha in: taz 12.7.1986

Bundesministerium für Vertriebene (Hrsg.): Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. 1953-62

Cattani, Alfred in: Neue Zürcher Zeitung 26.9.1986

Conquest, Robert: Stalins Völkermord. 1970

Ders.: The Harvest of Sorrow. 1986

Craig, Gordon A. in: Hoffmann, Hilmar (Hrsg.): Gegen den Versuch, Vergangenheit zu verbiegen. 1987, S. 152—166

Davies, J.T.: The Scientific Approach. 1973

Dehoust, Peter (Hrsg.): Die Niederwerfung des Reiches. 1984

Diwald, Hellmut: Geschichte der Deutschen. 1978

Ders. in: Die Welt 6.3.1982

Ders.: Mut zur Geschichte. 1983

Ders. in: Die Welt 28.6.1984

Ders. in: Witikobrief Nr. 3, 1985, S. 1

Eibl-Eibesfeld, Irenäus: Der vorprogrammierte Mensch. 1973

Eschenburg, Theodor: Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik. 1964

Euchner, Walter in: Die neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte Nr. 12, 1986, S. 1115—1119

Fest, Joachim C.: Hitler. 1975

Ders.: Das Gesicht des Dritten Reiches. ^{6}1977

Ders. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 29.8.1986

Fernau, Joachim: Halleluja. 1977

Filbinger, Hans in: Haussherr, Reiner (Hrsg.): Die Zeit der Staufer. 1977, Bd. I, S. V—X

Ders. in: Studienzentrum Weikersheim (Hrsg.): Deutsche Identität heute. 1983, S. 169—179

Fish, Hamilton: Der zerbrochene Mythos. ^{2}1986

Galinski, Heinz in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 1, 1987, S. 20—24

Gehlen, Arnold: Moral und Hypermoral. 1969

Geiss, Imanuel in: Der Spiegel Nr. 43, 20.10.1986, S. 10

Gillessen, Günther in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 25.2. 1987

Giordano, Ralph in: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung 7.11. 1986

Gordon, Sarah: Hitler, Germans and the ›Jewish Question‹. 1984

Grabert, Wigbert (Hrsg.): Geschichtsbetrachtung als Wagnis. 1984

Grimm, Friedrich: Mit offenem Visier. 1961

Grimm, Hans: Die Erzbischofschrift. 1948

Ders.: Warum — Woher — aber Wohin? 1954

Habermas, Jürgen in: Die Zeit 11.7.1986

Ders. in: Die Zeit 7.11.1986a

Ders. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.8.1986b

Ders. in: Hoffmann, Hilmar (Hrsg.): Gegen den Versuch, Vergangenheit zu verbiegen. 1987, S. 140—144

Ders.: Eine Art Schadensabwicklung, 1987a

Hänel, Wolfgang: Hermann Rauschnings »Gespräche mit Hitler« — Eine Geschichtsfälschung. 1984

Helbling, Hanno in: Neue Zürcher Zeitung 26.9.1986

Heuß, Alfred: Verlust der Geschichte. 1959

Ders. in: Gadamer, Hans-Georg und Vogler, Paul (Hrsg.): Neue Anthropologie, Bd. 4, 1973, S. 150—194

Ders.: Versagen und Verhängnis. 1984

Hildebrand, Klaus in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 31.7. 1986

Ders. in: Die Welt 22.11.1986a

Hillgruber, Andreas: Der Zweite Weltkrieg. ^{2}1983

Ders.: Hitlers Strategie. ^{2}1982

Ders. in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht Nr. 3, 1985

Ders.: Zweierlei Untergang. 1986

Ders. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 23.8.1986a

Ders. in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht Nr. 12, 1986b, S. 725—738

Ders. in: Rheinischer Merkur 31.10.1986c

Hoffmann, Hilmar (Hrsg.): Gegen den Versuch, Vergangenheit zu verbiegen. 1987

Hoffmann, Joachim in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Das deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 4, 1983

Ders. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.10.1986

Hoffmann-Axthelm, Dieter in: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 33, Nr. 7, 1986, S. 599—604

Hoggan, David L.: Der erzwungene Krieg. ^{13}1987 (1961)

Ders.: Der unnötige Krieg. 1976

Hornung, Klaus in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.8.1986

Howe, Ellic: Die schwarze Propaganda. 1983

Jäckel, Eberhard und Rohwer, Jürgen (Hrsg.): Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. 1985

Jäckel, Eberhard: Hitlers Weltanschauung. 1981

Ders. in: Die Zeit 12.9.1986

Jahn, Friedrich Ludwig: Vom deutschen Volkstum. 1938

Janßen, Karl-Heinz in: Die Zeit 11.7.1986

Ders. in: Die Zeit 21.11.1986a

Jeismann, Karl Ernst in: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 34, Nr. 4, 1987, S. 362—369

Kaltenbrunner, Gerd-Klaus in: Bunte Nr. 43, 16.10.1986, S. 236

Ders. in: Rheinischer Merkur 12.12.1986a

Des. in: Mut Februar 1987, S. 16—17

Ders. in: Deutschland Magazin Nr. 3, 1987a

Kappe-Hardenberg, Siegfried: Ein Mythos wird zerstört. 1987

Kern, Erich: Meineid gegen Deutschland. ^{2}1971

Kleist, Peter: Auch du warst dabei. 1952

Ders.: Die europäische Tragödie. 1961

Klüver, Max: Präventivschlag 1941. 1986

Ders. in: Deutsche Monatshefte Nr. 6/7, 1987, S. 49—55

Koch, Hannsjoachim W. in: Historical Journal 26, Nr. 4, 1983, S. 891—919

Ders. (Hrsg.): Aspects of the Third Reich. 1985

Ders. erscheint demnächst in: Historical Journal, 1988

Kocka, Jürgen in: Frankfurter Rundschau 23.9.1986

Kosiek, Rolf: Deutsches Land in fremder Hand. 1982

Ders. in: Deutschland in Geschichte und Gegenwart Nr. 2, 1987, S. 6—11

Kramer, Dieter in: Hoffmann, Hilmar (Hrsg.): Gegen den Versuch, Vergangenheit zu verbiegen. 1987, S. 105—139, S. 167—172

Kraus, Hans Christoph in: Criticón Nr. 99, 1987, S. 15—18

Künast, Rudolf: Umweltzerstörung und Ideogie. 1983

Kuhn, Annette in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 1, 1987, S. 25—32

Leicht, Robert in: Die Zeit 26.12.1986

Liddell-Hart, B.H.: Die wahren Ursachen des Krieges. 1946

Lorenz, Konrad: Die Rückseite des Spiegels. 1973

Ders.: Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit. 1973a

Malanowski, Wolfgang in: Der Spiegel Nr. 36, 1.9.1986

Meier, Christian in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 20.11.1986

Ders. in: Rheinischer Merkur / Christ und Welt 10.10.1986a

Ders. zitiert in: Stuttgarter Nachrichten 30.1.1987

Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg (Hrsg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 4, 1983

Mohler, Armin: Vergangenheitsbewältigung.[3] 1981

Ders. (Hrsg.): Wirklichkeit als Tabu. 1986

Ders. in: Willms, Bernard (Hrsg.): Handbuch zur Deutschen Nation. Bd. 2, 1987, S. 35—107

Mohr, Hans: Biologische Erkenntnis. 1981

Mommsen, Hans in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 10, 1986, S. 1200—1213

Ders. in: Hoffmann, Hilmar (Hrsg.): Gegen den Versuch, Vergangenheit zu verbiegen. 1987, S. 94—104

Ders. in: Merkur Nr. 451/452, September/Oktober 1986a, S. 864—874

Mommsen, Wolfgang J. in: Frankfurter Rundschau 1.12.1986

Ders. in: Hoffmann, Hilmar (Hrsg.): Gegen den Versuch, Vergangenheit zu verbiegen. 1987, S. 83—93

Nâwratil, Heinz: Vertreibungsverbrechen an Deutschen. 1982

Ders.: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. 1986

Nicoll, Peter H.: Britain's Blunder. 1953

Ders.: Englands Krieg gegen Deutschland. 1963

Nipperdey, Thomas: Nachdenken über die deutsche Geschichte. 1986

Ders. in: Die Zeit 17.10.1986a

Ders. in: Die Welt 28.2.1987

Nolte, Ernst: Der Faschismus in seiner Epoche. 1963

Ders.: Deutschland und der Kalte Krieg. 1974

Ders. in: Studienzentrum Weikersheim (Hrsg.): Deutsche Identität heute. 1983, S. 25—47

Ders. in: Koch, H.W. (Hrsg.): Aspects of the Third Reich. 1985, S. 17—38

Ders. in: Historische Zeitschrift Bd. 242, 1986, S. 265—289

Ders. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 6.6.1986a

Ders. in: Die Zeit 31.10.1986b

Ders. in: Piper-Dokumentation: Historikerstreit, 1987, S. 13—35

Ders. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.7.1987a

Oppenheimer, Franz in: The American Spectator, November 1985; dt. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 14.5.1986

Pätzold, Kurt in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 12, 1986, S. 1452—1463

Ders. in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 2, 1987, S. 160—172

Pemsel, Richard: Hitler — Revolutionär, Staatsmann, Verbrecher? 1986

Perels, Joachim in: Frankfurter Rundschau 27.12.1986

Piper-Dokumentation: Historikerstreit. 1987

Planck, Max: Vorträge und Erinnerungen. ^{9}1973

Plessner, Helmuth: Die Stufen des Organischen und der Mensch. 1928

Popper, Karl Raimund: Objective Knowledge. 1972

Rauschning, Hermann: Gespräche mit Hitler. 1940

Rumpf, Helmut in: Der Staat Nr. 22, 1983, S. 107—123

Sander, Hans Dietrich: Der nationale Imperativ. 1980

Sanning, Walter N.: Die Auflösung des osteuropäischen Judentums. 1983

Schickel, Alfred: Zeitgeschichte am Scheideweg. 1981

Ders.: Vergessene Zeitgeschichte. 1985

Ders.: Die Deutschen und ihre slawischen Nachbarn. 1985a

Ders. in: Willms, Bernard (Hrsg.): Handbuch zur Deutschen Nation. Bd. 1, 1986, S. 223—261

Ders.: Von Großdeutschland zur Deutschen Frage. 1986

Schieder, Theodor: Hermann Rauschnings ›Gespräche mit Hitler‹ als Geschichtsquelle. 1972

Schrenck-Notzing, Caspar von: Charakterwäsche. 1965

Ders. (Critilo) in: Criticón Nr. 97, 1986, S. 1

Ders. in: Willms, Bernard (Hrsg.): Handbuch zur Deutschen Nation Bd. I, 1986a, S. 361—381

Ders. in: Hueber, Alfons (Hrsg.): 8. Mai 1945 — Ein Tag der Befreiung? 1987, S. 253—282

Schuller, Wolfgang in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 9.7. 1986

Ders. in: Südkurier 10.7.1986a

Schulze, Hagen in: Die Zeit 26.9.1986

Ders.: Wir sind, was wir geworden sind. 1987

Schwidetzky, Ilse: Grundzüge der Völkerbiologie. 1950

Dies.: Das Problem des Völkertodes. 1954

Sontheimer, Kurt in: Rheinischer Merkur 21.11.1986

Spraul, Gunter in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht Nr. 5, 1987, S. 296—303

Stäglich, Wilhelm: Der Auschwitz-Mythos. 1979

Studienzentrum Weikersheim (Hrsg.): Deutsche Identität heute. 1983

Stürmer, Michael in: Studienzentrum Weikersheim (Hrsg.): Deutsche Identität heute. 1983, S. 48—64

Ders. in: Museumskunde Nr. 3, 1984, S. 142—153; auch in ders.: Dissonanzen des Fortschritts, 1986a, s. 289—304.

Ders. in: Schweizer Monatshefte Nr. 9, 1986, S. 689—694

Ders.: Dissonanzen des Fortschritts. 1986a

Ders. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.8.1986b

Ders. in: Das Parlament Nr. 20/21, 17./24.5.1986c

Suvorov, Viktor in: RUSI June 1985, S. 50—55

Ders. in: RUSI June 1986

Taege, Herbert: Wo ist Kain? 1981

Ders.: Wo ist Abel? 1986

Ders. in: Askania Annual Nr. 5, Oktober 1984

Tansill, Charles Callan: Die Hintertür zum Kriege. 1956

Thadden, Adolf von: Guernica. 1982

Ders.: Die verfemte Rechte. 1984

Tobias, Fritz: Reichstagsbrand. 1962

Topitsch, Ernst: Stalins Krieg. 1985

Turner, Henry A.: Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers. 1985

Vollmer, Gerhard: Evolutionäre Erkenntnistheorie. 1975

Wagner, F. in: Gadamer, Hans-Georg und Vogler, Paul (Hrsg.): Neue Anthropologie. Bd. 4, 1973, S. 195—224

Walendy, Udo: Wahrheit für Deutschland. 1964

Weißler, Sabine in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 1, 1986, S. 101—110

Willms, Bernard in: Der Staat Nr. 21, 1982, S. 69f.

Ders.: Die Deutsche Nation. 1982a

Ders. in: Studienzentrum Weikersheim (Hrsg.): Deutsche Identität heute. 1983, S. 80—95

Ders. (Hrsg.): Handbuch zur Deutschen Nation. Bd. 1, 1986; Bd. 2, 1987

Ders. in: Hueber, Alfons (Hrsg.): 8. Mai 1945 — ein Tag der Befreiung? 1987, S. 283—305

Winkler, Heinrich August in: Frankfurter Rundschau 14.11. 1986

Zayas, Alfred-Maurice de: Vertreibungsverbrechen an Deutschen. 1980

Ders.: Zeugnisse der Vertreibung. 1983

Ders. in: Die Welt 13.12.1986

Zehm, Günther (Pankraz) in: Die Welt 11.8.1986

Ders. in: Die Welt 24.11.1986a

Personenverzeichnis

Abraham, David 39
Adam, Konrad 144f.
Adorno, Theodor W. 69, 73
Albisser, Jörg 147f.
Allardt, Helmut 101
Alyabushew, F.F. 207
Angres, Thomas 99
Armin der Cherusker 195
Arndt, Hans Joachim 9, 12ff., 17f., 125 f., 131f., 198
Augstein, Rudolf 10, 141, 151f.

Backes, Uwe 29, 37, 42
Bagramyan, I. Kh. 206, 208
Barbie, Klaus 98
Barnes, Harry Elmer 29
Baßler, Karl 172
Bavendamm, Dirk 152
Bein, Alex 144
Benesch, Eduard 56, 179
Besymenski, Lew 101f.
Biryuko, N.J. 203
Bismarck, Otto von 88, 195
Bloch, Ernst 59
Blüm, Norbert 55
Boehlich, Walter 82
Boog, Horst 174
Bracher, Karl Dietrich 66
Brandt, Willy 107f.
Braun, Karl Otto 200
Broszat, Martin 37f., 43, 45, 63, 67, 79, 82, 95, 128f., 141, 153f., 176
Brumlik, Michael 140
Burt, Richard 86

Carstens, Karl 32
Cattani, Alfred 135, 150
Chamberlain, Neville 72, 94
Chosin 224
Churchill, Winston 56, 174
Conquest, Robert 162f.
Craig, Gordon A. 9, 82, 92-96
Czubinski, Antoni 176

Davies, J.T 116
Dehoust, Peter 30
Deist, Wilhelm 147f.
Demski, Eva 82
Diwald, Hellmut 12f., 21, 25f., 35f., 63f., 96, 136, 142, 152, 195
Dregger, Alfred 106f.
Dreyfus, Alfred 88
Droysen, Johann Gustav 193
Dschingis Khan 99
Duve, Freimut 67, 70, 140

Egerow, A.E. 212f.

Eibl-Eibesfeldt, Irenäus 187
Erdmann, Karl Dietrich 151
Erschakow, F.A. 204
Eschenburg, Theodor 41

Falin, Valentin 101
Faßbinder, Werner 71
Fay, Sidney B. 34
Feldman, Gerald D. 39
Fernau, Joachim 192
Fest, Joachim 11, 74-80, 122, 156
Filbinger, Hans 31f., 35, 197
Fippinger, Franz 196f.
Frank, Anne 24
Frank, Otto 24
Frenkin, Anatoli 100
Friedländer, Saul 37, 98
Friedrich I., Barbarossa 88
Friedrich II., der Große 195

Galinski, Heinz 109ff.
Gall, Lothar 62
Gehlen, Arnold 188
Geiss, Imanuel 114, 151f.
Genscher, Hans-Dietrich 173
Gerasimenko, V.F. 204
Gillessen, Günther 168, 174, 220
Giordano, Ralph 78, 123f.
Glotz, Peter 109
Goethe, Johann Wolfgang v. 31, 185, 199
Gordon, Sarah 87
Gorodetsky, Gabriel 171
Grabert, Wigbert 27
Graml, Hermann 34
Grimm, Friedrich 191
Grimm, Hans 29
Gromyko, Andrei Andrejewitsch 101

Habermas, Jürgen 7, 19, 30, 69-75, 79, 82, 87, 91, 93, 95, 98, 100, 110, 113-117, 121f., 129f., 136, 140-143, 149-153, 156ff., 178f.
Hänel, Wolfgang 44f.
Hardenberg, Karl August v. 160
Hauptmann, Gerhart 194
Hebbel, Friedrich 193
Heck, Bruno 137
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 88
Helbling, Hanno 97
Herzog, Chaim 105, 120
Herzl, Theodor 143
Heß, Rudolf 125
Heuß, Alfred 18, 36, 149, 175-178, 186, 194
Hildebrand, Klaus 9, 30, 62, 66, 71, 77, 80, 97, 114, 141, 151, 157, 179f.
Hilger, Gustav 224
Hillgruber, Andreas 11, 30, 45, 53-57, 66, 69ff, 80ff., 92f., 97-100, 113f., 116, 119, 122f., 130, 139-142, 149-158, 161f., 178f., 184
Hindenburg, Paul v. 39
Hitler, Adolf 20f., 28, 32, 34, 36, 38f., 41, 44f., 52, 55, 71f., 74-78, 80, 87ff., 94f., 98ff., 106, 110, 123f., 128, 154ff., 167ff., 171-175, 179, 195, 200, 212, 215f., 221f., 226
Hofer, Walther 37, 42

Hoffmann, Hilmar 49, 60f., 81-84, 140
Hoffmann, Joachim 147f., 167, 171-174, 220, 225f.
Hoffmann-Axthelm, Dieter 65
Hofstätter, Peter R. 23, 142
Hoggan, David L. 29f., 33f., 142, 152
Horkheimer, Max 69, 73
Howe, Ellic 15

Iowlew, S. 210
Isensee, Josef 20f.

Jackson, Robert 43
Jacobsen, Hans Adolf 34
Jäckel, Eberhard 33, 36, 77ff., 95, 123f., 141
Jahn, Friedrich Ludwig 195
Janßen, Karl Heinz 69
Jasper, Gotthard 34
Jesse, Eckhard 37
Joachim, Werner 85
Johannes Paul II. 198
Juling, Peter 107

Kachalow, V.Ya. 204
Kalinin, S.A. 204
Kaltenbrunner, Gerd-Klaus 21
Kazakow, M. 213
Kempner, Robert M.W. 43
Kern, Erich 20, 43
Kleist, Peter 29
Klüver, Max 167, 174f.
Knopp, Werner 66
Koch, Hannsjoachim W. 38, 72, 110, 155, 167f.
Kocka, Jürgen 65, 124
Köhler, Henning 37
Kohl, Helmut 57, 62, 64f., 105, 120
Konew, J.S. 204
Kosiek, Rolf 74, 198
Kossinna, Gustav 194
Kowalew, J.V. 206
Kramer, Dieter 83f.
Kraus, Hans Christoph 74
Kudryawestew, M. 215
Künast, Rudolf 30
Kuhn, Annette 154f.
Kunert, Dirk 152

Lenin, Wladimir Iljitsch 40, 166
Liddell-Hart, Basil Henry 29
Lietzmann, Sabina 163
Löber, Ulrich 62f.
Loewenstern, Enno v. 121
Lorenz, Konrad 187f.
Lubbe, Martinus van der 37
Ludnikow, I. 206
Lukin, M.F. 204, 213f.
Luks, Leonid 220

Malanowski, Wolfgang 140
Malinowski, R.Ya. 207
Mann, Golo 42
Mann, Thomas 83
March, Ulrich 18
Mayer-Vorfelder, Gerh. 154
Meier, Christian 22, 38, 120f., 123, 135, 142, 150, 158, 181
Messerschmidt, Manfred 147
Mielke, Hubert 200
Möller, Horst 63
Mohler, Armin 23, 26
Mohr, Hans 116

Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 168, 173, 222f.
Mommsen, Hans 9, 37, 65, 68, 82, 86, 118f., 155f.
Mommsen, Theodor 193
Mommsen, Wolfgang 10, 58, 82, 118
Müller, Rolf Dieter 173
Münzenberg, Willi 37, 42

Napoleon I. 127
Napoleon III. 127
Nawratil, Heinz 166, 176, 178f.
Nicoll, Peter H. 29
Nietzsche, Friedrich 88
Nipperdey, Thomas 115f., 131, 139, 148f., 157, 199
Noelle-Neumann, Elisabeth 154
Nolte, Ernst 7, 9, 12f., 30, 38, 49-54, 59, 69-80, 82, 90, 92, 94f., 97-100, 110, 113, 116, 119, 121f., 127, 131, 135, 139-146, 149, 151-155, 161f.

Oppenheimer, Franz M. 86-89

Pätzold, Kurt 80f., 116
Pankraz s. Zehm, Günter
Pietrow, Bianka 220
Planck, Max 175, 189f.
Plessner, Helmuth 186
Popper, Karl Raimund 116f.

Ranke, Leopold v. 117, 193
Rauschning, Hermann 44f.
Reagan, Ronald 85
Reißmüller, Jochen Georg 124, 134, 166
Remezow, F.M. 204
Renger, Annemarie 108
Ritter, Henning 40
Rohrmoser, Günter 97
Rohwer, Jürgen 36
Roosevelt, Franklin Delano 93f.
Rossi, André 221
Rother, K. 197
Rothfels, Hans 34
Rudel, Hans-Ulrich 19
Rumpf, Helmut 11, 13, 33ff.
Russell of Liverpool, Lord 43

Sander, Hans-Dietrich 32
Scheel, Walter 31f.
Schickel, Alfred 12, 45ff.
Schieder, Theodor 44, 177
Schiel, Carl Heinz 145f.
Schiller, Friedrich v. 185
Schirrmacher, Franz 157
Schlageter, Albert Leo 160
Schoeps, Julius H. 45, 143
Schrenck-Notzing, Caspar v. 14ff., 18, 35
Schukow, Georgi Konstantinowitsch 213, 216f.
Schuller, Wolfgang 161
Schulze, Hagen 18, 65, 160, 186, 199
Schumacher, Kurt 60
Schwarz, Hans Peter 137
Schwidetzky, Ilse 191
Semprún, Jorge 82
Seuffert, Walter 43
Skorzeny, Otto 19
Smirnow, A.K. 204
Spraul, Gunter 29
Stäglich, Wilhelm 26ff.

Stalin, Josef Wissarionowitsch 40, 59, 79, 99, 121, 123f., 161f., 166-174, 200-203, 209ff., 213, 215ff., 220-226
Stegli, Roberto 104f.
Stein, Karl vom u. zum 160
Steinbach, Peter 125
Stern, Fritz 111, 161
Stielau, Lothar 23f.
Stifter, Adalbert 31
Strauß, Franz Joseph 100, 106
Strauß, Herbert 145
Stürmer, Michael 30, 57-61, 65f., 71, 95, 97ff., 110, 127f., 133ff., 140-143, 199
Sullivan, Scott 98
Suvorov, Viktor 168-175, 200, 220

Taege, Herbert 48
Tansill, Charles Callan 29
Taylor, A.J.P. 34
Thadden, Adolf v. 18
Timoschenko, Semjon Konstantinowitsch 224
Tobias, Fritz 37, 42
Topitsch, Ernst 167, 223
Treitschke, Heinrich v. 99, 193
Tuchatschewski, M.W. 212f.
Tucholsky, Kurt 53
Turner, Henry A.

Ueberschär, Gerd R. 173, 175
Unrein, General 43

Venohr, Wolfgang 112
Volkotrubenkow, I. 215
Vollmer, Gerhard 116

Wagner, F. 190
Wagner, Richard 88
Waldheim, Kurt 98
Walendy, Udo 19f., 24f.
Wallmann, Walter 143
Wassilewski, Alexander Mihailowitsch 172f., 214
Wehner, Herbert 19
Weißler, Sabine 63
Weizmann, Chaim 72, 94, 110
Weizsäcker, Carl Friedrich v. 190
Weizsäcker, Richard v. 18, 52, 64, 78, 103f.
Werth, Alexander 224
Wiesel, Elie 124f., 141
Wilhelm II. v. Hohenzollern 88, 122, 191
Willms, Bernard 30, 32, 34, 53, 118f., 127
Wlassow, Andrei Andrejewitsch 224
Wörner, Manfred 137
Wolffsohn, Michael 144

Zacharow, G.F. 204
Zayas, Alfred-Maurice de 17, 90ff., 111, 130f., 176, 178, 184
Zehm, Günter 136, 157
Zemskow, V. 213
Zundel, Rudolf 137

3 1542 00194 9514

Kulturgeschichte bei Grabert

943.086 K86h
Kosiek, Rolf
Historikerstreit und
Geschichtsrevision

DATE DUE

I

ampf

N

Zeitgeschichte bei Grabert

David L. Hoggan
Der erzwungene Krieg
Die Ursachen und Urheber des 2. Weltkriegs
13. Auflage

Das blinde Jahrhundert
Erster Teil: Amerika – das messianische Unheil
Zweiter Teil: Europa – die verlorene Weltmitte

Curtis B. Dall
Amerikas Kriegspolitik
Roosevelt und seine Hintermänner
2. Auflage

Wigbert Grabert (Hrsg.)
Geschichtsbetrachtung als Wagnis
Eine Dokumentation

Walter N. Sanning
Die Auflösung des osteuropäischen Judentums

Ingrid Weckert
Feuerzeichen
Die »Reichskristallnacht«
2. Auflage

Hamilton Fish LL.D.
Der zerbrochene Mythos
F. D. Roosevelts Kriegspolitik 1933–1945

Karl Höffkes
Hitlers politische Generale
Die Gauleiter des Dritten Reiches

Richard Pemsel
Hitler
Revolutionär, Staatsmann, Verbrecher?

Alfons Hueber (Hrsg.)
8. Mai 1945
Ein Tag der Befreiung?

GRABERT – VERLAG – TÜBINGEN

3 1542 00194 9514

Das Buch stellt Vorgeschichte, Ablauf und Begleitumstände des zunehmend an Bedeutung gewinnenden »Historikerstreits« eingehend dar und kommentiert sie. Einleitende Kapitel bringen Umfang und Auswirkungen der Umerziehung in der Geschichtswissenschaft. Dann werden der Historikerstreit und seine Hauptstreitpunkte im einzelnen mit vielen Zitaten und Stellungnahmen, auch des Auslandes, behandelt. Der Verfasser schildert anschließend die im Laufe der Auseinandersetzungen eingerissenen unwissenschaftlichen Methoden und die Versuche, Wissenschaftler mit »unzeitgemäßen« Ansichten zu disziplinieren und gegen sie Strafmaßnahmen zu verhängen. Im Historikerstreit hervorgehobene neue Forschungsschwerpunkte wie Stalins Massenvernichtungen vor dem Zweiten Weltkrieg, der Präventivcharakter des Rußlandfeldzuges und die Vertreibung der Ostdeutschen werden besprochen, wozu der Anhang interessante Quellen bringt. Gedanken zur Notwendigkeit der Geschichte und des Geschichtsbewußtseins beschließen das hochaktuelle Buch.

ISBN 3-87847-086-X

GRABERT